



Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. März 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *David Jenny (FDP), Beda Baumgartner (SP), Jean-Luc Perret (SP), Silvia Schweizer (FDP), Tobias Christ (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel	3
4.	Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität	4
5.	Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen	5
6.	Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz	6
7.	Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch	6
8.	Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates	7
9.	Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates	8
10.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy)	9
11.	Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK	9
12.	Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung	12
12.1.	Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Bericht der WAK zur zweiten Lesung	24
13.	Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR	24
14.	Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK	28
14.1.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen, Bericht der GSK	32
15.	Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratsschlag des RR	32
16.	Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo	35
17.	Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!", Bericht der PetKo	36
19.	Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage	37



Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 19. März 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[19.03.25 09:00:45]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues, altes Mitglied in unserem Rat zu begrüssen. Ich bitte den Angesprochenen sich kurz zu erheben. Gabriel Nigon tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Nicole Kuster an, die in ein Richteramt gewählt wurde. Ich heisse Sie herzlich willkommen zurück. Mit den Worten von Gabriel zu sagen, er ist mit viel Glück wieder hier und spendet uns heute Morgen den Kaffee und das Znüni.

Verabschiedung

Roland Schaad, unser berühmter Weibel, verlässt uns bzw. hat uns bereits verlassen auf anfangs März Richtung JSD. Er ist seit 1998 in den Diensten der Staatskanzlei und hat somit 28 Grossratspräsidentinnen und -präsidenten erlebt und uns an zahlreichen Anlässen tatkräftig unterstützt und uns auch an verschiedene Orte in der Schweiz gefahren. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihren Einsatz und wünsche Ihnen alles Gute.

[Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 14, 19 bis 22, 25 bis 27 und 29 werden mündlich beantwortet.

Rücktritt einer Richterin

Désirée Stramandino hat ihren Rücktritt als nebenamtliche Richterin beim Strafgericht Basel-Stadt per 31. März 2025 eingereicht. Sie wurde vom Grossen Rat im Februar zur ausserordentlichen Richterin am Appellationsgericht gewählt, weshalb der Rücktritt von Gesetzes wegen erfolgt ist. Ich danke der Zurückgetreten für die als Richterin am Strafgericht geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Anwesenheitskontrolle

In der Vergangenheit ist es häufiger vorgekommen, dass einzelne Mitglieder vergessen haben, sich anzumelden und dies mit der Karte im Slot. Gemäss Gesetz müssen Sie dies innerhalb der ersten 15 Minuten nach Beginn der Grossratssitzung erledigen, damit Sie als anwesend gelten und Sitzungsgeld erhalten. Wir sind grosszügig, denn das System schliesst eigentlich erst nach 30 Minuten. Zukünftig wird es jedoch nicht mehr möglich sein, nach diesen 30 Minuten beim Parlamentsdienst eine Änderung zu verlangen. Es gilt somit als anwesend, wer die Karte rechtzeitig gesteckt hat. Ich bitte dies zu berücksichtigen und auch nach der Sitzung die Karte entsprechend aus dem System zu ziehen.

Neuer Rechtsfall

Gegen den Grossratsbeschluss Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans ist ein Rekurs eingegangen. Das Ratsbüro hat entschieden, sich durch den Regierungsrat vertreten zu lassen.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.



2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[19.03.25 09:05:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

[19.03.25 09:05:34]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zu den Wahlen in die interparlamentarischen Gremien vorerst folgende Bemerkung:

Das Ratsbüro hat gemäss § 84a der Geschäftsordnung festgelegt, dass unsere Delegation in die interparlamentarischen Oberaufsichtskommissionen durch Mitglieder der Oberaufsichtskommissionen und der jeweils zuständigen Sachkommission gebildet werden sollen. Dementsprechend haben nicht die Fraktionen, sondern die Grossratskommissionen Wahlvorschläge vorgelegt.

Ich beantrage Ihnen somit, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006059, 19.03.25 09:07:11]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 85 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Somit schreiten wir direkt zur Wahl. Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital von der Gesundheits- und Sozialkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:

Für die GPK: Daniel Albietz, Daniela Stumpf Rutschmann

Für die FKom: Georg Mattmüller, Philip Karger

Für die GSK: Oliver Bolliger, Lydia Isler-Christ, Amina Trevisan

Werden weitere Vorschläge gemacht? Dies ist nicht der Fall. Somit schreiten wir zur offenen Abstimmung.



Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006062, 19.03.25 09:08:12]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel:

Daniel Albietz

Daniela Stumpf Rutschmann

Georg Mattmüller

Philip Karger

Oliver Bolliger

Lydia Isler-Christ

Amina Trevisan

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 85 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen gewählt.

Ich gratuliere den Personen und wünsche Ihnen viel Freude im Amt.

4. Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität

[19.03.25 09:08:23]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der Bildungs- und Kulturkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:

Für die GPK: Alexandra Dill, Tonja Zürcher

Für die FKom: Anouk Feurer, Michela Seggiani

Für die BKK: Catherine Alioth, Joël Thüring, David Jenny.

Es sind keine weiteren Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Universität wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006064, 19.03.25 09:09:21]



Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Universität:

Alexandra Dill
Tonja Zürcher
Anouk Feurer
Michela Seggiani
Catherine Alioth
Joël Thüring
David Jenny

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 90 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

5. Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen

[19.03.25 09:09:30]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für diese Wahl wurden von der Wirtschafts- und Abgabekommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen folgende Personen vorgeschlagen:

Für die GPK: Tim Cuénod

Für die FKom: Olivier Battaglia

Für die WAK: Jérôme Thiriet, Niggi Rechsteiner, Andrea Elisabeth Knellwolf

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Somit schreiten wir auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Schweizerische Rheinhäfen wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006066, 19.03.25 09:10:31]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Schweizerische Rheinhäfen:

Tim Cuénod
Olivier Battaglia
Jérôme Thiriet
Niggi Rechsteiner
Andrea Elisabeth Knellwolf



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

6. Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz

[19.03.25 09:10:41]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl wurden von der Bildungs- und Kulturkommission und den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen:

Für die GPK: Erich Bucher

Für die FKom: Jessica Brandenburger

Für die BKK: Jenny Schweizer, Sandra Bothe, Sasha Mazzotti

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir starten somit die Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006068, 19.03.25 09:11:31]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz:

Erich Bucher

Jessica Brandenburger

Jenny Schweizer

Sandra Bothe

Sasha Mazzotti

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

7. Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch

[19.03.25 09:11:39]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von den beiden Oberaufsichtskommissionen vorgeschlagen wurden:



Für die GPK: Beat K. Schaller

Für die FKom: Ivo Balmer

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Ich starte somit die Abstimmung.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006070, 19.03.25 09:12:22]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch:

Beat K. Schaller

Ivo Balmer

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 90 Ja-Stimme gegen 1 Nein-Stimme gewählt. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

8. Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates

[19.03.25 09:12:34]

Balz Herter, Grossratspräsident: Beim Oberrheinrat werden die Mitglieder usanzgemäss aus der Mitte der Regiokommission vorgeschlagen. Für die Wahl als Mitglieder und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurden:

Für die Regiokommission: Niggi Rechsteiner, Andrea Elisabeth Knellwolf, Felix Wehrli

Als Ersatzmitglied: Melanie Eberhard

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder und als Ersatzmitglied des Oberrheinrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN .

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006072, 19.03.25 09:13:30]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder und Ersatzmitglied des Oberrheinrates:



Niggi Rechsteiner
Andrea Elisabeth Knellwolf
Felix Wehrli
Melanie Eberhard, Ersatzmitglied

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich wünsche viel Freude und Erfolg im Amt.

9. Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates

[19.03.25 09:13:38]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der Regiokommission vorgeschlagen wurden:

Erich Bucher
Tim Cuénod
Harald Friedl
Mahir Kabakci
Nicole Strahm-Lavanchy
Gianna Hablützel-Bürki
Oliver Thommen

Wählbar sind gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 14. Dezember 2006 Mitglieder der Regiokommission.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer die vorgeschlagenen Personen als Mitglieder des Districtsrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006074, 19.03.25 09:14:31]

Der Grosse Rat wählt als Mitglieder des Districtsrates:

Erich Bucher
Tim Cuénod
Harald Friedl
Mahir Kabakci
Nicole Strahm-Lavanchy



Gianna Hablützel-Bürki

Oliver Thommen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die vorgeschlagenen Personen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gewählt.

Ich gratuliere allen und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

10. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy)

[19.03.25 09:14:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommission während der ganzen Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

Für die Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion LDP wurde Gabriel Nigon vorgeschlagen.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten somit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006076, 19.03.25 09:15:42]

Der Grosse Rat wählt als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission: (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy, LDP)

Gabriel Nigon, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Gabriel Nigon wurde mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung als Mitglied der BRK gewählt.

Ich gratuliere herzlich und wünsche viel Freude und Erfolg im Amt.

11. Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK

[19.03.25 09:15:54, 22.0933.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission und die Gesundheits- und Sozialkommission beantragen, den Bericht an die beiden Kommissionen zurückzuweisen.

Das Wort geht an den Sprecher der BRK, dem Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich freue mich, Ihnen heute den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Campus Gesundheit vorstellen zu dürfen. Dieser Bericht behandelt die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 sowie die Behandlung der Einsprachen gegen das Projekt.

Das Universitätsspital Basel (USB) ist nicht nur das grösste Gesundheitszentrum der Nordwestschweiz, sondern auch ein medizinisches Spitzeninstitut mit internationalem Renommee. Seine enge Vernetzung mit der Universität Basel sowie mit führenden Life Science-Unternehmen macht es zu einem zentralen Akteur in Forschung, Lehre und medizinischer Innovation. Die spiegelt sich auch in globalen Rankings wieder. Das USB gehört laut Newsweek regelmässig zu den besten Spitälern der Welt. Diese herausragende Positionierung unterstreicht die Notwendigkeit, dass sich das Spital baulich weiterentwickeln kann, um den steigenden Anforderungen im Gesundheitswesen gerecht zu werden.

Im August 2023 verabschiedete die BRK nach intensiven Beratungen ihren Bericht zum Campus Gesundheit. Damals standen zwei zentrale Fragen im Vordergrund. Erstens, ob das geplante Klinikum 3 mit seiner ursprünglich vorgesehenen Höhe und Nutzungsfläche tatsächlich notwendig ist und zweitens, ob das USB über die nächsten Jahrzehnte finanziell in der Lage sein wird, dieses Grossprojekt zu stemmen.

Die Kommission befürwortete grundsätzlich die Modernisierung des USB. Die heutige Infrastruktur, insbesondere die bestehenden Gebäude des Klinikums 2, ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht mehr den Anforderungen eines modernen Spitalbetriebs. Die Kommission war sich auch bewusst, dass das USB langfristig wettbewerbsfähig bleiben muss, insbesondere in einem sich wandelnden Gesundheitssektor mit zunehmendem Kostendruck und technologischen Entwicklungen.

Gleichzeitig hatte die BRK aber auch Bedenken, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung. Schon damals zeichnete sich ab, dass der Gesundheitssektor unter Druck geraten würde, nachdem bei der Universitären Altersmedizin Felix Platter ein Abschreiber von 96,2 Millionen durch den Kanton gemacht werden musste. Die Situation am Universitätsspital Zürich, am Kantonsspital Aarau oder am Kantonsspital Winterthur, die allesamt mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, machten ebenfalls deutlich, dass Grossinvestitionen in Spitalbauten mit Bedacht geplant werden müssen. Die Frage war nicht nur, ob das USB das Bauvorhaben finanzieren kann, sondern auch, ob sich die Annahmen zur künftigen Bedarfsentwicklung bestätigen. Dies wurde von der BRK sehr ernst genommen.

Ein weiterer kritischer Punkt betraf die Spitalplanung in der Region. Obwohl Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemäss Staatsvertrag zu einer koordinierten Spitalplanung verpflichtet sind, zeigt es sich, dass das USB und das Kantonsspital Baselland ihre Ausbauprojekte weitgehend unabhängig voneinander vorantreiben. Dies führte innerhalb der Kommission zu Diskussionen darüber, ob es in Zukunft nicht zu Überkapazitäten kommen könnte, die letztlich allen Spitälern finanziell schaden würden.

Die Kommission thematisierte zudem die Auswirkungen des Neubaus auf das Stadtbild und die Grünflächen. Die ursprünglich geplante Verkleinerung des Spitalgartens um 22 Prozent wurde kritisch hinterfragt, insbesondere weil Grünflächen für die Erholung von Patientinnen und Patienten eine grosse Rolle spielen. Auch denkmalpflegerische Aspekte spielten eine Rolle, insbesondere im Zusammenhang mit dem Holsteinerhof. Eine andere Gestaltung des Gebäudes zum Holsteinerhof hin wurde daraufhin vorgesehen.

Seit der Verabschiedung des Berichts im August 2023 gab es wesentliche Entwicklungen. Bekanntlich wurde die Beratung im Parlament verschoben, damit eine gemeinsame Behandlung mit einem Darlehen, welches der Departementsvorstehende zur Absicherung der Finanzierung vorsah, beraten werden kann. Am 29. Januar 2024 entschied das Parlament, dem USB ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen von 300 Millionen Franken zu gewähren, 150 Millionen für den Umbau des Klinikums 2 und 150 Millionen für den Neubau des Klinikums 3. Der Bebauungsplan wurde jedoch nicht wie vorgesehen beraten, da die Kommissionen GSK und BRK einverstanden waren, dass das USB eine Reevaluation des Klinikums 3 machen kann. Am 26. Februar 2025 wurde nun bekannt, dass das Bauprojekt redimensioniert wird. Insbesondere das Klinikum 3 wird nicht in seiner ursprünglich geplanten Form gebaut. Es soll vorerst auf den Turmbau verzichtet werden, jedoch an einem Neubau an dieser Stelle festgehalten werden.

Nach diesen Entwicklungen stellt sich für das Parlament nun die Frage, wie mit den Änderungen umzugehen ist. Die ursprüngliche Planung, auf deren Basis die BRK ihren Bericht verabschiedet hatte, ist in einigen Punkten nicht mehr aktuell. Die Entwicklungen der letzten Monate haben gezeigt, dass die ursprünglichen Planungen in wesentlichen Punkten überarbeitet werden mussten. Die Entscheidung des USB, das Projekt zu redimensionieren, ist vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Herausforderungen nachvollziehbar. Gleichzeitig sind damit aber auch neue Fragen verbunden, die eine erneute Beratung erforderlich machen.



Die BRK beantragt daher, dass das Parlament das Geschäft zur erneuten Prüfung zurücküberweist. Dies gibt der Kommission die Möglichkeit, die überarbeiteten Pläne sorgfältig zu beurteilen und ermöglicht es auch der Gesundheitskommission, einen aktualisierten Mitbericht zu erarbeiten. Eine fundierte Neubewertung der Baupläne ist im Interesse aller Beteiligten und die bestmögliche Lösung für das Universitätsspital Basel und die Gesundheitsversorgung der Region zu finden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Zustimmung zur Rückweisung an die Bau- und Raumplanungskommission und an die Gesundheitskommission für einen Mitbericht. Die beiden Kommissionen versuchen das Geschäft über den Weg der Rückweisung nun rasch an die Hand zu nehmen. Ich hoffe, dass wir das Geschäft bald wieder im Plenum final besprechen können und danke dafür, wenn eine detaillierte inhaltliche Ratsdebatte auf diesen Zeitpunkt hin verschoben wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an den Regierungsrat, Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen in Abwesenheit der Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements die Haltung des Regierungsrats zu diesem Geschäft kurz darlegen. Die Bau- und Raumplanungskommission und die mitberichtende Gesundheits- und Sozialkommission haben den Bebauungsplan für das Klinikum 3 auf dem Campus Gesundheit des Universitätsspitals Basel per August 2023 fertig beraten. Vor dem Hintergrund des Darlehensgeschäfts zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 und Klinikum 3 wurde in der Folge das Bebauungsplangeschäft von der Traktandenliste der Oktober-Grossratssession damals abgesetzt. Hintergrund war der Wunsch des Grossen Rates, zuerst Klarheit über die Finanzierung der Neubauten und das Darlehen des Kantons zu erhalten. Die Gewährung des Darlehens an das Unispital im Betrag von insgesamt 300 Millionen Franken wurde daraufhin an der Grossratssitzung vom 16. Mai 2024 beschlossen. Die durch das USB zwischenzeitlich in Angriff genommene Überprüfung der Erneuerung seiner baulichen Infrastruktur, insbesondere betreffend Klinikum 3, war zu diesem Zeitpunkt noch im Gang, so dass das Bebauungsplangeschäft im Grossen Rat bisher erst jetzt wieder traktandiert werden konnte.

Die Ergebnisse der Überprüfung liegen nun seit Anfang dieses Jahres vor und wurden vom Unispital im Februar 2025 auch der Öffentlichkeit kommuniziert. Ziel der Überprüfung war es, die Prozesse durch eine möglichst gute Verortung der medizinischen Dienstleistungen zu optimieren und die Kosten für die Bauten und den Betrieb möglichst tief zu halten. Diese Überprüfung stand auch unter dem Eindruck des negativen Betriebsergebnisses 2023 des Unispitals sowie der Beobachtung, dass für zahlreiche Spitäler schweizweit die finanzielle Tragbarkeit der erneuerten Spitalbauten anspruchsvoller geworden ist. Die Überprüfung erfolgte unter Einbezug aller relevanten Gesichtspunkte, die eine bedarfsgerechte und optimierte Versorgung erlauben. Deshalb bleiben möglichst alle medizinischen Kernleistungen auf dem Campus konzentriert.

Die Prozessoptimierungen, die Ambulantisierung und die Verdichtungen erlauben es, dass mit der aktualisierten Arealplanung auf rund 6'400 m² Nutzfläche auf dem Campus verzichtet werden kann. Bereits beim Turm des Klinikums 2, das ist die grosse Baustelle, die aktuell in Betrieb ist, hatte das USB die medizinisch nutzbare Kernfläche zu Lasten von administrativen oder logistisch technischen Flächen optimieren können. Der angepasste Flächenbedarf auf dem Campus kann somit mit dem bereits im Bau befindlichen Turm des Klinikums 2 mit einem auf den Sockel reduzierten Neubau des Klinikums 3 und dann anschliessend mit dem neuen Sockel Klinikum 2 gedeckt werden. Auf die Realisierung des Turms des Klinikums 3 kann somit vorerst verzichtet werden. Der Bau des Turms wird jedoch Vorderhand langfristig als Option offen gehalten.

Folglich kann nun der parlamentarische Prozess zum Bebauungsplanungsgeschäft wieder aufgenommen werden. Dazu wird der Regierungsrat in den nächsten Wochen der federführenden Bau- und Raumplanungskommission und der mitberichtenden GSK ein Schreiben zu den erforderlichen Anpassungen des Bebauungsplans aufgrund der Etappierung des Neubaus des Klinikums 3 zukommen lassen. Es ist zu erwarten, dass das nur wenige Anpassungen, insbesondere im Bereich des Attikageschosses, sein werden, weil die Turm-Silhouette als zukünftige Entwicklungsfläche eben weiterhin möglich bleiben soll. Wir werden also nicht diesen ganzen Ratschlag umschreiben, sondern lediglich sehr punktuelle Ergänzungen oder Änderungen am Bebauungsplan vornehmen und dann auch ergänzende Ausführungen Ihnen dazu präsentieren.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Rolle des Unispitals betonen. Das Unispital ist das einzige Spital in der Region mit dem gesamten Leistungsspektrum der universitären Medizin im Bereich der Akutsomatik für die Erwachsenen und es spielt insofern für die Versorgung unserer Region und teilweise darüber hinaus eine elementar wichtige Rolle. Der Präsident der BRK hat bereits auf die ausgezeichnete internationale Positionierung des Hauses hingewiesen und ich möchte betonen, diese Medizinexzellenz ist für unsere Bevölkerung, für die Versorgung der Menschen, die hier leben und/oder arbeiten oder sich hier aus anderen Gründen aufhalten, auch diejenigen jetzt, die als Gäste zum ESC kommen werden, dürfen sich auf die



medizinische Versorgung verlassen, elementar wichtig und deshalb kann man das nicht hoch genug gewichten, dass eben die Funktionsfähigkeit, die Leistungsfähigkeit des Unispitals in Zukunft an diesem zentralen Standort auch sichergestellt sein wird. Dafür investieren wir, investiert das Unispital in seine bauliche Entwicklung. Es tut das, ich glaube, das haben Sie jetzt auch mit dieser Überprüfung sehen können, so massvoll und so wirtschaftlich wie möglich.

Wir schliessen uns gerne dem Antrag der Bau- und Raumplanungskommission an, ihr das Geschäft zur weiteren Bearbeitung zuzuweisen. Wir sehen auch, dass wir möglichst rasch hier nun zu einem definitiven Entscheid kommen möchten und selbstverständlich hat der Regierungsrat auch gar nichts gegen einen erneuten Mitbericht seitens der Gesundheits- und Sozialkommission.

Ich möchte abschliessend dem Grossen Rat und den befassten Kommissionen und Personen herzlich danken für ihre Geduld und für ihr Verständnis in diesem doch etwas ungewöhnlichen Geschäftsverlauf. Ich glaube, wir reden über ein sehr wichtiges Thema. Wir haben wichtige auch Entwicklungen in den vergangenen Jahren im Spitalbereich gesehen, deshalb rechtfertigt sich auch diese etwas ungewöhnliche Vorgehensweise. Ich danke Ihnen, dass Sie dafür Hand bieten und schliesse mich gerne den Anträgen des Kommissionsprechers der BRK an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Der Kommissionspräsident verzichtet in einer zweiten Runde, der Regierungsrat ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde durch die BRK und die GSK beantragt. Sie beantragen, den Bericht an ihre Kommissionen zurückzuweisen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über die Rückweisung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006078, 19.03.25 09:32:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht an die BRK mit Mitbericht GSK zurück zu weisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Bericht mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme an die beiden Kommissionen zurückgewiesen.

12. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung

[19.03.25 09:32:27, 22.0834.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich kann es relativ kurz machen. Nachdem Sie aufgrund von zwei Abänderungsanträgen, die im Plenum gestellt wurden im November bei der Beratung des Geschäfts, die zweite Lesung an die WAK beschlossen hatten, haben wir uns noch einmal zusammengesetzt und eingehen beraten lassen von den entsprechenden Fachpersonen. Sie erinnern sich, es ging um die Frage, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit ein Unternehmen unter die kantonale Lohngleichheitsanalysenpflicht fallen soll, also ob es um Vollzeitäquivalente gehe oder um



die Zahl von Mitarbeitenden. Dieser Antrag hatte dann auch noch einen weiteren Antrag ausgelöst, wonach im kantonalen Gesetz explizit festzuhalten sei, wie das Verhältnis zum eidgenössischen Recht ist.

Die Kommission hat das noch einmal durchgedacht und ist zum Schluss gekommen, dass die Kommission dabei bleiben möchte, bei dem, was sie Ihnen schon im November vorgelegt hat, nämlich dass sie mit 7 zu 6 Stimmen den Anträgen der WAK gemäss Ratschlag der Regierung zustimmen möchte und dass sie einstimmig die Motion von Nicole Amacher und Konsorten abschreiben möchte. Also wir haben dieselbe Ausgangslage wie bei der Debatte im November und ich bitte Sie entsprechend, das jetzt zu berücksichtigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die zweite Lesung ist ja nicht etwas, das wir allzu oft machen in diesem Parlament. Ich glaube, in diesem Fall war es angebracht, dass die Kommission die Entscheide des Grossen Rates in der ersten Lesung nochmals diskutieren und würdigen konnte. Ich bin namens des Regierungsrats dankbar, dass wir nun einen einfachen und klaren Antrag haben der Wirtschafts- und Abgabekommission, dass mit dem Abstellen auf Anzahl Arbeitsstellen eben auch die Systemkonkurrenz mit der Bundesgesetzgebung beibehalten werden soll. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass wenn wir einen Basler Finish machen, und das ist ja der Antrag des Regierungsrats und der Kommissionsmehrheit, dass wir diesen dann so machen, dass nicht zusätzliche Komplikationen, zusätzliche neue Berechnungsarten eingebaut werden.

Ich würde deshalb namens des Regierungsrats dafür plädieren, auf eine Wiederneueinstellung des Änderungsantrags in der ersten Lesung zu verzichten und wie es die WAK vorschlägt, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die Argumente dazu, die kennen Sie aus dem Ratschlag, die habe ich hier auch schon ausgeführt in der Beratung im Rahmen der ersten Lesung, deshalb wiederhole ich sie hier nicht. Der Regierungsrat bleibt bei seinem Antrag und dieser entspricht dem Antrag der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich könnte Ihnen nun in denselben Worten wie im November darlegen, weshalb die GLP-Fraktion einen Basler Finish bezüglich Lohngleichheitsanalysen zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich unterstützt. Das wäre wohl etwas langweilig und so beschränke ich mich auf die wichtigsten Fakten.

Seit der letzten Verhandlung im Parlament und der zweiten Lesung in der Kommission ist nicht viel passiert. Einzig der Bericht des Bundes über den Vollzug von Artikel 13a bis 13i des Gleichstellungsgesetzes ist in der Zwischenzeit erschienen. Die Berichterstattung soll früher erfolgen, da noch einige parlamentarische Vorstösse hängig sind. Der Bericht gibt darüber Auskunft, wie viele Betriebe an der Evaluation teilgenommen haben. Der Rücklauf lag bei rund 39 Prozent, was einem sehr hohen Wert entspreche, und davon, von den 39 Prozent haben 77 Prozent die Lohngleichheitsanalyse wirklich durchgeführt. Es wurde im Weiteren wissenschaftlich evaluiert, ob die Unternehmen ihren drei Pflichten, erstens müssen sie analysieren, ob es in ihrem Betrieb unerklärbare systematische Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gibt, zweitens muss eine unabhängige Stelle die Analyse überprüfen, drittens hat das Unternehmen die Mitarbeitenden über das Ergebnis der Analyse zu informieren.

Bereits bei der Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse wurden Stimmen laut, die aus dem Bericht eine ungenügende Lohngleichheit ableiteten, obwohl dies aktuell nichts darüber aussagt. Das erachte ich als wenig fundiert. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass es verfrüht sei, das Gleichstellungsgesetz zu ändern, vielmehr zeige der Bericht auf, ob die drei gesetzlichen Pflichten eingehalten werden. Ich zitiere: Die Ergebnisse der Zwischenbilanz zeigen nur auf, ob und wenn ja die drei gesetzlichen Pflichten von den Arbeitgebenden bisher umgesetzt wurden. Es wurde aber noch nicht untersucht, ob die Einführung der Lohngleichheitsanalysepflicht tatsächlich einen Einfluss auf die Lohngleichheit hat und das Ziel der Revision des Gleichstellungsgesetzes von 2018 erreicht wird, nämlich eine Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Die Untersuchung der Auswirkung der Analysepflicht auf die Lohngleichheit wird Gegenstand der Wirkungsevaluation sein, die wie beschrieben vorgezogen werden soll. Zitat Ende.

Weshalb müssen wir nun auf kantonaler Ebene eine Speziallösung kreieren, welche zusätzlichen Unternehmen Mehraufwand beschert und keinen nachweislichen Effekt hat? Hierfür müssen nicht nur Unternehmen einen Zusatzaufwand betreiben, sondern auch die Verwaltung. In der Verwaltung sind zusätzliche Ressourcen notwendig, wenn dies alles kontrolliert werden soll. Geht man davon aus, dass sich der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Gesamtwirtschaft, privater und öffentlicher Sektor, weiter verringert hat, er ist von 18 Prozent im Jahr 2020 auf 16,2 Prozent im Jahr 2022 zurückgegangen, wie die ersten Analysen des Bundesamts für Statistik zeigen, so ist es wirklich zu



hinterfragen, ob wir zum jetzigen Zeitpunkt eine neue gesetzliche Grundlage brauchen oder ob es nicht zielführender ist, die aktuellen Regelungen zu evaluieren. Zudem hat der Kanton keine Kompetenz, in diesem Bereich zusätzlich zum Bund zu legiferieren, was zu Widersprüchen von Vorgaben führen könnte. Das hat auch ein juristisches Gutachten bestätigt.

Die Lohngleichheit ist ein wichtiges Anliegen und es gilt zu verhindern, dass für gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne ausgerichtet werden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sonstigen Faktoren. In der Gesellschaft darf Lohnungleichheit keinen Platz haben. Die Fraktion der GLP unterstützt dieses Anliegen auch, wo immer es Sinn macht, ist aber dezidiert der Meinung, dass Verhältnismässigkeit und Augenmass ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung von Massnahmen sind, welche zusätzliche administrative Aufwendungen verursachen, wie im vorliegenden Fall für Unternehmen und Organisationen.

Wir haben während der Vernehmlassung und in der Beratung die Hand für einen Kompromiss gereicht, welche jedoch in aller Deutlichkeit abgelehnt wurde. Das ist bedauerlich, liegt aber nicht an uns. Für uns ist nun aber klar, dass wir diese unverhältnismässige Vorlage ablehnen werden und uns eher für eine Sanktionierung von Betrieben, welche Vorgaben nicht einhalten, aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprechende ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Bei der ersten Debatte habe ich es noch verfolgt am Bildschirm und musste zuschauen, wie hier debattiert wird über dieses Gesetz, dieses Anliegen, das mir doch auch sehr wichtig ist. Ich bin sehr froh, kann ich heute hier etwas von vorne mitmischen und auch das eine oder andere beisteuern.

Um es vorwegzunehmen, die Fraktion der SVP lehnt das Lohngleichheitsanalysegesetz ab. Auch allfällige Änderungsanträge würden wir ablehnen und die Motion möchten wir selbstverständlich abschreiben. Das ist ja nicht umstritten. Es ist ein Argument, das mir doch sehr wichtig ist, nochmals auszuführen, deshalb nehme ich mir diese Zeit, dieses Argument auszuführen, auch wenn Sie schon sehr lange und viel über dieses Thema debattiert haben, nämlich dass wir hier drin keine Gesetzgebungskompetenz für dieses Gesetz haben. Der Bund hat eine Gesetzgebungskompetenz. Er hat diese mit den Lohngleichheitsanalysen im Artikel 13a fortfolgende im Gleichstellungsgesetz umfassend wahrgenommen und wir haben hier keine Kompetenz, noch strengere Regelungen, ergänzende Regelungen zu erlassen und hier zu legiferieren. Das sage nicht ich, das sagt Prof. Dr. Felix Uhlmann, der ein Kurzgutachten dazu erstellt hat, und er kam nicht zu einem, wie es bei Juristen durchaus sein kann, ja, vielleicht, wenn man es so auslegt, nein, er war absolut eindeutig. Er hat gesagt, es ist eine klare Sache, wir haben hier keine Kompetenz zu regulieren. Deshalb macht es keinen Sinn, hier jetzt ein Gesetz zu erlassen, das nachher angefochten wird, das nachher nicht standhält.

Er hat dazu drei Punkte ausgeführt. Also wir haben wegen drei Gründen keine Berechtigung, hier ein Gesetz zu erlassen. Erstens, der Bund hat geregelt, hat reguliert und er hat uns eben zweitens keine ergänzende Möglichkeit gegeben, hier noch weiter zu regulieren. Also er hat hier umfassend reguliert. Und drittens, es geht hier um die gleiche Materie und den gleichen Regelungszugang. Wir haben hier nicht nochmal wie beim Mindestlohngesetz beispielsweise, wo man den Grund gefunden hat, wo man gesagt hat, wir haben einen anderen Zugang, hier geht es um die Armut und die Bedürftigkeit, die man regeln wollte, und nicht den Mindestlohn. Wir haben auf Bundesebene keine Regelung betreffend Mindestlohn, wir hatten kein Gesetz, hier haben wir explizit im Gleichstellungsgesetz die Lohngleichheitsanalysen bereits erfasst, bereits geregelt. Es wurden auch andere Zahlen debattiert, auch das können wir nachverfolgen, wenn wir auf Bundesebene schauen, wie diese Regelung zustande kam.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, überlegen Sie sich nochmal gut, möchten Sie eine Lohngleichheitsanalysegesetz schaffen, möchten Sie hier in einem fremden Gärtlein rumtrampeln, obwohl wir ganz genau wissen, dass wir hier nicht die Berechtigung haben und dass es nicht unser Garten ist, hier zu regulieren. Also besinnen Sie sich auf die Kompetenz, die Sie haben auf kantonaler Ebene und berücksichtigen Sie wirklich, dass es im Gleichstellungsgesetz bereits geregelt ist.

Und vielleicht auch, um das etwas vorwegzunehmen, noch inhaltlich, auch wenn hier schon viel gesagt wurde in der ersten Debatte, die Lohngleichheit gilt und sie ist auch einzuhalten, das bestreitet niemand, aber wir müssen natürlich auch sehen, diese Analysen, die bereits durchgeführt wurden, wir haben jetzt hier wirklich schon die ersten Resultate, die haben also deutlich gezeigt, dass die Lohngleichheit eingehalten wurde. Also 99,3 Prozent hat beispielsweise eine Studie aus der Uni St. Gallen ergeben, bei 461 Unternehmen haben 458, also eben diese 99,3 Prozent, die Lohngleichheit in der Toleranzschwelle von diesen 5 Prozent eingehalten. Und bevor Sie jetzt hier aufschreien und sagen, ja, aber das ist ja nicht die Lohngleichheit, in über 70 Prozent dieser Unternehmen konnte man wirklich keine Ungleichheit feststellen, also keine, wenn man das herausrechnet, berufsspezifisch, persönliche Merkmale, etc., gibt es keine systematischen Lohnungleichheiten und schon gar keine Lohndiskriminierung.

Also wirklich, egal, wie oft Sie es wiederholen, es gibt diese Lohndiskriminierung nicht und das ist doch erfreulich. Es wurde festgestellt aufgrund dieser Lohngleichheitsanalysen auf nationaler Ebene, dass das nicht vorhanden ist. Das ist doch schön



und jetzt müssen wir das Problem nicht weiter beackern und den Unternehmen noch mehr Aufwand generieren hier auf kantonaler Ebene, sondern wir sollten uns daran freuen und dieses Gesetz wirklich sein lassen. Das ist Aufwand, das sind Kosten, das ist Zeit, wo die Unternehmen nicht produktiv arbeiten können. Es würde nochmals 170 Unternehmen mit etwa 12'000 Mitarbeitern betreffen, also wirklich, das ist keine kleine Sache, das ist wirklich ein Basler Finish und das ist wirklich nicht nötig und wir schwächen den Wirtschaftsstandort Basel damit.

Deshalb, es ist wirklich besser, vom hohen Ross abzusteigen, bevor wir hier runtergeholt werden, denn es wurde angekündigt, dass hier auch gerichtlich dagegen vorgegangen wird und ich bitte Sie deshalb wirklich, lehnen Sie dieses Gesetz ab und lassen Sie diesen Basler Finish sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Block, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Keller. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Christine Keller (SP): Frau Block, Sie haben jetzt gesagt, das sei ja unzulässig aufgrund des Gutachtens Uhlmann. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass mit guten Gründen das Departement und auch andere Juristinnen und Juristen vertreten, dass das sehr wohl zulässig sei?

Laetitia Block (SVP): Ich habe das gelesen, Prof. Dr. Felix Uhlmann hat auch dazu Stellung genommen, das kann man ja auch lesen. Ich denke, man kann dem Professor, der wirklich in diesem Bereich sehr tief drin ist, Vertrauen schenken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Ich freue mich, in der zweiten Lesung die SP-Fraktion zu vertreten bei diesem wichtigen Gesetz. Lassen Sie mich vorerst mit ein paar Fakten beginnen. Vor zwei Wochen wurde eine Studie publiziert, welche die Rolle und die Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt misst. Im Vergleich von 29 OECD-Ländern belegt die Schweiz den viertletzten Platz. Dabei spielen natürlich unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Die Dauer der bezahlten Elternzeit, politische Partizipation und Repräsentation und auch der Gender Pay Gap. Frauen verdienen durchschnittlich 1'500 Franken pro Monat weniger als Männer und der Lohnunterschied ist zu Beginn der Karriere noch gering, nimmt jedoch stetig zu und erreicht kurz vor der Pensionierung seinen Höchststand. Wenn wir die sogenannte unerklärte Lohndifferenz anschauen, dann sind das durchschnittlich immer noch 8'000 Franken, die die Frauen jährlich weniger verdienen. Das hat Folgen. Eine geringere wirtschaftliche Unabhängigkeit und Einbussen bei der Altersvorsorge. Wenig überraschend ist Altersarmut deshalb weiblich.

Seit 1981 ist der Grundsatz, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, ein verfassungsrechtlicher Auftrag, doch wir sehen immer wieder, und die vorher genannten Zahlen beweisen es auch, ohne klare Massnahmen, griffige Massnahmen passiert zu wenig. Ein Mittel zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrags sind die Lohnvergleichsanalysen, die in der Schweiz seit 2020 alle Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden durchführen müssen. Wir finden aber, es braucht eine breitere Analyse und fordern diese bereits für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden. Dafür setzen wir uns nicht nur hier kantonale ein, sondern auch national. Was mir an dieser Stelle wirklich ganz wichtig ist, diese Forderung ist keineswegs radikal und auch nicht einfach ein links-grünes Anliegen. Der Bundesrat hat ursprünglich auch diese Schwelle von 50 Mitarbeitenden verlangt und Sie kennen die Zusammensetzung unserer nationalen Exekutive. Und auch alliance F, der Schweizerische Dachverband der Frauenorganisationen, eine überparteiliche Organisation, übrigens co-präsiert von einer GLP-Nationalrätin, fordert die Analysen bereits ab 50 Mitarbeitenden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich weiss, Sie haben in der Novembersession bereits ausführlich über diese Vorlage diskutiert. Trotzdem möchte ich noch einmal hervor streichen, dass wir mit dieser Regelung als Kanton gleichstellungspolitisch eine Vorreiterrolle übernehmen können und auch sollten. Und es irritiert mich, ehrlich gesagt, dass sich die bürgerlichen Parteien und insbesondere die GLP, die sich sonst gerne so progressiv gibt, sich diesem Anliegen so verweigern. Es handelt sich um eine Vorlage, bei welcher wir im Prozess bereits sehr entgegengekommen sind. Meine Fraktionskollegin Nicole Amacher wird nachher dazu auch noch etwas sagen. Lohnvergleichsanalysen sind ein wichtiges Mittel, um mehr Transparenz und Gerechtigkeit zu schaffen. Der Aufwand dafür ist vertretbar, der Nutzen für faire Löhne und für zufriedene Angestellte ist hingegen gross. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach über 40 Jahren ist die Zeit der Freiwilligkeit definitiv vorbei. Wer es mit der Lohngleichheit ernst meint, stimmt dieser Vorlage zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.



Annina von Falkenstein (LDP): Ja, wir haben im November sehr ausführlich diskutiert über diese Vorlage. Wir haben in der Zwischenzeit den Kommissionsprozess, wie wir ihn wahrscheinlich alle schätzen, und die Kommissionsarbeit, wie wir sie auch erfolgreich kennen aus der Vergangenheit, noch ein bisschen aufgeholt mit dieser zweiten Lesung. Wir von der LDP sind der GLP sehr dankbar, dass der Antrag, den wir im Plenum diskutiert haben, in der Kommission dann diskutiert werden konnte. Dazu hatten wir vorher keine Chance und sehen deshalb die GLP zwar weiterhin als progressive Kraft, um auf meine Vorsprecherin Bezug zu nehmen, aber halt auch als Liberale, die hier den fairen Kommissionsarbeitsprozess, wie wir ihn eben, wie gesagt, schätzen, auch eingehalten hat.

Wir als LDP-Fraktion sehen die Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeitenden weiterhin nicht als zielführend, können auch dem Kommissionsbericht entnehmen, dass es umstrittene Praktiken sind, die eben auch nicht direkt mit dem Gender Pay Gap zusammengeführt werden können und statistisch dort nicht nachweisbar wirken. Weiterhin finden wir es nach wie vor übermässig bürokratisch, gerade für die KMUs, die von dieser Mitarbeitenden-Grösse eben betroffen sind und sehen weiterhin, dass diese Massnahme in ihrer Wirkung als Basler Finish vor allem einfach umstritten ist.

Wir sind auch für die Lohngleichheit, wir sehen aber auch die Zahlen und wie sie sich entwickeln, und wir sehen andere Ansätze für das Restproblem als viel wirkungsvoller als ein derart bürokratisches Instrument. Auch was die Altersvorsorge anbelangt, die angesprochen wurde, da war eine Vorlage auf dem Tisch, national, diese wurde auch von der Partei meiner Vorsprecherin bekämpft, entsprechend wären da auch Instrumente unterwegs gewesen, die aber in ihrer Wirkung nicht ausreichend empfunden wurden und deshalb ganz verworfen wurden. Ja, dann geht es halt in diesem Bereich auch nochmal ein bisschen länger, warten wir weiter auf nationale Verbesserungen.

Grundsätzlich sind wir mit dem Kommissionsprozess zufrieden. Wir danken der GLP explizit noch einmal für die gute Zusammenarbeit rund um die zweite Lesung und bitten Sie weiterhin, dieses Gesetz abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Auch ich werde jetzt nicht nochmals in die Detaildebatte über die Zahlen einsteigen, wie es da jetzt genau aussieht, aber lassen Sie mich einfach nochmals kurz und knapp festhalten, die Differenz ist kleiner, als gerne behauptet wird, vor allem wenn es um die Differenz geht, die effektiv auf Diskriminierung zurückzuführen ist und die nicht anderweitig erklärbar ist.

Ich möchte hier heute den Fokus auf zwei Themen richten. Das eine ist die juristische Argumentation, da hat Kollegin Block ja bereits ausführlich dazu Stellung genommen. Auch wir sind nach wie vor der Ansicht, dass wir das, was heute hier auf dem Tisch liegt, gar nicht beschliessen dürfen, das ist also ein bundesrechtswidriger Beschluss. Der Bund hat abschliessend von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht. In der Vorlage wurden ursprünglich sozialpolitische Gründe vorgeschoben, wieso dass es deshalb trotzdem gehen sollte, was da hier heute vorgesehen ist, aber selbst der Regierungsrat, liebe Christine Keller, hat in der Kommission auch nicht mehr sozialpolitisch argumentiert, das habe ich letztes Mal schon gesagt, wiederhole es hier nochmals, die Argumentation des Regierungsrates waren verfassungsrechtlich. Es waren verfassungsrechtliche Argumente, die in der Kommission vorgebracht wurden, das kann man im Kommissionsbericht auch nochmals nachlesen, und dafür steht der Weg für den Kanton schlicht und einfach nicht offen, aber da werden wir uns wohl nicht einig, das werden abschliessend die Gerichte zu entscheiden haben.

Und das zweite ist der standortpolitische Faktor. Was Sie hier heute beschliessen wollen, bedeutet strengere Vorgaben. Es ist eine zusätzliche administrative Belastung für die Unternehmen. Sie können schon argumentieren, das ist ja nicht so aufwendig, es sind ja nur ein paar Stunden, es kostet nur ein bisschen was, Tatsache bleibt, in Basel-Stadt müsste man, wenn Sie das annehmen, Bürokratie bewältigen, die man in anderen Kantonen nicht bewältigen muss. Und da stellt sich dann einfach die Frage, haben wir jetzt im Kanton Basel-Stadt eine solche Situation, die das rechtfertigen würde. Sind wir jetzt tatsächlich im Kanton Basel-Stadt schlechter aufgestellt als in anderen Kantonen, ist bei uns die Situation schlimmer als in anderen Kantonen. Das ist nicht ersichtlich, mir wären keine entsprechenden Zahlen bekannt und damit bleibt nur eines, wir formulieren hier einen Standortnachteil ohne ersichtlichen Grund.

Und dann kann man argumentieren, ja, aber das habe ich das letzte Mal gehört, ja, aber das ist doch ein Vorteil für die Unternehmen, wenn sie darlegen können, dass sie da entsprechend konform sind. Das mag sogar sein, aber das kann jedes Unternehmen für sich selber entscheiden, ob es das in Anspruch nehmen will oder nicht. Wenn es dann ein solcher Vorteil ist, dann gibt es ja gute Gründe, das entsprechend freiwillig zu machen, aber wenn man einen Vorteil, einen unternehmerischen Vorteil einem Unternehmen aufzwingen muss, dann ist der Vorteil vielleicht auch doch nicht so gross, wie Sie da hier gerne behaupten.



Insbesondere aus diesen beiden Gründen, aber auch aus allen Gründen, die ich im November bereits genannt habe, bittet die FDP-Fraktion Sie weiterhin, dieses Gesetz abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Fina Girard für die Grüne/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Inhaltlich haben wir ja bereits über die Vorlage diskutiert und ich muss ehrlich sagen, wir als Fraktion Grüne/jgb, wir sind entsetzt darüber, wie dieses Geschäft beraten wurde. Die bürgerliche Mehrheit, und da muss ich wohl mit Bedauern die GLP nun auch dazu zählen, hat eine konstruktive Debatte blockiert, nur damit die GLP mit einem kurzfristigen Änderungsantrag auffahren konnte, der weder mehrheitsfähig noch rechtlich abgeklärt noch inhaltlich sorgfältig ausgearbeitet war und das Vorgehen sogar zusätzlich verkompliziert hätte.

Aus einer Motion, die damals noch mit einer Mehrheit überwiesen wurde, scheint auf einmal eine unmögliche Extremlösung geworden zu sein und das ist sie nicht. Ich durfte im Unternehmen, wo ich arbeite, zufälligerweise während der Beratung in der Kommission selbst bei einer solchen Analyse mitarbeiten. Bei 20 Mitarbeitenden, denn im Beschaffungswesen galt ja bis vor kurzem noch die Pflicht, bereits ab 10 Mitarbeitenden, da füllt man eine Tabelle aus und am Ende spuckt es einen Wert aus, der dann aussagekräftig darüber ist, ob Lohngleichheit plus-minus vorliegt. Bei uns mit etwas mehr als 20 Mitarbeitenden dauerte es nur wenige Stunden, bei der hier angedachten Grenze von 50 Mitarbeitenden kann ich mir kaum Aufwände von mehr als einem Tag vorstellen. Und vergessen wir nicht, mit dem vom Regierungsrat vorgelegten Gesetz werden Unternehmen, die Lohngleichheit vorweisen können, von der Analysepflicht befreit. Wer also sowieso bereits faire Löhne zahlt, hat Ruhe und im anderen Fall, da hoffe ich sehr, sind wir uns nach wie vor einig, müssen Angleichungen der Löhne passieren. Der Grundsatz für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ist schliesslich in der Bundesverfassung festgeschrieben.

Mir scheint, hier hat man aus einer bereits bekannten, sinnvollen und bewährten Massnahme einen Elefanten gemacht und ich hoffe sehr, dass unter dem Fuss dieses Elefanten heute nicht die wichtige Allianz für progressive Geschlechtergleichstellung zwischen den Linken und den Zentrumsparteien zerbricht. Das wäre schade und schädlich für eine konstruktive, zeitgemässe Gleichstellungspolitik.

Die Fraktion Grüne/jgb bittet Sie darum, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen und ich hoffe sehr, dass einzelne von Ihnen, deren Fraktionen ursprünglich die Motion unterstützt hatten, liebe GLP, liebe Mitte-EVP, vielleicht doch noch über ihren Schatten springen. Vergessen wir nicht, mit diesem Gesetz können wir die Lohngleichheit bei 78 Prozent der Beschäftigten sicherstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Laetitia Block. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass Sie ja dem Änderungsantrag der GLP damals zugestimmt haben und jetzt zählen Sie die GLP zu den Bürgerlichen, zu den Bösen?

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich habe sicher nicht gesagt, dass die Bürgerlichen die Bösen sind, aber ja, wir haben damals zugestimmt unter Zeitdruck. Diese Vorlage konnten wir im Vorfeld nicht diskutieren, wir wollten retten, was noch zu retten ist, aber ich denke, jetzt durch die zweite Lesung haben wir alle gemeinsam gemerkt, wir haben ja auch den Änderungsantrag nochmals diskutiert und gemeinsam eigentlich eingesehen, dass das keine gute Lösung ist und da stehen wir immer noch dazu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Niggi Rechsteiner. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Was genau ist jetzt kurzfristig am Antrag der GLP, der ja schon inhaltlich in der Vernehmlassungsantwort formuliert wurde?

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Der Moment wäre nicht ein Änderungsantrag im Plenum gewesen, sondern ein normaler, regulärer Antrag während der Kommissionsdebatte.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Nun stehen wir wieder hier und debattieren darüber, ob Lohnvergleichsanalysen auch bei Unternehmen ab 50 Angestellten durchgeführt werden sollen oder nicht. Eigentlich debattieren wir wieder darum, ob es Lohnvergleichskontrollen überhaupt braucht. Das haben wir ja im November auch zu Genüge gehört, hier gehen die Meinungen weit auseinander. Ja, hier prallen Weltanschauungen aufeinander. Es geht hier auch in der zweiten Lesung, das möchte ich einfach noch einmal betonen, um die Erfüllung einer Motion, die zweimal erfolgreich in diesem Hause überwiesen wurde. Es geht um ein neues kantonales Lohnvergleichsanalysegesetz, das einen klar sozialpolitischen Zweck verfolgt und zusätzlich zur bundesrechtlichen Bestimmung gilt. Das liegt meiner Meinung nach genau wie die Festlegung eines Mindestlohns in der Kompetenz des Regierungsrats. Aber auch darüber haben wir schon im November gestritten, da werden wir uns auch trotz professoralen Gutachten wohl nicht einig.

Warum wir heute nochmals darüber debattieren, liegt am Änderungsvorschlag der GLP, der damals angenommen wurde und für Verwirrung gesorgt hat. Bei mir war es zwar weniger Verwirrung über das Prozedere, sondern ich habe schlicht nicht verstanden, was das Gute daran sein soll, wenn wir jetzt beim kantonalen Lohnvergleichsanalysegesetz mit Vollzeitäquivalenten anstatt mit tatsächlichen Arbeitsstellen rechnen. Das habe ich schlichtweg nicht verstanden und das konnte mir Niggi Rechtsteiner in der Kommission danach auch nicht erklären, jedenfalls nicht so, dass ich es verstanden habe.

Dieser Vorschlag scheint nun aber vom Tisch, dafür ist nun das gesamte Gesetz gefährdet. Das sehen wir beim «Chrüzlistich», weil die GLP umgeschwenkt ist. Für mich ist das schwierig nachzuvollziehen. Es gibt doch noch Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, das können wir doch nicht wegdiskutieren und ich möchte jetzt eigentlich nicht darüber streiten, wie gross die Unterschiede sind, sondern ich möchte, dass diese Unterschiede so bald als möglich ganz verschwinden. Und ich habe wirklich versucht zu verstehen die Argumentation des GLP-Vertreters, ich habe zugehört, er hat gesagt, Lohngleichheit sei ein wichtiges Anliegen. Aber das genügt doch nicht, einfach zu sagen, Lohngleichheit ist ein wichtiges Anliegen und es genügt auch nicht zu sagen, ja, man soll jetzt die Firmen sanktionieren, die diese Auflagen nicht erfüllen. Das hat er auch gesagt, so habe ich es verstanden. Wir brauchen doch Informationen, um zu wissen, wie die Firmen unterwegs sind, und wir brauchen diese Informationen auch bei den kleineren Firmen, bei denen ab 50 Mitarbeitenden.

Ich möchte einfach zum Schluss sagen, klar, eine Lohnanalyse durchzuführen, das ist ein Aufwand. Ja, aber dieser Aufwand tut den Unternehmen, und damit meine ich auch die KMU, nicht so weh, wie es Lohndiskriminierung den Betroffenen tut. Wir müssen das einfach einmal aufwiegen und ich bitte Sie, diesem Gesetz in zweiter Lesung deshalb zuzustimmen, ohne Änderung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Mück, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ist Ihnen bekannt, dass von wegen Umschwenken der GLP, dass die GLP ihre Position zu diesem Geschäft vor zwei oder zweieinhalb Jahren in der Vernehmlassung kundgetan hat und dass der Vorteil, wenn ich mir die zweite Frage erlauben darf, der Vorteil, auf den politischen Gegner einzugehen, vielleicht eine politische Mehrheit sein könnte?

Heidi Mück (BastA): Ja, ich weiss nicht, ob Sie unsere Vernehmlassung gelesen haben, wir haben da ganz viele Forderungen gestellt und die wurden alle auch nicht erfüllt. Also dieses Gesetz ist schon ein sehr grosser Kompromiss und ich denke, auf diesem hätten wir uns finden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): In einem Satz zusammengefasst kann man sagen, der Kanton hat keine Kompetenz in dieser Sache. Diese Vorlage ist nicht rechtsgültig und ich würde mich freuen, wenn es ein paar mutige Bürger gibt, die dann vor Bundesgericht gehen und feststellen, der Grosse Rat Basel-Stadt hat da ein Gesetz gemacht, das gegen das Gesetz der Schweiz ist. Das würde mich freuen. Ich mache es nicht, aber das wollte ich einmal sagen, dass der Kanton überhaupt gar keine Kompetenz hat, da etwas zu machen.



Zuerst ist festzuhalten, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz im Bereich Arbeitnehmerschutz im nationalen Gleichstellungsgesetz umfassend wahrgenommen hat. Und genau das Gleichstellungsgesetz sieht keine Kompetenz für die Kantone vor. Sie müssen einfach wissen, wenn Sie Bundesgesetz machen wollen, gehen Sie in den Nationalrat, aber bitte nicht hier im Kantonsparlament. Sie sind mit ihrem Gesetz an der falschen Adresse, Sie haben sich einfach in der Hausnummer geirrt.

Der Kanton kann und darf in diesem Bereich also nicht mehr etwas ändern. Um trotzdem Verschärfungen in diesem Bereich vorsehen zu können, bedient sich die Regierung eines juristischen Kniffs. Sie schafft ein neues eigenes Gesetz und gibt als Zweck dieser neuen Bestimmungen eine sozialpolitische Massnahme an. Das ist nach meiner Meinung einfach eine Ausrede. Durch diesen scheinbar anderen Zweck, argumentiert die Regierung, handle es sich hier nicht um eine reine Verschärfung des Bundesgesetzes, sondern um eine andere Zielsetzung. Jedoch ist der sozialpolitische Zweck schon im Gleichstellungsgesetz festgehalten.

Ein Kurzgutachten von Prof. Dr. Felix Uhlmann und Dr. Regula Hinderlings zuhanden des Arbeitgeberverbandes Region Basel betreffend rechtliche Bewertung des Gesetzes betreffend Lohngleichheitsanalysen des Kantons Basel-Stadt vom 15. Januar 2024 kommt denn auch zum eindeutigen Ergebnis, dass der Kanton, wie ich es gesagt habe, keine Gesetzgebungskompetenz hat. Sie müssen einfach wissen, auch wenn Sie hier manchmal denken, Sie sind in Bern, wir sind in Basel. Prof. Dr. Felix Uhlmann führte dies auch im WAK-Hearing eindeutig aus. Er hält drei wichtige Punkte fest, weshalb der Kanton hier nicht abändern darf. Mit dem Lohngleichheitsanalysengesetz würde der Kanton Basel-Stadt die gleiche Frage wie der Bund regeln, aber eine andere Antwort geben. Erstens, der Bund habe nicht vorgesehen, dass die Kantone ergänzende Regelungen erlassen können. Zweitens, der Kanton könne nicht sagen, er regelt die gleiche Materie unter einem anderen Regelungszugang. Und drittens, das kantonale Lohngleichheitsanalysengesetz würde somit zu einer Regelung führen, die das gleiche Ziel verfolge, aber andere Normen vorsehe. Daraus entstünde ein Konflikt zwischen der kantonalen Norm und der Norm durch Bundesgesetz.

Und da hoffe ich als Grossrat, dass dann irgendwie ein Bürger nach Lausanne geht und sagt, wir wollen das Gesetz, das wir jetzt heute beschliessen, als nicht gültig erklären und es geht hier genau genommen um die Frage, ob der Kanton die Kompetenz habe, aber er hat sie etwa nicht. Darum bin ich gespannt, wie das weitergeht, weil da eine Auseinandersetzung zwischen Kantonsrecht und Bundesrecht ist. Und wenn Sie in der Schule aufgepasst haben, haben Sie gelernt, dass ein Bundesgesetz über dem Kantonsgesetz steht. Der Bund hat immer recht und der Kanton hat später recht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ihre Zeit ist abgelaufen. Nächste Sprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Danke für die Diskussion, die mich eigentlich insgesamt auch sehr enttäuscht. Es zeichnet sich leider ab, dass hier die bürgerliche Mehrheit, und ich zähle die GLP jetzt klar dazu, dieses Gesetz, in dem jahrelange Arbeit steckt und von der Regierung unterstützt wird, wohl abgelehnt wird. Damit politisieren Sie hier alle an der Bevölkerung vorbei.

Die Lohngleichheit ist in der Bevölkerung und die Erreichung der Lohngleichheit wirklich breit abgestützt, weil die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass Frauen immer noch im Schnitt unerklärt rund 8'000 Franken pro Jahr weniger verdienen für gleichwertige Arbeit und wie gesagt, unerklärt. Und das sind Erhebungen, diese Erhebungen gibt es, das sind die neuesten, lieber Niggi Rechsteiner und andere, die das hier immer wieder behaupten, dass das nicht stimmt. Dieses Gesetz ist kein nice-to-have. Es ist ein Gesetz, seit 44 Jahren in der Bundesverfassung verankert. Wir sind es unseren Freundinnen, unseren Ehefrauen, unseren Frauen, unseren Töchtern, unseren Enkelinnen, Nichten schuldig, dass dieses Gesetz jetzt endlich in die Realität gebracht wird. Und dieses Gesetz ist sinnvoll. Es braucht Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeiter*innen.

Das stellt auch die neueste Lohnstrukturhebung erneut fest, denn in der Gesamtwirtschaft fällt der unerklärte Anteil der Lohnunterschiede in Kleinunternehmen eben immer noch grösser aus. Das ist auch verständlich einerseits und erstaunt auch nicht, weil gerade in kleineren und mittleren Unternehmen fehlt häufig eine Lohnsystematik. Löhne werden oft situativ verhandelt. Das ist auch verständlich, aber es öffnet die Tür für potenzielle Lohndiskriminierung. Und das passiert, da bin ich davon überzeugt, in den allermeisten Fällen unbeabsichtigt, also nicht vorsätzlich. Aber gerade deshalb ist die Durchführung mindestens mal einer Lohngleichheitsanalyse so wichtig. Sie zeigen den Unternehmen auf, ob eine Diskriminierungsgefahr besteht und welche Massnahmen getroffen werden müssen, um allfällige Probleme zu erheben. In Basel-Stadt würden mit diesem Gesetz 169 Unternehmen mehr als mit dem bestehenden Bundesgesetz Lohngleichheitsanalysen durchführen, was sogar 79 Prozent der Beschäftigten umfassen würde. Das ist wirkungsvoll.

Es erstaunt mich leider nicht, aber enttäuschend finde ich die Kehrtwende der GLP in der Lohngleichheitsfrage. Die GLP, welche sich auch so gerne als fortschrittliche Gleichstellungspartei gibt. Ihr lehnt jetzt dieses Gesetz ab, ich finde das verwirrend. Das Gesetz basierend auf der Motion, die ich 2019 zusammen mit Katja Christ so angepasst habe, dass ihr es mitunterstützt. Ihr habt es zweimal mitüberwiesen. Ihr habt es mitbestellt und der Auftrag an die Regierung gegeben, dass ein Gesetz dazu zu verfassen ist. Dies wurde mit viel Arbeit und Steuergeldern gemacht und ja, es liegt jetzt hier. Es ist



milder noch als der ursprüngliche Vorschlag oder Ratschlag und was die Motion ursprünglich gefordert hat, wie beispielsweise, dass die Analysen nur ein einziges Mal durchgeführt werden müssen, wenn sie nicht deutliche Missstände zeigen. Wir wollten das nicht. Dass die Analysen, die im Rahmen des Beschaffungswesens durchgeführt werden, auch gelten, das finde ich okay, insofern sie nicht älter als vier Jahre zurückliegen, und dass das Gesetz «nur» 12 Jahre gilt und noch anderes mehr, ich kann jetzt nicht alles aufzählen. Aber ist jetzt wirklich das Erreichen der Lohngleichheit für die GLP kein relevantes Gleichstellungsthema mehr? Leider muss ich feststellen, die GLP ist auch in Gleichstellungsfragen keine verlässliche Partnerin. Schade, denn immerhin auf Bundesebene erklärt die Nationalrätin und Co-Präsidentin von alliance F, Kathrin Bertschy, Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeitenden als Legislaturziel. Das ist aktuell.

Nun ich hoffe, dass einige von Ihnen, sei es von der GLP oder einer anderen bürgerlichen Partei, die das ursprünglich auch mitgetragen haben, sich jetzt doch noch solidarisch zeigen mit uns Frauen. Ich wiederhole nochmal, mit Ihren Frauen, mit Kolleginnen, Freudinnen. Wir wollen nicht mehr, sondern einfach gleich viel Lohn für gleichwertige Arbeit und das verdienen wir und es ist ein Gesetz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Laetitia Block und Johannes Sieber. Nehmen Sie diese entgegen? Sie werden entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Sie sprechen von Lohnungleichheit. Sind Ihnen denn die Daten bekannt, die von den Unternehmen mit 100 Mitarbeitern bereits durchgeführt wurden, die zeigen, dass diese strukturelle Lohndiskriminierung nicht stattfindet und die Schwächen dieser Tools, die hier noch nicht erwähnt wurden, also Schichtzulagen, etc., die Ungleichheiten aufzeigen können, die nicht bestehen?

Nicole Amacher (SP): Sie kennen offensichtlich die Lohnstrukturerhebungen nicht und diese Diskussion führen wir nicht, die Logib-Diskussion. Es gibt Studien, auch vom Bund, auch von der Universität St. Gallen, dass diese Instrumente sehr wohl sehr tauglich sind, relevant und gesetzlich anerkannt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Nicole Amacher, wie oft haben Sie das Gespräch gesucht mit progressiven Gleichstellungspolitikern seit der ersten Lesung bis heute und können Sie nachvollziehen, dass ich aufgrund der Antwort nicht ganz Ihre Empörung teilen kann?

Nicole Amacher (SP): Ich habe über die letzten fünf Jahre und auch in der jüngsten Vergangenheit x-mal das Gespräch gesucht mit progressiven Gleichstellungspolitikern, auch von der GLP. Ich habe viele Gespräche, Telefone geführt, also ich habe mich sehr bemüht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte diese Diskussion jetzt nicht inhaltlich unbedingt weiterführen. Frau Block hat ja eigentlich schon in Lehrbuchmanier vorgetragen, warum wir hier keine kantonale Gesetzgebungskompetenz haben. Aber jetzt diese Empörungskultur von Rot-grün, hier muss man schon ein paar Fakten noch einmal richtigstellen. Ich glaube, es war Lorenz Amiet, der im November gesagt hat, dass diese Debatte keine Sternstunde war in diesem Parlament und hier muss man schon auch mal sagen, wenn Sie jetzt finden auf der rot-grünen Seite, dass Sie jetzt hier empört sind über den Ablauf dieser Debatte und dieser Vorlage, dann muss man ganz klar sagen, wenn jemand diese Debatte und diese Vorlage ad absurdum geführt hat, dann waren es die rot-grünen Fraktionen.

Sie haben im November einem GLP-Antrag zugestimmt, den Sie selbst überhaupt nicht wollten, Sie haben dann selbst noch einen eigenen Abänderungsantrag eingereicht, weil Sie der Meinung waren, dass der GLP-Antrag Bundesrecht widerspricht. Sie haben trotzdem zugestimmt und nur deshalb gab es überhaupt eine zweite Lesung. Also wenn Sie jetzt sagen, Sie sind empört, Sie sind enttäuscht, Sie sind entrüstet, wie diese Debatte abgelaufen ist, also wenn jemand diese Debatte ad absurdum geführt hat, wenn jemand dazu beigetragen hat, dass diese Vorlage keine Sternstunde in der parlamentarischen



Geschichte des Kanton Basel-Stadt ist, dann sind es die rot-grünen Fraktionen. Ich denke, das darf man dann auch einmal fürs Protokoll noch richtigstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte jetzt schon noch einmal bemerken, die GLP hat vor zweieinhalb Jahren in der Vernehmlassung genau klargemacht, unter welchen Bedingungen sie dieses Gesetz annehmen möchte und sie hat diesen Antrag dann hier im Plenum gestellt, etwas zu spät, zugegeben, sie hat ihn in der Kommission gestellt, er wurde abgelehnt und es ist vollkommen klar, wenn das so ist, möchten wir das Gesetz halt nicht annehmen. Ich verstehe wie die Empörung nicht, wenn man seit zweieinhalb Jahren weiss, unter welchen Bedingungen wir bereit sind mitzumachen und jetzt wird hier gegen die GLP gewettert. Also ich kann das einfach nicht ernst nehmen, es tut mir leid.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nicole Amacher hat sich gemeldet für ein zweites Votum.

Nicole Amacher (SP): Ich repliziere noch kurz auf dieses Votum. Wir haben alle unsere Vernehmlassung gehabt, alle haben noch andere Massnahmen gewollt. Wir wollten noch stärkere, die Linken, massiv stärkere, Sie wollten schwächere. Aber Ihren Antrag, den wir nicht diskutiert haben eigentlich in der Kommission, weil die gesamte bürgerliche Seite nicht mal auf das Geschäft eingetreten ist in der Kommission, der ist einfach auch schlecht. Letztes Mal waren wir noch so unschlüssig, ja, jetzt versenken wir dieses Gesetz, aber wir finden, es braucht jetzt ein Bekenntnis dazu und nicht so ein Wischiwaschi wieder, irgendwie ein bisschen was und doch nicht. Wir wollen jetzt dieses Gesetz und ein klares Bekenntnis von Ihnen als GLP, dass es wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Amacher, es gibt eine erneute Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird nicht entgegengenommen.

Somit ist die Liste der Redenden erschöpft. Der Regierungsrat und die Kommissionspräsidentin verzichten auf ein weiteres Votum.

Eintreten wurde bereits am 13. November 2024 beschlossen. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 5 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 1 Gegenstand und Zweck

Abs. 1-2

§ 2 Geltungsbereich

Abs. 1

§ 3 Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse

Abs. 1-4

§ 4 Anerkennung bestehender Lohngleichheitskontrollen

Abs. 1, lit. a bis c

Abs. 2

§ 5 Anerkennung bestehender Lohngleichheitsanalysen

Abs. 1-2

§ 6 Methode der Lohngleichheitsanalyse

Abs. 1

§ 7 Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse

Abs. 1 lit. a bis c



Abs. 2

§ 8 Überprüfung durch ein zugelassenes Revisionsunternehmen

Abs, 1-3

§ 9 Überprüfung durch eine Organisation oder eine Arbeitnehmendenvertretung

Abs. 1

§ 10 Information für die Arbeitnehmenden

Abs. 1

§ 11 Veröffentlichung der Ergebnisse im öffentlich-rechtlichen Sektor

Abs. 1

§ 12 Übermittlung der Sachdaten an den Kanton

Abs. 1 – 4

§ 13 Ausführungsbestimmungen

Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

Keine

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine

IV. Schlussbestimmung

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Seine Geltungsdauer ist ab Inkrafttreten auf 12 Jahre befristet.

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006080, 19.03.25 10:26:46]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

§ 1 Gegenstand und Zweck

1 Dieses Gesetz regelt die Durchführung von Analysen betreffend die Lohngleichheit von Frauen und Männern.

2 Es bezweckt die Reduktion negativer sozialpolitischer Auswirkungen von Lohndiskriminierung durch regelmässige Lohngleichheitsanalysen.

§ 2 Geltungsbereich

1 Das Gesetz findet Anwendung auf privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Arbeitgebende mit Sitz im Kanton.

§ 3 Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse

1 Arbeitgebende, die am Anfang eines Jahres 50 oder mehr Arbeitnehmende beschäftigen, führen für das betreffende Jahr eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durch.

2 Die Lohngleichheitsanalyse wird alle vier Jahre wiederholt. Fällt die Zahl der Arbeitnehmenden in diesem Zeitraum unter 50, so muss die Lohngleichheitsanalyse erst wieder durchgeführt werden, wenn die Zahl von 50 erreicht ist.



3 Zeigt die Lohngleichheitsanalyse, dass die Lohngleichheit eingehalten ist, so werden die Arbeitgebenden von der Analysepflicht befreit.

4 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten bezüglich Durchführung und Wiederholung der Analyse. Er definiert insbesondere den Kreis der für Analysepflicht und Analyse massgeblichen Arbeitnehmenden.

§ 4 Anerkennung bestehender Lohngleichheitskontrollen

1 Die Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse gemäss § 3 gilt als erfüllt, wenn Arbeitgebende:

- a) sich in einer laufenden Kontrolle über die Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens befinden;
- b) sich in einer laufenden Kontrolle über die Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen der Gewährung von Staatsbeiträgen befinden oder
- c) bereits gemäss lit. a oder b kontrolliert wurden, sofern der Referenzmonat der Kontrolle nicht länger als vier Jahre zurückliegt.

2 Der Regierungsrat erlässt Vorschriften darüber, wie die Bestimmungen dieses Gesetzes zu Information, Veröffentlichung und Übermittlung für anerkannte Lohngleichheitskontrollen gemäss Abs. 1 anzuwenden sind.

§ 5 Anerkennung bestehender Lohngleichheitsanalysen

1 Die Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse gemäss § 3 gilt als erfüllt, wenn Arbeitgebende bereits eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durchgeführt haben, welche die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt, sofern der Referenzmonat der Analyse nicht länger als vier Jahre zurückliegt.

2 Der Regierungsrat erlässt Vorschriften darüber, wie die Bestimmungen dieses Gesetzes zu Überprüfung, Information, Veröffentlichung und Übermittlung für anerkannte Lohngleichheitsanalysen gemäss Abs. 1 anzuwenden sind.

§ 6 Methode der Lohngleichheitsanalyse

1 Die Lohngleichheitsanalyse ist nach einer wissenschaftlichen und rechtskonformen Methode durchzuführen.

§ 7 Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse

1 Die Arbeitgebenden lassen ihre Lohngleichheitsanalyse von einer unabhängigen Stelle überprüfen. Dafür können sie wählen zwischen:

- a) einem Revisionsunternehmen mit einer Zulassung nach dem Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz, RAG) vom 16. Dezember 2005;
- b) einer Organisation nach Art. 7 des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) vom 24. März 1995 oder
- c) einer Arbeitnehmendenvertretung gemäss dem Bundesgesetz über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz) vom 17. Dezember 1993.

2 Der Regierungsrat legt die Kriterien für die Auswahl der Revisionsunternehmen fest und regelt das Vorgehen für die Überprüfung durch ein Revisionsunternehmen.

§ 8 Überprüfung durch ein zugelassenes Revisionsunternehmen

1 Die Arbeitgebenden übergeben dem Revisionsunternehmen alle Unterlagen und erteilen ihm die Auskünfte, die es für die Erfüllung der Überprüfung benötigt.

2 Das Revisionsunternehmen überprüft, ob die Lohngleichheitsanalyse formell korrekt durchgeführt wurde.

3 Es verfasst innerhalb eines Jahres nach Durchführung der Lohngleichheitsanalyse zuhanden der Leitung der überprüften Arbeitgebenden einen Bericht über die Durchführung der Analyse.

§ 9 Überprüfung durch eine Organisation oder eine Arbeitnehmendenvertretung

1 Die Arbeitgebenden schliessen mit der Organisation gemäss § 7 Abs. 1 lit. b oder der Arbeitnehmendenvertretung gemäss § 7 Abs. 1 lit. c eine Vereinbarung über das Vorgehen bei der Überprüfung und der Berichterstattung zuhanden der Leitung der überprüften Arbeitgebenden ab.

§ 10 Information für die Arbeitnehmenden

1 Die Arbeitgebenden informieren die Arbeitnehmenden bis spätestens ein Jahr nach Abschluss der Überprüfung schriftlich über die Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse.



§ 11 Veröffentlichung der Ergebnisse im öffentlich-rechtlichen Sektor

1 Die Arbeitgebenden im öffentlich-rechtlichen Sektor veröffentlichen die Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse und der Überprüfung bis spätestens ein Jahr nach Abschluss der Überprüfung.

§ 12 Übermittlung der Sachdaten an den Kanton

1 Die Arbeitgebenden übermitteln die Sachdaten zur Lohngleichheitsanalyse gleichzeitig mit der Information für die Arbeitnehmenden gemäss § 10 dem zuständigen Departement.

2 Die erhobenen Sachdaten dienen der Analyse der Umsetzung des Gesetzes durch das zuständige Departement und können zu statistischen Zwecken verwendet werden.

3 Das zuständige Departement kann Arbeitgebende kontaktieren und Empfehlungen abgeben. Arbeitgebende, an die eine Empfehlung gerichtet wird, erklären gegenüber dem zuständigen Departement, ob und inwiefern die Empfehlung befolgt wird.

4 Der Regierungsrat legt inhaltliche und formale Anforderungen für die zu übermittelnden Daten fest.

§ 13 Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Seine Geltungsdauer ist ab Inkrafttreten auf 12 Jahre befristet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Beschluss abgelehnt mit 50 Nein-Stimmen gegen 47 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

12.1. Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Bericht der WAK zur zweiten Lesung

[19.03.25 10:26:54, 19.5271.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend «Lohngleichheit: Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden» gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abzuschreiben.

Die WAK verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Durch Eintreten auf das Geschäft ist die Motion als erledigt abgeschrieben.

13. Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

[19.03.25 10:27:23, 24.0684.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Wir haben das Geschäft in der WAK beraten und beleuchtet. Es kam uns ein bisschen vor wie, nicht gerade täglich grüsst das Murmeltier, aber die Fragestellungen kamen uns bekannt vor, auch vom Swiss Indoors-Thema. Es geht um die Positionierung des Logos für den Kanton Basel, also Basel in internationalen Veranstaltungen, die in Basel stattfinden. Diese sind natürlich nicht messbar, die Erfolge, die damit erzielt werden, darum ist es keine exakte Wissenschaft. Lohnt sich der Aufwand, ist der Return on Investment gegeben, wie auch immer.

Wir sind aber überzeugt, gerade bei der Baloise Session wie auch natürlich bei Swiss Indoors, das ist jetzt aber hier nicht das Thema, aber es sind einfach ähnliche Überlegungen, die anzustellen sind, bei der Baloise Session handelt es sich um eine Veranstaltung, die wirklich international fast ihresgleichen sucht. Die Verbreitung über verschiedene Medienkanäle ist enorm, die Acts, die dort auftreten, haben wirklich sehr grosse weltweite Ausstrahlung und die Platzierung des Logos, die konstante Platzierung des Logos Basel ist hier wirklich eine sehr wertvolle Marketingmassnahme, das kann man nicht bestreiten.

Auch wenn es keine genauen Zahlen darüber geben kann natürlich, denken wir, dass Aufwand und Nutzen sich hier sehr gut vertragen im positiven Sinne und wir bitten Sie darum einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort für den Regierungsrat hat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich kann mich hier vollumfänglich der Präsidentin der Wirtschafts- und Abgabekommission anschliessen. Auch der Regierungsrat erachtet die Baloise Session sowohl in kultureller Hinsicht als auch mit Blick auf die hervorragende internationale Wahrnehmung als einer der bedeutenden Anlässe im Veranstaltungskalender unseres Kantons. Dem Festival-Team ist es gelungen, die Baloise Session in den vergangenen vier Jahrzehnten auf ein höchstes internationales Niveau zu bringen und auf diesem Niveau vor allem auch zu halten. Die Baloise Session ist seit Jahren als ein hochkarätiges Kulturfestival in unserer Stadt tief verankert, ein Festival, das jedes Jahr hochkarätige Musikerinnen und Musiker nach Basel bringt. Es ist ja auch so, dass wir nicht unendlich viele jährlich wiederkehrende Anlässe in Basel haben mit einer derartigen internationalen Ausstrahlung. Wir haben die Art Basel, wir haben die Swiss Indoors und ich glaube, man darf sagen, dann kommt sicher auch direkt die Baloise Session als einer derjenigen wiederkehrenden Anlässe, die eben international auch Ausstrahlungskraft haben. Solche international renommierte Grossanlässe tragen massgebend zum Bekanntheitsgrad Basel bei, sie generieren eine durchaus bedeutende Wertschöpfung. Insofern ist es aus Aspekten des Standortmarketings auch sinnvoll, diese Veranstaltungen als Plattformen zu nutzen.

Wir haben die zahlreichen Fernsehübertragungen, Berichterstattungen international und das hat uns seit 2021 dazu geführt, im Rahmen eines Marketing-Engagements als Kanton verschiedenen Leistungen einzukaufen. Ein wichtiges Element dabei ist, dass die Marke Basel, der Schriftzug Basel im Bühnenhintergrund sichtbar ist, und zwar immer während der ersten 15 Minuten der Konzerte. Natürlich auch für all diejenigen, die dieses Konzert über den Bildschirm verfolgen, zeitversetzt. Sie wissen vielleicht, auf vielen internationalen Flügen kann man Baloise Session-Konzerte schauen, wir haben Fernsehstationen in 107 Ländern, die die Baloise Session-Konzerte zeigen, bedeutende Zielmärkte wie Deutschland, Frankreich, China, die USA, Grossbritannien und Japan.

Man kann ja solche medialen Gegenwerte eines Marketing-Engagements auch berechnen. Die Berechnung beim Engagement an der Baloise Session beläuft sich auf knapp 800'000 Franken, also ungefähr das Fünffache des jährlichen Engagements unseres Kantons. Auch wenn das nicht eine restlos exakte Wissenschaft ist, wie immer bei diesen Wertschöpfungsstudien und bei diesen Marketing-Wertstudien, ist es doch ein klarer Indikator dafür, dass wir hier als Kanton viel bekommen für dieses Engagement, nicht zuletzt natürlich auch eine Absicherung, dass dieses hochkarätige Festival in der bestehenden Form weiterbestehen, sich weiter auf höchstem Niveau bewegen kann.

Nun läuft das bisherige Engagement aus bzw. es ist schon ausgelaufen, 2024, wir sind ja etwas spät dran. Das ist aber leicht zu erklären, da die WAK mit dem grossen Standortpaket mit noch grösseren Geschäften intensiv beschäftigt war in den letzten Monaten. Wir können aber nun heute mit einer Genehmigung der Fortsetzung des Marketing-Engagements sicherstellen, dass eben die Baloise Session für die nächsten vier Jahre weiterhin die Marke Basel derart prominent zeigen kann und natürlich senden wir da auch ein Signal an die für das Festival wichtigen Sponsoren aus, dass eben das Festival einen starken Rückhalt der Allgemeinheit, der Politik und der Gesellschaft geniesst.



Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen namens des Regierungsrats, gleich auch wie die WAK, Ausgaben in der Höhe von 648'600 Franken für die Periode 2025 bis 2028, ein unverändertes Beitragsengagement für die nächsten vier Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin für die BastA hat sich Patrizia Bernasconi eingetragen.

Patrizia Bernasconi (BastA): Um vorauszuschicken, meine Fraktion wird diesem Beschluss mehrheitlich zustimmen. Ich erlaube mir aber trotzdem ein paar kritische Bemerkungen zu diesem Geschäft. Wir sprechen Mittel dafür, dass wir eine Werbefläche kaufen, damit wir die Marke Basel präsentieren können. Es geht um eine Werbefläche. Was diese Werbefläche tatsächlich für Auswirkungen für Basel hat, das wissen wir nicht und ich bin mir sicher, es wird nicht mal gemessen, was das für Auswirkungen hat. Es wäre also ehrlicher, von einer Subvention zu reden. Das können wir aber nicht, da Subventionen von kommerziellen Veranstaltungen verpönt sind. Also verstecken wir das Ganze unter dem Begriff Werbung und darüber müssen wir uns alle bewusst sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fina Girard für die Grüne/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Auch hier nur ganz kurz. Vor vier Jahren haben wir als Grün-Alternatives Bündnis dieser Vorlage zugestimmt, unter dem Vorbehalt, die Wirkung der Massnahmen kritisch zu prüfen und wenn der Regierungsrat es nun als Erfolg verbucht, dass die Stadt Basel nun in Fluglinien rund um die ganze Welt für sich wirbt, dann müssen wir als Grüne/jgb doch kurz aufmucken. Unser Netto-Null-Ziel bis 2037 soll eben nicht an den Kantonsgrenzen Halt machen, sondern sich in all unseren Aktivitäten widerspiegeln und dabei hoffen wir auch, dass der Kanton auf einen nachhaltigen, langsamen Tourismus setzt.

Basel darf dieses Jahr besonders strahlen, ESC, Fussball EM, EJCF und vielen weiteren sei Dank und ob dieses Marketing-Geld für einen Schriftzug angesichts dessen tatsächlich nötig ist, und Patrizia Bernasconi hat es gesagt, bei einem kommerziellen Anbieter nötig ist, stellen einzelne in Frage und werden sich deshalb enthalten. Die Mehrheit wird zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber wenn man dann doch als Grossrat und Mensch Schriftverkehr führt mit dem Kanton, muss man doch das sagen. Ich stelle Rückweisung an die Regierung und ich stelle Antrag auf Nichteintreten.

Herr Cramer hat gesagt, wichtiger Bekanntheitsgrad für Basel. Ja, aber ich stelle fest, dass Tickets der Baloise Session immer an die Regierung gehen. Ich habe als Grossrat noch nie ein Ticket bekommen und dann muss man das einmal ganz klar, wie es die Basler Zeitung sagt, einordnen und feststellen, wie die Regelung ist. Wir geben als Parlament Gelder noch und noch, jetzt für die Baloise Session, aber haben wir im Endeffekt etwas davon? Nein, wir haben nichts davon, die Freikarten gehen ständig an die Regierung. Und das muss gesagt werden, wir sind Grossräte, wir sind keine Regierung und der Grosse Rat hat den Auftrag, die Regierung zu kontrollieren. Und ich muss dann wirklich sagen, als Grossrat bin ich enttäuscht, wenn man weiss, was ein Regierungsrat in Basel verdient, mehr wie der deutsche Bundeskanzler. Wenn ich jetzt gerade bei Deutschland bin, ein Beispiel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber man darf sagen, wie die Tickets verteilt werden. Eine Zeitung hat einen Chefredaktor. Ich war bei der Bild-Zeitung, der Chefredaktor kann nicht alle Einladungen annehmen und die Einladungen werden an die Journalisten verteilt, die Reiseeinladungen, darum bin ich auch sehr viel gereist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Staatsbeitrag und Marketing-Engagement zu tun.



Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, das Marketing-Engagement wird von mir nicht akzeptiert. Rückweisung an die Regierung und Nichteintreten, solange ich kein Freiticket bekomme von der Baloise Session und das darf ich sagen. Herr Präsident, ich weiss nicht, ob Sie es wissen, ich schreibe überall hin und ich sage, ich bin Grossrat von Basel, ich möchte ein Ticket.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Staatsbeitrag zu tun. Erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Frau Girard hat gesagt, dass in Basel solche Anlässe sind. Wenn Sie ins Heft des Grossen Rats schauen, stelle ich auf der Seite 54 die Frage, wer Freikarten bekommt und das ist einfach ein berechtigtes Anliegen. Ich hätte dann schon einmal vom Regierungspräsidenten erwartet, dass er sagt, nicht nur, wie toll das ist, Fernsehwerbung in 107 Ländern. Ich möchte bei der nächsten Rede wissen, und ich möchte hier wirklich um Anstand bitten und Ordentlichkeit, wie viele Tickets bekommt die Regierung und gibt das nicht weiter an den Grossen Rat. Bekommt die Regierung 100 Freitickets, bekommt die Regierung 200 Freitickets, ich möchte das wissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber.

Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006084, 19.03.25 10:41:28]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

Eric Weber beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006085, 19.03.25 10:42:05]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Ausgabenbericht nicht zurückgewiesen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)



Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006087, 19.03.25 10:42:48]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) beim Musikfestival Baloise Session werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 648'600 (inkl. MwSt.) resp. Fr. 162'150 (inkl. MwSt.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

14. Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK

[19.03.25 10:42:53, 24.1627.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ergänzungsleistungen zur AHV- oder Invalidenversicherung sind für die soziale Sicherheit und für die finanzielle Existenzsicherung von Personen mit Alters- und Invalidenrenten von sehr grosser Bedeutung. Ohne diese Unterstützungsleistungen wären viele Menschen von einem Leben in Armut bedroht. Die Ergänzungsleistungen sind deshalb unerlässlich, um soziale Gerechtigkeit zu fördern. Nun wissen wir aufgrund einer von der Verwaltung bei der Berner Fachhochschule in Auftrag gegebenen Studie, dass im Kanton Basel-Stadt bei der Ergänzungsleistung eine Nichtbezugsquote von rund 29 Prozent besteht. Bei der Sozialhilfe ist diese sogar noch ein wenig höher. Also eine doch sehr bedeutende Anzahl von Menschen in Armut, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, beziehen diese aber nicht. Dies hat mittel- und längerfristige Folgen für die Betroffenen, inklusive Folgekosten für die Gesellschaft. Die Gründe für den Nichtbezug sind vielseitig, wie beispielsweise Zuständigkeitsfalle mit dem Hin und Her zwischen den Ämtern oder die Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen. Manchmal fehlen aber auch einfach die notwendigen Informationen sowie eine einladende Haltung der zuständigen Ämter.

All diese Gründe sind zwingend zu bearbeiten, um die Nichtbezugsquote in den kommenden Jahren zu senken, damit der Kanton Basel-Stadt seine Aufgaben in der Armutsprävention erfolgreich wahrnehmen und seinem Anspruch gerecht wird. Diverse Massnahmen, um bezugsberechtigte Personen besser zu erreichen, wurden bereits ergriffen, beispielsweise eine



überarbeitete Webseite in einfacher Sprache, Erklärvideos in fünf Sprachen und eine enge Zusammenarbeit mit sozialen Institutionen. Mit der Überweisung des Anzugs von Christine Keller im September 2023 wurde die bis anhin noch nicht existente Massnahme der persönlichen Benachrichtigung von Amtes wegen auf den Weg gebracht. Mit diesem Ratschlag unterstützt der Regierungsrat das wichtige Anliegen und verweist auf die bereits bestehende aktive Ansprache bei den Prämienverbilligungen.

Mit der Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes Ergänzungsleistungen sowie kantonalen Beihilfen (EG/ELG) beantragt der Regierungsrat die notwendige gesetzliche Grundlage für die persönliche Information an Personen, die aufgrund ihrer Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben könnten, aber keine Sozialhilfe beziehen. Wahrscheinlich hat dies kaum jemand bemerkt, aber in Teilen des Berichts steht fälschlicherweise ab und zu die Abkürzung EL/ELV anstatt EG/ELG, es betrifft aber immer dasselbe Gesetz. Mit der vorliegenden Teilrevisionen wird der bereits erwähnte Anzug von Kollegin Keller erfüllt und kann somit abgeschrieben werden.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Daran haben der Departementsvorsteher des WSU sowie die stellvertretende Abteilungsleiterin des Amts für Sozialbeiträge teilgenommen.

Die erwähnte Studie hat festgestellt, dass besonders in Haushalten mit kleiner Bedarfslücke auf Sozialleistungen die Nichtbezugsquote höher ist als bei Haushalten mit grosser Bedarfslücke. Aufgrund der Erkenntnisse der Studien konnten vier Kategorien von Person mit einem EL-Nichtbezug eruiert werden. Besonders bei drei Kategorien wären mit Massnahmen anzusetzen, beispielsweise bei überforderten Personen mit hoher subjektiver Bedürftigkeit, aber fehlenden Systemkenntnissen und allgemeiner Überforderung, welche dann zum Nichtbezug führen, sowie bei der Kategorie distanzierter Person mit tiefer subjektiver Bedürftigkeit und abweichender Einschätzung ihrer Anspruchsberechtigung, was dazu führt, dass gar kein Antrag gestellt wird. Aber auch bei verunsicherten Personen mit hoher subjektiver Bedürftigkeit und Kenntnissen des Sozialsystems, aber mit grosser Scham oder Angst vor Nachteilen führt dies dann zur nicht Inanspruchnahme der Sozialleistungen.

Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen ist komplexer zu berechnen als bei den Prämienverbilligungen. Ausgaben und Einnahmen müssen gegenübergestellt werden. Es benötigt daher einen Abgleich mit den Steuerdaten und weiteren Parametern, um ein gezieltes Anschreiben zu ermöglichen. Eine Abfrage des Datenmarktes sowie ein Abgleich mit der Sozialhilfe muss erfolgen. Die persönliche Identifikation und die Benachrichtigung brauchen auf kantonaler Ebene daher eine gesetzliche Grundlage und zudem müssen auch die Vorschriften des Datenschutzes eingehalten werden.

Folgendes Vorgehen ist vom Regierungsrat geplant:

Teilrevision des EG/ELG, dann der Gesamtabgleich der Daten und gezieltes Anschreiben und ab 2026 Informationen an alle Neurentnerinnen und Neurentner und dann ein erneutes Anschreiben im Fünfjahresrhythmus. Wie Sie dem Bericht der GSK entnehmen können, sieht die Teilrevision deshalb eine Ergänzung des § 2 des EG/ELG mittels eines zweiten Absatzes vor. Die Gesamtausgaben für die Ergänzungsleistungen betragen 2023 238 Millionen Franken. Durch das Anschreiben werden mehr Personen erreicht und es wird mit Mehrausgaben für den Kanton Basel-Stadt inklusiv zusätzlichen Verwaltungsaufwand von 3,24 Millionen Franken geschätzt. 1,5 Millionen Franken entfallen dann beim Bund.

Die GSK unterstützt geschlossen die vorliegende Teilrevision und erachtet es als sehr sinnvoll, Anspruchsberechtigte aktiv auf Sozialleistungen aufmerksam zu machen. Bei der Teilrevision wird kein neuer Anspruch geschaffen, sondern es wird die Inanspruchnahme von berechtigten und wichtigen Sozialleistungen gefördert. Ein Beitrag also für eine aktive Armutsprävention von Seiten des Kantons. Die dazu notwendigen Kosten für administrative Tätigkeiten zur Eruiierung und Anschreiben fallen vergleichsweise gering aus. Wir sollten also ein Interesse daran haben, dass alle Bezugsberechtigten ihre Leistungen aus den Sozialversicherungen in Anspruch nehmen, damit diese nicht unter der Armutsgrenze leben müssen. Dies wirkt sich auf mehreren Ebenen positiv aus, die Betroffenen müssen weniger bei Gesundheit, Lebensmittel oder der sozialen Teilhabe einsparen und dies senkt die körperlichen und psychischen Folgekosten aufgrund Armutsbetroffenheit.

Die GSK erachtet es auch als wichtig, älteren und alleinstehenden oder zugezogenen und mit dem Bezug von Ergänzungsleistungen nicht vertrauten Personen ihre Rechte und Möglichkeiten in möglichst einfacher Sprache zu erklären. Die Massnahmen müssen in der Breite Wirkung erzeugen und grossflächig umgesetzt werden. Unnötige Schwellen, die bisher Anträge verhindert haben, müssen zwingend gesenkt bzw. beseitigt werden. Neben sprachlichen Vereinfachungen und fremdsprachigen Angeboten muss auch die Beibehaltung der Antragsmöglichkeit auf Papier unbedingt beibehalten werden. Aufgrund des bestehenden Digital Gap durch Ausbildung, Lebensumfeld oder Alter sowie aufgrund der aktuellen Erfahrung mit der Umstellung bei der elektronischen Steuererklärung zeigt sich, wie wichtig dies ist, um die Schwellen tief zu halten. Der GSK ist es zudem ebenso wichtig, dass auch die Angehörigen von Bezugsberechtigten auf die Leistungen sensibilisiert werden und Unterstützungsleistungen durch vertraute Organisationen, wie beispielsweise die Spitex oder Pro Senectute, gewährleistet sind. Das Departement hat versichert, dass die Anliegen, leichte Kommunikation und verbesserte Unterstützung, auch für die Behörden wichtig sind und angegangen werden.



Die GSK beantragt deshalb Ihnen einstimmig, der Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen zuzustimmen und den Anzug von Christine Keller und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Regierungsrat, das Wort hat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Rente sind ein wichtiges Instrument zur Existenzsicherung und zur Armutsbekämpfung. Es ist deshalb wichtig und auch im Interesse des Kantons und der Stadt, dass diese Sozialleistungen auch diejenigen erreichen, die sie benötigen, die einen Anspruch darauf haben. Grundsätzlich können wir feststellen, dass unsere guten sozialen Sicherungssysteme Armut sehr wirkungsvoll bekämpfen. Armut ist in der Schweiz insbesondere dort gross, wo wir es mit einem Nichtbezug zu tun haben und das ist genau der Grund, weshalb der Regierungsrat und auch das Amt für Sozialbeiträge und die Sozialhilfe einen grossen Schwerpunkt setzen auf die Verringerung des Nichtbezuges der beiden Sozialleistungen, die es gibt.

Damit man das tun kann, muss man den Nichtbezug auch kennen, auch eruieren. Eine ganz exakte Wissenschaft ist das nicht, aber sowohl die Sozialhilfe wie auch das Amt für Sozialbeiträge haben in Studien abfragen lassen, wie stark dieser Nichtbezug ist und er wird bei der EL auf 29 Prozent geschätzt. Er ist dort höher als zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen und deshalb ist es auch wichtig, dass wir gerade auch in diesem Bereich Massnahmen ergreifen, um den Nichtbezug zu reduzieren. Es geht ja hier bei Menschen mit einer IV-Rente, also mit einer Einschränkung, mit einer körperlichen oder psychischen, und auch bei Menschen im Alter, die im AHV-Alter sind und in Armut leben, wenn sie auf diese Ergänzungsleistungen nicht Rückgriff nehmen. Bei beiden dieser Studien ist eine Aktualisierung in diesem Jahr geplant. Wir machen das, das ist die Idee, im Zweijahresrhythmus, so dass wir auch sehen, wie sich dieser Nichtbezug entwickelt und wo die Hebel auch sind.

Das Amt für Sozialbeiträge hat schon einiges unternommen, um niederschwelliger zu werden. Die Webseite wurde umfassend überarbeitet, es gibt Informationen in einfacher Sprache, es gibt Erklärvideos in mehreren Sprachen und es gibt auch die Hilfe beim Ausfüllen des Antrags. Und ich kann den Präsidenten der GSK beruhigen, das papierige und analoge Ausfüllen, das bleibt weiterhin bestehen, selbstverständlich bei allen Sozialleistungen, die wir haben, aber wo wir Handlungsbedarf haben, ist eher im Digitalisierungsbereich, dass wir dort besser werden müssen, dass auch die digitale Beantragung von diesen Sozialleistungen einfacher wird. Und genau in diesem Bereich der Reduktion des Nichtbezuges geht auch der Anzug Keller, den wir heute besprechen, der eben die Erfahrung, die wir heute schon haben bei den Prämienverbilligungen, wo wir die Daten haben, die Steuerdaten und entsprechend die potenziell Berechtigten direkt anschreiben können, dass wir das in Zukunft auch bei den Ergänzungsleistungen machen können.

Bei den Prämienverbilligungen, da besteht bereits eine gesetzliche Grundlage und deshalb dürfen wir dies auch tun, und da es sich um persönliche Personendaten handelt, brauchen wir diese gesetzliche Grundlage, damit dieser Abgleich notwendig ist und das ist genau der Antrag in diesem Gesetz, der Ihnen heute vorliegt. Bis im Sommer 2025 werden wir die Steuerdaten 2023 zur Verfügung haben, dann kann ein erster Abgleich stattfinden mit sämtlich potenziell anspruchsberechtigten Personen. Wir rechnen ungefähr mit einem Adressatenkreis von 4'000 Haushalten. Ab 2026 sollen dann auch neue Rentnerinnen und Rentner jeweils mit einem Jahresversand auf ihren möglichen Anspruch direkt aufmerksam gemacht werden. Alle anderen, die werden wir in einem Fünfjahresrhythmus abgleichen. Weil Renteneinkommen relativ stabil sind, ist es auch zielführend, ist es auch effektiv und effizient, das alle fünf Jahre zu tun. Ein jährliches Anschreiben wie bei der Prämienverbilligung, wo wir es mit viel stärkeren Schwankungen auch auf der Einkommenseite zu tun haben, ist deshalb nicht sinnvoll.

Die Kostenfolgen, die belaufen sich auf 4,62 Millionen, das ist das Bruttoprinzip. Der allergrösste Teil sind natürlich dann die Ergänzungsleistungen, die ausbezahlt werden, und nicht die administrativen Kosten. Und der grosse Vorteil ist ja auch bei den Ergänzungsleistungen, dass der Bund sich da mitbeteiligt und mitfinanziert, also wir holen auch, sage ich jetzt mal, diese Bundesgelder effektiver ab und das sind dann 1,5 Millionen, die dann bei dieser Schätzung der Bund einbringen wird. Wir gehen heute davon aus, dass wir dazu 550 neue EL-Bezügerinnen und -Bezüger erreichen effektiv, wie die Zahlen dann sein werden, das wissen wir nicht, aber das werden wir dann sehen, wenn die Erfahrungen vorliegen von diesen neuen Massnahmen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat gemeinsam mit der GSK, diese Gesetzesänderung zu verabschieden. Sobald diese vorliegt, wird sich das Amt für Sozialbeiträge an die Umsetzung machen, damit dann dieser Abgleich stattfinden kann und wir wirklich unser Ziel auch möglichst erreichen, dass wir eben mehr Leute erreichen und diese dann die Möglichkeit haben und von ihrem Recht Gebrauch machen und wir Armut bei Menschen mit IV-Renten und bei Menschen mit AHV-Renten reduzieren können. Das ist das Ziel dieser Gesetzesänderung.



Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin hat sich eingetragen Christine Keller für die SP.

Christine Keller (SP): Das Geschäft ist erfreulicherweise unbestritten und ich will hier auch nicht verlängern. Mir bleibt auch im Namen meiner Fraktion zu danken dem Regierungsrat, der Verwaltung und der GSK, dass dieses Anliegen, obwohl ja ein Anzug sogar, nicht einmal eine Motion, so gut und so speditiv umgesetzt wurde. Ich freue mich wirklich da auch sehr, auch im Namen dieser zusätzlichen Armutsbetroffenen, die dadurch zu ihrem Recht kommen. Der Nichtbezug von Sozialleistungen ist ein Problem und es kann nicht sein, dass fast 30 Prozent von ihrem guten Recht aus Unkenntnis oder Angst oder Scham nicht Gebrauch machen. Und auch in den Fällen, wo es nicht an Unkenntnis liegt, wird ein entsprechendes Schreiben der Verwaltung mit dem Hinweis auf das Recht sicher dazu beitragen, dass dieser Schritt gemacht wird. Wie gesagt, herzlichen Dank und ich freue mich sehr, dass dieser weitere Schritt zu einem noch sozialeren Basel hier getätigt werden darf und bitte Sie natürlich um Zustimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und der Kommissionssprecher verzichten in einer zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

I.

§ 2 Abs. 2 (neu)

Allgemeines (Überschrift geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006089, 19.03.25 10:58:57]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen [1]) (EG/ELG) vom 11. November 1987 [2]) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 2 (neu)

Allgemeines (Überschrift geändert)

2 Personen, die keine Leistungen der Sozialhilfe beziehen und aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben könnten, werden regelmässig persönlich angeschrieben. Der Regierungsrat regelt das Nähere.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.



IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

14.1. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen, Bericht der GSK

[19.03.25 10:59:05, 23.5244.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, den Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend «Ergänzungsleistungen – persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen» als erledigt abzuschreiben.

Die GSK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

15. Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

[19.03.25 10:59:26, 24.1772.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, den vier Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Das Wort hat der Präsident der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die finanzrechtliche Zuordnung von Liegenschaften erfolgt gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz und wird regelmässig überprüft, um sicherzustellen, dass jede Liegenschaft der richtigen Vermögensmasse zugewiesen ist. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen dem Verwaltungsvermögen und dem Finanzvermögen. Liegenschaften im Verwaltungsvermögen dienen unmittelbar der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dazu gehören beispielsweise Schulhäuser, Verwaltungsgebäude oder Polizeistationen. Solche Liegenschaften stehen nicht zur freien Verfügung, sondern werden langfristig für die Erbringung staatlicher Leistungen benötigt. Das Finanzvermögen hingegen umfasst Liegenschaften, die nicht unmittelbar einer öffentlichen Aufgabe dienen. Sie können grundsätzlich veräussert werden, wenn der Kanton sie nicht mehr benötigt. Eine korrekte Zuordnung ist entscheidend, um die kantonalen Ressourcen effizient zu verwalten und Transparenz in der Bewirtschaftung der Liegenschaften sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund schlägt der Regierungsrat vor, zwei Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu überführen, eine sogenannte Entwidmung, und zwei Liegenschaften aus dem Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen, eine Widmung.

Die Kommission hat sich mit diesen Fällen befasst und unterstützt die vorgeschlagenen Umwidmungen. Zunächst geht es um die Entwidmungen vom Verwaltungs- und Finanzvermögen.

Die Parzelle Nr. 1896, Sektion 8, ist ein unbebautes Grundstück an der Bäumlihofstrasse/Allmendstrasse. Diese Parzelle umfasst rund 19'000 m² und liegt in der Grünanlagezone. Sie wurde ursprünglich als Reserve-Land erworben und ist derzeit landwirtschaftlich verpachtet. Eine Nutzung für Verwaltungszwecke ist nicht vorgesehen, da sich das Grundstück ausserhalb



des Siedlungsgebietes befindet und keine öffentliche Aufgabe erfüllt. Analog zu anderen landwirtschaftlich genutzten Grünflächen wird daher eine Überführung ins Finanzvermögen vorgeschlagen. Damit bleibt die Flexibilität erhalten, über eine künftige Nutzung zu entscheiden.

Die Parzelle Nr. 2085, Sektion 8, am Eisenbahnweg 7/7A, diese Parzelle liegt ebenfalls in der Grünanlagezone und umfasst zwei Wohngebäude. Beide Gebäude sind im kantonalen Inventar der schützenswerten Bauten erfasst. Die Liegenschaft wurde ursprünglich als Pächterhaus des Guts Rankhof genutzt, später saniert und in eine Wohnnutzung überführt. Die heutige Nutzung besteht ausschliesslich aus privater Wohnvermietung, eine Rückführung in eine öffentliche Nutzung ist nicht geplant. Da die Liegenschaft somit keiner Verwaltungsaufgaben mehr dient, soll sie ins Finanzvermögen überführt werden.

Nun kommen wir zu den Widmungen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.

Die Parzelle Nr. 2017, Sektion 4, an der Röschenzerstrasse 7, diese Liegenschaft wurde ursprünglich als Wohnhaus errichtet und später für die Kinder- und Jugendpsychiatrie genutzt. Nach dem Auszug der Klinik im Jahr 2019 wurde die Liegenschaft zur Zwischennutzung vermietet. Eine ursprünglich geplante Wohnnutzung konnte aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht realisiert werden. Nun soll die Liegenschaft langfristig als Tagesstruktur und Kindergarten für das Schulhaus Brunnmatt genutzt werden. Aufgrund dieser öffentlichen Nutzung ist es folgerichtig, die Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu überführen.

Die Parzelle Nr. 0643, Sektion 8, an der Grenzacherstrasse 106, genannt Rosengarten, diese Liegenschaft beherbergt einen Kindergarten, der langfristig erhalten bleiben soll. Ursprünglich gab es Überlegungen, die Liegenschaft an die F. Hoffmann-La Roche AG zu veräussern. Allerdings stiess dies auf Widerstand aus der Bevölkerung. Die aktuelle Strategie sieht eine langfristige öffentliche Nutzung vor, weshalb eine Überführung ins Verwaltungsvermögen beantragt wird.

Unsere Kommission hat sich mit diesen vier Fällen auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagenen Umwidmungen sachgerecht sind. Die Entwidmungen betreffen Liegenschaften, die keine Verwaltungsaufgaben mehr erfüllen, während die Widmungen sicherstellen, dass für langfristige öffentliche Nutzungen die korrekte Vermögenszuordnung erfolgt.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen daher, den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet auf eine Wortmeldung. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 (Seite 9 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 1.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006093, 19.03.25 11:06:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 1896, Sektion 8, ohne Adresse, ist vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen (Entwidmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Grossratsbeschluss einstimmig mit 88 Ja-Stimmen angenommen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 (Seite 10 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 2.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006094, 19.03.25 11:06:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 2085, Sektion 8, Eisenbahnweg 7/7A ist vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen (Entwidmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3 (Seite 11 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 3.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006095, 19.03.25 11:07:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 2017, Sektion 4, Röschenzerstrasse 7 ist vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde mit 92 Ja-Stimmen angenommen.



Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4 (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 4.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006096, 19.03.25 11:08:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Nr. 0643, Sektion 8, Grenzacherstrasse 106 ist vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2025).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 92 Ja-Stimmen.

16. Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz", Bericht der PetKo

[19.03.25 11:08:06, 24.5409.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Für die Kommission hat Nicole Strahm-Lavanchy das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Gerne präsentiere ich Ihnen im Namen der Petitionskommission den Bericht zur Petition P482 «Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz». Die Petition «Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz» fordert die Zurückweisung des offiziellen Entscheids, den seit jeher als Matthäusplatz bekannten Platz offiziell in Matthäuskirchplatz umzubenennen. Die Petitionskommission hat jeweils eine Vertretung der Petentschaft und der Verwaltung zu einem Hearing eingeladen. Der Matthäusplatz ist seit mehr als 100 Jahren ein zentraler Treffpunkt im Matthäusquartier. Hier finden der Wochenmarkt, Veranstaltungen sowie das soziale Leben des Quartiers statt. Dass die Bedeutung des Ortes mit der de facto neuen Bezeichnung Matthäuskirchplatz auf eine rein kirchliche Funktion reduziert wird, wird diesem Platz laut Petition nicht gerecht. Auch in der Quartiergemeinschaft wird dieser Örtlichkeit eine wesentlich umfassendere Rolle zugeschrieben.

Es ist für die Petentschaft gut nachvollziehbar, dass die Nomenklaturkommission bei der Benennung von Strassen und Plätzen einer gewissen Systematik folgt. Kein Verständnis zeigt sie aber, wenn die Systematik höher gewichtet wird als der gelebte Alltag. Der Name Matthäusplatz sei identitätsstiftend und müsse deshalb bestehen bleiben. Die Vertretenden der Petentschaft haben zudem verschiedene Beispiele erwähnt, bei denen ein Platz trotz Kirche nicht als Kirchplatz bezeichnet ist. So heisse der Claraplatz trotz Clarakirche nicht Clarakirchplatz und der Barfüsserplatz trotz Barfüsserkirche nicht Barfüsserkirchplatz. Dass Plätze mit Kirche als Kirchplatz bezeichnet werden, sei in Basel also keine prinzipielle Regel.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt aus Sicht der Petentschaft ist das missachtete Mitwirkungsrecht der Quartierbevölkerung gemäss § 55 der Kantonsverfassung. Dieser besagt, dass der Staat die Quartierbevölkerung in seiner Meinungs- und



Willensbildung einzubeziehen hat, sofern Interessen tangiert werden. Die Umbenennung in diesem Fall erfolgte aber ohne vorherige Konsultation der betroffenen Anwohnenden und Organisation wie dem Quartierverein «Matthäusplatz unser Platz» oder dem Stadtteilsekretariat. Die Petentschaft hofft nun sehr, dass die Nomenklaturkommission nicht an ihrer eigenen Systematik festhält und deshalb der Willensäusserung der Bevölkerung folgt und den Namen Matthäusplatz als offiziellen Namen anerkennt.

Die Vertretung der Verwaltung, beide auch Mitglieder der Nomenklaturkommission, argumentiert, dass die Nomenklaturkommission nach festgelegten Kriterien arbeitet, die historische, topografische und städtebauliche Aspekte berücksichtigen. Der Name Matthäuskirchplatz sei sachlogisch, da die Matthäuskirche seit ihrer Errichtung im Jahr 1896 das städtebaulich prägende Element des Platzes darstelle. Zudem sei diese Bezeichnung in historischen Dokumenten nachweisbar und im Verwaltungskontext bereits mehrfach benutzt worden. Dass die Bezeichnung Matthäuskirchplatz keine Erfindung der Nomenklaturkommission ist, hat deren Vertretung mit verschiedenen Dokumenten aus der Vergangenheit belegt. Dass sich aber auch viele Beispiele finden lassen, bei denen vom Matthäusplatz die Rede ist, ist bei der Nomenklaturkommission unbestritten. Auch ist ihnen bewusst, dass der Platz sowohl in der Verwaltung als auch in der Bevölkerung sowohl Matthäusplatz wie auch Matthäuskirchplatz genannt wird und dass sich dieser Umstand mit der offiziellen Benennung des Platzes zum Matthäuskirchplatz auch nicht ändern wird.

Die Nomenklaturkommission entscheide aber nicht im stillen Kämmerlein, sondern suche jeweils den Kontakt zu Betroffenen. Sie verberge nicht abgehoben oder nach starren Regeln Namen für Strassen und Plätze und sei durchaus bestrebt, den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden. Sie tausche sich mit Verwaltungsstellen, betroffenen Grundeigentümer und bei Personenbezeichnungen auch mit Verwandten oder Stiftungen aus. Um aber zu verhindern, dass Interessengruppen oder Firmen ihre Wünsche durchsetzen, sei eine gewisse Unabhängigkeit wichtig. Dass bei der Benennung von Strassen und Plätzen nicht immer alle zufrieden seien, lasse sich leider daher nicht verhindern. Eines ist sich die Nomenklaturkommission im Nachhinein aber bewusst, die Kommunikation ist zukünftig verbesserungswürdig. Einen solch tragenden Entscheid, wie üblich nur via Mitteilung im Kantonsblatt, zu publizieren, das reicht nicht.

Die Petition per se kommt zum Schluss, dass die offizielle Bezeichnung Matthäuskirchplatz nicht zwingend ist, da es in Basel zahlreiche Plätze mit Kirchen gibt, die nicht als Kirchplatz benannt sind, wie bereits gehört. Während die systematische Herangehensweise der Nomenklaturkommission nachvollziehbar ist, wäre ein Einbezug der Quartierbevölkerung und den diversen zugewandten Organisationen in diesem Fall sinnvoll gewesen. Die Petition zeigt nämlich deutlich, dass der Name Matthäusplatz in der Bevölkerung gebräuchlicher ist als Matthäuskirchplatz. Dennoch kann nicht abschliessend gesagt werden, ob sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung vom Matthäusplatz oder vom Matthäuskirchplatz entschieden hätte.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen, mit der Bitte an die Regierung, eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung der Quartierbevölkerung, Stadtteilsekretariat, Quartiervereine, usw. in Betracht zu ziehen, eventuell mittels einer Umfrage, welche die Präferenzen der Bevölkerung ermittelt, um so auch die gelebte Identität des Quartiers herauszufinden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse können dann abschliessend für die Namensgebung berücksichtigt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition P482 "Matthäusplatz bleibt Matthäusplatz" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

17. Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!", Bericht der PetKo

[19.03.25 11:15:23, 24.5436.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Für die Petitionskommission das Wort hat Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Die Petition «Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT» fordert dringend notwendige Verbesserungen an der Brücke über die Wiese, zwischen dem Wiesendamm und der Hochbergerstrasse, um diese bei allen Witterungen für



alle Nutzer*innen zugänglich zu machen. Die Petentschaft weist dabei auf drei zentrale Probleme hin: Die seit mehreren Jahren defekte Beleuchtung, den rutschigen Metall-Belag und die unzureichenden Bodenmarkierungen, die zu gefährlichen Situationen zwischen Fuss- und Veloverkehr führen.

Die Petitionskommission hat sich in einer Sitzung mit dem Anliegen befasst. Am 13. Januar fand eine Anhörung mit einem Vertreter der Petentschaft sowie Vertretern des Bau- und Verkehrsdepartements statt. Auch nach dieser Anhörung kann die Petitionskommission die Unzufriedenheit der Bevölkerung von Kleinhüningen über den derzeitigen Zustand des Stücki-Stegs nachvollziehen. Die Verwaltung bestätigte, dass die Beleuchtung bereits 2020 ausser Betrieb genommen wurde, weil keine Ersatzteile mehr verfügbar waren, und teilt aber mit, dass eine neue Beleuchtung nun Anfang 2025 installiert werden soll.

Bezüglich des rutschigen Belags bestehen trotz den Ausführungen des Bau- und Verkehrsdepartements weiterhin Sicherheitsbedenken, insbesondere bei Nässe, bei starkem Laubfall und bei Kälte. Hier fordert die Kommission eine vertiefte Prüfung möglicher Verbesserungen, sei es durch einen neuen Belag, eine Beschichtung oder intensivere Reinigung und Winterdienst. Zudem sollen die Bodenmarkierungen erneuert und sichtbar gemacht werden, damit Fussgänger und Velofahrer*innen besser aneinander vorbeikommen.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 10 zu 0 Stimmen, die Petition «Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!» an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Sie fordert den Regierungsrat zum einen auf, die Wirkung der neuen Beleuchtung nach der Installation mit einer Vertretung der Petentschaft zu evaluieren. Sollte auch die neue Beleuchtung von Vandalismus betroffen sein, müsste zeitnah nach einer anderen Lösung gesucht werden. Zum anderen erwartet die Kommission, dass der Regierungsrat Massnahmen zur Verbesserung der Begeh- und Befahrbarkeit des Stücki-Stegs ergreift.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P483 "Für einen sicheren Stücki-Steg JETZT!" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

19. Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

[19.03.25 11:18:25, 25.5003.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne erläutere ich, warum der Regierungsrat nicht bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Es ist ja so, dass wir diese Videoüberwachung im Sommer 2023 installiert haben, gestützt auf die doch frappanten Fallzahlen im Bereich schwerer Gewaltdelikte rund um die Dreirosenanlagen. Es war eine flankierende Massnahme zu Kontrollen, zur weiteren Vernetzung auch der weiteren Anspruchsgruppen auf der Dreirosenanlage, die JuAr ist ein Beispiel, die Ranger sind ein weiteres, etc. Wir haben relativ schnell feststellen können, dass diese Massnahme Wirkung erzielt hat, die Gewaltdelikte gingen markant zurück. Was allerdings nicht geschehen ist, ist der Rückgang von Drogenkriminalität und Kleinkriminalität, aber das war auch nicht die Stossrichtung der Videoüberwachung, da weiss man auch, dass dieser abschreckende Effekt jetzt nicht besonders gross ist.

Nun, wir sind nicht ganz frei in der Anordnung einer Videoüberwachung, wir stützen uns dabei auf das IDG, § 17. Da heisst es auch ziemlich deutlich drin, wenn diese Massnahme nicht mehr nötig ist oder den Zweck erfüllt und die Fallzahlen, jetzt in unserem Fall, markant zurückgehen, dass man dann eben auch verpflichtet ist seitens Justiz- und Sicherheitsdepartement, beantragende Behörde, diese Massnahme zu hinterfragen respektive dann auch aufzugeben. Das haben wir nach einer einmaligen Verlängerung, die wir noch gemacht haben bis Ende 2024, dann auch gemacht, weil wir der Meinung waren, wir haben jetzt eigentlich das Ziel erreicht. Wir sind mit Vorsicht unterwegs allerdings, weil wir haben die Vorinstallation auf der Dreirosen noch so weit stehengelassen, das heisst, wir wären sehr schnell, wenn sich eine gegenteilige Bewegung oder Entwicklung abzeichnen würde, diese Videoüberwachung wieder zu installieren, selbstverständlich nach den gesetzlichen



Voraussetzungen des IDG unter Einbezug der Datenschutzbeauftragten, all das, was die gesetzlichen Rahmenbedingungen auch ausmachen.

Das war der Grund, weshalb wir zum Schluss gekommen sind, wir müssen auch ehrlich sein, es ist nicht eine dauerhafte Grundlage für eine dauerhafte Überwachung und wenn wir Wirkung erzielen und diese Zahlen auch monitoren, dann müssen wir auch entsprechend handeln, wenn es besser wird und die die Überwachung auch abschalten. Das will aber nicht heissen, dass es jetzt da einfach nie mehr Überwachungen gibt. Wir prüfen unsere sogenannten Hotspots in der Stadt sehr wohl und da, wo wir der Meinung sind, dass die Videoüberwachung zielführend ist, werden wir die in Erwägung ziehen, selbstverständlich, aber hier waren wir jetzt wirklich der Meinung, dass wir das Ziel erreicht haben und könnten aber gestützt auf die gesetzliche Grundlage, das ist mitunter der Grund, weshalb der Regierungsrat findet, die Motion ist wie nicht nötig, weil wir haben die Grundlage. Wenn wir zum Schluss kommen, polizeilich, es ist wieder notwendig, dann gehen wir einfach normal in den Prozess nach § 17 IDG und das ist der Grund.

Ich denke, was auch noch erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, ist, dass die Videoüberwachung wirklich ein Element war dieses Massnahmenpakets, das wir aufgegleist haben über die Departementsgrenzen hinweg. Ich habe es gesagt, mit verschiedenen Anspruchsgruppen, unter Einbezug aller Stakeholder, die da auf der Dreirosenanlage auch Interessen haben, und das hat insgesamt als Paket Wirkung erzielt, aber ich denke, wir müssen dranbleiben, wir dürfen nicht einfach jetzt nur sagen, es ist gelöst und fertig. Insbesondere die Drogenkriminalität macht mir Sorgen, aber da müssen wir andere Mittel und Wege finden als eine Videoüberwachung.

Das ist der Grund, weshalb wir da zum Schluss kommen, das wäre jetzt nicht zielführend, nicht basiert auf die aktuellen Zahlen, das weiterzuführen und ich bin gebunden ans Gesetz und muss diese Voraussetzungen auch ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gar nicht gewusst, dass das Geschäft heute kommt, aber da muss ich natürlich als Ein-Thema-Partei reden und es ist die Motion von meinem lieben Freund, Joël Thüring. Ich fühle mich nicht verächtlich gemacht, wenn es heisst, Ein-Thema-Partei, die Grünen sind es auch, die haben es im Namen und ich bin ja auch Grossrat aus dem Wahlkreis Kleinbasel. Und es geht um das Kleinbasel, ich wohne auch im Kleinbasel. Ich bin früher, das können Sie nicht wissen, Grossrat in Grossbasel West gewesen, 84 und 88.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich habe dann gemerkt, wegen dieser Kriminalität im Kleinbasel braucht es den Erik im Kleinbasel. Darum habe ich meinen Wahlkreis gewechselt von Grossbasel West nach Kleinbasel und dort bleibe ich bis zum bitteren Ende.

Wegen der Kriminalität. Ich bitte Sie, die Motion von Joël Thüring zu überweisen. Ich bitte Sie wirklich inständig, das zu überweisen. Und weil ich ja auch die Begabung habe, nach vorne zu blicken, kann ich Ihnen sagen, ich habe jetzt noch kein «Chrüzlistich» auf Papier bekommen, aber wenn es jetzt abgelehnt wird, dann, ich weiss nicht, ob Joël Thüring nachher redet, aber wenn Sie jetzt die Motion ablehnen, verärgern Sie Joël Thüring und dann kommen die Schlagzeilen bei ihm in Social Media zu dieser Motion; Parlament lehnt Videoüberwachung ab, nur SVP für Sicherheit in Kleinbasel. Das sind dann Schlagzeilen, die Sie dann haben.

Die Frau Ministerin hat richtig gesagt, es gibt so Hotspots, also auf Deutsch Problembezirke, Problemviertel oder Ghetto, auf Englisch Hotspot, und ich muss sagen wegen dieser Sicherheit in Kleinbasel, Videoüberwachung, höre ich, und ich höre das wirklich schon seit vielleicht 30 Jahre, dass mir viele Wähler sagen, Herr Weber, die Polizei geht nicht mehr gerne in die Problemviertel. Und dann sage ich, ja, ich kann da jetzt auch nicht viel machen. Frau Eymann hat richtig angesprochen, Drogenkriminalität, auch heute Morgen wieder, bevor ich hier ins Parlament komme, gehe ich immer meine Post holen am Claraplatz, stehen auch schon wieder fünf Stück dort, die am Claraplatz irgendwie Sachen verkaufen. Und darum wäre ich dankbar, wenn die Motion durchgeht, weil das auch mein Thema ist und ich finde, das darf man sagen.

Ich weiss nicht, ob Joël Thüring es sagen wird oder Herr Hochuli als Quartierpolizist wird sich auch auskennen, ich muss einfach sagen, viele Leute haben Angst, am Abend rauszugehen und das kann nicht sein. Auch ich gehöre zu diesen Fällen jetzt schon, ich habe einfach Angst, am Abend rausgehen, egal wo in Basel oder sonst wo, weil es einfach dann abends dunkel ist und weniger Polizei und weniger Zeugen unterwegs sind. Und es kann ja nicht sein, dass es dann in Kleinbasel heisst, man kann abends ab 6 Uhr nicht mehr rausgehen und das erfinde ich einfach nicht. Das ist der Fall und das regt mich einfach auf.



Darum bin ich jetzt gespannt, was der Polizist Hochuli sagt, den ich sehr schätze. Dann wird natürlich abgelehnt von Frau Zürcher und von Frau Heer, aber dann gibt es die Abstimmung und dann sehen wir, was herauskommt. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion und bitte Sie, da mitzumachen. Und wie gesagt, denken Sie daran, dass Joël Thüring als Altgrossratspräsident und freundlicher Mensch wirklich das Thema bearbeitet hat und bitte denken Sie auch daran, und das möchte ich noch sagen, Joël Thüring vertritt die stärkste Partei in der Schweiz und das darf man in Basel sagen, Joël Thüring, stärkste Partei der Schweiz, da bin ich stolz, dass ich auch ein Foto mit ihm zusammen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Videoüberwachung in der Dreirosenanlage hatte messbaren Erfolg. Die Sicherheitslage auf dem Areal hat sich im 2024 im Vergleich zum 2023 stark verbessert. Im Juni bis November 2023 gab es 283 Meldungen im Zusammenhang mit der Dreirosenanlage an die Polizei, im gleichen Zeitraum im 2024 nur noch 138 Meldungen. Die Meldungen haben sich also halbiert, insbesondere nahmen die schweren Gewaltdelikte ab. Wir sehen also, dass die Videoüberwachung präventiv gegen Delikte wirkte und dadurch wird auch die Kantonspolizei ein Stück weit in ihrer Arbeit entlastet.

Wichtig ist aber auch, dass durch die Videoüberwachung die Effektivität der Strafverfolgung durch die Videokameras erhöht werden konnte. Seit der Inbetriebnahme der Videoüberwachung im August 2023 bis im Dezember 2024 wurden in 86 Fällen Aufzeichnungen von Delikten zuhanden der Staatsanwaltschaft gesichert. Das ist eine hohe Anzahl. Damit können einerseits die Sachverhalte besser aufgeklärt werden und andererseits kann auf den Aufnahmen die Täterschaft erfasst werden. Aufgrund dieser Videoaufzeichnungen konnten bereits zahlreiche Täter von Polizistinnen und Polizisten erkannt werden. Somit konnten diese Strafverfahren gegen die identifizierten Personen anstatt gegen unbekannt eingeleitet werden.

Mir ist natürlich bewusst, dass sich die Sicherheitslage in der Dreirosenanlage nicht nur wegen der Videoüberwachung, sondern auch zusammen mit den anderen Massnahmen verbessert hat, wie die höhere Polizeipräsenz und Kontrollen, der Erhöhung der Präsenz des Ranger-Dienstes und auch der besseren Beleuchtung. Aber ich bin überzeugt, dass sich ohne Videoüberwachung die Sicherheitslage auf der Dreirosenanlage im Sommer dieses Jahres wieder verschlechtern wird und wenn Delikte passieren, können viel weniger davon aufgeklärt und Strafverfahren gegen die Täter eingeleitet werden, weil diese ohne Videoaufnahmen oft nicht identifiziert werden können.

Weshalb sollten wir nun eine Massnahme nach weniger als eineinhalb Jahren beenden, die erfolgreich ist? Ich will auch nicht, dass die Videoanlage für immer in Betrieb ist, aber sie sollte schon mindestens zwei ganze Sommer hintereinander in Betrieb sein, um dann die Wirkung analysieren zu können. Bezüglich des Datenschutzes müssen Sie sich wirklich auch keine Sorgen machen. Der Zugriff auf die aufgezeichneten Videodateien ist streng geregelt. Nur spezifische Mitarbeitende der Kantonspolizei haben Zugriff. Zudem werden die Video-Dateien nach sieben Tagen automatisch gelöscht.

Ich bitte Sie, auch im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diese Motion zu überweisen, für die Sicherheit in Kleinbasel und im speziellen der Dreirosenanlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die Überwachung von öffentlichem Raum stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bevölkerung dar. Der Nutzen dagegen ist eher bescheiden. Ich sage nicht nichts, aber bescheiden. Eine Kamera verhindert nämlich keine Straftat. Im besten Fall ermöglicht sie im Nachhinein, diese Tat zu beweisen, das ist, was mein Vorredner aufgeführt hat, jedoch ist die Qualität des Beweismaterials auch nicht immer über ihren Zweifel erhaben. Also ich denke, es gibt hier eine gewisse Unterstützung, aber es ist nicht so, dass man alles damit nachträglich verfolgen kann. Was aber ganz klar ist, ist, dass das Abschreckungspotenzial von Videoüberwachungen äusserst gering ist. Es wird im besten Fall oder im schlechtesten Fall, je nachdem, wie man das sehen will, eine Verlagerung der Delikte stattfinden. Gerade bei der Dreirosenanlage hat man jetzt eine Verlagerung des Drogenhandels in die Quartiersträsschen und die Vorgärten beobachtet. Ich weiss jetzt auch nicht, ob das wirklich der Erfolg ist, den Sie hier feiern möchten. Denn das Wichtigste ist, dass man mit einer videoüberwachten Stadt oder einem videoüberwachten öffentlichen Raum die Kriminalität nicht per se in den Griff kriegt. Das zeigen Studien aus London, wahrscheinlich eine der meist videoüberwachten Städte der Welt und ja, auch die USA gilt jetzt nicht unbedingt als ein Land mit sehr geringer Kriminalitätsrate trotz der sehr hohen Überwachungsrate.

Wenn wir tatsächlich etwas gegen die Drogen- und Armutskriminalität tun wollen, braucht es einerseits Arbeitserlaubnisse, es braucht Anerkennung von Ausbildungen, es braucht aber ganz wichtig, und ich denke, hier sollten auch die polizeilichen Ressourcen eingesetzt werden, eine Bekämpfung der mafiösen Strukturen im Hintergrund, weil die sorgen dafür, dass es passiert, vor Ort sind die Leute austauschbar. Aber es braucht auch, und das ist absolut entscheidend, einen Zugang mit



einer Begleitung der Suchtbetroffenen, gerade jetzt hier, wo es um die die Drogenkriminalität geht, um eben eine Beschaffungskriminalität einzudämmen. Anstatt diese Ursachen anzugehen, begrenzen die SVP und ihre offenbar neuerdings Junior-Partei LDP lieber die freiheitliche Demokratie und wollen die polizeilichen Ressourcen auf diese Videoüberwachung setzen.

Ich möchte zum Schluss nochmals kurz einen Satz aus der Medienmitteilung zitieren, die die Kantonspolizei zur Einstellung der Videoüberwachung gemacht hat. Es entspricht auch dem, was die Polizeidirektorin vorher ausgeführt hat. «Mit diesem Entscheid kommt die Kantonspolizei der Vorgaben des kantonalen Informations- und Datenschutzgesetzes nach, eine Videoüberwachung örtlich und zeitlich auf das zur Erreichung des konkreten Zwecks Erforderliche zu beschränken». Also was heisst das jetzt? Die Motionär*innen von SVP und LDP wollen also oder fordern also eine widerrechtliche und unnötig lange Videoüberwachung. Wir von der BastA finde es schon noch interessant, wie selektiv diese Law&Order-Parteien offenbar auswählen, welche Gesetze mit jedem Mittel durchgesetzt werden sollen und gegen welche gezielt verstossen werden soll.

Ich bitte Sie alle, die den Rechtsstaat, die Grundrechte, die wir haben, aber auch die liberale Gesellschaft wertschätzen, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Zürcher, es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Sie wird entgegengenommen.

Felix Wehrli (SVP): Frau Zürcher, ist Ihnen bewusst, dass es eben nicht oder nicht nur um die Drogenkriminalität geht, von der Sie jetzt eigentlich nur geredet haben, sondern vor allem um Gewaltdelikte, Tötungsdelikte, etc., die es seither nicht mehr gegeben hatte, und ist Ihnen der Schutz von diesen Leuten, ist Ihnen das völlig Wurst?

Tonja Zürcher (BastA): Als Anwohnerin oder nicht ganz direkt, aber relativ direkte Anwohnerin ist mir sehr bewusst, was dort gelaufen ist und auch, was die Sorge der Quartierbevölkerung ist. Es hat sich aber sehr stark beruhigt, insbesondere, und das wurde mir mehrfach gesagt, aufgrund der Ranger-Dienste, die dort vorhanden sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt auch zur Law&Order-Fraktion gehöre, Tatsache ist einfach, dass wir ein Problem haben. Wir haben mit dieser Videoüberwachung gewisse Sachen verhindern können bzw. es hat vielleicht auch ein bisschen geholfen, wie andere Sachen auch helfen, und von dem her jetzt einfach wieder sagen, wir lösen das mit einem Runden Tisch oder mit irgendetwas, das funktioniert halt einfach nicht. Und ja, es ist so, am Claraplatz sind die Nasen auch wieder da und wenn wir keine andere Lösung haben, müssen wir es zumindest mit solchen Sachen versuchen und Ressourcen bei der Polizei braucht das natürlich dann nicht, wenn wir eine Kamera hinstellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich, diese Motion nicht zu überweisen. Wir erachten sie als inhaltlich falsch und auch wie die Regierung als überflüssig. Wir haben hier im Parlament auch beschlossen, dass es in der Kompetenz des zuständigen Departementes ist, über den Einsatz von Videoüberwachung zu entscheiden und dieser hat auch immer kurzzeitig und verhältnismässig zu erfolgen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie diese Entscheide trifft mit dem Blick auf das sorgfältige Zusammenspiel mit anderen präventiven und falls nötig auch repressiven Massnahmen. Als Parlament haben wir in dieser Thematik die Oberaufsicht über die Rechtmässigkeit der Video-Überwachungseinsätze. Das nehmen wir wahr und wir haben auch die Verantwortung, adäquate gesetzliche Grundlagen zu gewährleisten.

Wir lehnen es ab, wenn die SVP uns jetzt unsere eigenen Gesetze, die wir hier beschlossen haben, mit dieser Motion übersteuern möchte. Die Regierung ist in ihrer Kompetenz zum Schluss gekommen, eine Videoüberwachung wäre jetzt nicht mehr verhältnismässig, sie würde nicht dem Gesetz entsprechen und das ist jetzt nicht nachvollziehbar, wieso das Parlament jetzt da gegen die eigenen Gesetze vorgehen sollte.

Die Videoüberwachung soll nicht ausschliesslich der Strafverfolgung dienen, das war auch die Absicht der Gesetzgeberin, als das 2004 verabschiedet worden ist vom Grossen Rat, sondern es geht eben auch um diesen präventiven Ansatz der Polizeiarbeit. Die Videoüberwachung ist ja übrigens, wie auch ausgeführt worden ist, dauernd evaluiert worden. Wir müssen



da jetzt nicht noch ein Jahr warten, um diese Evaluation zu machen. Wo wir genau hinschauen müssen, ist, dass die Videoüberwachung noch immer im gesetzlichen Rahmen umgesetzt wird. Das ist nicht immer so gewesen, 2021 ist im Hafan eine Videoüberwachung geheim und ohne das nötige Reglement installiert worden. Bei der Dreirosenanlage ist das bisher gesetzeskonform umgesetzt worden und da schauen wir auch weiterhin genau darauf, auch als SP-Fraktion.

Es ist genannt worden, schon viele Massnahmen sind ergriffen worden in der Dreirosenanlage. Die Videoüberwachung muss ein Element eines ganzheitlichen Ansatzes sein, den haben wir auch mit verschiedenen linken Vorstössen immer wieder gefordert. Vereine, Institutionen im Kleinbasel setzen sich seit Jahren für ein koordiniertes Vorgehen ein und die Regierung hat im Frühjahr 2024 ein umfassendes Massnahmenpaket verabschiedet. Die Behauptung also, dass die Videoüberwachung alleine die Sicherheit verbessern würde, ist schlicht falsch. Kriminalitätsentwicklung in einer Stadt wie Basel ist nie monokausal, sondern multifaktoriell, auch Dynamiken im weltweiten Drogenhandel spielen eine grosse Rolle.

Dass Videoüberwachung hier immer wieder als Wunderlösung dargestellt wird, sei es vom Motionär oder, möchte ich auch erwähnen, die Kommunikation der Polizei verstärkt dies auch, ist aus unserer Sicht fragwürdig und auch ein Stück weit unfair gegenüber den Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität und Sicherheit, die ganz viele andere Institutionen und andere Departemente auch machen. Die Regierungsrätin hat das dankenswerterweise im Votum erwähnt. Es braucht ein ausgewogenes Massnahmenpaket, die Dreirosen-Rangers sind sehr wichtig, Angebote für Drogenkonsumierende müssen ausreichend zur Verfügung stehen, Ermittlungen im Drogenhandel, usw., und hier möchte ich auch meinen Dank aussprechen an alle, die das seit Jahren auch tun und machen. Ein ganzheitlicher Ansatz ist nicht nur nachhaltiger, er ist auch kostengünstiger. Angesichts des massiven Personalmangels können und wollen wir Sicherheitsprobleme hier im Kanton nicht allein polizeilich lösen. Wir müssen Prävention und Repression immer in ein ausgewogenes Verhältnis bringen.

Dann ist einfach auch noch wichtig, dass die Videoüberwachung nur einen kurzzeitigen Präventionseffekt hat und wenn sie zu lange bleibt, diese Wirkung schnell verpufft. Deshalb ist es wichtig, dass wir immer wieder die Videoüberwachung auch entfernen, weil es kann auch sein, dass die Wirkung, die jetzt nach einem Jahr da war, nach zwei Jahren bereits verpufft wäre. Und dann müssen wir auch über die Verdrängungseffekte sprechen. Das wissen wir ja auch aus der Forschung und auch von Anwohnenden im Kleinbasel, dass das durchaus passiert ist.

Die Dreirosenanlage soll kein Experimentierfeld sein für Rechte, Law&Order-Ansätze, sondern ein Ort, an dem die Behörden endlich nachhaltig lernen sollen, dass sie koordiniert und ganzheitlich vorgehen müssen mit Blick auf Drogenpolitik, Quartierentwicklung, sozialer und polizeilicher Massnahmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Heer, können Sie mir drei sicherheitspolitische Massnahmen nennen, für welche sich die SP-Fraktion konkret in dieser Legislatur einsetzen wird, damit die Kriminalitätsrate insbesondere in Kleinbasel reduziert wird?

Barbara Heer (SP): Wir sind laufend an diesen Themen dran, wir haben verschiedenste Vorstösse eingereicht im letzten Jahr. Das Massnahmenpaket, das ganzheitliche von der Regierung vom letzten Frühling ist massgeblich auch von unseren Vorstössen geprägt worden und das werden wir auch in dieser Legislatur weiterhin machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte das von meinen Vorrednern einmal einordnen, was da gesagt worden ist, weil da werden einfach Sachen vertuscht und als Kleinbasler Grossrat kann man das richtig stellen hier vorne im Grossen Rat. Frau Zürcher hat wortwörtlich gesagt, die Abschreckung ist gering. Ich möchte darauf antworten. Es stimmt nicht und ich muss Ihnen ganz klar widersprechen. Ich stelle fest, wo Kameras sind, sind die Täter gehemmt. Wo Kameras sind, ist ein möglicher Täter gehemmt. Warum? Man könnte ihn ja identifizieren. Wo Kameras sind, sind weniger Beschimpfungen, weniger Diebstahl, wird den Leuten weniger entrissen, werden die Leute weniger beleidigt. Der Beweis, was ich schon seit vielen Jahren sage, ist Abu Dhabi. Dort sind Kameras in jeder Hotelflur, dort können Sie, wenn etwas passiert, zurückverfolgt werden mit der Kamera, in welches Zimmer Sie gegangen sind. Und darum ist dort die Kriminalität gleich null, Frau Zürcher. Ich habe einfach Angst, wenn ich in 20 Minuten jeden Tag lese, Basel ist die kriminellste Stadt der Schweiz und Frau Zürcher, das liegt nicht an mir. Sicherlich bin ich auch in der Statistik vorhanden, aber Basel ist die kriminellste Stadt der Schweiz.



Ich komme zum nächsten Redner, Herrn Hochuli. Er ist für mich ein geschätzter Quartierpolizist und ich bin erschrocken, als er gesagt hat, die Filmchen werden nur sieben Tage gespeichert. Herr Hochuli, ich wäre der Polizei dankbar, wenn man die Filmchen der Täter 30 Tage speichern würde, weil bis man die Anzeige gemacht hat auf dem Polizeiposten in der Clarastrasse, bis es zur Staatsanwaltschaft gegangen ist, bis es dort einen Sachbearbeiter hat, sind die sieben Tage schon vorbei. Herr Hochuli, besser wären 30 Tage.

Herr Seiler, ich habe Ihnen zugehört. Ich schätze Sie sehr als Grossrat, aber Ihre Rede ist sehr kurz gewesen. Ich hätte mir mehr Substanz erwartet.

Ich komme schon zum letzten Redner, zu Frau Heer. Danke für Ihre staatspolitische Erklärung, dass wir als Parlament die Oberaufsicht über die Kameras haben. Aber Frau Heer, Sie lehnen das ja ab. Wie wollen Sie denn Ihrem Wähler vermitteln, dass Sie gegen Videoüberwachung sind? Das ist mir ein Rätsel, aber es ist nicht mein Problem. Ich bin für Joël Thüring, ich bin für seine Motion. Warum wollen Sie das verhindern, Frau Heer, die Kameras? Das verstehe ich nicht, das hat bei mir einfach kein Verständnis, weil es passiert ja nichts, wer kein schlechtes Gewissen hat, muss keine Angst haben vor einer Kamera. Ich freue mich immer über jede Kamera, da hinten hängt auch eine, ich finde den Livestream toll und wer nichts zu verbergen hat, muss keine Angst haben vor einer Kamera.

Darum unterstütze ich die Motion von Joël Thüring mit viel Herzblut und danke der grössten Partei in der Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Diskussion war jetzt lang und ausführlich und ich gehe nicht nochmal auf die verschiedenen Ausführungen ein. Ich denke, sowohl Christoph Hochuli wie auch Tonja Zürcher oder Barbara Heer sind sehr differenziert auch auf die Situation auf der Dreirosenmatte und auf die rechtlichen Grundlagen eingegangen. Ich spreche vielleicht jetzt eher auch noch mal aus der Sicht einer Person, die in dieser videoüberwachten Zone lebt.

Ich bin jetzt die letzten eineinhalb Jahre, wenn ich in meine Strasse eingebogen bin, war da ein Schild, auf dem stand: Achtung Videoüberwachung. Ich habe mich irgendwann daran gewöhnt. Ich glaube, die Leute, die zu mir auf Besuch kamen, die waren zum Teil so, ah okay, ja genau, ah ja, stimmt, Dreirosenmatte, das ist die videoüberwachte Zone. Ich möchte hier überhaupt nicht mich dagegen aussprechen, dass diese Massnahme in den letzten eineinhalb Jahren auch wichtig war. Wir hatten eine wirklich schwierige Situation auf der Dreirosenmatte, das kann ich Ihnen als Anwohnerin auch sagen und es bestand Handlungsbedarf und entsprechend hat die Polizei mit einem breiten Katalog an verschiedenen Massnahmen da zu einer Beruhigung der Situation beigetragen. Das sehen wir ja auch in den Zahlen. Von daher gab es auch eine Zeit, wo ich dachte, ja, es ist auch nicht schlecht, dass wir die Videoüberwachung im Moment haben.

An was ich aber gleichzeitig jetzt trotzdem daran erinnern möchte, dass wir das Informations- und Datenschutzgesetz haben, das uns ganz klare Richtlinien vorgibt bezüglich wie lange und mit welcher Grundlage man einen öffentlichen Raum videoüberwachen kann. Und Stephanie Eymann hat eigentlich zu Beginn der Debatte alles gesagt, nämlich dass die Vorrichtungen weiter vorhanden sein würden und wenn die Polizei zur Einschätzung kommen würde, dass es wieder eine Videoüberwachung braucht, dass dann auch eine Videoüberwachung wieder eingeführt werden könnte.

Insofern ist die Motion eigentlich überflüssig und in der Motion steht auch, dass es darum geht, durch jetzt noch eine Verlängerung der Videoüberwachung über die Erreichung des Ziels hinaus die Wirkung der Massnahmen evidenzbasierter analysieren zu können. Eine Videoüberwachung dient nicht der Datenerhebung, sondern eben eines kurzfristigen präventiven Einsatzes, das ist kein Forschungsinstrument. Man kann genauso gut umgekehrt argumentieren, wir schalten jetzt die Videoüberwachung ab und schauen, wie sich die Situation entwickelt. Es gibt, wie gesagt, zahlreiche andere Massnahmen, Tonja Zürcher und Barbara Heer haben das ausgeführt. Und was mir auch nicht ganz klar war, Daniel Seiler hat sich jetzt für die Motion ausgesprochen, die FDP hat im «Chrüzlistich» aber eine Ablehnung der Motion. Da würde mich schon auch noch von den Rechtsexperten*innen der FDP und der Mitte interessieren, wie sie das Datenschutzgesetz und den Einsatz von Videoüberwachung einschätzen.

Von daher, im Namen der Fraktion Grüne/jgb bitte ich Sie darum, diese Motion nicht zu überweisen, sondern der Einschätzung der Regierung und der Kantonspolizei zu vertrauen, dass sie diese Situation beurteilen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Sie wird entgegengenommen.

Felix Wehrli (SVP): Ich war erfreut von Ihnen zu hören, dass Sie mit der Videoüberwachung an diesem Ort einverstanden waren, dass Sie das verstanden haben. Sind Sie das in Zukunft auch, wenn es Hotspots gibt, wo die Kriminalität hoch ist?



Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch in diesem Fall wird die Kantonspolizei eine Einschätzung machen, die wir dann beurteilen werden. Ich kann es nicht per se grundsätzlich so sagen, aber ich kann sagen, dass punktuell auf der Dreirosenmatte das einen Effekt hatte, den ich nicht einfach per se als negativ darstellen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Motionär Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die Debatte. Sie verläuft wie so oft, wenn es um das Thema Sicherheit geht, entlang dem Graben links gegen bürgerlich. Ich hoffe sehr, dass Daniel Seiler in seiner Fraktion noch einige überzeugt, doch auch hier mit uns zu stimmen, um diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Es wurde nun von den Votanten der linken Seite sehr oft mit diesem Datenschutzgesetz argumentiert. Ja, meine Damen und Herren, das Datenschutzgesetz respektieren wir. Wir müssen aber aufpassen, dass der Datenschutz nicht zum Täterschutz verkommt und all das, was Sie heute in Ihrer Argumentation gebracht haben, ist letztlich Täterschutz. Und Frau Weibel, Sie sagen, eine solche Videoüberwachung soll immer nur temporär erlaubt bleiben. Ich warte auf einen Vorstoss von Ihnen, der die Videoüberwachung in den Tram- und Buslinien der BVB wieder ausschaltet. Ich warte auf einen Vorstoss, der die Videoüberwachung der Leimenstrasse rund um die Synagoge wieder einstellt. Diese Gebiete werden permanent videoüberwacht und es ist nicht so, dass damit irgendjemand sich übermässig überwacht fühlt, sondern diese Massnahmen tragen dazu bei, dass im Zweifel ein Delikt aufgeklärt werden kann.

Und es ist auch nicht so, Frau Weibel, dass Ihre Besucher videoüberwacht sind, wenn Sie zu Ihnen kommen, sondern die Videoüberwachung wird dann von den Strafverfolgungsbehörden herangezogen, wenn ein Delikt geschieht, wenn es darum geht, etwas aufzuklären. Das hat Herr Hochuli in seinem Votum ja auch bereits erwähnt. Es ist nicht so, dass irgendjemand, dem es gerade langweilig ist, bei der Kantonspolizei in die Büros gehen kann, den Computer einschalten kann und mal gucken kann, wer da so rund um die Dreirosenanlage gerade herumläuft, sondern es geht darum, dass wenn es zu einem Delikt kommt und zu einem Strafverfahren, dass dann die Ermittlungsbehörden auf diese Videoüberwachung Zugriff haben können und diese Videoüberwachung ausgewertet werden kann, um das Delikt allenfalls eben aufzuklären. Im Zweifel im Übrigen auch im Sinne desjenigen, der beschuldigt wird. Es gibt auch Fälle, in denen dann vielleicht herauskommt, dass es gar nicht zu einem Delikt gekommen ist. Also es ist nicht einmal nur so, dass eine solche Videoüberwachung immer zu einer Verurteilung führen kann, sondern im Gegenteil vielleicht auch den Beschuldigten entlastet.

Bei der Dreirosenanlage ist es so, das hat Frau Eymann ja selber auch zugegeben, dass wegen der Videoüberwachung nun die Deliktzahlen massiv gesunken sind. Sie sind massiv gesunken und es ist doch völlig absurd, nun sich auf das IDG zu berufen und zu sagen, diese Massnahme kann nun wieder aufgehoben werden, weil sich die Situation verbessert hat. Ja, die Situation hat sich verbessert, eben weil wir diese Videoüberwachung haben. Also da beisst sich die Katze doch in den Schwanz, wenn wir uns hier nun auf das IDG berufen.

Und es ist auch nicht so, Frau Heer, dass dieses Gesetz in Stein gemeisselt ist und der Grosse Rat hier nichts mehr dazu sagen kann. Wir als Grosser Rat, wir sind die Legislative, die gesetzgebende Kraft in diesem Kanton und selbstverständlich können wir mit einer Motion auch den Regierungsrat beauftragen, eine Videoüberwachung länger wie nur eben bis jetzt Ende 2024 zu installieren, so wie es mein Vorstoss gefordert hat, mindestens noch für das Jahr 2025, damit wir zwei Frühjahre, zwei Sommer sehen, wie sich die Lage dort entwickelt, denn ich glaube nicht, dass wenn wir diese Anlage nun ausgeschaltet lassen, dass sich im Sommer die Situation nicht wieder verschlechtern wird. Es wird dort wieder zu weiteren gefährlichen Delikten kommen, das wollen wir doch eigentlich alle nicht und deshalb finde ich diesen Widerstand auch etwas schwierig.

Auch Frau Eymann bezieht sich auf das IDG. Ich kann Ihnen sagen, es gibt die Kantonsverfassung, § 24, die sehr deutlich sagt, dass der Staat für die öffentliche Sicherheit eine Verantwortung trägt. Man kann sich dann, wenn man mit dem Datenschutz ins Gespräch kommt, auch auf diesen Artikel, auf diesen Paragraphen beziehen. Die öffentliche Sicherheit ist ein wichtiges Gut. Die Sicherheit ist die Kernaufgabe des Staates und hier hat aus meiner Sicht auch der Datenschutz zurückzustehen, erst recht dann, wenn es um einen Gewalt- und Kriminalitätshotspot wie die Dreirosenanlage geht.

Ich bitte Sie deshalb wirklich, diese Verlängerung der Videoüberwachung heute zu unterstützen, dafür sicherzustellen, dass die Dreirosenanlage auch in diesem Sommer weniger Delikte erfährt wie noch vor zwei Jahren. Auch die Polizei soll und kann dadurch weiter entlastet werden und ich möchte nicht, dass wir erst wieder dann die Überwachung einschalten, wenn es zu neuen schweren Delikten kommt.

Muss es denn zuerst wieder zu Tötungsdelikten, zu Vergewaltigungen kommen auf diesem Platz, auf dieser Anlage, bevor Sie hier in diesem hohen Hause dieser wichtigen Videoüberwachung zustimmen? Ich finde das ein fatales Signal und ich bitte Sie wirklich, heute mit uns gemeinsam diese Motion zu überweisen, damit die Sicherheit in diesem Gebiet gewährleistet bleibt.



Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Weibel. Sie wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Joël Thüring, wenn ich Ihrer Argumentation folge, dann müsste man im Prinzip die ganze Stadt videoüberwachen. Wann kommt Ihr Vorstoss dazu?

Joël Thüring (SVP): Nein, ich bin dafür, dass dort videoüberwacht wird, wo es Gewalthotspots gibt. Die Dreirosenanlage ist so einer, ich wäre bei der Heuwaage-Unterführung sehr dafür. Ich bin sehr dafür, dass die Synagoge videoüberwacht ist, aber ich bin nicht dafür, dass die Videoüberwachung überall installiert wird, sondern nur dort, wo die öffentliche Sicherheit stark gefährdet ist, so wie es eben beim genannten Beispiel der Fall ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006100, 19.03.25 11:59:20]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 5. Sitzung

11:59 Uhr



Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. März 2025, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** *Franz-Xaver Leonhardt (Mite/EVP), Pascal Pfister (SP), Anina Ineichen (GP), Brigitta Gerber (BastA), Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Edibe Gölgeli (SP), Franziska Roth (SP), Jean-Luc Perret (SP), Silvia Schweizer (FDP), Tobias Christ (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

18.	Neue Interpellationen.....	3
18.1.	Interpellation Nr. 14 Amina Trevisan betreffend Schutz vor Gewalt und Zugang zur Unterstützung und Polizei für Sexarbeitende.....	3
18.2.	Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften.....	5
18.3.	Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte	5
18.4.	Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck.....	5
18.5.	Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?	6
18.6.	Interpellation Nr. 19 Raoul I. Furlano betreffend Redimensionierung des Neubauprojekts des Universitätsspitals Basel (USB)	6
18.7.	Interpellation Nr. 20 Oliver Bolliger betreffend einer Basler Unterstützung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Nothilfe.....	8
18.8.	Interpellation Nr. 21 Mahir Kabakci betreffend Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt.....	10
18.9.	Interpellation Nr. 22 Joël Thüring betreffend Sportplatzkrise: gewollte Skurrilitäten in Basel-Stadt?	12
18.10.	Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz	14
18.11.	Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter	15
18.12.	Interpellation Nr. 25 Brigitta Gerber betreffend Vorbereitungen und der Handhabung des öffentlichen Raums für die Eurovision Song Contest (ESC)-Veranstaltung – ein Fest für alle!	15
18.13.	Interpellation Nr. 26 Patrizia Bernasconi betreffend Sicherheitsdispositiv am ESC.....	17
18.14.	Interpellation Nr. 27 Heidi Mück betreffend konkrete Umsetzung des Ruhetags- und Ladenöffnungszeitengesetzes (RLG)	18
18.15.	Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK	19
18.16.	Interpellation Nr. 29 Annina von Falkenstein betreffend ESC als Anlass für einen Basler Frühlingsputz ..	20
20.	Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen	21
21.	Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit	24
22.	Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient	25
23.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen	30
24.	Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basiliken-Brunnen auf dem Wielandplatz	35



25. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro 35



Beginn der 6. Sitzung

Mittwoch, 19. März 2025, 15:00 Uhr

18. Neue Interpellationen

[19.03.25 15:00:54]

Balz Herter, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung. Wir haben derzeit keine Mitteilungen. Somit starten wir direkt mit den Interpellationen.

18.1. Interpellation Nr. 14 Amina Trevisan betreffend Schutz vor Gewalt und Zugang zur Unterstützung und Polizei für Sexarbeitende

[19.03.25 15:01:11, 25.5078.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Sexarbeitende sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit zweifellos einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt. In Basel-Stadt wird deshalb viel unternommen, um den Schutz und die sicheren Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende im bestehenden liberalen Modell der erlaubten Prostitution mit Verbotsvorbehalt zu verbessern und Anreize für Transparenz und Regelkonformität zu schaffen. Dabei wird ein Mehssäulen-Ansatz verfolgt. Staatliche und nicht-staatliche Akteure tauschen sich regelmässig am Runden Tisch Prostitution aus und bemühen sich, in diesem hoch volatilen Arbeitsumfeld den Überblick zu bewahren. In den letzten Jahren wurde die verwaltungsinterne Koordination intensiviert sowie Information und Beratung von Sexarbeitenden und Arbeitgebenden verbessert. Auch die Unterstützung von Sexarbeitenden in arbeitsrechtlichen, finanziellen und gesundheitlichen Belangen wurde gestärkt und während Corona auch auf Arbeitgebende ausgeweitet. Kontrolle und Sanktion sind wichtige Elemente, um regelkonformes Verhalten zu fördern sowie Schwarzarbeit und Ausbeutungssituationen zu bekämpfen.

Zu Frage 1: Die Betriebe werden regelmässig von der Kantonspolizei kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen werden die angetroffenen Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter befragt; etwa dazu, ob sie selbstständig darüber entscheiden können, welche Praktiken sie anbieten, ob sie Kunden ablehnen können und wer die Termine vereinbart. Zudem werden sie über ihre Rechte sowie über die Unterstützungsangebote informiert, die zur Verfügung stehen, sollten sie von Gewalt betroffen sein. Es wird auch die Möglichkeit geboten, Anzeigen direkt vor Ort oder in den Räumlichkeiten der Fachstelle Aliena zu erstatten.

Wie einleitend bereits dargelegt, engagiert sich der Kanton Basel-Stadt am Runden Tisch Menschenhandel und am Runden Tisch Prostitution. Diese Gremien dienen der operativen Koordination zwischen verschiedenen Akteuren und Bereichen. Der Runde Tisch Prostitution befasst sich mit den unterschiedlichen negativen Auswirkungen sowie den Begleiterscheinungen der Prostitution. Die involvierten Akteure arbeiten gemeinsam an der schrittweisen Verbesserung der Situation für alle Beteiligten und Betroffenen rund um das Basler Rotlicht-Milieu.

Zu Frage 2: Basel-Stadt setzt einerseits auf die niederschwellige Information, Beratung und Unterstützung von Sexarbeitenden durch Aliena. Durch eine Finanzhilfe unterstützt der Kanton die Massnahmen der Fachstelle zur Stärkung der Sexarbeitenden. Andererseits stellt der Kanton über die Runden Tische zu Prostitution und Menschenhandel sicher, dass Behörden, Fachstellen und NGOs in regelmässigem Austausch stehen, um den Schutz und die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden zu verbessern. Der Regierungsrat hat die Bekämpfung des Menschenhandels zudem seit 2017 als Schwerpunkt in der Kriminalitätsbekämpfung einschliesslich Strafverfolgung gewählt. Dadurch legen Kantonspolizei und



Staatsanwaltschaft einen Fokus auf die Kontrolltätigkeit im Milieu und koordinieren ihre Zusammenarbeit in der Taskforce Menschenhandel mit weiteren Akteuren, wie dem Migrationsamt oder der Opferhilfekommission.

Zu Frage 3: Es gibt keine statistischen Grundlagen zu Gewalt gegen Sexarbeitende. Es existieren verschiedene Hürden, welche den Gang von Sexarbeitenden zur Polizei erschweren. Dazu gehören die Angst, aufgrund ihrer Tätigkeit stigmatisiert zu werden, oder die Sorge vor ausländerrechtlichen Konsequenzen. Im Kanton Basel-Stadt ist die Fachstelle Aliena als zentrale und niederschwellige Anlaufstelle für Sexarbeitende etabliert. Die enge Kooperation zwischen dem Amt für Wirtschaft und Arbeit mit Aliena im Meldeverfahren trägt dazu bei, dass einem Grossteil der Sexarbeitenden die Dienstleistungen von Aliena bekannt sind.

Zu Frage 4: Unabhängig vom Aufenthaltsstatus haben mutmassliche Opfer von Menschenhandel Anspruch auf Schutz und Unterstützung. Dazu gehören die Unterbringung in einer Schutzunterkunft sowie eine Erholungs- und Bedenkzeit von mindestens 30 Tagen, um zu entscheiden, ob sie mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren möchten.

Bei Kooperation erhalten die Opfer für die Dauer des Strafverfahrens eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung, die an ihre Aussagebereitschaft geknüpft ist. In besonderen Härtefällen kann eine langfristige Aufenthaltsbewilligung beantragt werden.

Während der Erholungs- und Bedenkzeit sowie bei Kooperation wird in der Regel von einer strafrechtlichen Verfolgung des illegalen Aufenthalts abgesehen. Opfer von Menschenhandel können gemäss des "non-punishment"-Grundsatzes von Verstössen gegen das Ausländergesetz entlastet werden. In anderen Fällen ist dies nicht möglich.

Zu Frage 5: Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei erhalten Schulungen, ergänzt durch E-Learning-Module und Präsenzveranstaltungen zu Themen wie sexuelle Gewalt, Prostitution und Menschenhandel. Aktuell wird ein spezifisches E-Learning-Modul entwickelt, das die Polizistinnen und Polizisten an der Front dabei unterstützt, Menschenhandel zu erkennen und die richtigen Sofortmassnahmen zu ergreifen.

Zu Frage 6: Die Kantonspolizei verfügt im Bereich Milieu und Menschenhandel über zwei Fachexperten sowie sechs Milizexperten. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Kontrolle der derzeit etwa 126 im Kanton betriebenen Salons. Bei diesen Kontrollen wird besonderer Wert daraufgelegt, Vertrauen zu den Sexarbeitenden aufzubauen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, Missstände zu melden. Diese vertrauensbildende Massnahme zielt darauf ab, die Hemmschwelle für Betroffene zu senken, damit sie sich bei Problemen oder Verdachtsmomenten an die Behörden wenden. Weiter steht sie in ständigem Kontakt mit der Kripo, dem Migrationsamt, dem AWA und Aliena. Die Kantonspolizei Basel-Stadt arbeitet auch mit den Schutzeinrichtungen Victras und dem FiZ zusammen. Ziel ist es, gemeinsam ein Augenmerk auf mögliche Missstände im Bereich Arbeitsausbeutung, Förderung der Prostitution und/oder Menschenhandel zu richten, um Opfer bestmöglich zu schützen und mutmassliche Täter den Strafverfolgungsbehörden zu melden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Amina Trevisan (SP): Ich bin mit der Beantwortung der Fragen zufrieden. Als ehemalige Leiterin der Koordinationsstelle prekäre Wohnverhältnisse dürfte ich während rund fünf Jahren am kantonalen Runden Tisch die Prostitution und am Runden Tisch Menschenhandel mit vielen Akteur:innen im Bereich Sexarbeit teilnehmen. Zudem engagiere ich mich als Vorstandsmitglied bei der Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe Aliena. Deshalb weiss ich, dass das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt mit der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe, die sich mit Themen wie häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Opferhilfe für Prostitution und Menschenhandel befasst, eine sehr gute Arbeit leistet. Auch bin ich mir bewusst, dass viele Mitarbeitenden der Polizei für die Lebenssituation von Sexarbeitenden sensibilisiert sind und sich engagiert für den Schutz von Sexarbeitenden einsetzen. Und auch Regierungsrätin Stephanie Eymann ist besonders engagiert im Bereich Gewaltprävention, was ich sehr zu schätzen weiss.

Aus der ProCoRe-Studie geht deutlich hervor, dass die Sexarbeit nicht die Ursache der Gewalt ist. Die Ursache der Gewalt besteht vielmehr in der Mehrfachdiskriminierung, welche die Sexarbeiterinnen erleben. Aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft und ihrer Tätigkeit als Sexarbeiterinnen sind sie einem höheren Gewaltsrisiko ausgesetzt.

Auch die Gewalt, die von den Freiern ausgeht, kann und darf nicht losgelöst von anderen Faktoren wie Männergewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt betrachtet werden. Diese Formen von Gewalt ziehen sich durch alle Gesellschaftsschichten. Politisch können wir keinen Respekt für Sexarbeiterinnen einfordern, aber wir können sensibilisieren, informieren und aufklären und dadurch einen Beitrag zur Enttabuisierung und Entstigmatisierung der Sexarbeiterinnen beitragen. Und hier ist es wichtig, dass Fachstellen wie Aliena und Vereine, die sich im Bereich Sexarbeit engagieren, weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten.

Die Ergebnisse der Studie von ProCoRe machen zudem deutlich, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um Sexarbeitende in der Schweiz, auch in Basel, besser vor Gewalt zu schützen. Es braucht Massnahmen auf der Ebene des



Rechtsrahmens, der Prävention, der Strafverfolgung sowie von Unterstützung von Sexarbeitenden. Viele Gewaltbetroffene, die im Milieu tätig sind, vertrauen sich nicht, Anzeige zu erstatten. Sexarbeiterinnen brauchen deshalb im Falle von Gewalterfahrung einen niederschweligen Zugang zu einer Stelle, wir haben gehört, es ist möglich, das freut mich. Ich bin alleine zu hören, dass im Bereich Gewalt im Kontext von Sexarbeit viel unternommen wird und bedanke mich bei allen Beteiligten und für die Beantwortung der Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.2. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften

[19.03.25 15:11:15, 25.5100.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Somit gehen wir zum nächsten Traktandum.

18.3. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte

[19.03.25 15:11:34, 25.5101.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

18.4. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck

[19.03.25 15:11:47, 25.5102.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Tonja Zürcher (BastA): Es hat sich ja inzwischen etwas getan in dieser Sache bezüglich Altlastengift im Bereich von Klybeck. Ich bin sehr froh, dass die Grundeigentümer:innen inzwischen angekündigt haben, einen Grossteil der Dokumente zu veröffentlichen und uns zu ermöglichen, dazu auch eine Beurteilung von Fachpersonen einzuholen, ich glaube, die wenigsten von uns sind fähig, wirklich alles im Detail zu verstehen und zu lesen, aber es ist wichtig, dass auch unabhängige Personen überprüfen können, was alles an Giftstoffen im Klybeck sind, wie es untersucht wird und wie es weitergeht.

Das hat jetzt nicht hundertprozentig mit dem zu tun, was die Interpellation gefordert hat. Da habe ich nämlich gefordert, dass der Kanton sich für die Transparenz einsetzen soll und das ist auch ein bisschen meine Enttäuschung. Die Grundeigentümer:innen haben zum Glück reagiert auf die ehrenamtliche also freiwillige, am Abend und Wochenende organisierte Altlastenkonferenz im Quartier, und nicht auf einen Druck, der vom Kanton gekommen wäre. Ich weiss nicht, ob der nicht passiert ist oder ob sie da einfach kein Gehör hatten. Ich kann mir aber vorstellen, dass man das schon früher hätte bewirken können, wenn man das gewollt hätte.

Und einfach noch als Anmerkung, weil es auch in dieser Medienmitteilung der Grundeigentümer:innen steht, was ist schon schwierig finde und ich auch wirklich denke, dass die Regierung, der Kanton hier ein Auge darauf haben müsste. Es wurde gesagt, dass man die Sanierungskonzepte dann vorlegt, wenn ein Baugesuch kommt, das heisst wenn eine etappierte Bebauung dieses Areals erfolgt, erfolgt auch eine etappierte Sanierung des Areals. Das heisst, wir haben ein Haus, das ist



gebaut und bewohnt, und vielleicht wird dann nebenan wieder gebuddelt und nach Giftstoffen gesucht, weil da halt doch noch etwas im Boden ist. Das ist sehr unangenehm und ich glaube nicht im Sinne eines attraktiven Quartiers.

Also ich bitte den Regierungsrat ergänzend zu meiner Interpellation sich Gedanken zu machen, dass man mit den Investor:innen zusammen wirklich ein Gesamtsanierungskonzept ausarbeitet und das nicht einfach Schritt für Schritt macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

18.5. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?

[19.03.25 15:14:29, 25.5103.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): In meiner Interpellation geht es um den Frieden in der Welt, es geht um grosse Weltpolitik. Wie Sie alle wissen, war ich Ende Januar als Wahlbeobachter in Belarus und habe zusammen mit einem anderen SVP-Kantonsrat die Schweiz repräsentiert und konnte zehn lange TV-Interviews im Fernsehen geben. Die Schweizer Botschafterin hat mich erneut empfangen und jetzt geht es um den Botschafter von Belarus in der Schweiz. Dieser Botschafter genauso wie die Schweizer Botschafterin in Minsk hat mich schon mehrfach empfangen und mir persönlich gedankt für meinen Einsatz.

Russland wehrt sich zu Recht gegen westliche Militäreinrichtungen in seiner Peripherie und wird dabei von Belarus unterstützt. Die Politikerin Sarah Wagenknecht vom Bündnis Sarah Wagenknecht sagte zu dieser Problematik: «Der Kampf um Einflusszonen, um Rohstoffe und Absatzmärkte wird von allen Seiten mit ökonomischen, geheimdienstlichen aber zunehmend auch mit militärischen Mitteln geführt. Noch sind es vor allem Stellvertreterkriege, über die die Auseinandersetzung ausgetragen wird. Aber die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Atommächten ist so gross wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Atomare Aufrüstung und eskalierende Konflikte zwischen den Atommächten setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel und müssen beendet werden.»

Wir wollen, dass die Schweiz seiner historischen Verantwortung wieder gerecht wird und sich auf ihre Neutralität besinnt. Daher fordern wir, dass auch die Basler Regierung mit allen Botschaftern reden und nicht einzelne Länder ausschliessen. Denn die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir ab. Der Botschafter von Belarus hat mich gefragt, ob ich Wahlbeobachter für die Präsidentschaftswahl machen werde. Und ich habe als Grossrat zugesagt. Der Einsatz in Belarus war sehr gut organisiert, ich hatte ein tolles Arbeiterteam.

Belarus wird in den westlichen Medien ganz falsch dargestellt. Es ist ein Informationskrieg gegen Belarus. Jeder soll sich selbst einen Blick über dieses Land verschaffen und hinfahren, dann sieht man, dass alles gelogen ist. Die Menschen in Belarus leben glücklich, es sind sehr hübsche Menschen dort. Und die Weissrussen sind alles patriotischen Menschen, überall werden Volkstänze aufgeführt und die Leute lachen. Sie sind nicht verbittert wie oft in Westeuropa.

Ich danke der Botschaft von Belarus in Bern und der Schweizer Botschafterin in Minsk. Ich liebe Präsident Alexander Lukaschenko.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

18.6. Interpellation Nr. 19 Raoul I. Furlano betreffend Redimensionierung des Neubauprojekts des Universitätsspitals Basel (USB)

[19.03.25 15:18:22, 25.5115.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Auftrag des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Das Universitätsspital Basel (USB) hat 2024 das Generationenprojekt «Campus Gesundheit» erneut einer genauen Prüfung unterzogen. Ziel war es, durch eine möglichst gute Verortung der medizinischen Dienstleistungen die Prozesse zu optimieren und die Kosten für die Bauten und den Betrieb möglichst tief zu halten. Diese Überprüfung erfolgte auch vor dem Hintergrund des negativen Betriebsergebnisses, welches das Spital 2023 verzeichnen musste, sowie der Beobachtung, dass für die meisten Spitäler schweizweit die finanzielle Tragbarkeit der erneuerten Spitalbauten anspruchsvoller geworden ist.

Die Überprüfung erfolgte unter Einbezug aller relevanten Gesichtspunkte, die eine bedarfsgerechte und optimierte Versorgung erlauben. Deshalb bleiben möglichst alle medizinischen Kernleistungen auf dem Campus konzentriert. Dank Prozessoptimierungen, verstärkter Ambulantisierung und Verdichtungen erlaubt die aktualisierte Arealplanung einen Verzicht auf rund 6'400 Quadratmeter Nutzfläche auf dem Campus. Der angepasste Flächenbedarf auf dem Campus kann somit mit dem bereits im Bau befindlichen Turm des Klinikums 2, einem auf den Sockel reduzierten Neubau des Klinikums 3 und der anschliessend geplanten Fertigstellung des Klinikums 2 mit Sockel gedeckt werden. Auf die Realisierung des Turms des Klinikums 3 kann damit vorerst verzichtet werden. Der Turm wird jedoch als langfristige Option offengehalten und deshalb auch weiterhin im Bebauungsplan vorgesehen.

Zu Frage 2: Der Verwaltungsrat des USB hat die Anpassungen am 23. Januar 2025 beschlossen und unmittelbar danach auch den Kanton informiert. Das Vorgehen wurde mit dem Gesundheitsdepartement und dem Bau- und Verkehrsdepartement abgesprochen. Vor der öffentlichen Kommunikation wurden der Regierungsrat, die Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission sowie der Gesundheits- und Sozialkommission vorinformiert, ebenso der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Das Bebauungsplangeschäft kann nun in der Bau- und Raumplanungskommission und der mitberichtenden Gesundheits- und Sozialkommission im Grossen Rat wiederaufgenommen werden. Der Regierungsrat wird dazu in den nächsten Wochen den Kommissionen ein entsprechend aktualisiertes Schreiben zukommen lassen.

Zu Frage 3: Dank dem Verzicht des Baus des Turms des Klinikums 3 können die geschätzten Kosten des Turms von 200 Millionen Franken eingespart werden. Das USB wird den Sockel des Klinikums 3 aber so vorrüsten, dass in einer späteren Generation der Turm bei Bedarf aufgebaut werden könnte. Damit reduziert das USB im Sinne der Nachhaltigkeit den ökologischen Fussabdruck und hält zugleich künftigen Generationen mit der möglichen Ergänzung des Turms die Option zur erneuten Verdichtung des Campus offen.

Zu Frage 4: Bis zum Jahr 2042 investiert das USB mit dem Campus Gesundheit rund 1.7 Milliarden Franken in die Bauprojekte Klinikum 2 und Klinikum 3. Mit der derzeitigen Redimensionierung des Klinikums 3 auf den Sockel kann der für die medizinischen Leistungen notwendige Flächenbedarf gedeckt werden. Die Verdichtung der medizinischen Kernfläche schafft kurze Wege und erleichtert die effiziente Leistungserbringung. Die kurzen Wege sind insbesondere für die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit komplexen Krankheitsbildern und auch für die Mitarbeitenden sehr wichtig, da in diesen Fällen mehrere Teams involviert sind. Die so erleichterte interdisziplinäre Zusammenarbeit ist auch für die Forschenden hochrelevant. Insofern werden die erneuerten Infrastrukturen den zeitgemässen Bedürfnissen der Leistungserbringenden und der Forschenden gleichermaßen gerecht.

Zu Fragen 5 und 6: Die Spitäler planen die erforderlichen Erneuerungsinvestitionen eigenständig. Sie beachten dabei die Leistungsaufträge, welche zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den gleichlautenden Spitalisten aufs Engste abgestimmt sind. Das USB hat dabei auch den heutigen und künftigen Bedarf berücksichtigt, welcher sich aus den engen und vertraglich vereinbarten Kooperationen mit dem Kantonsspital Baselland ergibt. Dies betrifft zum Beispiel die Pathologie, die Radioonkologie oder das Herzkatheterlabor. Somit werden auch Doppelspurigkeiten vermieden.

Im Rahmen der Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat der Regierungsrat dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Mitte November des letzten Jahres eine Einladung zur Aufnahme von Verhandlungen zukommen lassen, die bislang unbeantwortet geblieben ist.

Abschliessend möchte ich noch einmal auf die herausragende Bedeutung des Kantonsspitals Basel für unsere Region und darüber hinaus hinweisen. Ich wiederhole das nicht im Detail, es wurde heute Vormittag bereits gebührend erwähnt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Raoul I. Furlano (LDP): Vielen Dank für die gute Beantwortung und rasche Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin nur teilweise zufrieden und ich werde dies gleich begründen. Die LDP begrüsst selbstverständlich, dass man auf die Finanzen jetzt mehr Gewicht gelegt hat und geschaut hat, wo man einsparen könnte. Das ist immer gut für uns Steuerzahler, und für alle Beteiligten im Kanton ist das sicher richtig und wichtig, dass wir da günstiger – wobei günstig ein Schmeichelwort ist –, davonkommen als geplant. Das ist die eine Seite. Die Dimension der Einsparungen und die Auswirkungen sind befriedigend für mich oder sehr zufriedenstellend beantwortet worden, damit kann ich leben, das sind fähige Leute und Fachpersonen, die sich darum kümmern in dieser Riesenorganisation, die bestens läuft.

Aber was mir gefehlt hat, ist die Transparenz. Ich muss mich zurückbesinnen. Nach nicht so vielen Monaten macht man nun plötzlich eine Kehrtwende, nach einem langen Prozess, während dem in den Kommissionen, hier dring diskutiert wurde, und nun kommt plötzlich die Meldung in den Medien, und das fand ich seltsam und darüber war ich irritiert.

Warum bin ich nicht vollständig zufrieden mit den Antworten, die ja eigentlich Sinn machen? Man kann das Glas halb voll oder halb leer sehen. Die einen sagen, wir seien nachhaltig und gäben der nächsten Generation die Möglichkeit, falls es gebraucht werde. Auf der anderen Seite schieben wir einfach die Kosten, die sicherlich kommen werden, auf die nächste Generation. Das ist meine Glaskugellesung, aber es ist absehbar.

Aber was mich sehr gestört hat ist die Aussage, dass der Regierungsrat mit dem Kanton Basel-Landschaft Mitte November Kontakt aufgenommen und eingeladen habe und seither habe man nichts mehr gehört. Ja stupft man da nicht nach? Und was ist los mit diesem Kanton Basel-Landschaft? Es kann doch nicht sein, dass man bei solchen Milliardenprojekte nicht zusammenarbeitet. Es steht doch auch in der Verfassung, dass wir hier zusammenarbeiten müssen. Das irritiert mich massiv. Aber zu unserer Seite muss ich auch sagen, wenn man eine Einladung verschickt hat und man erhält keine Antwort, dann muss man nachfragen. Das fehlt mir hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Auf der Tribüne begrüsse ich nun eine Klasse der Berufsfachschule Basel mit Lehrperson Jens Atelt. Die Lernenden haben sich bereits vorhin mit Jérôme Thiriet ausgetauscht und durften natürlich eine Rathausführung geniessen. Schön, seid ihr bei uns zu Besuch.

Ich übergebe für das nächste Traktandum meiner Statthalterin das Wort.

18.7. Interpellation Nr. 20 Oliver Bolliger betreffend einer Basler Unterstützung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Nothilfe

[19.03.25 15:29:12, 25.5116.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte und hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte meine Interpellation begründen und in den aktuellen politischen Kontext stellen. An der ersten Sitzung der neuen Legislatur anfangs Februar hat der Grosse Rat das Basler OECD Standortförderpaket von 500 Millionen Franken überwiesen. Die Anträge von BastA für mehr soziale Steuergerechtigkeit und internationale Solidarität wurden hier in diesem Saal allesamt abgeschmettert. Drei Wochen später hat die wirtschaftslibertäre US-Regierung unter Präsident Trump einen Shutdown der weltweit wichtigsten amerikanischen Entwicklungsbehörde US Aid beschlossen, für drei Monate alle Gelder eingefroren und unzählige Mitarbeitende auf die Strasse gesetzt und ist dann auch noch aus der WHO ausgetreten. Ein irres, unsolidarisches und wahnsinniges Unterfangen mit dramatischen Auswirkungen für notleidende Menschen und die Beschäftigten in den Entwicklungsprojekten und der humanitären Nothilfe. Kurz darauf wurde bekannt, dass auch in der Schweiz und in Basel Hilfswerke und für die Entwicklungszusammenarbeit entscheidende Institute wie unser Swiss TPH massiv von diesem Entscheid betroffen sind. So ist es beispielsweise die Malariabekämpfung oder die medikamentöse Versorgung von Menschen mit einer HIV-Diagnose in Tansania existenziell bedroht, aber auch die dringend notwendige humanitäre Nothilfe in der kriegsversehrten Ukraine, im zerbombten Gaza, im Sudan, in Syrien und weiteren kriegs- und armutsbetroffenen Regionen dieser Welt.

Nun stellt sich schon die Frage, ob wir als superreiche Stadt einfach wegschauen oder ob wir in eine solidarische humanistische Bewegung kommen. Natürlich ist mir klar, dass unser Kanton nicht einfach voll in die Bresche springen kann



und eine ganze US Aid ersetzen kann. Um das geht es mir auch gar nicht, aber meine Damen und Herren, einfach aussitzen oder wie so oft alleine auf den Bund verweisen, das reicht in der jetzigen Weltlage nicht mehr aus, gerade auch wenn wir uns die jetzige Zusammensetzung des nationalen Parlaments anschauen. Solidarität auch im Kleinen ist gefragt und genau deshalb habe ich diese Interpellation eingereicht.

Ich bin überzeugt, dass wir als Kanton in der Lage sind, zumindest unseren Hilfswerke und dem Institut Swiss TPH in dieser prekären und dramatischen Lage beizustehen und sie mit finanziellen Mitteln zumindest in der akuten ersten Phase zu unterstützen, um ihre wertvolle Arbeit zu sichern. Es kann ja wirklich nicht sein, dass wir einerseits ein riesiges Förderpaket für die grossen Konzerne schnüren, den ESC und die Frauen EM durchführen und somit tief in unsere Schatulle greifen und auf der anderen Seite nicht in der Lage sind, internationale finanzielle Notunterstützung zu leisten. Dem Argument, dass es nicht zielführend sei, dass Kantone sich selber ermächtigen und lokale Hilfswerke oder Institute unterstützen, kann ich überhaupt nichts abgewinnen. Schliesslich haben wir genau das gegenüber unseren hiesigen Grosskonzernen anfangs Februar gemacht. Klar müsste auch der Bund in Bewegung kommen, aber das schliesst eine Mitunterstützung von Seiten der Kantone nicht aus, im Gegenteil, beides wird schlussendlich notwendig sein.

Froh bin ich über die Nachricht aus Bern, dass der Ständerat Würde und Menschlichkeit bewahrt hat und gestern die Zahlung gegenüber dem Palästinenserhilfswerk der UNO nicht beerdigt hat. Aufgrund der aktuellen Elendsituation in Gaza ist dies dringlicher denn je. Wir leben aktuell in Zeiten, in der Menschlichkeit und internationale Solidarität wichtiger denn je sind, sei es im Grossen oder im Kleinen, und ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir unseren Blick über Basel-Stadt hinaus ein wenig erweitern müssen. Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung und wünsche mir eine solidarische Haltung, ein mutiges, aktives Handeln zugunsten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Nothilfe für die Hilfswerke und für das Swiss TPH.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Die Finanzierung von Projekten von Schweizer Hilfswerken im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit steht aufgrund der Kürzungen der Mittel des Bundes und von internationalen Geldgebern vor grossen Herausforderungen. Der Regierungsrat schlägt mit dem «Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA)» eine substantielle Erhöhung der kantonalen Mittel in diesem Bereich vor, von aktuell insgesamt gut vier Millionen jährlich auf jährlich acht Millionen Franken. Damit soll die internationale Zusammenarbeit nachhaltig gestärkt werden. Das Geschäft befindet sich aktuell in parlamentarischer Beratung.

Zu Frage 1: Der Kanton Basel-Stadt vergibt jährlich Mittel in der Höhe von zwei Millionen Franken auf Basis von Gesuchen für Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Ist die Umsetzung des Projektes nicht wie geplant möglich, sind die Empfängerorganisationen verpflichtet, dies der zuständigen Stelle beim Kanton zu melden. Ebenfalls müssen bei der Beantragung von neuen Mitteln Auskünfte zur bisherigen Projektumsetzung und zur Gesamtfinanzierung erteilt werden. Aktuell liegen keine entsprechenden Meldungen vor. Die erste Frist in diesem Jahr für die Einreichung neuer Gesuche endet am 1. April 2025. Zu diesem Zeitpunkt wird ersichtlich, ob und in welcher Höhe die vom Kanton unterstützten Projekte allenfalls von der Kürzung der Gelder von USAID betroffen sind.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der entsprechenden Vernehmlassungen dafür eingesetzt, dass die Schweiz ein stärkeres, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Möglichkeiten entsprechendes finanzielles Engagement für die internationale Zusammenarbeit leistet. In Bezug auf die Unterstützung spezifischer Organisationen besteht keine Kommunikation mit den Bundesbehörden.

Zu Frage 3: Die zuständige Stelle beim Kanton steht mit den grossen Schweizer Hilfswerken in regelmässigen Kontakt, sei dies im Rahmen der Vergabe von Projektmitteln, an Informationsveranstaltungen oder im bilateralen Austausch. Eine Unterstützung von Projekten erfolgt auf Basis der eingereichten Gesuche. Die erste Frist in diesem Jahr für die Einreichung neuer Gesuche endet am 1. April 2025.

Zu Frage 4: Der Kanton hat bislang Mittel in der Höhe von einer Million Franken für humanitäre Nothilfe an die Hilfsorganisationen UNICEF und IKRK im Kontext des Nahost-Konfliktes zur Verfügung gestellt. Diese Spenden wurden von den beiden Organisationen ausgeschöpft und wie vorgesehen eingesetzt. Für die Ukraine hat der Kanton für Nothilfemassnahmen und Materiallieferungen bislang insgesamt über eine Million Franken zur Verfügung gestellt. Auch diese Massnahmen sind abgeschlossen. Aktuell besteht keine Beteiligung an Nothilfe-Programmen in Ländern, die von Krieg betroffen sind.



Zu Frage 5: Wie eingangs erwähnt schlägt der Regierungsrat eine Erhöhung der Förderbeiträge auf das Jahr 2026 vor. Der Bedarf an Mitteln aufgrund der aktuellen Situation kann nach der Eingabefrist für Projektgesuche am 1. April 2025 ermittelt werden.

Zu Frage 6: Zum aktuellen Zeitpunkt bestehen keine Absichten, die bestehenden Gefässe zur Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kurzfristig anzupassen.

Zu Fragen 7 und 8: Wie erwähnt schlägt der Regierungsrat einen substantiellen Ausbau des Engagements in der internationalen Zusammenarbeit auf bis zu acht Millionen Franken pro Jahr vor. Dies umfasst auch die Unterstützung von humanitären Nothilfemassnahmen in kriegsbetroffenen Ländern.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation teilweise zufrieden. Ich bin sehr froh, dass die Regierung mit den zuständigen Behörden und den zuständigen Organisationen in Kontakt ist und auch grundsätzlich bereit ist, die Entwicklungszusammenarbeit und auch die finanziellen Mittel für die humanitäre Nothilfe zu erhöhen im Rahmen dieses Vorschlags, der ja immer noch in der Beratung ist und irgendwann dann hoffentlich im Mai bei uns landen wird. Und dann hoffe ich es sehr, dass das Parlament diesem Ansinnen wirklich auch Unterstützung bietet. Ich gehe einig mit Regierungsrat Conradin Cramer, dass das notwendig ist, dass sie hier vorwärtsmachen müssen. Das freut mich und ich höre auch, dass man Eingaben machen kann bis zum 1. April für weitere Massnahmen. Ich denke, das wird notwendig sein.

Ich bin nur teilweise zufrieden, weil ich schon denke, dass wir angesichts der Situation, die in der Welt herrscht, Massnahmen gegenüber unseren eigenen Organisationen und eben auch dem Swiss TPH wahrnehmen und es wäre angebracht zu sagen, ja, wir sind bereit, auch neben der 1%-Initiative auch Massnahmen zu ergreifen, um zu schauen, ob es unmittelbar in einzelnen Projekten Unterstützung braucht. Da wäre ich froh, . Da wäre ich froh, wenn eine aktivere Haltung wahrnehmbar wäre.

Ich gehe mal davon aus, dass das möglich sein wird, wenn die entsprechenden Eingaben gemacht wird und dass dann die Regierung entsprechend unterstützend handelt. Ich bedanke mich für die Beantwortung und erkläre mich als teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.8. Interpellation Nr. 21 Mahir Kabakci betreffend Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt

[19.03.25 15:39:01, 25.5117.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Allgemeines: Die Kantonspolizei Basel-Stadt blickt auf ein herausforderndes Jahr 2024 zurück. Mit der Übernahme der Leitung der Kantonspolizei im September 2024 überprüfte Kommandant Thomas Würgler sämtliche Tätigkeiten auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf das strategische Hauptziel «Mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung».

Das aktuell wichtigste Projekt betrifft die Stärkung der polizeilichen Grundversorgung. Um die durch den Personalunterbestand entstandenen personellen Engpässe bei Patrouillen und Requisitionen zu beheben, wird die Sicherheitspolizei neu organisiert. Im Weiteren wurde eine neue Hauptabteilung Prävention sowie eine neue Hauptabteilung Planung + Einsatz geschaffen.

Auch hat die Kantonspolizei ihre Führungs- und Unterstützungsprozesse in den Bereichen Kommando und Logistik mit Sorgfalt überprüft und im Sinne des Gesamtziels, für mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung zu sorgen, weiterentwickelt. Neben dem Personalwesen wurde im Zuge dieser Massnahme insbesondere die Abteilung Polizeiwissenschaften einer



Neubewertung unterzogen. Wissenschaftliche Forschung erfordert spezialisierte Kenntnisse und Ressourcen, die über den eigentlichen Kernauftrag der Kantonspolizei hinausgehen. Aufgrund des wieder verstärkten Fokus auf ihre wesentlichen Aufgaben überträgt die Kantonspolizei ihre Forschungsaktivitäten daher künftig an spezialisierte Institutionen. In der Schweiz übernimmt beispielsweise das Schweizerische Polizei-Institut (SPI) eine zentrale Rolle in der angewandten Polizeiforschung. Es fördert und koordiniert Forschungsprojekte, die darauf abzielen, die Polizeiarbeit zu optimieren und aktuelle Herausforderungen zu bewältigen.

Zu Fragen 1 und 8: Wie soeben ausgeführt, sollen künftig alle Leistungen der Stabsbereiche auf das übergeordnete Ziel «Mehr Sicherheit für die Basler Bevölkerung» hinwirken. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, die bisherige Ausrichtung der Abteilung Polizeiwissenschaften zugunsten einer verstärkten Führungsunterstützung anzupassen.

Zu Fragen 2, 7, 9 und 10: Die Aufgaben im Bereich Führungsunterstützung werden neu in der Abteilung Recht weitergeführt. Dazu gehören nach wie vor die interne Aufbereitung der neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen im Polizeiwesen sowie das Erstellen angewandter Recherchen mit praxisbezogenen Handlungsableitungen für die Kantonspolizei. Selbstverständlich orientieren sich auch andere Organisationseinheiten, wie etwa die Hauptabteilung Prävention, an wissenschaftlichen Erkenntnissen, um ihre Arbeit noch wirkungsvoller und zielgerichteter zu gestalten.

Zu Frage 3a: Das Projekt zur Radikalisierung im Polizeiwesen wird am Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) weitergeführt. Das Projekt zum Thema Sicherheit und städtische Zwischennutzungen ist neu beim Präsidialdepartement in der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung angesiedelt.

Zu Fragen 4 und 5: Im Rahmen der Überprüfung der Führungs- und Supportprozesse wurde auch das HR neu ausgerichtet. Die Abteilung People & Organisational Empowerment wurde aufgehoben und das Projektmanagement zentralisiert.

Zu Frage 6: Aufgrund der Auflösung der Abteilung People & Organisational Empowerment haben drei festangestellte und eine befristet angestellte Person die Kantonspolizei verlassen.

Zu Frage 11: Die Qualität der Polizeiarbeit wird in erster Linie durch den Einsatz fähiger, gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten sowie Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten sichergestellt. Unterstützt werden diese von den Stabsbereichen, welche die für die Polizeiarbeit erforderlichen Querschnittsdienstleistungen erbringen.

Zu Frage 12: Sowohl Hochschulen als auch das Schweizerische Polizeiinstitut betreiben Forschung, welche die Polizei für ihre Arbeit nutzen kann. Es entspricht der gängigen Praxis aller Korps, sich an diesen Ergebnissen zu orientieren.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Mahir Kabakci (SP): Vielleicht besser eine allgemeine Kritik: Mir ist aufgefallen, dass in letzter Zeit die Interpellationen und schriftlichen Anfragen ein bisschen dünn beantwortet werden. Da die Regierung sich immer beklagt, dass so viele Anzüge und Motionen eingereicht werden, wäre ich einfach froh, wenn man vielleicht ein bisschen detaillierter die Interpellation respektive die schriftlichen Anfragen beantworten würde.

Die Antworten des Regierungsrats auf die Interpellation bestätigen meine Befürchtung. Die Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt wird faktisch abgeschafft, auch wenn sie formal weiterbesteht, aber künftig nur noch auf Führungsunterstützung reduziert wird. Damit verliert Basel-Stadt eine schweizweit einzigartige Abteilung, die in den vergangenen Jahren wertvolle wissenschaftliche Arbeit geleistet hat.

Die Begründungen des Regierungsrates für die Entscheidung sind wenig überzeugend. Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung für die Polizei wird zwar anerkannt, aber gleichzeitig wird die einzige interne Einheit, die sich systematisch mit polizeiwissenschaftlichen Fragen befasst hat, massiv geschwächt. Es bleibt unklar, wie künftig sichergestellt wird, dass wissenschaftliche Erkenntnisse weiterhin systematisch in die Polizeiarbeit einfließen, und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse können nicht einfach als «By the Way» abgestempelt werden. Es ist die Grundlage, die Basis für die Arbeit der Polizei. Einzelne externe Studien oder punktuelle Kooperationen mit Hochschulen können eine institutionalisierte polizeiwissenschaftliche Forschung nicht ersetzen. Dies wirft Fragen zur strategischen Ausrichtung der Kantonspolizei respektive des Kommandanten Würzler auf. Ist wissenschaftliche Reflexion nur noch dann erwünscht, wenn sie in das bestehende Bild passt?

Auch die strukturellen Veränderungen innerhalb der Kantonspolizei geben in dieser Frage zu denken. Dass die Abteilung im Bereich Organisationsentwicklung aufgelöst oder umstrukturiert wurde, deutet auf eine allgemeine Tendenz hin, innovative und analytische Einheiten abzubauen. Gerade bei der Polizeiarbeit ist die Selbstreflexion immens wichtig, das Handeln, das eigene Handeln hinterfragen und auch aus den Fehlern Lehren zu ziehen und dabei auch die Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit zu nutzen, um sich weiterentwickeln zu können. Dies steht im Widerspruch zu den aktuellen Herausforderungen, mit denen die Polizei konfrontiert ist.



Gerade auch die Ergebnisse des Berichts von Professor Markus Schefer zeigen, dass es dringend eine kritische Auseinandersetzung mit Themen wie Racial Profiling, Sexismus, aber auch Personalführung, Transparenz in der Beförderungsstruktur braucht. Eine starke wissenschaftliche Begleitung wäre dabei ein wichtiger Faktor gewesen. Gerade in Zeiten von unterschiedlichen Krisen und Tendenzen zur Radikalisierung ist dies leider ein Fehlentscheid.

Diese Entwicklung ist enttäuschend und kurzsichtig. Die Kantonspolizei Basel-Stadt verliert damit ein wertvolles Instrument zur Weiterentwicklung und Professionalisierung ihrer Arbeit. Wir erwarten daher vom Regierungsrat, dass er darlegt, wie er die Qualität der Polizeiarbeit künftig sicherstellen will, ohne eine fundierte wissenschaftliche Begleitung. Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.9. Interpellation Nr. 22 Joël Thüring betreffend Sportplatzkrise: gewollte Skurrilitäten in Basel-Stadt?

[19.03.25 15:47:14, 25.5121.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an den Regierungsrat Mustafa Atici.

Mustafa Atici: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zuerst einige einleitende Bemerkungen: Hauptziel der Sport- und Bewegungsförderung ist es, der Bevölkerung und den Vereinen bedürfnisgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen. Eine grosse Herausforderung sind dabei die im Kanton Basel-Stadt beschränkten räumlichen Möglichkeiten. Zudem gibt es diverse Zielkonflikte. So müssen jeweils diverse Interessen und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, wie beispielsweise diejenigen der Einwohnerinnen und Einwohner von Sportanlagen. Und es kann auch Zielkonflikte innerhalb des Sports geben, beispielsweise zwischen dem Leistungssport und dem Breitensport. Es ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, die Interessen abzuwägen und passende Lösungen für alle Sportarten und Sporttreibende im organisierten und ungebundenen Sport zu finden. Das Erziehungsdepartement steht im regelmässigen Austausch mit den Sportverbänden und Sportvereinen. Wir arbeiten ständig an neuen Lösungen und werden das auch in Zukunft tun.

Zu Fragen 1 bis 5: Der Antrag auf Einführung einer Begegnungszone am Buschweilerweg wurde aus der Einwohnerschaft eingereicht. Eine erste Einigungsprüfung durch die Fachabteilung Stadtraum hat ergeben, dass die Voraussetzungen für die eine Einführung einer Begegnungszone grundsätzlich gegeben sind. Zwecks Miteinbezug wurden Anfang Februar 2025 die Einwohnenden und alle Postadressen am Buschweilerweg angeschrieben. Die Angeschriebenen haben bis zum 23. März 2025 Zeit, ihre Anmerkungen und Wünsche einzugeben. Nach Bearbeitung der Rückmeldungen wird es ein zweites Schreiben und eine Umfrage geben. Im Rahmen dieser Umfrage kann man sich für oder gegen die Einführung einer Begegnungszone aussprechen.

Die aktuelle Planung würde zum Wegfall von drei bis vier Parkplätzen am Buschweilerweg führen. Ein Teil der bestehenden Parkplätze würde entfernt, so auch die vom Interpellanten erwähnten Plätze entlang des Sportplatzes. Gleichzeitig würden aber auch neue Parkplätze geschaffen, so zum Beispiel direkt vor dem Sportplatz auf der gegenüberliegenden Strassenseite. Grund dafür ist die geplante wechselseitige Anordnung der Parkplätze sowie das Aufstellen von Sitzbänken und eines Pflanzentrogs. Der allfällige Wegfall der insgesamt drei bis vier Parkplätze wird als vertretbar vertretbar errichtet.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das Parkplatzangebot in diesem Gebiet zu gewissen Seiten, insbesondere wären Sportanlagen, knapp oder nicht ausreichend sein kann. Solche Situationen gibt es regelmässig im Umfeld von Sportplätzen, Veranstaltungsorten, Familiengartenarealen oder dergleichen. Auch der Sportplatz Buschweilerweg ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar. Die Situation betreffend die Busse von auswärtigen Mannschaften ist bekannt. Von der Einrichtung von fixen Car-Parkplätzen vor Ort wird jedoch weiterhin abgesehen. Für die Einrichtung solcher Parkplätze müssten zahlreiche Parkplätze aufgehoben werden, was in Anbetracht der punktuellen Nutzung als nicht verhältnismässig erachtet wird. Das Fahrpersonal kann den Bus nach dem Ausladen an einem dafür vorgesehenen Ort abstellen und dort Pause machen oder mit dem öffentlichen Verkehr zum Sportplatz fahren. Dieses Prozedere ist für das Fachpersonal üblich. Täglich laden viele Reisebusse Personen in Basel ein und aus, ohne dass das Fahrzeug am Zielort parkiert werden kann. Für das längere Parkieren gibt es definierte Parkplätze. Weitere Informationen hierzu sind online zu finden.



Der FC Black Stars kann die Sportanlage Buschweilerweg zu einem grossen Teil exklusiv nutzen und wird auch sonst wie alle weiteren Sportvereine im Rahmen der Sport- und Bewegungsförderung des Kantons unterstützt. Von einer Benachteiligung kann somit nicht die Rede sein.

Zu Fragen 6 bis 8. Seit 15 Jahren wird jeweils im Januar der Weltcup Longines CHI Classics in der Sankt Jakob-Halle in Basel durchgeführt. Dieser Grossanlass gehört zum hochklassigen Sportprogramm in Basel und bietet einen wichtigen Schauplatz für Pferdesport auf höchstem Niveau. Zur Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur werden jeweils zwei Rasenfelder auf der Sportanlage Sankt Jakob durch Zelte belegt. Die beiden Felder sind nicht beleuchtet und werden im Wintersemester bis etwa Anfang April nicht für Training genutzt. Es fallen somit keine Flächen für die Sportnutzung weg. In diesem Jahr findet Anfang April ein weiterer Höhepunkt des internationalen Pferdesports in Basel statt. Die FEI World Cup Finals in der Sankt Jakobs-Halle. Aus Sicht des Sports und Standortmarketings ist auch dies ein bedeutender Anlass, den wir in unserer Stadt begrüßen dürfen. Und auch für diesen Anlass wird Infrastruktur benötigt. Für die Nutzung der beiden Felder inklusive Instandstellung während dem CHI Classics jeweils Kosten von 20'000 Franken in Rechnung gestellt. Im Januar 2025 für die längere Belegung inklusive FEI World Cup Finals rund 46'000 Franken.

Im Anschluss an die FEI Finals wird zu Lasten des Veranstalters ein neuer Rollrasen verlegt. Dadurch kann die Zeitspanne bis zur Wiederverwendung der Felder reduziert werden. Da die beiden Felder, wie erwähnt im Wintersemester nicht in Betrieb sind, können alle Trainings wie geplant durchgeführt werden. Zu Beginn des Sommersemesters werden Alternativen zur Verfügung gestellt, bis die Felder wieder bespielt werden können. Für die Vereine entstehen keine Mehrkosten.

Zu Frage 9: Der Regierungsrat freut sich, dass sich Basel mit der Austragung des Eröffnungsspiels so wie das Finalspiel als Hauptaustragungsort der UEFA Women's EURO 2025 bezeichnen darf. Der UEFA wurden mit dem Stadion Schützenmatte und dem Pfaffenholz zwei Sportanlagen als Base-Camps der nationalen Teams angeboten. Diese wurden von den UEFA zusammen mit einem Team-Hotel in einem Angebotskatalog übernommen. Verschiedene Kriterien beeinflussen die Wahl der Nationalteams, neben sportlichen Kriterien zum Beispiel auch die Lage und die Erreichbarkeit der verschiedenen Stadien oder die Hotelangebote. Es wurde nicht kommuniziert, weshalb die Wahl nicht auf ein Angebot in Basel-Stadt fiel. Im Angebotskatalog wurden den 16 Nationalteams mehr als 40 Hotels und dazugehörige Trainingsstätten offeriert. Die Host City Basel hätte sich über einen Camp auf einer ihrer Anlagen sehr gefreut. Allerdings wäre dies aufgrund der exklusiven Nutzung durch die Nationalteams auch mit Einschränkungen für die Basler Sportlerinnen und Sportler sowie für die Basler Sportvereine verbunden gewesen.

Zu Frage 10: Dem Regierungsrat und dem Sportamt ist eine solche Tendenz nicht bekannt. Es findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Sportamt und dem Fussballverband statt. Kürzlich wurde im Stadion Rankhof das Spiel der U19 Nationalmannschaft gegen Frankreich ausgetragen. Ende April 2025 findet auf der Schorenmatte ein Spiel zwischen der U18 Nationalmannschaft und Ungarn statt.

Zu Fragen 11 bis 13: Grundsätzlich werden Naturrasenfelder nur bei Bedarf gesperrt und durchgehend fachlich gepflegt. Ziel ist es, den Vereinen möglichst viele Felder in möglichst guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Je nach Witterung, Temperatur und Lichtverhältnissen entscheiden die Fachpersonen des Sportamtes wann Naturrasenfelder aufgrund der biologischen Gegebenheiten gesperrt werden müssen. Irreparable Schäden sollten verhindert werden. Im Winter finden weniger Belegungen auf Naturrasen statt, da in diesem Zeitraum vor allem die Kunstrasenfelder und spezielle resistentere Winternaturrasen genutzt werden.

Zur Frage 14: Es besteht ein enger Austausch zwischen den zuständigen Behörden. Das Sportamt steht in Kontakt mit der Stadtgärtnerei Basel-Stadt, dem Rheinzentrum für Landwirtschaft Basel-Landschaft, dem Bundesamt für Landwirtschaft und dem nationalen Pflanzenschutzdienst Agroscope. Gemeinsam wurde eine Strategie zur Bekämpfung der Japan-Käfer mit verschiedenen Szenarien für die kommende Session entwickelt. Dies liegt zur Prüfung beim Bund und wird zu gegebener Zeit auch kommuniziert.

Zu Frage 15: Die Anforderungen an die Sportstadt Basel sind vielschichtig. Es gilt sowohl für den Breiten- wie auch für den Leistungssport gute Voraussetzungen zu schaffen. Daran arbeiten wir mit den Sportverbände, mit den Sportvereinen zusammen. Zentral für die Sportförderung ist die Infrastruktur, welche im Sportanlagenkonzept aufgenommen worden ist. Es ist zentral, dass wir hier in den kommenden Jahren die notwendigen Entscheide fällen.

Joël Thüring (SVP): Manchmal ist eine schriftliche Beantwortung einfacher, aber ich bin trotzdem dankbar, dass Regierungsrat Mustafa Atici sich die Zeit genommen hat, diese 15 Fragen zu beantworten. Ich kann in der Kürze nun nicht auf alles eingehen, weil ich die Antworten ja auch erst seit jetzt kenne. Ich kann Ihnen einfach sagen, dass mich diese Antworten tatsächlich nur teilweise befriedigen.

Besonders skurril bleibt dieses Beispiel mit dem Car einer auswärtigen Mannschaft, in dem der Vorschlag gemacht wird, dass dieser Buschauffeur dann mit dem öffentlichen Verkehr zurück auf das Spielfeld auf dem Buschweilerhof fahren soll. Als Beispiel nimmt man dann einen Reiseкар für eine Touristikgruppe. Diese Person ist Teil eines Staffs und diese Person wird während des Spiels auch noch für etwas anderes benötigt. Das heisst, wenn dieser Herr - meistens ist es ein Herr, es



kann aber auch eine Dame sein – dann noch lange mit dem ÖV vom Standort des Cars beim Sportplatz Schützenmatte zum Buschweilerhof gehen muss, dann wird das für das Team sehr schwierig und es ist auch ökologisch ein absoluter Schwachsinn, wenn eine Mannschaft mit dem Car zum Buschweilerhof fahren muss, dann wird der Car zusammen mit einem Privatauto des Vereins FC Black Stars zur Schützenmatte eskortiert, dort muss dann dieser Mitarbeiter der Black Stars den Fahrer des anderen Teams zurückfahren zum Buschweilerhof und ihn dann 10 Minuten vor Spielende wieder zurück zur Schützenmatte eskortieren, damit er dort den Bus abholen kann um dann rechtzeitig nach Spielende wieder auf dem Buschweilerhof zu sein, um diese auswärtige Mannschaft zurückzufahren. Das ist ein aus meiner Sicht sehr gutes skurriles Beispiel dafür, wo es in diesem Kanton hapert.

Nun sagt Regierungsrat Mustafa Atici dann zu diesem Punkt, es wäre nicht verhältnismässig, für einen Carparkplatz Parkplätze aufzuheben, gleichzeitig sagt der Regierungsrat aber auch, dass dort Parkplätze aufgehoben werden sollen für eine Begegnungszone, die angeblich von Anwohnenden gefordert wird. Das zeigt doch ein bisschen die ganze Widersprüchlichkeit in diesem Bereich.

Dann zu einem zweiten Punkt: Regierungsrat Mustafa Atici hat erwähnt, dass diese beiden Fussballfelder auf dem Areal St. Jakob jetzt zwischen Januar und April blockiert gewesen sind oder blockiert sind wegen zwei Reitveranstaltungen und dass man ja diese Spielfelder ohnehin nicht benutzen könnte in den Wintermonaten, weil sie über keine Beleuchtung verfügen. Das ist eben genau das Problem. Wir haben Sportinfrastrukturen in dieser Stadt, die ungenügend ausgerüstet ist und deshalb im Winter nicht genutzt werden können, obschon wir ja wissen, dass im Kanton Basel-Stadt die Sportplatzsituation nicht unbedingt gerade optimal ist. Und statt dass man vielleicht möglichst rasch schaut, dass man diese Ausrüstung sich anschafft – es gibt ja nun auch eine Idee vom Olivier Battaglia für mobile Beleuchtungen für solche Plätze – sagt man einfach, es ist so und dann kann man es auch drei oder vier Monate für Reitsport blockieren respektive der Reitsport findet ja nur im Januar und im April statt. Auch das ist aus meiner Sicht ein wirklich sehr skurriles Beispiel was alles im Kanton Basel-Stadt, wenn es um Sportplatzbewirtschaftung geht, schiefläuft.

Und was ich dann besonders schwierig finde – Regierungsrat Mustafa Atici hat das eben bestätigt, ich habe es aus dritter Hand erfahren – ist folgendes: Wir haben nun diese UEFA Frauen EM in der Schweiz. Basel brüstet sich als Hauptaustragungsort dieser Veranstaltung. Das ist auch sehr zu begrüessen, dass wir im Frauenfussball auch attraktiv sind. Und dann haben wir unzählige Nationalteams, europaweit, die in der Schweiz sind und kein einziges dieser Nationalteams macht ihr Camp in der Region Basel. Weshalb nicht, Herr Regierungsrat? Weil die Bedingungen zu schlecht sind. Die internationalen Verbände haben sich verschiedene Angebote angeschaut. Einige dieser Verbände gehen jetzt in Fussballcamps im Kanton Zug und Basel als Hauptaustragungsort hat keines dieser Camps erhalten, weil die Sportinfrastrukturbedingungen zu schlecht sind. Und auch dieses Beispiel zeigt, dass in diesem Bereich sehr viel falsch läuft. Ich bitte den Regierungsrat wirklich, diese sechs sehr zufällig ausgewählten Beispiele auch zum Anlass zu nehmen, sich wirklich möglichst rasch um diese Sportplatzkrise zu kümmern und nicht erst darauf hinzuarbeiten, dass vielleicht in einigen Jahren sich die Situation an der einen oder anderen Stelle verbessert. Das, glaube ich, ist einer Sportstadt, wie es Basel gerne sein möchte, wirklich unwürdig.

Ich bin deshalb mit den Antworten auf meine Fragen teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellationen ist erledigt.

18.10. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz

[19.03.25 16:03:23, 25.5131.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Jessica Brandenburger (SP): Gerne begründe ich, wieso ich diese Interpellation eingereicht habe. Ich möchte vom Regierungsrat wissen, wie gut unsere Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Rechtsmedizin, aber auch unsere öffentlichen Spitäler auch Fälle von chemischer Unterwerfung geschult und vorbereitet sind. Denn nur wenn diese Fachpersonen, die als erste Anlaufstelle dienen, die richtigen Schlüsse ziehen und Zusammenhänge erkennen, haben Opfer die Chance, dass ihnen schnell genug geholfen werden kann.



Das Thema betrifft uns alle. Der Fall von Gisèle Pelicot zeigt auf eindrückliche Weise, dass es nicht nur junge partyfreudige Menschen trifft, die im Ausgang etwas in den Drink gekippt bekommen, sondern dass sexualisierte Gewalt und Übergriffe als Folge von chemischer Unterwerfung auch da stattfindet, wo niemand zusieht, zu Hause, und dass es eben jede treffen kann. Es ist egal wie alt oder attraktiv man ist, ob man in einer festen Beziehung oder nicht ist. Opfer von sexualisierter Gewalt, das kann jede und jeder werden. Und es zeigt auch, dass es eben nicht reicht, an Partys Armbänder zu verteilen und Drinks auf KO-Tropfen zu testen. Das ist ein Element, aber sicher nicht das einzige, um in Zukunft solche Fälle zu verhindern.

Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft nicht wegschauen. Das möchte ich mit dieser Interpellation erreichen. Der Fall Pelicot ist nur die traurige Spitze des Eisbergs. Dass er publik wurde hat mit dem enormen Mut von Frau Pelicot zu tun, nicht zu schweigen. Wie viele Opfer gibt es, die sich nicht getrauen, über das Erlebte zu sprechen. Dass wir als Kanton unsere Behörden und Fachpersonen bestmöglich vorbereiten, ist darum das Mindeste. Ich danke den zuständigen Departementen für eine sorgfältige Beantwortung der Fragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten und die Interpellantin möchte begründen.

Julia Baumgartner (SP): Seit Juli 2024 ist das revidierte Sexualstrafrecht in Kraft. Die Revision war nur möglich dank dem erfolgreichen Zusammenspiel von Kollektiven, von Betroffenen von Fachorganisationen, NGO's und Politiker:innen. Im Zentrum der Gesetzesänderung stand die Ausdehnung der geltenden Tatbestände der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung. Die Definition von Vergewaltigung wurde erweitert, indem der Tatbestand neu geschlechtsneutral formuliert ist und alle Geschlechter umfasst.

Daneben wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte Straftatpersonen dazu verpflichten können, sogenannte Lernprogramme zu besuchen. Lernprogramme sollen helfen, deliktrelevantes Verhalten nachhaltig zu ändern und man geht davon aus, dass das Risiko, dass ein Straftäter rückfällig wird, mit dem Besuch eines solchen Programms um 80 Prozent sinkt. Das ist also wirklich eine wichtige und wirksame Präventionsmassnahme.

Wie das Regionaljournal im Februar berichtet hat, ist der Kanton Basel-Stadt mit der Einführung eines solchen Programms jedoch deutlich im Verzug und das, obwohl die Inkrafttretung des Gesetzes vom Bundesrat nicht bereits auf Januar 2024 angesetzt wurde, sondern auf Juli 2024, um den Kantonen genügend Zeit für die Umsetzung zu geben.

Ich habe deshalb eine Interpellation eingereicht, in welcher ich von der Regierung wissen möchte, was der Grund für die Verspätung ist und wie professionell auch das Projekt aufgegleist ist, und ob die nötigen Ressourcen vorhanden sind. Die Einführung eines guten, wirksamen Lernprogramms als Präventionsmassnahme liegt nicht nur im Interesse der Sicherheit von Frauen und allen Gewaltbetroffenen, sondern auch im Sinne der gesetzlichen Vorgaben und des Opferschutzes. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung und werde dieses Thema aufmerksam weiterverfolgen.

18.11. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter

[19.03.25 16:08:03, 25.5132.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

18.12. Interpellation Nr. 25 Brigitta Gerber betreffend Vorbereitungen und der Handhabung des öffentlichen Raums für die Eurovision Song Contest (ESC)-Veranstaltung – ein Fest für alle!

[19.03.25 16:08:31, 25.5133.01]



Brigitta Gerber: Ich möchte die Interpellation begründen, weil gestern und vorgestern schon wieder viel gesagt wurde zum ESC. Daher bin ich schon mit einer Eingabe am Sonntag etwas hintendrein.

Der ESC ist die grösste Musikparty der Welt, ein Fest für alle. Und die Frage ist, ob es wirklich für alle ist, die wollen und natürlich auch können. Und deshalb hat mich erstens interessiert, wie es mit der sozialen Teilhabe aussieht von der Stadt und den Organisationen, was man vorhat, was man tun will. Ich habe gelesen, dass es ein Eurovision Village geben wird, das täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet ist, Public Viewing, Live Konzerte stattfinden, alles sehr begrüßenswert. Auch ist die Indoor Halle 1 kostenlos offen. Weiter ist ein Eurovision Boulevard geplant zwischen dem Bahnhof SBB und dem Badischen Bahnhof.

Da gibt es viel, das genossen werden kann und gratis ist. Ich denke, Food und Getränke werden nicht so günstig sein, aber vielleicht kann man sich da auch noch etwas einfallen lassen. Als erstes sehe ich die soziale Teilhabe breit abgedeckt und hoffe, dass dies noch vertieft wird. Aber beim zweiten Punkt, wo es um Vertreibung und Verdrängung geht, habe ich noch eine Frage. Das Motto des ESC ist ja respektvoller Umgang. Deshalb die Frage, wie das in Basel gehandhabt wird. Das soziale Cleansing haben wir zuletzt in Paris gesehen bei der Olympiade. Das ist eine herausfordernde Geschichte, und ich denke, da gilt es wirklich gut hinzuschauen und wirklich die spezialisierten Organisationen für diese Problematiken beizuziehen, um es besser zu lösen und besser zu machen als natürlich diese Riesenstadt wie Paris. aber es gibt natürlich auch kleinere Städte, die das schon versucht haben.

Das wollte ich noch schnell begründen. Ich danke schon für die Antwort, die ich bekommen habe. Ich habe sie noch nicht ganz gelesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Der Eurovision Song Contest ist seit jeher ein völkerverbindender und inklusiver Anlass, bei welchem Toleranz und Offenheit zelebriert werden. In diesem Sinne plant auch der Regierungsrat ein Fest, bei welchem sowohl die zahlreichen auswärtigen Besucherinnen und Besucher wie auch die Basler Bevölkerung gleichermaßen willkommen sind und sich wohl und sicher fühlen sollen.

Zu Frage 1: Es wird während des ESC in Basel keine Einschränkungen in Bezug auf die Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit geben, solange die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet ist. Neben den neun von der SRG organisierten Shows in der St. Jakobshalle sind zahlreiche Angebote und Attraktivitäten im Stadtzentrum geplant, an denen alle Bevölkerungsteile und die angereisten ESC-Fans uneingeschränkt und aktiv teilhaben können. Die Angebote im Stadtzentrum sind weitestgehend kostenlos zugänglich. Das Programm ist vielseitig, generationenübergreifend und in verschiedenster Hinsicht inklusiv.

Zu Frage 2: Teile des Rheinbords wie auch der Claraplatz und die Bahnhöfe sind Teil des sogenannten Eurovision Boulevards und werden mit verschiedenen Elementen wie Bühnen für Strassenmusizierende, Sitzgelegenheiten und zusätzlichen Verpflegungsständen bespielt. Marginalisierte und armutsbetroffene Gruppen werden dadurch nicht tangiert.

Zu Frage 3: Basel will sich während des ESC als gute Gastgeberin präsentieren. Zu diesem Zweck werden Schulungen für die gesamte Dienstleistungskette organisiert. Darunter fallen auch Sicherheitskräfte. Zudem werden als eine der Massnahmen zur Gewaltprävention in der ganzen Stadt Awareness-Teams unterwegs sein, und es wird Rückzugsorte (sog. Safer Spaces) geben, wo alle Personen Schutz finden können, wenn sie negative Erfahrungen gemacht haben.

Zu Frage 4: Um die Angebote möglichst für die ganze Bevölkerung zugänglich zu machen, sind sie weitestgehend kostenlos. Sowohl für den Eurovision Square am Barfüsserplatz wie auch für das Eurovision Village in der Messe sind keine Eintrittskarten notwendig und auch armutsbetroffene Familien können daran teilhaben.

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird während des ESC stark ausgebaut, und seine Nutzung ist in den Eintrittskarten der Hauptshow, der Arena plus und des EuroClubs inbegriffen und damit für die Besucherinnen und Besucher dieser Veranstaltungen kostenlos. Essens- oder Getränkecoupons für die Bevölkerung sind nicht vorgesehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Brigitta Gerber: Ich bin mit der Antwort zufrieden. Ich möchte einfach noch einmal zurückgeben, dass wir in Basel wirklich gute Organisationen haben, die viel Know-How haben nicht nur in Bezug auf Armutsbetroffene, sondern auch auf Obdachlose. Vielleicht wäre es gut, diese auch noch mit einzubeziehen. Ansonsten freue ich mich auf das Fest.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.13. Interpellation Nr. 26 Patrizia Bernasconi betreffend Sicherheitsdispositiv am ESC

[19.03.25 16:15:02, 25.5134.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Patrizia Bernasconi (BastA): Anlass dieser Interpellation war auch das Interview von Regierungspräsident Conradin Cramer mit der NZZ, in dem er auf die Sicherheitsmassnahmen angesprochen wurde und er keine Auskunft darüber gab, nicht weil er keine Auskunft geben konnte, sondern weil die Massnahmen nicht bekanntwerden sollten.

Ich bin aber der Meinung, dass wir im Klaren sein müssen, welches Sicherheitsdispositiv anlässlich des ESC aufgebaut wird und was dies für die Bewohner:innen dieser Stadt bedeutet. Ich selber zum Beispiel bewege mich in meinem Alltags- und Arbeitsleben hauptsächlich im Perimeter der ESC-Meile. Ich möchte wissen, ob hier besondere Massnahmen vorgesehen sind, ob ich auf Schritt und Tritt überwacht werde, und das nicht nur für mich, sondern für alle, die sich während der ESC-Woche in der Stadt aufhalten.

Ich will ja auch wissen, inwieweit die Grundrechte, wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Wir müssen es ja aussprechen, was passiert, wenn es Demonstrationen wegen der Situation in Gaza gibt, eine Situation, die in den letzten Tagen massiv eskaliert ist und auch von Bundesrat Ignazio Cassis verurteilt wurde. Vor allem war es mir wichtig zu wissen, ob allfällige Massnahmen auch nach dem ESC weitergeführt werden. Der Kanton könnte auf die Idee kommen, die Sicherheitsinfrastruktur zu behalten, wenn er ja eine Infrastruktur aufbaut und dafür Geld ausgibt, wäre es ja dumm, das Ganze wieder abzubauen. Ich finde es eine wichtige Information, wenn es nicht so wäre. Ich danke für die Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Fragen 1, 3, 4 und 5: Usanzgemäss gibt der Regierungsrat keine Auskunft zum vorgesehenen Mitteleinsatz. Es werden zur Unterstützung der Kantonspolizei Basel-Stadt sowohl Einsatzkräfte gestützt auf das Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz als auch solche gestützt auf die Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze beigezogen.

An den ESC-Veranstaltungsorten selbst sorgen Sicherheitsdienste im Auftrag der Veranstalterin für Sicherheit und Ordnung.

Zu Frage 2: Ja. Im Rahmen der Planung fand ein persönlicher Austausch mit den Sicherheitsverantwortlichen von Malmö statt. Über die Details wird aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft erteilt.

Zu Fragen 6 und 7: Die Regelungen für Kundgebungen bleiben während des ESC unverändert und können der «Basler Demopraxis» auf der Website des Kantons entnommen werden. Während des ESC werden jedoch zahlreiche Örtlichkeiten in der Innenstadt für Veranstaltungen genutzt. Dies wird von der Kantonspolizei im Rahmen der Gesuchsprüfung und der damit einhergehenden Interessensabwägung berücksichtigt.

Der Regierungsrat möchte an dieser Stelle deshalb ausdrücklich betonen, dass es für die Arbeit der Sicherheitsverantwortlichen des ESC essenziell ist, dass Personen, die eine Kundgebung durchführen möchten, zuvor eine entsprechende Bewilligung bei der Kantonspolizei einholen. Dies ermöglicht es den Behörden, den verschiedenen Interessen bestmöglich Rechnung tragen zu können.



Zu Fragen 8 und 9: Die Durchführung des ESC hat keine Auswirkungen auf die geltende Rechtslage im Kanton Basel-Stadt. Entsprechend benötigen Überwachungsmassnahmen eine gesetzliche Grundlage und müssen stets dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (BastA): Zuerst möchte ich Regierungsrätin Stephanie Eymann für die rasche Beantwortung danken. Ich hatte ursprünglich eine schriftliche Antwort erwartet, da es eigentlich viel zu beantworten gibt. Es ist aber auch nicht wirklich überraschend, dass die Antworten mündlich erfolgen, die Antworten sind sehr dürftig, weil der Regierungsrat aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft geben will.

Ich werde deshalb nicht jede Antwort kommentieren, weil es nicht viel zu sagen gibt. Immerhin erfahre ich, dass die Basler Demopraxis weiterhin besteht jedoch, da die Innenstadt für die ESC-Veranstaltung belegt sein wird, eine Interessenabwägung stattfinden wird, was für mich bedeutet, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht bewilligt werden, weil die Interessenabwägung eindeutig zugunsten des ESC ausfallen wird. Ganz zu schweigen davon, dass spontan Demonstrationen toleriert würden. Grundrechte werden also während des ESE nicht hoch gewertet werden.

Auch die letzte Antwort auf die Frage nach der Videoüberwachung und dem schleichenden Ausbau einer allfälligen Sicherheitsinfrastruktur nach der ESC-Woche ist für mich sehr dürftig und nichtssagend. Sie lässt viel Interpretationsspielraum zu und gibt mir als Bewohnerin dieser Stadt keine Garantie, dass ich, und nicht nur ich, mich im Mai und auch danach in der Stadt und meinem alltäglichen Bewegungsradius bewegen kann, ohne ständig videoüberwacht zu werden. Es ist jetzt sicher nicht überraschend zu hören, dass ich mit der Beantwortung diese Interpellation nicht zufrieden bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.14. Interpellation Nr. 27 Heidi Mück betreffend konkrete Umsetzung des Ruhetags- und Ladenöffnungszeitengesetzes (RLG)

[19.03.25 16:21:12, 25.5135.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten und die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit gibt das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Gemäss §7 des kantonalen Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung RLG kann das zuständige Departement Verkaufslökalen, welche die Voraussetzungen von Art. 4 Abs. 1 des Arbeitsgesetzes erfüllen, erweiterte Öffnungszeiten bewilligen. Dieser Art. 4 Abs. 1 des nationalen Arbeitsgesetzes besagt: Das Arbeitsgesetz ist nicht anwendbar auf Betriebe, in denen lediglich der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner des Betriebsinhabers, seine Verwandten in auf- und absteigender Linie und deren Ehegatten, eingetragene Partnerinnen oder Partner sowie seine Stiefkinder tätig sind. Den Begriff der erweiterten Öffnungszeiten präzisiert §6 der entsprechenden kantonalen Verordnung für alle Wochentage: Der zulässige Zeitrahmen für Bewilligungen laut § 7 des Gesetzes beträgt für alle Wochentage 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Die Bewilligungen werden aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes nicht publiziert.

Zu Frage 2: Um von den erweiterten Ladenöffnungszeiten gemäss §6 RLV zu profitieren, benötigen die Betriebe eine Bewilligung. Den Antrag reichen die Unternehmen beim Amt für Wirtschaft und Arbeit ein. Dieses prüft vor der Bewilligungserteilung die korrekte Rechtsform (keine juristische Person), das Vorhandensein des Familienbegriffs gemäss Art. 4 Abs. 1 des Arbeitsgesetzes, die Fläche des Betriebs, die nicht grösser als 300 m² sein darf, den Wohnsitz der Betriebsinhabenden, da der feste Wohnsitz der Betriebsinhaberin oder des Betriebsinhabers nicht weiter als 30 Minuten Fahrtzeit entfernt liegen darf, den Mietvertrag oder Eigentumsnachweis, da der Mietvertrag oder der Eigentumsnachweis des Betriebes auf den Betriebsinhaber oder die Betriebsinhaberin lauten muss.



Liegen die Unterlagen vollständig vor, entspricht der Inhalt den Anforderungen, kann eine Bewilligung erteilt werden. Pro Familie wird nur eine Bewilligung erteilt.

Im Fall der Spar-Filiale lag fast 15 Jahre lang eine solche Bewilligung vor. Und es stellte sich die Frage, wie nach dem Hinschied der bisherigen Betriebsinhaberin vorzugehen ist. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit nahm dabei eine Einzelfallbeurteilung vor. Es berücksichtigte dabei unter anderem die gefestigte Rechtsbeziehung der neuen Betriebsinhaber. Aufgrund dieser Sachlage erteilte das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Bewilligung zur Führung eines Familienbetriebes. Es handelt sich indes nicht um eine generelle Praxisänderung, sondern um eine Einzelfallbeurteilung.

Zu Frage 3: Es handelt sich nicht um eine Ausnahmegewilligung zum RLG, sondern um eine Einzelfallbeurteilung im besonderen Fall der familiären Umstände und der Geschichte des Betriebs.

Zu Frage 4: Wie in der Stellungnahme des Regierungsrates vom 12. Februar 2025 zum Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben dargelegt, reichen die gesetzlichen Grundlagen aus, um für die Spar-Filiale eine gesetzeskonforme korrekte Entscheidung im Einzelfall zu treffen. Der Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative wurde durch die Berichterstattung zur Spar-Filiale ausgelöst, mit dem Ziel, den in Art. 4 Abs. 1 des nationalen Arbeitsgesetzes festgehaltenen Familienbegriff so anzupassen, dass künftig auch Geschwister und andere Verwandte in Seitenlinie vom Begriff des Familienbetriebes erfasst sind. Der Regierungsrat unterstützt den Antrag auf die Einreichung einer Standesinitiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie hat ja einen direkten Zusammenhang mit der Standesinitiative, die Luca Urgese beantragt hat. Und dieser Antrag wurde vom Regierungsrat positiv aufgenommen und unterstützt. Das finde ich auch positiv. Ich habe diesen Antrag ja auch unterzeichnet, wie auch Vertreter:innen von anderen Parteien unter anderem Joël Thüring, was in der BZ dann dazu geführt hat, dass von einer unheiligen Allianz gesprochen wurde.

Aber das war es nicht, was mich irritiert hat. Damit kann ich eigentlich leben. Was mich irritiert hat, waren die Äusserungen des Vertreters des AWA im besagten BZ-Artikel und ich gebe es zu, ich wurde auch von politisch nahestehenden Gewerkschaftsvertretern darauf angesprochen und habe deshalb diese Interpellation eingereicht. Wenn da nämlich wirklich Sonderbewilligungen ausgesprochen werden, nur weil ein allgemeines Bedürfnis nach sonntags offenen Läden besteht oder sogar unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit, dann könnten wir das RLG auch einfach schreddern. Und ich habe dann gerade erfahren, dass es sich ja nicht um eine Sonderbewilligung respektive Ausnahmegewilligung handelt, sondern um eine Einzelfallbeurteilung, wie bei dieser Spar-Filiale. Trotzdem kann ich den Unmut der Gewerkschaften durchaus nachvollziehen, denn es braucht eine klare Regelung und was gilt und was nicht und es braucht auch eine gute Kommunikation dazu.

Der Antrag für eine Standesinitiative von Luca Urgese ist deshalb wichtig und richtig, aber es ist auch wichtig, bei einer Lösungsfindung die Gewerkschaften ins Boot zu holen, und da möchte ich wirklich noch einmal appellieren an den Regierungsrat. Es heisst auch, die Gewerkschaften müssen angemessen informiert werden. So hätte ich es jetzt zum Beispiel angebracht gefunden, zumindest zu informieren, wie viele solche Einzelfallbewilligungen überhaupt ausgesprochen wurden. Mir wurde nämlich der Verdacht geäussert, dass es einige oder sogar zahlreiche solche Sondereinzelfallbewilligungen gibt und es wäre doch gut gewesen zu hören, wie viel wenn man schon nicht sagt, welche.

Sie müssen mich nicht über die gesetzlichen Grundlagen informieren, die kenne ich nämlich, sonst hätte ich die Interpellation nicht eingereicht. Also Fazit: Die Kommunikation fand ich unglücklich, im Einzelfall der erwähnten Spar-Filiale wurde eine Lösung gefunden und das finde ich auch gut so. Da möchte ich nicht missverstanden werden, und die Standesinitiative soll Klarheit bringen, das finde ich auch gut so. Also deshalb mein Fazit: Ich erkläre mich teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.15. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK

[19.03.25 16:29:03, 25.5136.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Das ist nicht der Fall.

18.16. Interpellation Nr. 29 Annina von Falkenstein betreffend ESC als Anlass für einen Basler Frühlingsputz

[19.03.25 16:29:32, 25.5137.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Allgemeines: Die Host City Basel möchte sich während des ESC von ihrer besten Seite zeigen. Neben umfassenden Massnahmen zur Förderung der Willkommenskultur, welche sich vornehmlich an die dienstleistenden Betriebe richten, soll auch das Stadtbild dazu beitragen, dass sich alle auswärtigen Besuchenden wie auch die lokale Bevölkerung sicher und wohl fühlen. Eine attraktive Besspielung des ESC-Boulevards ist dabei ebenso wichtig wie die Sauberkeit.

Die Stadtreinigung des Tiefbauamtes erhebt täglich den so genannten Sauberkeitsindex. Dieser bestätigt, dass auf dem Gebiet der Stadt Basel die festgelegte Sauberkeit erreicht und teilweise übertroffen wird. Ein besonderes Augenmerk wird auf die «Eingangstore Basels» gelegt, also auf den Bahnhof Basel SBB und den Badischen Bahnhof. Das heisst, dass hier vor den Anlässen gezielt gereinigt wird. Während den Anlässen werden im Fest-Perimeter Bodenflächen und Abfallkübel sowie die Hauptachsen bedarfsgerecht gereinigt. Bei der Stadtreinigung gilt während den Anlässen ein Ferienstopp, damit sowohl das normale Tagesgeschäft als auch der Einsatz der zusätzlich benötigten Kapazitäten sichergestellt sind. Im Weiteren sind während den Anlässen Sonder-Teams mit Schwemm-Fahrzeugen von der Reinigung sowie von Spray-Ex zur Beseitigung von Schmierereien in der Stadt im Einsatz.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat sieht keinen Anlass für umfangreiche zusätzliche Reinigungs- und Auffrischungsmassnahmen im Vorfeld. Jedoch werden vor Beginn des Anlasses die Eingangstore der Stadt, namentlich der Bahnhof SBB und der Badische Bahnhof, gezielt gereinigt.

Zu Fragen 2 und 3: Die Priorität liegt auf einer sicheren und sauberen Veranstaltung. Basel Tourismus ist massgeblich für die Umsetzung des Welcome-Konzepts verantwortlich und wird darüber hinaus darauf achten, dass touristische Infrastrukturen sauber und intakt sind. So werden zum Beispiel die Schilder der historischen Rundgänge eigens für den ESC erneuert und die Steiger der Hotelschiffe werden von Sprayereien befreit. StadtKonzept Basel wurde für die Ausgestaltung des Eurovision-Boulevards beratend beigezogen.

Zu Frage 4: Das Motto «crossing borders», unter dem das Basler Bewerbungsdossier für den ESC eingereicht wurde, kommt insbesondere beim kulturellen Rahmenprogramm, bei touristischen Angeboten sowie bei der verkehrstechnischen Erschliessung durch zusätzliche ÖV-Verbindungen zum Tragen.

Zu Frage 5: Hier wird keine Unterscheidung vorgenommen.

Zu Frage 6: Der Regierungsrat begrüsst die Initiative der Basler Betriebe und unterstützt diese tatkräftig, indem die Welcome-Massnahmen im Rahmen des ESC aus dem ESC-Kredit finanziert werden. Darunter fällt – nebst den Schulungen für die gesamte Dienstleistungskette – auch Dekorations- und Brandingmaterial für das lokale Gewerbe im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne. Dadurch können die Basler Unternehmen von der Strahlkraft des ESC profitieren und daraus Wertschöpfung generieren. Darüber hinaus sorgt der Regierungsrat mit umfangreichen Massnahmen im Bereich der Stadtbespielung, der Sicherheit und der öffentlichen Infrastruktur für gute Rahmenbedingungen.

Zu Frage 7: Der Aspekt der Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen – wirtschaftlich, ökologisch und sozial – spielt bei der Planung und Durchführung des ESC in Basel eine zentrale Rolle. Sowohl für den ESC als auch für die Women's Euro wurde ein umfangreiches Nachhaltigkeitskonzept entwickelt. Im Bereich der Infrastruktur wird ebenfalls darauf geachtet, dass bestehende Vorrichtungen und Gebäude genutzt werden und keine neuen Anlagen errichtet werden müssen. Spezifische Reinigungsarbeiten, die den Anlass überdauern, sind nicht vorgesehen, da die Sauberkeit auf dem Stadtgebiet hinreichend gegeben ist.



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu begründen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation rund um die Möglichkeit eines Basler Frühlingsputzes vor dem ESC, der einerseits den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt, aber natürlich auch vor allem den hier ansässigen Personen zugutekommen sollte. Ich finde es sehr toll, dass Basel Tourismus und Stadtkonzept einbezogen werden in die Arbeiten, die vor dem ESC anfallen und die bereits geplant sind und auch, dass der Link zu den verschiedenen Betrieben, die Basel in dieser Zeit vielfältig bereichern werden, so stark gemacht wird. Ich glaube, das ist ein grosser Vorteil, um diesen Anlass glücken zu lassen.

Mich würde es noch wundernehmen, wie die Zusammenarbeit zwischen Basel Tourismus und der Stadtreinigung ausfällt, weil da genannt wird, dass gerade im Vorfeld vor allem über Basel Tourismus Meldungen gemacht werden oder Punkte aufgezeigt werden, wo das Image momentan noch nicht ideal ist. In diesem Kontext habe ich leider den Pylonen beim Dreiländereck vermisst. Ich habe aber leider auch keine Frage wirklich explizit dazu gestellt, denn das war ursprünglich der Aufhänger für die Interpellation, aber nach vier Jahren im Grossen Rat sollte ich unterdessen wissen, dass zwischen den Zeilen nicht beantwortet wird, dass man das ausformulieren müsste, das heisst, das ist eine Kritik an mich selbst, das werde ich bei einem nächsten Mal ein bisschen expliziter formulieren.

Was mich auch noch interessieren würde und was auch nicht so gut beantwortet wurde, ist, wie diese Eingangstore, die Bahnhöfe einerseits wie auch unser internationales Busbahnhofsprovisorium ein bisschen aufgepimpt werden Das ist vor diesem Skatepark im Gundeli und man hat eher Lust, mit dem Bus wegzufahren als mit dem Bus anzukommen. Das wäre noch gut zu wissen oder gebe ich in diesem Rahmen einfach mal noch mit. Und auch die Sicherheit auf dem Centralbahnplatz. Man kann auf dem sauberen und aufgeräumten Platz überfahren werden, wenn man ankommt. Die Sicherheit wurde nicht wirklich angesprochen und wenn man den Centralbahnplatz kennt, dann kann man ihn einigermaßen sicher überqueren, aber wenn man neu ankommt und zuerst einmal in die Weite schaut, um die Stadt zu entdecken, die man gerade besucht, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Bus oder ein Tram oder beides plus Velos, einem die Sicht ein bisschen zerstören. Immerhin ist man dann wach und kann nachher alles sehr bewusst wahrnehmen, weil eben die Gefahr dort von überall her lauert.

Aber ich denke, dass diese Punkte auch bewusst sind. Wie gesagt, ich habe sie nicht explizit als Frage formuliert, daher kann ich mich auch nicht beklagen, wenn sie nicht beantwortet wurden. Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden und freue mich auf die Stadt in ihrem besten Kleid, wie sie uns dann hoffentlich erwarten wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden und die Interpellation ist erledigt. Damit sind alle Interpellationen erledigt.

20. Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgleisen

[19.03.25 16:36:47, 25.5009.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Zu Wort gemeldet hat sich Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Eine Million Franken und viele Jahre später und immer noch kein greifbares Ergebnis - es klappt wegen Problemen mit dem Gummi, den schweren Trams und den komplizierten Ein- und Ausbau einfach nicht mit den Füllungen in den Tramgleisen. In Zürich hat man das schnell gemerkt, aber Basel macht immer weiter. Jetzt mit einer kurzen Variante vor und nach den Haltestellen, sogar wenn das den Gummi ein wenig schont, weil das Tram nicht darauf stehenbleibt, wird er doch abgenutzt und nichts ist gefährlicher für Velo und Tram als kaputte Gummis in den Schienen.

Ich habe im Sommer mehrmals bei der Haltestelle Bruderholzstrasse beobachten können, dass viele Velofahrer:innen auch mit den Gummis in den Schienen sehr vorsichtig über diese fahren und auch beim Fahren zwischen den Schienen keinen sicheren Eindruck machten. Das Ganze ist ein Versuch und ein solcher kann auch abgebrochen werden. Sich einzugestehen, dass die Idee gut aber nicht durchführbar ist, ist keine Niederlage. Einen Versuch über Jahre und mit grossen Ausgaben fortzusetzen, obwohl er keine Aussicht auch Erfolg hat, ist einer Zwängerei. Wichtig für die Velofahrer:innen: Der



Abbruch dieses Versuchs soll nicht heissen, dass die Regierung und die BVB nicht nach einer neuen und besseren Idee suchen.

Im Namen der Fraktion der LDP bitte ich Sie also, dem Schrecken hier ein Ende zu setzen und diese Motion anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Kurz und bündig: Wir Grünliberalen möchten den Pilotversuch ordentlich zu Ende führen. Nur dann kann man ein Fazit ziehen, nur dann wissen wir, ob die kleineren Abschnitte, die kürzeren Stücke nicht doch funktionieren. Ein abrupter Stock macht hier in diesem Moment keinen Sinn. Wir brauchen ordentliche Entscheidungsgrundlagen. Wir bitten Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich kann mich den Worten von Brigitte Kühne nur anschliessen. Es ist sicher so, dass die Resultate des velofreundlichen Gleises nicht erfreulich sind oder nicht zufriedenstellend sind, ich bin aber ebenfalls der Meinung, dass es dazu keine Motion braucht, sondern dass wir jetzt den Evaluationsbericht abwarten und das sollte dann genügen. Dann kann man ordentlich mit diesem Pilot auch abschliessen. Im Namen der SP bitte ich um Nichtüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Diese Motion fordert einen unverzüglichen Abbruch des Projekts. Die Fraktion Grüne/jgb befindet dies nicht sinnvoll. Es ist ganz klar, Schienen und Kap-Haltestellen generieren bei uns in Basel-Stadt aber auch in sämtlichen anderen Schweizer Städten Probleme für Velofahrende. Dafür gibt es verschiedene Lösungen. Man kann Überfahrten machen über das Trottoir. Das ist natürlich das Optimum. Tempo 30 ist eine erste Verbesserung. Umfahrrouten kann man auch machen, wenn es keinen Platz gibt für andere Massnahmen. Schiebetritte in die Trams einzubauen wäre auch eine sehr gute Lösung, dafür dauert es jedoch noch Jahrzehnte, bis die ganze Tram-Flotte mit Schiebetritten ausgerüstet ist. Eine Entschärfung bringen Gummis in den Schienen, so dass die Sturzgefahr sich reduziert.

Auch wir von der Fraktion Grüne/jgb sind enttäuscht darüber, dass das Projekt nicht mehr Erfolg hat und doch sehr stagniert. Anscheinend ist es sehr schwierig, so einen Gummi zu produzieren, der wirklich Witterungen jeglicher Art standhält. Wir sehen es als unsere Verantwortung, teils als sehr reicher Kanton hier auch Innovationsarbeit zu leisten und ein unverzüglicher Abbruch für ein Projekt, das grundsätzlich etwas sehr Sinnvolles verfolgt, Schwierigkeiten hat und nicht ganz das Resultate bringt, das wir uns wünschen, sehen wir doch eigentlich als nicht sauber an. Wir wünschen uns, dass mit dem nächsten Statusbericht für die Behindertengleichstellungsgesetzumsetzung auf dem Tram- und Busnetz die Ausgangslage und die weiteren Infos über diesen Versuch dargelegt werden und dass wir dann weiterschauen. Ein unverzüglich der Abbruch wäre jedoch sehr schade, weil man dann das Projekt nicht auswerten könnte. Wir werden daher diese Motion ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es haben sich alle sehr kurzgehalten. Ich darf das auch tun. Die Schwierigkeit bei dieser Motion liegt wirklich bei diesem Wort unverzüglich. Wenn die Motion offen gewesen wäre in der Frist, dann hätte ich sehr gerne diese auch entgegengenommen, weil natürlich prüfen wir nach jedem Phasenabschluss, ob es sinnvoll ist, etwas anzupassen, eine neue Phase einzuleiten oder das Projekt abzubrechen.

Und ich kann ganz offen sein, die Variante mit den langen Gummistücken ist gescheitert. Das ist zu aufwändig im Einbau. Es hält zu wenig lange, es würde viel zu teuer werden, wenn wir das in der ganzen Stadt ausrollen würden, aber die Variante mit den kurzen Stücken, wo man eben zwischen den Gleisen wechseln kann und zurück, die sieht wirklich sehr vielversprechend aus. Und es ist so, dass man manchmal bei diesen Versuchen auch etwas Durchhaltevermögen beweisen muss, nicht Sturheit auf keinen Fall, ich kann ihn versichern, dass wir am liebsten nach der nächsten Phase, wenn wir diese kurzen



Stücke getestet haben, sorgfältig schauen, was das Resultat ist, ob es wirtschaftlich überhaupt vertretbar ist vom Aufwand her. Glauben Sie mir, auch ich möchte wirklich, dass die Leute bei der BVB und bei mir im Departement sich nicht mit Versuchen beschäftigen, die sich nicht lohnen, aber hier jetzt unverzüglich abzubrechen wäre wirklich sehr schade.

Diese Kapphaltestellen sind eine Herausforderung. Das schildern uns viele Menschen und tatsächlich ist es so, dass Menschen, wenn sie sich nicht sicher fühlen mit dem Fahrrad, dann tendenziell das Fahrrad auch stehenlassen. Wenn wir das Velofahren fördern möchten, dann müssen wir Lösungen finden für diese Kaphaltestellen, und deshalb möchte ich Sie sehr bitten, diese Motion nicht zu überweisen, uns diese Zeit für die nächste Phase mit diesen kurzen Stücken an der Bruderholzstrasse zu geben und dann zu entscheiden, wie wir weiter verfahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Motionär Roger Stalder das Wort.

Roger Stalder (SVP): Ich bin schon dieser Meinung, dass man das jetzt blitzartig stoppen soll, denn es wird keine Garantie geben, dass auch das kurze Stück funktionieren wird. Es gibt auch noch andere Fakten. Jetzt hat man einfach geredet, mit dieser Verkürzung und mit diesen sechs Metern werde man die Finanzen ein bisschen runterbringen. Das mag so sein, der Aufwand ist enorm, trotzdem, selbst wenn der Gummi ein Jahr halten würde, müssten Sie bei allen diesen Haltestellen jedes Jahr die Schiene und den Gummi immer wieder herausnehmen und wieder neu einbauen. Ich habe mich informieren lassen, das passiert über eine Nachtschicht mit sechs Mann und das bei jeder Haltestelle. Die Firma hat klar gesagt, sie könne das gar nicht bewältigen. Also müssten dort auch noch Fremdfirmen eingestellt werden.

Eigentlich wäre ja gedacht gewesen, dass man das in der ganzen Stadt macht. Was nützen die sechs Meter, wenn Sie im grössten Teil des Tramnetzes keinen Gummi haben? Also dort müssen Sie quer darüberfahren und meine Leute haben das bestätigt, dass über 90 Prozent wissen, dass man in Basel eine Tramschiene hat und quer darüberfahren muss, da nützen auch die sechs Meter nichts für die Sicherheit.

Und was noch ganz verheerend ist, was man hier irgendwie ignoriert, ist, dass auch auf diesen sechs Metern die Trams entgleisen können, wenn dieser Gummi nicht hält. Fakt ist auch, dass die Oldtimertram, die ja sehr beliebt sind in Basel, auch das Weihnachtstram, überall dort, wo es diesen Gummi gibt, nicht mehr fahren können. Das hat man mir auch so bestätigt. Das kann man doch nicht in Kauf nehmen. Also muss man eine Entgleisung von einem Tram sofort stoppen und nicht erst, wenn man es noch zehnmal probiert hat. Und darum bitte ich Sie wirklich, diesen Pilotensuche zu stoppen und die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006120, 19.03.25 16:48:02]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgelehnt mit 57 gegen 36 Stimmen.



21. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit

[19.03.25 16:48:17, 25.5010.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eric Weber möchte sie bestreiten.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte, dass die Motion nicht überwiesen wird, das heisst ich möchte sie bestreiten. Im Januar 2025 hat der Grosse Rat für die nächsten drei Jahre 2025 bis 2027 eine Geldpauschale für die Umkleidezeit von Angestellten der kantonalen Verwaltung gutgeheissen. Das entspricht den neuen Entwicklungen in der Praxis zur Entschädigung der Umkleidezeit und wurde unterstützt. Unerfreulich war jedoch, dass dabei die Pauschale gegen den Willen des Regierungsrats erhöht und statt den vom Regierungsrat empfohlenen und in der Praxis üblichen 60 Franken Pauschale eine 80 Franken Pauschale festgelegt wurde. In der Praxis entschädigt eine Mehrheit der Arbeitgeber die Umkleidezeit durch eine monatliche Geldpauschale. Die vorliegende Motion fordert nun eine Abweichung von der gängigen Praxis, indem die Umkleidezeit mit einer Zeitgutschrift abgegolten werden soll.

Die Volksaktion lehnt es ab, die Umkleidezeit über die Arbeitszeit zu erfassen, denn eine Zeitgutschrifterschwert die Einsatzplanung zusätzlich und hat zur Folge, dass die Angestellten, welche so dringend an Einsatzorten gebraucht würden, noch weniger Einsatzzeit leisten. Der Kanton sollte sich zudem an der Praxis der Privatwirtschaft orientieren und folglich bei der Geldpauschale bleiben. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitnehmer der kantonalen Verwaltung mit der Geldpauschale von 80 Franken bereits bessergestellt sind als die meisten Angestellten in der Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einfach mal ganz klar und deutlich sagen, dass wir hier nicht in einer Sendung sind von «Wünsch dir was». Die Kantonsangestellten sind im Parlament vertreten, in anderen Parlamenten der weltweit dürfen Staatsangestellte nicht im Parlament sein und das ist eigentlich eine Sache, die ich noch erleben möchte, dass nämlich Staatsangestellte nicht in einem Parlament sind. Wir haben schon oft darüber diskutiert und das macht einen wütend, dass die Staatsangestellten ihre Sachen hier im Parlament in eigener Regie beschliessen. Höheren Lohn, mehr Zeit für Umkleiden. Ich sage jedem, seien Sie froh, wenn Sie einen Job haben und verlangen Sie nicht zu viel. Das ist einfach nicht gut.

Darum habe ich gefunden, dass ich das klar und deutlich sagen muss, dass nach meiner Ansicht das, was in der Privatwirtschaft ist, beim Staat nicht noch mehr verlangt werden darf. Das ist der Fall so und ich muss sagen, solche Wünsche sind für mich eine «Unverschämtheit».

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, zukünftig auf das Vorlesen von irgendwelchen Abstimmungsempfehlungen von Verbänden im Wortlaut zu verzichten? Besten Dank. Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Die Motionärin hat das Wort. Sie verzichtet. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006122, 19.03.25 16:53:21]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 gegen 7 Stimmen.



22. Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient

[19.03.25 16:53:33, 25.5016.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Pilotprojekt der Unterflurcontainer im Bachlettenquartier ist ihr Auftrag. Sie haben dieses Pilotprojekt bestellt, Sie haben es bewilligt als Gremium, und wir, die Verwaltung und der Regierungsrat, führen Ihren Auftrag jetzt aus.

Es ist schon eine Geschichte, die länger geht. Es gab mal ein Konzept des Regierungsrates, das dann vom Parlament sehr stark erweitert worden, nämlich dass man weiterhin ein Parallelsystem fahren muss. Also all diese Verbesserungen, die man auf der einen Seite erreichen wollte, nicht erreicht werden sollten und gleichzeitig noch das Geld gekürzt hat. Das war dann eine aus Sicht des Regierungsrates undurchdachte Vorlage. Es gab das Referendum gegen dieses Projekt Unterflurcontainer und der Regierungsrat war gegen den Grossratsbeschluss. Ich glaube, diese Situation gab und gibt es nicht so oft, dass quasi der Regierungsrat aufgrund der Parlamentsdiskussion zum Schluss kommt, dass er eine Nein-Parole empfiehlt bei dieser Referendumsabstimmung. Und der Entscheid war dann entsprechend auch sehr gross und auch im Sinne des Regierungsrates.

Danach gab es den Anzug Balmer, der überwiesen wurde vom Grossen Rat mit dem Auftrag, solche Pilotprojekte zu machen, wo eben die bisherige Einsammlung von Abfall ersetzt wird mit Unterflurcontainern. Der Wortlaut war relativ klar, es ging um ein Ersetzen in diesem Pilot, damit man wirklich testen kann, was das heisst, wenn man in einem Quartier nur Unterflurcontainer hat und nicht gleichzeitig auch noch die Bebbi-Säcke eingesammelt werden.

Der Regierungsrat hat das aufgrund des Anzuges erarbeitet, Ihnen vorgelegt als Grosse Rat und es wurde beraten in der UVEK und dann hier beschlossen und zwar ziemlich deutlich, alle Fraktionen ausser die SVP waren für dieses Pilotprojekt im Bachletten, mit 75 zu 16 Stimmen. Und auch die LDP war geschlossen für dieses Pilotprojekt.

Das ist der Beschluss dieses hohen Rates und – ich denke, das ist auch eine wichtige Information -, dieser Beschluss unterlag dem fakultativen Referendum. Jede und jeder in unserem Kanton, der mit dieser Entscheid nicht einverstanden war, hätte die Möglichkeit gehabt, ein Referendum zu ergreifen und es wieder vor das Volk zu bringen. Es wurde kein Referendum ergriffen und deshalb hat auch diese demokratische Kontrolle funktioniert. Und aufgrund dieses Beschlusses der Akzeptanz durch die Nichtergreifung des Referendums ist jetzt die Verwaltung dran, diesen Auftrag nach vielen Einsprachen umzusetzen und auszuführen, dieses Projekt zu pilotieren und zu evaluieren und dann zu entscheiden aufgrund der Erfahrung, wie die Leute das aufnehmen, was die Probleme sind, was die Kosten sind, um dann einen seriösen Entscheid zu fällen, ob in Zukunft dann das System in dieser Stadt sein soll, dass weiterhin die Bebbi-Säcke eingesammelt werden oder dass wir diese Unterflurcontainer haben.

Die inhaltlichen Argumente sind alle dargelegt in diesem damaligen Ratschlags an den Grossen Rat. Es gibt sehr viele gute Gründe. Wir können verschiedene Fraktionen sammeln, das macht das Trennen sehr einfach für die Leute. Es ist einfacher zum Einsammeln, es ist für den Arbeitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser. Man kann rund um die Uhr seinen Abfall entsorgen. Es ist auch keine Futterquelle mehr für die Krähen, die dann sich gut vermehren, weil sie da schönes Futter finden. Es gibt also sehr viele gute Gründe für dieses Polpilotprojekt.

Es gibt auch gewisse Gründe dagegen, dass man eine gewissen Distanz gehen muss, dass das auch Schwierigkeiten gibt für gewisse Leute, die eine Geheinschränkung haben. Es geht in diesem Pilot darum, diese Vor- und Nachteile der beiden Systeme nebeneinander zu stellen. Und dazu braucht es diesen Pilot. Es braucht ein Pilot, bei dem nicht noch gleichzeitig die Bebbi-Säcke eingesammelt werden, denn dann kann man diese Gegenüberstellung auch wieder nicht machen.

Also ich bitte Sie, lieber Grosser Rat als Gremium, seien Sie konsistent, Sie haben diesen Auftrag deutlich erteilt. Sie haben schon sehr viel Arbeit damit ausgelöst und jetzt machen wir diesen Pilot und entscheiden danach, wie es weitergeht mit dem Abfalleinsammeln hier bei uns in der Stadt Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrats, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Regierungsrat Kaspar Sutter hat recht, Sie alle haben das gewollt. Die SVP wollte das nie, Sie haben das richtig gesagt, Herr Sutter, wir waren von Anfang an gegen dieses Projekt und wir sind es weiterhin und deshalb unterstützen wir auch die Motion von Philip Karger, weil wir die Idee dieser Abfallunterflurcontainer in keiner Weise unterstützen können. Ich bin in dieser Frage tatsächlich auch persönlich betroffen. Ich wohne an einer Strasse und ich muss Ihnen ganz ehrlicherweise sagen, die Kommunikation in diesem Zusammenhang ist, nachdem es bereits auch schon früher kritisiert wurde, weiterhin miserabel. Ich weiss zum Beispiel bis heute nicht, wo ich dann meinen Abfall hintragen muss. Ich gehe davon aus, dass ich ihn mehrere 20, 30 vielleicht 100 Meter in der Gegend herumtragen muss, mit diesem Abfallsack spazieren gehen muss, und ich erkenne für mich zumindest und so geht es vielen Personen, die bei mir im Hause wohnen, keinen Mehrwert, wenn ich nun mit meinem Abfall Gassi gehen muss.

Ich finde auch das Argument, dass man 24 Stunden den Abfall entsorgen kann, etwas schwierig. Gleichzeitig haben wir seit Jahren an verschiedenen Stellen Sammelstellen für Glas, Alu und Co. Dort darf man auch nicht 24 Stunden entsorgen, Warum? Weil es lärmintensiv ist. Und jetzt wollen Sie in einem dicht besiedelten Quartier wie dem Bachlettenquartier mit Abfallunterflurcontainern erlauben, dass wir während 24 Stunden den Abfall dorthin transportieren kann und wir alle wissen – das sehen wir auch bei bestehenden Unterflurcontainerstellen auf der Erlenmatt – dass, wenn Sie eine solche Anlage einrichten, rund um die Anlage herum sich der Abfall nur so sammelt. Allerlei Dinge werden dort hingelegt, auch, was gar nicht dorthin gehören sollte. Das wird auch im Bachlettenquartier danach zunehmen. Es werden Parkplätze vernichtet, es müssen Strassen aufgerissen werden, weil man ja diese Unterflurcontainer eben unterirdisch installieren muss. Ich finde das eine sehr grosse Zumutung. Wenn ich schon sehe, wie die ganze Kommunikation dieses Pilotprojekts schon miserabel ist, dann bin ich sehr gespannt, wie danach diese Umfrage oder die Evaluation des Projekts vonstatten gehen soll. Werden dann alle Bewohner des Quartiers befragt? Wie wird das gewertet? Nach welchen Kriterien wird danach entschieden, dass man auf dieses Abfallunterflurcontainersystem in der gesamten Stadt umschwenkt? Oder muss man dann allenfalls alle diese Unterflurcontainerstellen auch wieder zumachen, wenn man feststellt, dass dieses System nicht kompatibel ist?

Deshalb, glaube ich, ist es zumindest für den jetzigen Zeitpunkt richtig, dass wir diese Motion Karger überweisen und den Anwohnern die Möglichkeit geben, weiterhin auch das alte bewährte System zu benutzen, denn es ist so, es ist gerade im Bachlettenquartier für viele ältere Menschen nicht zumutbar, diesen Abfallsack mehrere 100 Meter in der Gegend herumzuschleppen. Das ist aufwendig, das ist schwer, das ist umständlich und ich glaube nicht, dass man das von Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Kanton wohnen, die hier Steuern zahlen (und im Bachlettenquartier leben nun jetzt auch nicht gerade diejenigen, die am allerwenigsten Steuern bezahlen), dass man ihnen nun diese Dienstleistung wegnimmt. Das halte ich für wirklich nicht angebracht und ich glaube, es ist auch nicht notwendig, dass wir in diesem Bereich etwas machen.

Deshalb lassen Sie diese Bewohnerinnen und Bewohner im Bachlettenquartier in Ruhe. Lassen Sie diese Menschen weiterhin ihren Abfallsack vor die Türe stellen, seien wir doch froh, dass die Menschen den Abfall noch ordentlich entsorgen. Da gibt es viele andere Beispiele, wo es eben nicht so gut klappt. Ich glaube, wir verlieren nichts, wenn wir diese Motion Karger überweisen und die Möglichkeit dieses parallelen Systems für den Moment zumindest einmal laufen lassen. Ich kann nur für mich sprechen, ich werde meinen Abfallsack garantiert nicht mehrere 100 Meter durch das Quartier tragen. Ich werde meinen Abfall weiterhin bei meinem Hauseingang, Montags oder Donnerstags abstellen und warte auf die Entsorgung durch die Stadtreinigung. Besten Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Sie wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Stören Sie sich nicht an den regelmässig aufgepickten und aufgerissenen Säcken, die auf den Strassen herumliegen, stinken und Ratten und Marder anziehen?

Joël Thüring (SVP): Ich störe mich generell an der Abfallentsorgung in diesem Kanton, aber dafür ist der Unterflurcontainer aus meiner Sicht nicht das geeignete Mittel, dagegen zu wirken. Da muss es andere Möglichkeiten geben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Regierungsrat Kaspar Sutter hat eigentlich schon sehr schön die Vorgeschichte erläutert. Ich möchte hier nur noch kurz daran erinnern, dass wir uns in diesem Saal bis auf die SVP wirklich einig waren, zuerst bei der Abstimmung, dann auch bei der weiteren Stossrichtung, dass wir grundsätzlich Unterflurcontainer möchten und dass wir aber nicht nur halb flächendeckend Unterflurcontainer einführen möchten und dafür eine flächendeckende Müllabfuhr. Das wäre eigentlich das gewesen, worüber wir abgestimmt haben. Und es war auch klar, dass es weitergehen wird mit diesem



Geschäft nach der Abstimmung und deshalb auch dann dieser Vorstoss. Deshalb sind wir heute da, wo wir eigentlich immer schon geplant haben zu sein nach dieser Abstimmung.

Das Referendum wurde nicht ergriffen gegen den Grossratsbeschluss 2019 für diesen Pilotversuch, und nun wird dieser Pilotversuch dennoch in Frage gestellt. Ich finde das ein wenig schade, gehe aber gerne kurz auf die Forderungen der Motion ein.

Die Motion fordert, dass ein Versuch gemacht werden soll, der den Namen Versuch verdient und sagt darum, dass die Container nicht im Boden versenkt werden sollen. In meinen Augen kann ein Versuch nur wirklich ausgewertet werden – und das ist ja das, was wir in diesem Saal auch wollten, als nächster Schritt – wenn er möglichst nahe an dem ist, was man eigentlich prüfen will. Wenn die Container nun nicht im Boden, also als Unterflurcontainer gestaltet werden und dennoch den Pilot für Unterflurcontainer pilotieren soll, dann macht das keinen Sinn. Es bedeutet konkret auch, dass die Bevölkerung ihren Müll hochheben muss. Das ist vor allem für ältere Generationen gar nicht mal so einfach, den Müllsack dann oben hinein zu werfen, und es bedeutet auch, dass die Gerüche von diesen Müllsammelstellen nicht gleich gut kontrolliert werden können wie in Unterflurcontainern.

Das Anbieten von beiden Arten der Müllentsorgung wird ebenfalls gefordert. Ich finde, das macht nicht wirklich Sinn zu prüfen, denn was wir eigentlich prüfen wollen, ist es ja genau, wie es ist, wie es ankommt, wenn statt einer Abfuhr zweimal wöchentlich nur noch die Unterflurcontainer zur Verfügung stehen. Wenn wir das nicht tun, dann prüfen wir eigentlich gar nichts mehr. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir wissen es alle, diesen Unterflurcontainern geht eine lange Geschichte voraus hier in Basel, Regierungsrat Kaspar Sutter hat das sehr präzise erläutert. Nun ist es an der Zeit, den demokratischen Entscheid endlich auszuführen und nicht abzuändern, wie dies die Motion verlangt. Ausserdem ist der Zuschlag für die 28 Unterflurcontainer für den Pilotversuch erteilt, wie dies dem aktuellen Kantonsblatt entnommen werden kann.

Denn Unterflurcontainer sind eine rundum gute Sache. Die halbe, gefühlt sogar die ganze Schweiz sowie unzählige europäische Städte wissen dies seit langem. Seit Ende der 1990-er Jahre gibt es sie in der Schweiz und sie haben sich rasant verbreitet. Warum? Es geht um Komfort und Barrierefreiheit und ja Joël Thüring, der Abfall kann zu jeder Tages- und Nachtzeit einfach entsorgt werden, ist doch super. Verbesserte Hygiene, keine Geruchsbelästigungen, keine Krähen, die die Säcke aufreissen. Reduzierter Aufwand für die Kehrichtabfuhr, insbesondere weniger Kehrichtfahrzeugfahrten, einfaches, Trennen von Abfall mit unterschiedlichen farbigen Säcken, zum Beispiel dann endlich auch Bioabfälle. Meine Damen und Herren, Sie sehen, ein flammendes Votum für die Unterflurcontainer direkt aus dem Pilotquartier Bachletten. Warum? Weil ich in diversen anderen Städten und Dörfern mehrfach selbst erlebt habe, wie gut sie funktionieren. Nein, die Umgebung eines Unterflurcontainers ist nicht schmutzig. Nein, ein Unterflurcontainer 10 Meter entfernt vom Hauseingang mindert den Wert einer Immobilie nicht. Nein, Unterflurcontainer machen keinen Lärm.

Unterflurcontainer sind eine effiziente und nachhaltige Lösung für die Abfallentsorgung in städtischen Gebieten. Wir Grünliberalen begrüßen genau dies, eine effiziente, nachhaltige und einfache Abfallbewirtschaftung. Herzlichen Dank für die Ablehnung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Wie viele Menschen kennen Sie, die ein echtes Bedürfnis haben, freitags oder donnerstags um 3 Uhr nachts den Abfall zu entsorgen?

Brigitte Kühne (GLP): Ich kenne keine solche Menschen, aber es ist ein Bedürfnis. Mein Mann weiss zum Beispiel immer noch nicht, wann er den Sack rausstellen muss und für ihn wäre es super, wenn er den einfach hinbringen könnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich kann nicht versprechen, dass ich gleich viel Einblick in mein Privatleben gewähre wie Brigitte Kühne. Ich möchte auch noch einmal kurz an die Historie des Geschäftes anknüpfen, auch wenn es jetzt schon mehrfach erwähnt



worden ist. Das war 2015 sicher kein Glanzstück der basel-städtischen kantonalen Politik. Ich habe es so in Erinnerung, dass man diese Vorlage wirklich im Grossen Rat im letzten Moment noch ein bisschen vermurkst hatte, wenn man das so nennen will, und Fakt bleibt, dass dann alle zur Ablehnung empfohlen haben, dass dieses Nein nicht gegen die Unterflurlösung gerichtet war, sondern eben weil man in letzter Minute es noch so formuliert hatte, dass eine Doppelspurigkeit erforderlich gewesen wäre, dass man gleichzeitig oberirdische Touren gefahren hätte und unterirdische Entsorgung angeboten hätte, und das ist genau das, was die Motion jetzt fordert und genau das war der Grund dafür, dass alle, die es hier drin unterstützt hatten 2015 dann eben bei der Volksabstimmung für ein Nein plädiert haben. Es ist also wirklich eine unzulässige Aussage jetzt zu behaupten, es sei eine Umsetzung gegen den Willen der Bevölkerung. Der Grund war exakt die Forderung, die jetzt in der Motion steht.

Nebenbei gesagt, ein echter Pilot ist ganz sicher nicht, wenn man zwei Systeme parallel laufen lässt, denn dann kann man es nicht auswerten. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das ebenfalls schon ausgeführt. Sonst wollen Sie übrigens ja auch immer möglichst effizient arbeiten. Hier wollen Sie jetzt zwei parallele Lösungen finanzieren.

Unzählige Städte in der Welt und auch unzählige Siedlungen bei uns in Basel machen es schon so, dort gibt es die Unterflurcontainer, Erlenmatt oder Lehenmatt, Sie können spazieren gehen in der Stadt, Sie werden es an vielen Orten antreffen, und es ist erfolgreich, es funktioniert, es ist sauber, es ist praktisch, es ist bequem.

Und nein Joël Thüring, man muss nicht um 3 Uhr entsorgen wollen. Es gibt ganz viele Menschen in dieser Stadt, die zum Beispiel eine Mobilitätsbeeinträchtigung haben, die haben Leute, die sie unterstützen, und die müssen sie dann nicht mehr genau am Abfuhrtag und erst abends um 7 Uhr darum bitten, dass sie ihnen helfen und den den Abfall hinaustragen für sie, sondern das kann dann jederzeit geschehen. Das geschieht dann eben dann, wenn die Spitex sowieso kommt oder wenn man die Nachbarin sowieso gerade antrifft und sie darum bitten kann, den Abfall hinauszutragen.

Auch dieses Märchen von den mehreren 100 Metern, das ist purer Populismus und gehört einfach nicht in diesen Ratssaal. Ein absoluter Extremfall wären 140 Meter gemäss der Kommunikation. Jetzt machen Sie hier mit grossen Worten Hunderte von Metern. Das ist überhaupt nicht die Realität. Schauen Sie die Siedlungen in Basel an, wo die Unterflurlösung bereits umgesetzt ist. Das ist wirklich einfach schade, wenn man dann irgendwelche Märchen erzählt.

Zusätzlich ermöglicht das Sack-im-Behälter-Prinzip, dass man ja austesten will, dass eben kleinere Säcke gefüllt werden und dann entsorgt werden können. Das muss auch nicht mehr die gleiche Grösse sein. Man muss auch nicht diverse unterschiedliche Abholtage für sich selber koordinieren, am einen Tag das Altmetall, am anderen Tag das Sperrgut, am dritten Tag das Papier und am vierten Tag der normale Kehricht, sondern das geht dann eben alles oder möglichst viel davon in einen Behälter mit verschiedenfarbenen Säcken. Das ist ja genau die geniale Idee.

Und dann möchte ich einfach schon uns schon noch sagen, dass es die gleichen sind, die jetzt hier diese Forderung unterstützen, die sich dann lautstark darüber beklagen, dass unsere Stadt dreckig sei und dass es zu wenig sauber sei. Auch das wurde schon angesprochen. Ich finde es aber so frappant, dass ich es gerne noch einmal wiederhole. Sie wollen weiterhin Krähen, Mardern und anderen Tieren in dieser Stadt den Speck vor das Maul stellen, indem sie die Bebbi-Säcke über Nacht in den warmen Sommernächten schön an die Strasse stellen und sich dann wundern, wenn es am morgen verteilt ist über das ganze Trottoir und die Strasse. Entschuldigen Sie bitte, das ist keine zeitgemässe Abfallentsorgung. Ich denke wirklich, da machen wir jetzt keine neue Erfindung, sondern wenden etwas Sinnvolles, Praktisches und Sauberes an und sollten das jetzt nicht begraben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Etwas in ein Loch zu versenken und da stinkend im Loch liegen zu lassen, dann wieder auszugraben, ist das wirklich etwas Sinnvolles und Zukunftsgerichtetes.

Lisa Mathys (SP): Sie wollen das doch mit der Atomenergie die ganze Zeit machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Graber.

Michael Graber (Mitte-EVP): Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich letzten Freitag in der Baz gelesen habe, dass das Baudepartement die 28 Unterflurcontainer für den Pilotversuch im Bachlettenquartier schon bestellt hat. Das Projekt ist ja nicht unumstritten und ich hätte erwartet, dass man zumindest die heutige Abstimmung im Grossen Rat abwartet. Es ist offensichtlich, die Regierung macht Dampf und will vorwärts machen.



Nun, ich kann die Bewohnerinnen und Bewohner im Bachlettenquartier verstehen. Es löst mulmige Gefühle aus, wenn man ungefragt Teil eines Pilotversuchs wird. Ich möchte mein Votum hier nutzen, um ein bisschen aus dem Nähkästchen zu plaudern. Meine Frau und ich wohnten früher mit unseren Kindern an der Laufenburgerstrasse, diese liegt schräg vis-à-vis vom Gartenbad Eglisee. Wir hatten bei uns in der Siedlung einen Unterflurcontainer für die Bebbi-Säcke. Ich habe es gestern extra mit Google Maps nachgemessen, die Gehdistanz von unserer damaligen Wohnung beträgt 160 Meter. Ich fand die Unterflurcontainersuper. Ich kannte das Konzept bislang noch nicht, habe aber schnell Gefallen daran gefunden. Insbesondere zwei Aspekte haben mich überzeugt: Flexibilität und Sauberkeit.

Erstens Flexibilität: Stellen Sie sich folgende Situation vor: Sie haben am Samstagabend ein paar Freunde eingeladen, es entsteht mehr Abfall als sonst und schwubs, der Bebbi-Sack ist voll. Die Müllabfuhr kommt in Ihrem Quartier aber erst am Dienstagmorgen. Also Bebbi-Sack zubinden und irgendwo deponieren, wo er möglichst nicht im Weg steht und hoffentlich nicht stinkt. Pech hat, wessen Wohnung keinen Balkon hat. Ganz anders mit Unterflurcontainern. Sie gehen nach dem Aufräumen kurz runter und nach wenigen Minuten hat sich die Sache erledigt. Ich fand das jedenfalls sehr praktisch.

Zweitens Sauberkeit: Wir alle haben das vermutlich schon erlebt. Kaum hat man sich am Morgen auf dem Weg zur Arbeit gemacht, erblickt man auf dem Trottoir einen Bebbi-Sack, den irgendein Tier in der Nacht zerfetzt hat. Das ist hässlich und das stinkt. Mit Unterflurcontainern besteht dieses Problem nicht.

Und vielleicht noch eine Anmerkung zur vorliegenden Motion. Ein Pilotversuch, bei dem man wählen kann, ob man den Sack vor die Tür stellt oder in den Container wirft, ist meiner Meinung nach nicht zielführend. Man würde eine Situation simulieren, die es später bei einem allfälligen regulären Betrieb nicht geben würde. Eine Auswertung des Versuchs wäre so kaum noch möglich. Meiner Meinung nach, macht der geplante Pilotversuch Sinn. Man bestimmt ein Quartier und führt dort probeweise die Abfuhr der Abfallsäcke per Unterflurcontainer durch. Nach einem Jahr schaut man, was funktioniert hat und was nicht funktioniert hat. Und je nachdem führt man dann das System flächendeckend ein oder man belässt es beim alten System. Und genau so ist ja auch der Pilotversuch geplant.

Mein persönlicher Erfahrung mit Unterflurcontainern ist, dass es eine gute Sache ist. Ich unterstütze das geplante Pilotprojekt des Baudepartements und empfehle Ihnen, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Motionär Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Nein, bei dieser Motion geht es nicht um ein Für oder Wider der Unterflurcontainer. Es geht um einen Pilotversuch, der diesen Namen auch verdient. Ja, auch die Fraktion der LDP hat 2019 dem Pilotversuch zugestimmt. Daran hat sich nichts geändert. Die LDP will mit dieser Motion einfach keinen *Fait accompli*, sondern einen fairen Versuch. Gäbe es eine echte Auswahl könnte, könnte die Bevölkerung mit den Füßen abstimmen, welches System sie will. Ich denke übrigens, dass bei einer echten Auswahl das Ergebnis durchaus offen wäre.

Ein Versuch gibt mehrere Möglichkeiten vor, aus denen ausgewählt werden kann. Wenn es keine Auswahl gibt, ist es keine Vorgabe und kein Versuch. Eine andere Definition für Versuch ist, etwas so lange auszuprobieren, bis es funktioniert. Beides ist bei diesem sogenannten Pilotversuch nicht gegeben. Sie scheinen davon auszugehen, dass die Bevölkerung die Unterflurcontainer nicht will und scheuen daher den echten Versuch. Sie zwingen also der Bevölkerung in einem Pseudo-Versuch Ihre Vorstellung von einer modernen Abfallentsorgung auf. Anders kann ich Ihre Reaktion nicht interpretieren.

Natürlich werden wir in einem Jahr erfahren, wie erfolgreich der Pilotversuch war und natürlich werden wir dann darüber diskutieren, wie schnell wir diese Unterflurcontainer in der ganzen Stadt installieren können. Der Versuch im Bachlettenquartier war ja mangels Alternativen erfolgreich.

Hätten Sie den Mut, die Bevölkerung mit den Füßen abstimmen zu lassen, dann könnten Sie bei späteren Diskussionen von einem gelungenen oder gescheiterten Versuch sprechen. So wie der Versuch jetzt aufgebaut ist, kann man nur sagen, die Bevölkerung hat mitgemacht. Was bleibt ihr denn anderes übrig? Beispiele wie Erlentmatt und so weiter können nicht angeführt werden, da die Situation dort völlig anders ist. Einerseits handelt es sich um ein geschlossenes Gebiet mit viel kürzeren Wegen, andererseits wohnt in diesen Gebieten eine relativ junge Bevölkerungsschicht, die keine Schwierigkeiten hat, einen Bebbi-Sack spazieren zu tragen.

Ist bitte Sie nochmals auch im Namen der LDP Fraktion, den Mut zu haben, für einen echten Versuch zu stimmen und die Motion anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage, diese wird abgelehnt. Somit schreiten wir zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 62 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006124,]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 62 Stimmen gegen 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Somit sind die Motionen erledigt und wir kommen zu den Anzügen.

23. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen

[19.03.25 17:24:13, 25.5002.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort geht als erstes an Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn ein Staatswesen zu viel Geld hat, dann ist der Fantasie, was man mit diesem Geld macht, keine Grenzen gesetzt. Selten habe ich einen Vorstoss gelesen, wo die Litanei an Gründen, die dagegen spricht, länger ist als bei diesem Vorstoss. Ich werde mich auf die wichtigsten Punkte konzentrieren.

Als Beispiel wird Spanien herbeigezogen. Spanien kämpft mit 26 bis 27 Prozent Jugendarbeitslosigkeit und die Motivation für diese Mechanik, die hier vorgeschlagen wird, ist die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das Problem, das wir im Arbeitsmarkt haben in unserem Kanton ist aber nicht die Jugendarbeitslosigkeit, es ist der Fachkräftemangel. Also eigentlich müssten wir Motionen einreichen, wie man Arbeitspensen durch den Staat subventioniert vergrössern könnte nicht verkleinern. Indirekt machen wir das ja auch als Staat, indem wir zum Beispiel Kitas finanzieren.

Der Titel dieses Anzugs lautet «Arbeitszeitverkürzung von KMU's ermöglichen». Als KMU-Unternehmer kann ich Ihnen sagen, ich kann heute schon Arbeitszeitverkürzungen machen. Der Titel dieses Vorstosses müsste lauten «Auf Kosten des Staates Pensen reduzieren» oder von mir aus «Auf Kosten des Staates nicht arbeiten». Das wäre wahrscheinlich ehrlicher.

Nehmen Sie als Beispiel das Thema Missbrauch, der sogenannte Mitnahme-Effekt. Wenn ich jetzt jemanden anstelle und ihm für ein 80 Prozent-Pensum zum Beispiel 4'000 Franken anbiete – es entspricht einem Vollzeitpensum von 5'000 Franken -, ja dann kann ich ja auch sagen, machen wir 100 Prozent-Pensum, sie arbeiten dann einfach nur 80 Prozent und die restlichen 20 Prozent zahlt Basel-Stadt. Das kommt dann für den Mitarbeiter auf das gleiche heraus, aber ich als Arbeitgeber spare 20 Prozent des Lohns, und es kann mir niemand sagen, ich hätte da etwas getrickst, weil die Person arbeitet 80 Prozent statt 100 Prozent. Wie wollen Sie das in den Griff kriegen?

Dann kommt die Frage, wer davon profitieren soll. Im Vorstoss wird von KMU gesprochen. Grössere Firmen dürfen das also nicht anbieten, aber wir müssen auch ehrlich sein, das sind dann nicht die KU, das sind die MU, die das allenfalls einführen können, denn in einem MU können Sie allenfalls die Arbeit von vier Personen auf fünf verteilen. Das geht, aber in einem KU mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können Sie das schlicht und einfach nicht. Also Sie bevorzugen dann die grösseren Unternehmen gegenüber den kleineren.



Weiter, wie soll ich der einen Mitarbeiterin erklären, dass sie 100 Prozent Lohn bekommt für 100 Prozent Arbeit und die Kollegin daneben bekommt 100 Prozent Lohn für 80 Prozent Arbeit, weil glücklicherweise ihr Job ein Teilzeitpensum zulässt. Sie sehen, mit Fairness kann man dieses Thema nicht handhaben.

Die Arbeitgeberattraktivität sollen wir als Kanton nicht steuern. Es ist Aufgabe von uns Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu schauen, dass wir gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind, teilweise auch, indem wir Teilzeitmodelle, Jobsharing und anderes anbieten. Das gehört heute dazu. Aber das sollen wir auf unsere Rechnung machen und nicht auf die Rechnung des Staates.

Arbeitsrecht regelt das Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zwischen den Sozialpartnern. Und das ist auch gut so und das soll so bleiben. Ideen, welche wollen, dass der Staat hier sich einmisch, sind in jedem Fall aus liberaler Sicht abzulehnen. In diesem Sinn bitte ich Sie also, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Lorenz Amiet hat schon ganz viel gesagt, das ich jetzt nicht wiederholen muss. In diesem Anzug wird eine Arbeitszeitverkürzung für die KMU verlangt. Ich habe mir Zeit genommen und nachgesehen und habe ganz interessant gefunden, dass von den unterzeichnenden Personen niemand dabei ist, der ein eigenes KMU mit Angestellten hat. Ich finde das schon interessant. Ich bin selber, wie man so typisch sagt, ein KU. Ich habe einen Betrieb mit 13 Angestellten. Ich weiss also, wovon ich spreche. Ich bin in meinem eigenen Betrieb verantwortlich dafür, dass sich alle Menschen wohlfühlen, und das ist selbstredend in meinem ureigenen Interesse. Es liegt also an mir, Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass die Mitarbeiter:innen glücklich sind und gerne bei mir arbeiten. Aber dazu braucht sich der Staat nicht einzumischen, und dagegen wehre ich mich ganz dezidiert und mit mir auch die ganze LDP-Fraktion.

Was ist der Sinn so eines Pilotversuchs? Was soll damit erreicht werden? Es entsteht nur Druck gerade jetzt auf die ganz Kleinen, die das nicht umsetzen können oder wollen, aus verschiedenen Gründen. Man hat vorher vom Fachkräftemangel gesprochen. Auch da gibt es natürlich einen negativen Effekt. Es gibt vielleicht gewisse Betriebe, die das umsetzen können, wo man tatsächlich alles so optimieren kann, dass die gleiche Arbeit in weniger Zeit kann gemacht werden. Aber wenn ich mit weniger Angestellten auskommen muss, dann muss ich entweder noch mehr Fachkräfte einstellen oder ich schliesse mein Apothek einen Tag, was ja auch nicht wirklich im Sinn des Erfinders ist. Also, der Fachkräftemangel wird erhöht.

Das heisst als Fazit ganz einfach, jeder Betrieb kann machen, was er will, wie Lorenz Amiet bereits gesagt hat, jeder kann seine Arbeitszeiten verkürzen, aber dafür braucht es keinen Staat, der sich einmisch und es braucht sicher keinen Pilot, der mit Steuergeldern finanziert ist. Darum lehnen wir den Anzug ganz klar ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Beim Lesen dieses Anzugs dachte ich mir, hier hat einer etwas geschrieben, der von KMU mit Angestellten wenig bis keine Ahnung hat. Viele Betriebe müssen für ihr Weiterbestehen halt eben die Arbeit und die Aufträge, die sie erhalten, abarbeiten, und das möglichst effizient und schnell. So wird das auch bei Submissionen erwartet, schlussendlich zählt der tiefste Preis. Das ist halt mal keine Wohlfühloase.

Es gäbe viele Themen, die man für die KMU machen könnte, die ihre Arbeit erleichtern würde. Ganz grundsätzlich sollte mehr ermöglicht statt verhindert werden, angefangen bei Parkiermöglichkeiten für die Gewerbebetriebe. Ich will hier aber nicht weiter ausführen. Das staatliche Eingreifen ist wettbewerbsverzerrend und unnötig. Ich danke, wenn Sie das nicht überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (Basta): Ich muss jetzt gerade tief durchatmen nach all diesen Katastrophenvoten, die ich hier gehört habe. Wir von der Basta möchten diesen Anzug betreffend Pilotversuch Arbeitszeitverkürzungen für KMU gerne überweisen und ich darf mit grosser Freude mitteilen, dass ich auch für die grüne Fraktion sprechen darf. Und ich möchte einfach noch einmal eine Lanze brechen für die Arbeitszeitverkürzung. Für uns ist die Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ein wichtiges Mittel, um den zunehmenden Druck, dem die Arbeitnehmenden ausgesetzt sind, zu begegnen. Wir wissen nämlich alle, dass lange Arbeitstage das Unfallrisiko erhöhen und die Produktivität senken. In den letzten Jahren hat sich die Arbeit immer mehr verdichtet, das wissen wir auch, der Produktivitätsdruck hat immer mehr zugenommen. Das ist einfach nicht gesund. Eine



Arbeitszeitverkürzung ist deshalb auch für uns eine präventive Massnahmen, und Studien zeigen ja auch, dass die Produktivität eigentlich nicht so wahnsinnig sinkt, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird.

Hinzu kommt, und das hat ich wirklich geärgert, dass wir in letzter Zeit immer von Standortattraktivität reden. Wir haben ja ein Standardförderpaket verabschiedet, erst kürzlich, mit dem wir 500 Millionen Franken Steuergeschenke an multinationale Firmen geben. Eine Arbeitszeitverkürzung wäre auch ein wichtiger Faktor für die Erhöhung der Lebensqualität der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und damit auch ein wichtiger Faktor der Standortattraktivität.

Nun fordert dieser Anzug, dass geprüft wird, ob im Kanton ein dreijähriges Pilotprojekt durchgeführt werden könnte, so wie diese Pilotprojekte auch in anderen Ländern schon durchgeführt werden. Klar aus anderen Gründen, da gebe ich Ihnen recht, Lorenz Amiet, das ist klar. Aber trotzdem, das Pilotprojekt wäre freiwillig, es wäre mit finanziellen Anreizen für KMU und es wäre nach Möglichkeit mit wenig bürokratischem Aufwand zu machen und mit einer wissenschaftlichen Evaluation. Ich sehe hier einfach die Katastrophengefahr nicht, aber vielleicht – das wurde ja auch gesagt –, verstehe ich einfach nichts von KMU.

Es ist ein Anzug, und wir finden dieses Anliegen prüfenswert und wir wären auch gespannt auf die Erkenntnisse, die aus einem solchen Pilotprojekt gezogen werden könnten. Wir bitten Sie deshalb, trotz aller Bedenken diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat K. Schaller. Sie wird entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie den Link im Anzug verfolgen, dann lesen Sie, dass in England ein Versuch gemacht wurde mit 60 Unternehmen. Und ein wichtiger Satz ist, dass trotz Arbeitszeitverkürzung die Umsätze in etwa gleich waren. Also nehmen wir die Zahlen konkret, wenn ein Unternehmen mit 90 Prozent Gesamtarbeitszeit gleich viel Umsatz macht wie mit 100 Prozent, hat es einen Wasserkopf von 10 Prozent. Meine Frage an Sie: Wieso soll der Steuerzahler einen Wasserkopf und 10 Prozent finanzieren?

Heidi Mück (BastA): Das ist eine schwierige Frage, denn es geht ja um die Finanzierung eines Pilotprojekts und darum, daraus Erkenntnisse zu gewinnen. Dass bei uns solche Wasserköpfe bestehen, wage ich zu bezweifeln. Aber es geht ja nicht darum, solche zu finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher aus Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Man kann schon eine Diskussion über Sinn und Unsinn der Viertagewoche führen. Meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, die vor mir gesprochen haben und die auch praktische Erfahrungen als Arbeitgeber haben, haben aufgezeigt, welche Probleme das mit sich bringen kann. Und wenn sich jetzt hier Heidi Mück über die Dichte der Arbeit oder über den Stress am Arbeitsplatz beklagt, dann kann sie sich ja fragen, wie das dann aussieht, wenn man die gleiche Arbeit in weniger Zeit ausführen soll. Aber das ist hier gar nicht die Frage. Die Frage ist, ob es ein Basler Pilotprojekt dafür braucht.

Dazu kann man zunächst festhalten, dass eine gewisse Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stattfindet. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nimmt bei Vollzeitangestellten seit Jahren laufend ab. Der Anteil Teilzeiterwerbstätiger nimmt auf der anderen Seite zu. Die Unternehmen reagieren also auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Der Fachkräftemangel zwingt sie dazu, auf Bedürfnisse zu reagieren, so weit sie das natürlich können und sie nicht durch Präsenz oder Ladenöffnungszeiten dazu gezwungen sind, das nicht tun zu können.

Wir hatten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch nie so viel Freizeit, wie wir es heute haben. Nun will man hier ein Pilotprojekt machen, aber es gibt weltweit mehrere Pilotprojekte und Beispiele, die durchgeführt wurden, in so vielen Ländern nah und fern. Deutschland, Grossbritannien, Italien, Schweden, Island, Kanada, Chile, Planzer in der Schweiz. Es gibt so viele Beispiele. Wenn man dann wirklich interessiert ist, was so ein Pilotprojekt ergeben würde, dann kann man ja auch mal nachlesen, was diese Pilotprojekte dann effektiv ergeben haben.

Jedes Unternehmen kann selber entscheiden, ob es gestützt auf die Erfahrungen all dieser Pilotprojekte und Unternehmen ebenfalls eine solche Viertagewoche einführen will. Kein Gesetz verbietet das. jedes Unternehmen kann das machen. Brauchen wir in Basel wirklich noch ein zusätzliches Pilotprojekt, welches schaut, ob die Situation auf unseren 37 km² dann vielleicht doch ein bisschen anders ist als überall sonst auf der Welt? Es erinnert mich ein bisschen an die Pollerdiskussion, die wir geführt haben. Überall auf der Welt ist das erprobt und bewährt, aber wir im Kanton Basel-Stadt müssen ein



mehrfähriges Pilotprojekt machen, um herauszufinden, ob das bei uns dann auch entsprechend funktioniert. Also ich sehe Sinn und Zweck eines solchen Pilotprojektes nicht.

Und dann gibt es noch einen anderen Aspekt. Man muss natürlich, wenn man ein solches Pilotprojekt macht, eine Selektion machen. Welche Unternehmen dürfen sich jetzt an diesem Pilotprojekt beteiligen und nicht, welche Unternehmen kommen in den Genuss solcher staatlicher Unterstützungsgelder für drei Jahre? Das ist eine massive Wettbewerbsverzerrung. Das ist ein deutlicher Eingriff des Staates in den Wettbewerb. Denn gewissen Unternehmen zahlen wir dann einen Teil des Lohnes und anderen Unternehmen nicht. Das ist doch nicht gerecht. Das ist kein gerechter Wettbewerb. Das geht nicht. Da müssen Unternehmen mit den Steuern, die sie bezahlen, die Löhne ihrer Konkurrenz mitfinanzieren. Das ist inakzeptabel. Das können wir so nicht machen.

Diese Forderung nach einem Pilotprojekt ist nicht notwendig. Sie bringt massive Probleme mit sich und deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Luca Urgese und auch Lorenz Amiet haben das Wesentliche schon gesagt. Ich möchte vielleicht noch eine andere Sicht einbringen. Der gleiche Lohn für vier Tage entspricht einer Lohnerhöhung von 20 Prozent. Das ist eine grosse Menge. Wie wollen Sie nach Beendigung des Pilotprojekts den Leuten beibringen, dass sie nun wieder 20 Prozent mehr arbeiten oder weniger verdienen, wenn sie bei der Viertageswoche bleiben möchten. Dann müssen sie ja diese Lohneinbusse in Kauf nehmen.

Das soll dann auch noch der Staat bezahlen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Die Wettbewerbsverzerrung hat Luca Urgese schon geltend gemacht. Ich kann aber auch nicht nachvollziehen, was so schlecht am Arbeiten sein soll. Ich habe langsam Mühe, vielleicht werde ich auch alt, aber diese Work-Life-Balance-Sicht bedeutet ja, Work ist nicht Live, und Live ist immer nur Happiness. Das ist nicht so. Arbeit gibt auch Befriedigung, Freizeit gibt auch Ärger. Also diese Grundeinstellung, dass Arbeit immer nur schlecht ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Der Anzugsteller ist abwesend. Somit hat die Zweitunterzeichnende Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Vielen Dank für diese sehr emotionalen Voten. Es ist interessant, Ihnen zuzuhören. Anscheinend haben wir mit diesem Vorstoss einen Nerv getroffen. Ich glaube auch, dass Sie sicher Wissen haben über KMU, im Gegensatz zu Ihnen spreche ich meinen politischen Gegnern die Kompetenzen nicht per se ab. Sie haben da sicher Kompetenzen, und was Sie aber auch haben sind, wie die Voten gezeigt haben, sehr grosse ideologische Scheuklappen. Und das ist natürlich sehr schade, denn eigentlich ist dieser Vorstoss entstanden aufgrund Ihrer Kritik nach der Motion zur Arbeitszeitverkürzung von Verwaltungsmitarbeitenden. Damals haben Sie uns um die Ohren geworfen, dass wir damit die KMU konkurrenzieren und dass die KMU ja die Armen sind, die wirklich Schwierigkeiten haben, attraktiv zu sein eben in Zeiten des Fachkräftemangels, und dass das gar nicht ginge. Lorenz Amiet und ich haben uns sogar in Telebasel über dieses Thema gestritten. Das war genau das Argument. Das hier ist ein Vorstoss, um die KMU direkt zu unterstützen, um eben auch in diesem Kampf um Arbeitskräfte mitzuhalten. Deshalb ist es sehr sehr schade, dass Sie hier diese Scheuklappen haben.

Es wurde schon gesagt von Heidi-Mück, es gibt viele Studien, es gibt verschiedene Studien aus verschiedenen Ländern und diese zeigen, dass bisher eine verkürzte Arbeitszeit die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden erhöhen kann und dass das auch die Arbeitsattraktivität der Arbeitgeber steigert. Und das ist eigentlich eine Unterstützung von KMU, die dann mit solchen Massnahmen, mit solch einem Pilotversuch ihre Arbeitsattraktivität steigern können.

Das ist natürlich in Zeiten des Fachkräftemangels extrem entscheidend. Mitarbeitende, die eine bessere Work-Life-Balance erleben, bleiben auch eher in einem Unternehmen. Das weiss man auch aus sehr vielen Studien, und sie sind auch motivierter, da zu arbeiten. Es gibt weniger Ausfälle. Das ist alles wissenschaftlich belegt und dass das auch ein Vorteil für die Betriebe ist, ist ja irgendwie logisch, und dass das auch im Interesse ist von uns allen, von der gesamten Gesellschaft ist, wenn wir zufriedene Menschen haben in diesem Kanton, zufriedene Arbeitnehmende, dann ist das für uns alle gut.

Es gibt Fragen zur Umsetzung, da haben Sie schon recht. Sie haben auch gute Fragen aufgeworfen. Aber es ist auch ein Anzug. Es geht ja darum, das auszuarbeiten und genau abzuklären und abzugrenzen, wie man das aufgleisen soll. Wenn es so gemacht wird, als wäre das nicht möglich, dann ignoriert man einfach komplett, dass es schon solche Studien gab, dass



es schon solche Projekte gab, auch in anderen Ländern. Diese vermeintliche Unmöglichkeit eines Pilotversuchs ist völlig absurd.

Kurz und knapp, wenn wir KMU ermöglichen, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten und ein auszuprobieren, können sie nicht nur ihre Fachkräfte besser binden, sondern auch neue Talente gewinnen. Das hilft unseren KMU ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und gleichzeitig den Fachkräftemangel zu mildern. Und wenn ich mir zuhören bei diesem Fazit, da müssten eigentlich alle, die jeweils vom Gewerbeverband vor den Wahlen unterstützt werden, diesem Vorstoss zustimmen. Für die KMU ist dieser Vorstoss nur positiv. Und in diesem Sinne bedanke ich mich in Namen auch von Beda Baumgartner, dem Anzugstellenden, und der SP-Fraktion für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen vier Zwischenfragen vor. Sie werden entgegengenommen. Luca Urgese hat das Wort.

Luca Urgese (FDP): Wenn doch, wie Sie sagen, alle Vorteile wissenschaftlich belegt sind, wieso genau brauchen wir noch eine wissenschaftliche Studie aus Basel-Stadt, um doch noch einmal dasselbe zu belegen?

Melanie Nussbaumer (SP): Die Studien aus den anderen Ländern haben halt andere Bedingungen zu Grunde, da geht man auch schon von anderen Wochenarbeitszeiten aus. Da hat man die Viertagewoche ausprobiert, wie es sich in der Schweiz mit der 42 Stundenwoche verhält, weiss man nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wie genau definieren Sie Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie offenbar nur durch staatliche Mitfinanzierung erhalten werden kann?

Melanie Nussbaumer (SP): Rückfrage: Wieso haben wir ein 500 Millionen-Standortpaket gemacht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage kommt von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es geht ja darum, dass die Leute weniger arbeiten. Wenn Leute weniger arbeiten, entsteht weniger Steuersubstrat, aber aus diesen Steuern soll ja Ihr Vorhaben finanziert werden. Wie können Sie das vereinbaren, dass mit weniger Steuern mehr ausgegeben werden soll?

Melanie Nussbaumer (SP): Da haben Sie etwas falsch verstanden. Sie sollen weniger arbeiten, aber gleich viel Lohn erhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Sie haben die Zufriedenheit der Arbeitnehmer:innen betont. Wie gross ist Ihre Zufriedenheit als Arbeitnehmerin, wenn Sie wissen, dass Ihr Gegenüber im Büro den gleichen Lohn bekommt, aber einen Tag weniger arbeitet in der Woche?

Melanie Nussbaumer (SP): Das ist ein typisches Argument, mit dem man etwas ad Absurdum führt. Natürlich müssen hier die Kriterien gut ausgearbeitet werden, dass so etwas nicht passiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006126, 19.03.25 17:48:50]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 48 Stimmen gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Anzug Andrea Strahm und Konsorten betreffend Basilisken-Brunnen auf dem Wielandplatz

[19.03.25 17:49:02, 25.5008.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

25. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro

[19.03.25 17:49:33, 25.5017.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen Gemeldet hat sich Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diesen Anzug nicht an das Ratsbüro überweisen. Wir haben die Diskussion darüber geführt bei der Verteilung der Kommissionssitze. Wir waren damals schon nicht der Meinung, dass das unbedingt notwendig sein muss und wir sind in der Fraktion zum Entscheid gekommen, dass wir das nicht möchten.

Der Grund ist relativ einfach. Wir sind nicht der Ansicht, dass man sämtliche neuen Gegebenheiten umgehend und gleich mit einer Geschäftsordnungsänderung anpassen muss oder sich dieser Anpassungen annehmen muss. Das finden wir nicht notwendig, das haben wir auch in der Vergangenheit nicht immer getan. Nun wird vielleicht Tonja Zürcher sagen, man habe das vor vier Jahren bei der Vergrösserung der Petitionskommission gemacht. Das ist aber noch kein Argument, weshalb man es nun auch bei der Grösse des Ratsbüros so machen muss.

Wir haben in der Vergangenheit immer schon unterschiedliche Situationen gehabt im Ratsbüro, die Zahl 7 ist es schon länger Teil des Ratsbüros respektive es ist ja eigentlich 5 plus 2, der Statthalter, die Statthalterin und der Grossratspräsident. Wir hatten schon Phasen in der im Leben mit nur sechs Fraktionen, dann hatte die grösste Fraktion die SP zwei Vertretungen im Ratsbüro. Damals gab es auch keinen Vorstoss, dass man das Ratsbüro nun wieder verkleinern müsste, weil sich die Situation verändert hat. Wir glauben auch jetzt nicht, dass es diese Vergrösserung des Ratsbüros benötigt. Die Informationen, die aus dem Ratsbüro heraus wichtig sind, kann man auch so selbstverständlich nach aussen geben. Wir haben diese Situation auch früher gehabt als eine Partei, die nun wieder eine Fraktion ist, die Grünliberalen, keine Fraktionsstärke hatten, waren sie als Fraktionslose auch nicht eingebunden in die Information des Ratsbüros. Auch das hat



den Parlamentsbetrieb nicht massiv gestört oder verändert. Wir vertrauen darauf, dass diese Informationen auch entsprechend weitergegeben werden können.

Dann stört uns als nächstes auch noch die Forderung, dass das innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden muss. Das ist gar nicht zulässig. Ein Anzug kennt keine Begrenzung der Frist auf sechs Monate oder auf etwas anderes. Ein Anzug wird innerhalb von zwei Jahren beantwortet. Wenn das Ratsbüro in diesem Fall jetzt, ansonsten ist es ja meistens der Regierungsrat, es früher beantworten möchte, dann kann es das, muss es aber nicht. Dies ist nur bei Motionen der Fall. Deshalb glauben wir, braucht es für den Moment diesen Vorstoss nicht.

Tonja Zürcher wird dann allenfalls auch noch anbringen, dass man das an dieser Sitzung bei der Verteilung der Kommissionspräsidien und der Kommissionssitze ja andiskutiert hat. Das mag tatsächlich so sein. Wir haben damals aber keine Zusage gemacht, dass das die Fraktionen alle geschlossen tragen. Und dann gab es ja auch noch diesen doch sehr unschönen Februar, als man nicht nur bei der Statthalterwahl sich nicht besonders anständig gezeigt hat, sondern ja dann trotzdem auch an diverser Stelle Kandidaturen lanciert hat, Angriffe gestartet hat namentlich gegen die FDP-Fraktion, ihre Vertretung im Ratsbüro, aber auch das Präsidium der Gesundheits und Sozialkommission, so dass zumindest auch in unserer Fraktion die Bereitschaft nicht unbedingt gewachsen ist, nun bereits eine Änderung der Geschäftsordnung nach so kurzer Zeit wieder an die Hand zu nehmen. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt 2 Zwischenfragen von Nicola Goepfert und Jessica Brandenburger. Sie werden entgegengenommen.

Nicola Goepfert (BastA): Wenn der Losentscheid im Februar anders herausgekommen wäre, hätten Sie sich gleich verhalten bezüglich dieses Anzuges?

Joël Thüring (SVP): Ich kann jetzt nur für mich persönlich sprechen, weil wir diese Diskussion in der Fraktionssitzung am Montag tatsächlich nicht geführt haben. Ich gehöre zu den konservativ Vertreterinnen und Vertretern des Parlamentes, ich bin auch schon relativ lange dabei, der findet, dass man die Geschäftsordnung nicht allzu häufig ändern sollte. Deshalb wäre meine Antwort Ja.

Jessica Brandenburger (SP): Selbst acht Jahre lang im Büro gesessen, heute so ein Votum – ist Ihnen gar nichts peinlich?

Joël Thüring (SVP): Jessica Brandenburger, wenn Sie schon unfundiert angreifen, dann müssten Sie vielleicht richtig angreifen. Ich war zwölf Jahre im Ratsbüro.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul I. Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP-Fraktion hat ein Offen eingegeben, und ich möchte das gerne erklären. Was in den letzten Wochen rund um die Kommissions- und Bürowahlen erlebt haben, spottet meiner Meinung nach jeder politischen Absprache und jedem politischen Anstand. Die BastA hat mit ihrem Verhalten unmissverständlich bewiesen, dass sie nicht gewillt ist, sich an getroffene Vereinbarungen zu halten. Statt sich an gemeinsam festgelegten und sich über die Jahre bewährten Proporzmechanismus zu halten, haben sie Absprachen einseitig gebrochen und das Vertrauen in die Zusammenarbeit ist damit beschädigt worden. In diesem Licht erscheint nun die diskutierte Aufstockung des Büros auf sieben Fraktionen als direkte Konsequenz.

Wer das System aus Eigennutz aushebeln möchte, darf sich nicht wundern, wenn das System auch hinterfragt wird. Wenn sich die linken Blöcke weiter fragmentieren, dann kann ja nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die SP automatisch alle vier Jahre das Präsidium des Grossen Rates bekommt. Das kann man dann auch hinterfragen. Das bisherige Modell basierte auf einem gewissen Grundvertrauen und Verlässlichkeit, und das Vertrauen ist durch das Handeln der BastA aus Sicht einiger Mitglieder der LDP-Fraktion untergraben worden. Wir halten als LDP an einer sachorientierten, fairen und verlässlichen Politik fest. Wer sich aus kurzfristigem Opportunismus über Absprachekultur und bewährte Mechanismen hinwegsetzt, muss sich über entsprechende Konsequenzen nicht wundern. Unsere Fraktion hat deshalb entschieden, bei diesem Traktandum offen zu bleiben, und es wäre an der BastA, sich selber zu fragen, warum sie es so weit hat kommen lassen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Im Moment haben wir die Situation, dass wir im Ratsbüro unserer Meinung nach einen Sitz zu wenig haben. Jede Fraktion sollte im Ratsbüro vertreten sein. Es müssen alle Fraktionen dabei sein, egal wie gross sie sind.

Jetzt haben wir die Situation, dass es auch so sein kann, dass die SP nicht vertreten ist. Das ist möglich. Hier geht es aber nicht darum, wer nicht vertreten ist oder wer vertreten ist, sondern es geht darum, dass wir am vereint haben, dass Alle Fraktionspräsidenten und -präsidenten ein Vorstoss schreiben – Tonja Zürcher hat es erstellt – unterschreiben und dass dieses so schnell wie möglich durchgeht, dass wir diese Situation ändern können. Das haben wir gemacht und deshalb bin ich überrascht, dass die LDP einen Offen hat. Ich verstehe, dass die SVP Nein sagt.

Ich hoffe aber, dass wir hier jetzt diese Situation bereinigen können, dass wir den Vorstoss überweisen können und dann wieder Klarheit schaffen, dass alle Fraktionen im Ratsbüro vertreten sind und dass dann Entscheide und Diskussionen, die vom Büro aus kommen, in alle Fraktionen gespiegelt werden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gerade gegoogelt, weil ich den Artikel der Basler Zeitung über unsere traurige Diskussion im Februar nicht dabei habe. In der Basler Zeitung hat es geheissen, es sei ein Chaos, die eines Statthalters sei normalerweise eine formelle Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit diesem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beziehe mich auf meine Vorredner und möchte das einfach festhalten, weil ich auch als Grossrat gewisse Wünsche habe, die ich hier vertrete und ich muss ganz klar sagen, Herr Präsident und Frau Statthalterin, ich möchte auch nicht, dass das Büro des Grossen Rat erweitert wird und auch, weil ich die BastA nicht im Büro haben will. Ich bin seit 41 Jahren Grossrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, mässigen Sie sich.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe diese Erfahrung seit 41 Jahren im Grossen Rat. Wenn Sie im Büro sind, haben Sie Anspruch auf einen Regierungsrat. Joël Thüring hat richtig gesagt, dass es nicht anständig sei, was passiert sei im Februar. Ich finde das auch. In den Zeitungen wurde von «kleinlich» gesprochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies hat nichts mit dieser Thematik zu tun. Das ist ein zweiter Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir wollen doch das Ratsbüro nicht aufstocken. Dann würde ich meine Rede im gegenseitigen Einverständnis abbrechen, denn ich möchte nicht einen dritten Ordnungsruf. Aber ich möchte mich trotzdem bedanken bei meinem tollen Vorredner Joël Thüring. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb möchte diesen Anzug überweisen. Wir sind der Meinung, dass alle Fraktionen im Büro vertreten sein sollen. Uns geht es hier um Repräsentanz. Es wurde ja auch schon erwähnt, wir hatten diesen Parteienbazar, da hat man lange darüber diskutiert. Man kam zum Schluss, dass man das nicht dringlich machen wollte, sondern einen Anzug einreichen wollte. Und Sie haben auch gesehen, dass alle Fraktionspräsidien mitunterzeichnet haben. Also bitte überweisen wir jetzt diesen Anzug, diskutieren Sie das im Büro. Es war nämlich das Argument im Basar,



dass man gesagt hat, dass man ja nicht wisse, welches die Konsequenzen seien, wenn wir es jetzt sofort überweisen oder wenn wir es jetzt sofort umsetzen. Es sollen im Büro die Auswirkungen diskutiert werden, auch die richtige Formulierung.

Aber persönlich ist es uns sehr wichtig, dass im Büro alle Fraktionen vertreten sind, wie es auch in der Wahlvorbereitungskommission ist. Wir haben dort einen sehr guten Austausch, da sind auch alle Fraktionen vertreten, und es macht nur Sinn, wenn über Sachen, die das Organisatorische des Grossen Rates betreffen, alle Fraktionen mitdiskutieren, mitentscheiden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jetzt hat die Anzugstellerin Tonja Zürcher das Wort.

Tonja Zürcher (BastA): Es ist schon noch spannend zu hören, was uns jetzt hier vorgeworfen wird bezüglich Absprachen und Anstand, und gleichzeitig wirft man die Abmachung aus dem Basar über den Haufen. Wovor haben Sie eigentlich Angst? Dass wir das ganze Ratsbüro revolutionieren und plötzlich drei linke Vertreter:innen im Ratsbüro alles anders machen als bisher? Oder geht es Ihnen einfach darum, die bis jetzt relativ einseitige rechte Mehrheit im Ratsbüro zu halten? Oder sind Sie einfach beleidigt? Ich weiss es nicht, aber ich denke, wir haben hier lange darüber gesprochen im Parteienbasar. Ich bin sehr froh um die Voten, die hier sachlich dargelegt haben, um was es eigentlich geht und danke Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs, damit wir hier endlich dafür sorgen können, dass alle Fraktionen präsent sind. Ich denke, das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Ich bin überzeugt, dass das Ratsbüro einen guten Vorschlag bringen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006129, 19.03.25 18:05:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 75 gegen 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen so. Ich bedanke mich für diese Sitzung und möchte Ihnen hiermit mitteilen, dass wir auf die Nachtsitzung nächste Woche verzichten können, da wir im April nur sehr wenige Sachgeschäfte haben werden.

Schluss der 6. Sitzung

18:06 Uhr



Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 26. März 2025, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** *Lydia Isler-Christ (LDP), Beda Baumgartner (SP), Silvia Schweizer (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

- 26. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrummel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext 2
- 27. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt 7
- 28. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg..... 11
- 29. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros 11
- 30. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK 24
- 31. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR 27
- 32. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR 30
- 33. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz, Schreiben des RR 31
- 34. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, Schreiben des RR..... 32
- 35. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyalzer Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste, Schreiben des RR 32
- 36. Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR 33
- 37. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung der Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit in den Langen Erlen, Schreiben des RR 33
- 38. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt, Schreiben des RR 33
- 39. Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR 34



Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 26. März 2025, 09:00 Uhr

26. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrommel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext

[26.03.25 09:00:47, 25.5018.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Gratulation zu einem runden Geburtstag. Beat K. Schaller feierte seinen runden Geburtstag. Aus diesem freudigen Anlass spendiert er heute Morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Beat K. Schaller ganz herzlich und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Abgabe neuer Vorstösse: Das Geschäftsverzeichnis des April wird bereits diese Woche am Freitag verschickt. Es können daher nur persönliche Vorstösse aufgenommen werden, die bis heute um 12 Uhr 00 dem Ratssekretariat abgegeben und gleichzeitig per Mail dem Parlamentsdienst zugestellt werden.

Nicola Goepfert (BastA): Ich bestreite diesen Anzug unter der Gefahr, mich unbeliebt zu machen, aber bei aller Liebe zur Fasnacht, diese Motion liegt auch zeitlich super, alle schwelgen noch in der Erinnerung an die schönsten drei Tage in Basel. Aber wir müssen diesen Vorstoss auch unabhängig von der Fasnacht betrachten und uns fragen, wo die Politik in die Bildung eingreifen soll. Aus Sicht unserer Fraktion nicht bei der Fasnacht. Diese ist und bleibt ein tolles Hobby, ein wichtiges Kulturgut im Kanton. Der Ursprung der Fasnacht ist aber auch etwas Widerständiges, das gehört nicht in den Lehrplan integriert.

Und es ist ja eigentlich so, als wäre die Fasnacht in Basel vom Aussterben bedroht. Wir haben es eindrücklich gesehen, alle die Schulen, die auf die Strassen gegangen sind und die Fasnacht gefeiert haben schon vor der offiziellen Fasnacht und auch an der Fasnacht selber. Die Stadt war voll, es waren sehr schöne, drei Tage.

Es gibt aber auch Elemente, die schon in die Schule einfließen. Es gibt die Schulumzüge, es gibt aber auch seit 2017 die Fasnachts-Kiste, welche die Schule bestellen kann. Dort hat es verschiedene Fasnachts-Utensilien, Larven Böckli, um Schüler:innen die Fasnacht auch näher zu bringen. Wenn wir jetzt diesen Anzug überweisen, finde ich, nehmen wir eine fragwürdige Rolle ein, denn es soll nicht alles in den Lehrplan aufgenommen werden, das für Basel von kulturellem Wert ist. Das Weidlingfahren im Sportunterricht, der Barentanz oder auch der FCB, das Leckerlibacken sind alles wichtige Sachen, die auch zu unserer Kultur gehören, aber deshalb muss es noch lange nicht in den Lehrplan aufgenommen werden.

Wir von der BastA finden es wichtig, dass Inhalte in den Lehrplan aufgenommen werden, die auch vom relevant sind für die spätere Berufsbildung, für die persönliche Entwicklung, für das gesellschaftliche Zusammenleben, wenn es zum Beispiel um politische Bildung oder um Bildung im Hinblick auf Sensibilität im gesellschaftlichen Zusammenleben gibt. Und es ist kaum zu glauben, dass ich das mal sage, aber zum Beispiel so, wie es die Jungfreisinnigen in Baselland fordern, dass Themen wie Steuern oder die Altersvorsorge in den Unterricht aufgenommen werden. Wir können schon eingreifen oder auch politische Forderungen stellen, aber wir müssen gut überlegen, wo wir das machen.

Deshalb lehnt eine Mehrheit der BastA-Fraktion diesen Vorstoss ab. Einzig unser aktiver Fasnächtler kann sich nicht dazu bewegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Am Mäntag do foht d'Fasnacht a, e riesegrosses Fest. Mir alli lege d'Larve a, das finde mir halt s'Best.

Wer noch kein Fasnachts-Instrument spielt in der Schule, der singt und lernt so schon mal die Melodien. Wie Sie wissen, war dieses Jahr die Schulfasnacht, und das ist eine Gelegenheit, mit der Klasse nicht nur die Larven zu basteln, sondern sich



auch vertiefter mit dem Thema Fasnacht auseinanderzusetzen und mit dieser Tradition. Dass ich im Keller Larven habe, eine Kostümsammlung, eine Büchse voller Plaketten und viel Fasnachts-Material, hat nichts damit zu tun, dass ich aktive Fasnächtlerin bin, sondern dass ich ein kulturelles Interesse an dieser Sache habe.

Der Anzug will den Schülerinnen und den Schülern neue Möglichkeiten zur persönlichen und musikalischen Entwicklung eröffnen und dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. In diesem Anzug da gibt es 9 Ob oder Wie, also Fragen an die Regierung und keine Forderungen. Aus meiner Sicht als Lehrperson ist das spannend und aus allgemeiner Sicht der Lehrpersonen wird ja nirgends gefordert, dass jetzt die Lehrpersonen ganz viel ändern müssen und mehr vorbereiten müssen, im Gegenteil, durch die klare Verankerung in den Schulen und die grössere Selbstverständlichkeit, die daraus entsteht, hätten wir Lehrpersonen sogar ein bisschen weniger Aufwand. Zudem würde das ja auch die Lehrpersonen entlasten, die gar nicht so Fasnachts begeistert sind und auch die Lehrpersonen, die nicht aus der Region sind und diese Tradition eigentlich gar nicht kennen.

Übrigens, es gibt an den Schulen schon Angebote von Musikunterricht, da entscheidet sich eine Schule für ein Instrument - bei mir an der Schule sind es die Streichinstrumente und dort gibt es ein Angebot, durch das die Kinder Geige oder Cello lernen können. Und dann gibt es ein kleines Orchester. Also so etwas gibt es schon, das könnte man durchaus mit Trommeln und Pfeifen auch anbieten. Ob sie jetzt eine Fasnachts begeisterte Person sind oder ob sie Ski fahren gehen während den Fasnachtsferien, ich bitte Sie auf jeden Fall, den Anzug zum Prüfen und zu Berichten zu überweisen. Der BastA kann ich nur sagen: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ist es nicht schön, ein UNESCO-Weltkulturerbe zu haben, das aus der Bevölkerung heraus über Hunderte von Jahren wuchs und gedieh? Und so soll es unseres Erachtens auch bleiben. Denn trotz des Prädikats Weltkulturerbe soll die Fasnacht für jedermann ein Hobby sein. Vor allem die Cliques übernehmen die Aufgabe, junge Menschen für die Trommel und für das Piccolo zu begeistern und sie machen dies ausserordentlich erfolgreich und niederschwellig.

Und nun möchte Jean-Luc Perret, dass die Trommel und das Piccolo Einzug in unser Bildungssystem hält. Dies kann unseres Erachtens sehr kontraproduktiv sein und die Begeisterung bei den jungen Menschen auch schmälern, denn Schule setzen die Schülerinnen und Schüler auch schon in der Primarschule nicht unbedingt mit Freizeit gleich. Es gehört nicht zu unserer Allgemeinbildung, sich für die Fasnacht begeistern zu müssen, und es gehört auch nicht zu unserer Aufgabe, Trommel und Piccolo als Instrumente speziell zu fördern und zur Verfügung zu stellen. Denn mit diesem Anzug stellen Sie sie gar in den Vordergrund der Basler Fasnacht. Die Fasnacht besteht nicht nur aus diesen zwei Instrumenten, sondern muss als Ganzes mit Kostümen, Laternen, Schnitzelbänken und der Guggenmusik betrachtet werden.

Aber zurück zu Trommel und Piccolo: Weshalb sollten wir uns in ein sympathisches, gut funktionierendes Akquisitionssystem durch die Cliques einmischen? Welches Zeichen setzen wir hier denn für diese grosse freiwillige Arbeit? Dass sie es nicht gut machen und deshalb der Lehrplan 21 und das Musikschulgesetz übernimmt? Glauben Sie, dass die Kinder am Samstag nach der Fasnacht hoch motiviert noch ins Zelt zu den Cliques marschieren, wenn sie wöchentlich am Montagmorgen im Fach Musik und Bewegung zu den Trommeln und dem Piccolo unterrichtet werden?

Wir wissen, dass die Basler Fasnacht schon 1376 existierte und sich ohne Bildungssystem vergrössert, ausgebreitet und entwickelt hat. Die Kinder lernen die Fasnacht kennen, indem die Schulfasnacht stattfindet, Kostüme gebastelt werden oder sogar ein kleiner Schnitzelbank geübt wird. Aber weiter muss die Fasnacht nicht Einzug in unser Schulsystem halten. Die Fasnacht lebt von ihrer Eigendynamik, dass sie mit Freizeit in Verbindung gebracht wird. Und jeder, der sich dafür interessiert, kann daran teilhaben. Es darf aber nicht zu einem Muss für jedermann werden, in dem in der Schule diese zwei Instrumente gefördert werden, indem es zu einem Wahlpflichtmodul wird oder sie in der musikalischen Früherziehung einbezogen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte-EVP bittet Sie, diesen Anzug zu überweisen, dies, obwohl wir gewissen der kritischen Fragen, die nun von zwei Votanten schon geäussert wurden, durchaus teilen. Ich denke, es ist nicht notwendig – da scheint ja auch Einigkeit zu bestehen – auf die kulturelle Bedeutung der Fasnacht einzugehen. Das ist ja nicht der Streitpunkt bei diesem Anzug. Was uns aus Sicht Mitte-EVP wesentlich scheint, ist eigentlich die Motion von Johannes Sieber betreffend Musikschulgesetz und es erscheint uns sinnvoll, in diesem Kontext die Frage auch des Unterrichts in Trommeln und Pfeifen auch mit in den Blick zu nehmen und nicht von vornherein zu vergessen oder nicht einzubeziehen.



Bei den Fragen rund um die Schule teilen wir die Skepsis, die genannt wurde. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob nun in einer Weise etwas verbindlich im Lehrplan 21 stehen soll oder als Wahlpflichtmodul? Reicht es nicht, wenn eine Schule im Rahmen eines Freiwahlfaches so etwas anbietet, wie es das auch für andere Instrumente gibt? Aber ich möchte darauf hinweisen, es ist ein Anzug und keine Motion. Ich finde, dass gewisse Vorredner:innen darüber gesprochen haben, als würde jetzt mit einer Motion eine Verbindlichkeit geschaffen, so dass schon sicher ist, dass, wenn wir überweisen, ab übermorgen an den Schulen alle Trommeln und Pfeifen lernen. Da teile ich wirklich die Sicht, dass ja Fasnacht vielmehr als Trommel und Pfeifen ist und dass es schon sehr viel Vermittlung hier geschieht mit den bereits genannten Singen, Umzügen, mit dem Larven Basteln, Kostümen Herstellen und so weiter. Es ist aber wie gesagt ein Anzug und es scheint mir darum durchaus gerechtfertigt, dass die Regierung sich zu den verschiedenen genannten Aspekten dieses Anzugs äussert. Ich bitte Sie darum im Namen auch unserer Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Es steht ausser Frage, die Basler Trommel und das Piccolo sind kulturelle Aushängeschilder unseres Kantons, lebendiges Brauchtum, das zu Basel gehört wie der Rhein zur Mittleren Brücke. Dass wir diese Tradition pflegen und fördern wollen, ist richtig, auch speziell für mich als aktiver Fasnächtler, aber die entscheidende Frage ist doch wie. Der vorliegende Anzug schlägt eine Reihe staatlicher Massnahmen vor, von der Integration ins Musikschulgesetz über neue Wahlpflichtmodule wie sind zu Talentpools, Weiterbildungen, zusätzlichen Lehrmitteln. Das klingt zunächst wohlmeinend, trägt aber aus Sicht der FDP einen Hang zu Überregulierung, zur schleichenden Verstaatlichung eines funktionierenden Vereinswesens bei. Denn die Basler Trommel lebt nicht wegen, sondern trotz des Staates. Der Metzger Bell organisierte den ersten Morgenstreich vor über 190 Jahren gegen die Obrigkeit und nicht mit oder für sie. Der Staat sollte sich hierbei raushalten.

Die Fasnacht lebt durch das Engagement in den Cliques, durch die Eigenverantwortung, Herzblut und eine gelebte generationsübergreifende Tradition. Genau dieses Milieu dürfen wir nicht durch staatliche Strukturen erdrücken. Wir fordern deshalb, Fördern Ja, aber subsidiär, pragmatisch und effizient. Die Regierung könnte sorgfältig prüfen, ob und wie ein Mehrwert für Kinder und Jugendliche tatsächlich entsteht, ohne die Schulen zu überladen und neue Pflichtmodule zu schaffen und ohne unnötige Kosten zu verursachen. Mehr jedoch nicht.

In diesem Sinne lehnen wir diesen Vorstoss ab, da wir die Schulen nicht noch mehr unnötig belasten möchten und pochen auf einen gesunden Realitätssinn und eine klare Kosten-Nutzen-Perspektiven.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die Basler Trommel und das Basler Piccolo sind einzigartige kulturelle und historische Bestandteile der Basler Fasnacht und des UNESCO Weltkulturerbes und gehören zu unserer Stadt. Ihre Integration in den Schulunterricht würde das kulturelle Erbe fördern und Kindern sowie Jugendlichen die Möglichkeit geben, mit diesen Instrumenten in Kontakt zu kommen, auch wenn sie keinen Bezug zur Fasnacht haben. Die musikalische Bildung ist im Kanton Basel-Stadt ein zentraler Bestandteil der schulischen und ausserschulischen Förderung.

Die Basler Trommel und das Basler Piccolo sind integrale Bestandteile der Basler Kultur, werden jedoch im regulären Musikunterricht nicht systematisch berücksichtigt. Die kulturelle und pädagogische Bedeutung dieser Instrumente stärkt die regionale Identität und eröffnet Schülerinnen und Schülern bei der Integration in den Schulunterricht neue Möglichkeiten zur musikalischen Förderung und Entwicklung.

Darüber hinaus kann die schulische Förderung zur Stärkung der Fasnachtscliques durch indirekte Nachwuchsförderung beitragen. Zudem kann die Förderung der Fasnachts-Kultur als Mittel zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund dienen. Die Integration in den Lehrplan und die Anerkennung durch den Kanton würden positive Rahmenbedingungen schaffen und im Rahmen des normalen schulischen Unterrichts den Nachwuchs fördern.

Auch ist der Zeitpunkt des Anzugs vor dem Hintergrund des neuen Musikschulgesetzes optimal gewählt, da geprüft werden kann, in welcher Form die Förderung der Basler Trommel und des Basler Piccolos in den schulischen Unterricht integriert werden und ob ein erweitertes Angebot im Sinne der musikalischen Früherziehung und Inklusion mit geeigneten Rahmenbedingungen unterstützt werden kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Integration der Basler Trommel und des Basler Piccolos den Unterricht aufgrund ihrer bedeutenden Rolle im kulturellen Erbe Basels, der Notwendigkeit der Nachwuchsförderung, den



pädagogischen Vorteilen und der Möglichkeit zur institutionellen Anerkennung und der Unterstützung von grosser Bedeutung ist.

Die LDP bittet Sie deshalb, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt schon sehr viel gehört, die auf eine Ablehnung tendieren. Wir von der Fraktion Grüne/jgb sehen das nicht so kritisch. Ich glaube nicht, dass wir Angst haben müssen, dass mit einem Anzug, der sich mit der Förderung von Trommeln und Pfeiffen auseinandersetzt und nicht nur im schulischen Kontext im Klassenzimmer sondern eben auch mit diesen anderen Aspekten, die Fasnacht nicht in ihrem Grundgedanken erschüttern wird, auch nicht der Fasnacht den Mut nehmen wird, sich gegen die Obrigkeit zu stellen. Ich glaube aber, wir müssen uns auch bewusst sein, man hat als Kanton Basel-Stadt UNESCO Weltkulturerbe werden wollen. Man hat sich verpflichtet, man hat mit dieser Verpflichtung auch Aufgaben auf sich genommen, zum Beispiel, dass man dazu beitragen muss, dass sich die Fasnacht weiterentwickelt, dass man dazu beitragen muss, dass die Fasnacht bewahrt wird. Und irgendwo muss man als Kanton auch ein bisschen spüren und vielleicht auch herausfinden, wo denn die Verantwortlichkeiten liegen. Und wir haben sie schon. Wir haben im Schulsystem jetzt schon integriert, was übrigens alle Gemeinden und Ortschaften auf der Welt machen – Heimatkunde hiess das früher. Natürlich setzen wir uns mit dem auseinander, das in Basel die besondere Identität stiftet und da gehört die Fasnacht dazu. Da gehören aber aus meiner Sicht auch andere Sachen dazu. Das wird in der Schule schon gemacht.

Was ich aber merke zum Beispiel als Freiwillige von einer solchen Cliquen engagiert, ist, dass ich jedes Jahr an etwa 20 Schulen freiwillig am Donnerstagmorgen trommeln gehen könnte, und zwar nicht nur am Umzug, sondern auch noch in die Klasse gehen, die Trommeln vorstellen und sie einmal mitbringen, denn es hat keiner eine und man kriegt keinen Zugang dazu. Ganz viele möchten mehr machen und können es nicht. Also ich glaube, da gibt es wirklich Potenzial, das man ausnützen kann, bei dem man nicht Angst haben muss, dass man etwas vorschreibt oder die Schulen belastet. Es wäre eine Ergänzung.

Was ich auch sehr wichtig finde ist Folgendes: Ich weiss nicht, ob das offizielle Preistrommeln und Preispeiffen Ihnen ein Begriff ist. Es ist wahnsinnig, was dort an Qualität für Instrumente geleistet wird, die in Basel sehr spezifisch sind. Das Piccolo ist extrem spezifisch und das Basler Trommeln hat sich wahnsinnig entwickelt. Das hat in der professionellen Musik eine wahnsinnige Identität, etwas ganz Spezielles und ich finde es extrem wichtig, dass man diese Instrumente auch in ein Musikschulkonzept mit hinwindet, in dieses Gesetz mitdenkt.

Die Entwicklung des freiwilligen Engagements geht in eine andere Richtung als dort, wo wir herkommen. Es gibt sehr viele Vereine, die Schwierigkeiten haben, das Level an freiwilligem Engagement aufrechtzuerhalten und die extrem entlastet würden zum Beispiel durch Weiterbildungsangebote für Instruktor:innen, für eine Unterstützung für das unglaubliche Angebot, das da geleistet wird, freiwillig von vielen jungen Menschen und ich glaube, diese Tendenz mittragen zu können, ist etwas Sinnvolles, das man prüfen kann, und darum sind wir für den Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Jo Vergeat hat es schon vorweggenommen, es geht nicht lediglich um die Fasnacht, es geht eigentlich um Instrumente. Es wird ja von mir auch nicht in Frage gestellt, ob der Blockflötenunterricht in der Musik in den Musikunterricht gehört oder nicht. Eigentlich dachte ich mir bei der Unterzeichnung des Anzugs, dass es selbstverständlich ist, dass die Trommel und das Piccolo nun endlich als Musikinstrumente deklariert werden. Mit Erstaunen sehe ich in der Kreuztabelle und aus den Voten habe ich es gehört, dass das Geschäft nicht unumstritten ist und kann das eigentlich gar nicht nachvollziehen. Aus diesem Grund sehe ich mich genötigt, auch noch ein paar Worte an Sie zu richten.

Vor Jahren schon wurde darüber diskutiert, dass es etwas eigenartig sei, dass die Trommel und das Piccolo nicht als Instrument im Musikunterricht anerkannt werden. Es ist immer, dass diese Instrumente ja lediglich Mittel zum Zweck sein, an der Fasnacht teilzunehmen. Tatsächlich mag das für eine Vielzahl von Fasnächtler:innen zutreffen und das ist auch gut so. Für mich ist das aber nur ein Teil der Geschichte. Schon früher konnten Kinder und Jugendliche sich musikalisch weiterentwickeln im Bereich Piccolo und Trommel. Dies war durch private Initiativen wie die KMB und die Trommelakademie möglich. Da wurde nicht lediglich Fasnachtsmusik gespielt, sondern es wurden anspruchsvolle Kompositionen eingeübt und an Konzerten aufgeführt. Die Trommel- und Pfeiferkunst hat sich in den vergangenen Jahrzehnten enorm weiterentwickelt und es entstanden verschiedene Gruppierungen, welche in verschiedenen Stilen musizieren, zum Teil sehr virtuos und auf internationalem Parkett. Da sind ja dann alle auf unsere Formationen in der Stadt stolz.



Der Austausch unter den Musizierenden erstreckt sich über den ganzen Erdball und es werden Partnerschaften auf musikalischer Basis gepflegt. Die Musikstücke werden anspruchsvoller und teilweise auch konzertant. Weshalb nun sollen das Piccolo und die Trommel nicht als vollwertige Instrumente anerkannt und im schulischen Kontext gefördert werden? Mit dem Anzug wird lediglich darum gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob die Förderung im Musikschulgesetz integriert werden kann. Gegen eine Abklärung gibt es jetzt nun wirklich nichts einzuwenden. Aus diesem Grund bitte ich Sie um Überweisung des Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beschäftige mich zurzeit nur mit der Fasnacht. Ich bin gegen Fasnacht. Ich möchte, dass dieser Anzug nicht überwiesen wird. Ich bin der einzige Grossrat, der bei den Schnitzelbänken erwähnt wird, obwohl es ja eigentlich eine Ehre ist. Aber ein Schnitzelbank hat gesagt, der Eric Weber sei eine Sau. Dagegen klage ich, denn das ist weit unter der Gürtellinie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit hat das Wort der Anzugsteller Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich danke für die engagierte Diskussion, das hätte ich beim Sammeln der Unterschriften nicht gedacht. Ich dachte eher, ich würde offene Türen einrennen, aber offenbar ist der Anzug doch auf Widerstand gestossen. Ich möchte noch einmal die wichtigsten Argumente aus meiner Sicht, die für eine Überweisung sprechen, nennen.

Vielleicht fange ich gerade mit der Idee zu diesem Anzug an. Es ist nämlich nicht so, dass mir diese Idee einfach so im Rausch der Vorfreude auf die Fasnacht kam. Vielmehr sind zwei Leute, unabhängig voneinander, die sich seit Jahren mit viel Energie für den Trommelnachwuchs in Basel einsetzen. Und beiden ist aufgefallen, dass Basel bei der schulischen Musikförderung zwar vorwärts macht, dass aber gleichzeitig unseren beiden Weltkulturinstrumente, Piccolo und Trommel, in der ganzen Systematik nirgendwo vorkommen. Es geht mir aber nicht darum, ein neues Schulfach zu schaffen, wie das gesagt wurde. Es geht auch nicht darum, beim Kanton neue Stellen als Pfeiff- oder Tambourinstruktor:in zu schaffen. Diese Stellen gibt es ja bereits, zum Beispiel bei der Trommel- oder Piccoloakademie, oder selbstverständlich in jeder Stammclique. Es geht darum, ein Bewusstsein und eine Verbindung zu schaffen zwischen diesen Ausbilder:innen und dem Kanton, der die schulische und ausserschulische Musikförderung verantwortet und organisiert.

In anderen Kantonen wird das systematische gemacht, zum Beispiel im Wallis. Da klappern zwei Leute die Primarschulklassen mit Trommel und Piccolo systematisch ab. Danach weiss jedes Kind, welches kulturelle Erbe der eigene Kanton mit sich trägt, unabhängig davon, ob die Eltern mit Fasnacht viel, wenig oder gar nichts am Hut haben und unabhängig davon, ob sie eine Primarlehrerin wie zum Beispiel Sasha Mazzotti haben, die wochenlang bastelt und den gesamten Unterricht auf die Fasnacht ausrichtet oder eben nicht. Dieser inklusive Teil ist mir bei diesem Anzug sehr wichtig, deshalb möchte ich ihn noch einmal hervorheben.

Jo Vergeat hat schon erwähnt, dass sich das Trommeln und Pfeifen in den letzten Jahren stark professionalisiert hat. Wenn Sie heute ans offizielle Preistrommeln und Preispeifen gehen, dann hören Sie dort Vorträge, die in jeder Masterklasse an der Musikakademie mithalten könnten. Was aber, wenn nun jemand eine Musikmaturität mit dem Basler Piccolo machen möchte? Wer sind dann die Expert:innen? Talentförderung ist ein weiterer Wunsch, den dieser Anzug in sich trägt.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Anzug viele Verbindungen auslösen können. Die Verbindung zwischen schulischen Angeboten und der Ausbildung in Cliques und Akademien. Die Verbindung der Basler Trommel und des Basler Piccolo mit dem neuen Musikschulgesetz als feste Bestandteile der schulischen und ausserschulischen Förderung. Und nicht zuletzt die Verbindung zwischen unserer Volkskultur, die unsere regionale Identität so stark prägt, und den Kindern dieser Stadt, woher sie auch immer zu uns gekommen sind.

Ich bitte Sie also, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006182, 26.03.25 09:29:36]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug mit 75 gegen 17 Stimmen überwiesen.

27. Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt

[26.03.25 09:29:57, 25.5019.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erstes hat sich gemeldet Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler umfassend und fair zu beurteilen. In der Schullaufbahnverordnung, die für alle Schulen gilt, ist festgehalten, dass sich die Beurteilung an sachlichen Kriterien ausrichten und nachvollziehbar sein muss. § 21 Abs. 4 der Schullaufbahnverordnung hält fest, dass einzelne Leistungserhebungen in Worten, Prädikaten, Noten ab dem 7. Schuljahr oder einer anderen Bewertungsform zum Beispiel mit Farben oder Smileys erfolge. Mit diesem Passus will man bewusst den zentralen pädagogischen Gestaltungsfreiraum der einzelnen Lehrpersonen sichern.

In der Praxis und aufgrund der kantonalen Vorgaben der Schullaufbahnverordnung nimmt die Bewertung mit Noten und Prädikaten an den Schulen einen festen Platz ein. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten am Ende des Schuljahres je nach Stufe ein Zeugnis mit Prädikaten oder Noten. Dies ermöglicht die Vergleichbarkeit der Beurteilung über die Schulen und Klassen hinweg. Die Lehrpersonen nutzen während des Schuljahres den ihnen zur Verfügung stehenden Gestaltungsfreiraum, um den Schülerinnen und Schülern hilfreich ist und motivierende Rückmeldungen zum Lernstand und Lernfortschritt zu geben. Der Rahmen ist klar definiert. Die Befürchtung der Anzugsstellenden, dass künftig unübersichtlicher Unterricht und Prüfungsformen an den Primarschulstandorten entstehen, ist unbegründet.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): In einer Primarschule wird eine Klasse nach einem speziellen Konzept unterrichtet: Autonomes selbstständiges Lernen ohne Noten im Rahmen der rechtlichen Vorgaben Teilautonomie der Schule. Es handelt sich dabei nicht um ein Pilotprojekt mit Evaluation. Deshalb ist nicht bekannt, wie oder ob eine systematische Prüfung der Wirksamkeit erfolgt, noch wird dazu berichtet. Dahingehend richtet sich der Fokus der GLP.

Die Vielfalt autonomer Unterrichtssysteme birgt das Risiko von Ungleichheiten, zumal die Schule oder die einzelnen Klassen nicht wählbar sind. Wenn jede Klasse eigenständig über Unterrichts- und Bewertungssysteme entscheidet, schafft diese verschiedene Voraussetzungen innerhalb desselben Schulstandorts und innerhalb der Volksschulen.

Ich verstehe den Vorstoss so und habe ihn deshalb unterschrieben, dass die Anzugsstellenden darauf hinweisen, dass Gleichbehandlung und Vergleichbarkeit gefährdet sein könnten, beispielsweise auch weil die Hattie-Studie belegt, dass instruktiver Unterricht besonders wirksam ist. Daher ist die GLP der Meinung, dass der verstärkte Einsatz selbstgesteuerter Lernformen auf Primarstufe kritisch geprüft, wissenschaftlich begründet und transparent bewertet werden soll. Aber wäre es nicht im Interesse aller, dieses Projekt zu begleiten und genau zu untersuchen? Und wenn es sich bewährt, könnte es ja sogar ausgedehnt werden. Warum also sollte über die Ergebnisse nicht berichtet werden? Die GLP sieht nicht, was dagegen spricht.



Die Einführung unterschiedlicher Unterrichts und Beurteilungsmodelle pro Klasse wirft für uns aber auch grundlegende Fragen auf. Die Volksschule hat einen Bildungs- und Selektionsauftrag. Schulgesetz und Verordnung sind das Ergebnis breiter Verhandlungen und sollen eine verlässliche Grundlage für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Wie weit soll die Teilautonomie der Schulen gehen und wo braucht es klare gemeinsame Vorgaben? Wo liegen die Grenzen schulischer Entscheidungsfreiheit, um Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit zu sichern und welche Kriterien gelten für Zielsetzung und Überprüfung? Auch eine Bewertung nach Farben statt Noten wirft unabhängig der Methode grundlegende Fragen auf, zum Beispiel, wie wird sichergestellt, dass die Leistungen aller Schüler und Schülerinnen nach einheitlichen Standards beurteilt werden? Ist es sinnvoll, dass jede Schule oder gar jede Klasse eigene Beurteilungssysteme entwickelt und anwendet?

Für die GLP geht es also darum, welche einheitlichen Kriterien die Volksschule braucht, um faire, vergleichbare und transparente Beurteilungs- und Unterrichtssysteme sicherzustellen. Der Selektionsauftrag am Ende der Primarschule setzt einheitliche, vergleichbare und objektive Beurteilungen voraus, um eine nachvollziehbare Zuweisung in weiterführende Schulstufen zu gewährleisten. Die Methodenfreiheit und pädagogische Weiterentwicklung sind von grosser Bedeutung, das steht ausser Frage. Gleichzeitig sollte die öffentliche Bildung auf nachvollziehbaren und erprobten Grundlagen basieren, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Leistungsbewertung, Selektion und Bildungsgerechtigkeit.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Grünliberalen, den Anzug zu überweisen und den Regierungsrat einfach berichten zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich spreche hier für die Fraktionen SP und Grüne/jgb. Gehen Sie in Gedanken ein paar Jahre zurück, so weit, bis Sie in ihrer Schulzeit angekommen sind. Wir alle hier drin wurden unterschiedlich unterrichtet und haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Das könnte am Jahrzehnt liegen. Das könnte auch an der Schule, am Kanton, urban, ländliches Gebiet und so weiter liegen.

Auch wenn früher das Motiviertsein weniger wichtig war, hat die Motivation einen Einfluss. Erinnern Sie sich, wann Sie eigentlich motiviert waren in der Schule. Wann hatten Sie Erfolgserlebnisse, bei wem, haben Sie etwas fürs Leben gelernt oder nur für die Prüfung? Laut John Hattie, einem Erziehungswissenschaftler, der eine sehr umfangreiche Metastudie gemacht hat «Lernen sichtbar machen» liegt ein grosser Anteil am erfolgreichen Lernen in der Beziehung der Lehrperson zu den Lernenden, also die Haltung und Handlung gegenüber den Schülerinnen und Schülern. John Hattie ist nicht nur ein anerkannter Wissenschaftler, die Erkenntnisse, die er und sein Team machen, fliessen schon seit längerem in die Unterrichtsmethodik der heutigen Schule ein. So hat die PH eine Unterseite auf der FHNW-Seite, die sich dem Thema «Lernen sichtbar machen», widmet.

In den Voten meiner Vorrednerin wurde und wird auf Chancengerechtigkeit und Fairness hingewiesen. Das finde ich auch wichtig. Aber ob das mit der Unterrichts- und der Beurteilungsmethode alleine zu tun hat, bezweifle ich. Ich bezweifle das als Lehrerin, als Mutter und auch als ehemalige Schülerin.

Ich habe grosse Schwierigkeiten mit der Forderung der Vergleichbarkeit der Leistung. Was heisst das? Sind Noten tatsächlich so aussagekräftig? Ist die Note 5 in der Klasse 5a im Schulhaus XY gleich wie die Note 5 der Klasse 1a im Schulhaus XX? Schon in Ihrer Schulzeit wussten Sie, dass das nicht fair war und dass das nie so lief. Fair ist es natürlich nicht, das Ganze, da gebe ich Ihnen recht, aber wenn alle dieselben Prüfungen zur selben Zeit machen, in ganz Basel oder am gleichen Standort, dann kann ich Ihnen sagen, ist das auch nicht fair.

Ja, in Basel besteht eine Methodenfreiheit und zwar schon seit längerem, nicht nur pro Schulstandort, sondern sogar innerhalb der Schule. Aber unabhängig von der Methode, die Kinder lernen innerhalb eines gegebenen Zeitraums die vom Lehrplan festgesetzten Kompetenzen. Der Weg dahin ist halt unterschiedlich. Die heutige Schule ist nicht nur einfach ein Ort, wo Stoff vermittelt wird und periodisch abgefragt wird, wer was verstanden wird. Es wäre ehrlich gesagt auch nicht besonders gerecht, dass die, die auswendiglernen können und gut darin sind, auch dann gut benotet werden und ins P-Niveau kommen. Stattdessen setzen die Lehrerinnen, die an einer Basler Schule unterrichten und die auch der Anlass für diesen Vorstoss sind, auf enge persönliche Begleitung, regelmässige Lerndialoge mit jedem einzelnen Kind und zu seinen individuellen Kompetenzen und auf Gespräche mit den Eltern. Das ist ein aufwendiges Verfahren und erfordert grossen Einsatz der Lehrpersonen. Die Lehrpersonen machen es sich nicht einfach und sind dabei sehr sorgfältig.

Die Kritik im Anzug bezüglich der Beurteilung verstehe ich nicht wirklich. Es geht hier um eine kompetenzorientierte Beurteilung. Eine Bewertung findet statt, einfach in einer anderen Form, anhand von Farben und die Farben stehen für unterschiedlich erreichte Niveaus und haben einen Notenwert. Der Regierungsrat hat das erklärt. Noten für den Übertritt in die Sek sind also da und werden vergeben. Zudem werden die Eltern und die Kinder regelmässig in Gesprächen auf diesem Weg mitgenommen. Es ist nicht willkürlich.



Zur Methodik, Sandra Botha hat es schon angesprochen, dass selbstorganisiertes Lernen so geeignet ist, kann man hinterfragen, aber das ist ein Thema, welches im Kollegium, den Schulleitungen und den Expertinnen diskutiert werden soll. Das ED könnte da aber einen Rahmen schaffen.

In einem Punkt möchte ich Jenny Schweizer aber Recht geben. Die Antwort des ED auf ihre Interpellation zu diesem Thema. Das Ziel des ED sollte doch sein, proaktiv die Schulentwicklung voranzutreiben. Und wenn das ED meint, mit so einer laxen Antwort, wie sie sie Jenny Schweizer gegeben haben – ich fand sie ja fast arrogant - zu beantworten, statt das Unverständnis der Interpellantin ernst zu nehmen und ihr zu erklären, was beispielsweise eine kompetenzorientierte Beurteilung bedeutet, muss es sich nicht wundern, dass es dann einen Anzug gibt. Ich habe Verständnis für diese Reaktion von Jenny Schweizer, aber das reicht uns nicht für eine Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechende ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Dieser Anzug fragt, wie die Vergleichbarkeit der Leistungen in den Primarschulen Basel-Stadt noch gewährleistet werden kann. Die Anzugsteller:innen wünschen sich einen verlässlichen und gerechten Aufschluss über das Übertrittsniveau der einzelnen Schüler:innen in die Sekundarstufe 1. Dafür braucht es nach Meinung der Anzugsstellenden einen politischen Grundsatzentscheid, da ansonsten unübersichtliche Unterrichts- und Prüfungsformen drohen.

Ich muss zugeben, ich habe sogar ein gewisses Verständnis für diese Bedenken. Schliesslich war ich eine engagierte Gegnerin der teilautonomen Schulen, weil ich ein Auseinanderdriften der Schulen befürchtet habe. Nun haben wir die teilautonomen Schulen und ich lügen müsste, wenn ich sagen würde, dass jetzt alles in Butter ist, aber meiner Ansicht nach liegt das eher an den Ressourcen. Mir ist nämlich bewusst, dass die Schulen in Bewegung sind und dass auf der pädagogischen Ebene sehr viel passiert und das ist ja auch gut so. Es ist ja nicht so, dass früher in allen Schulen der Unterricht gleich organisiert war. Meine Erfahrung mit drei Schulkindern, die diese Schule durchlaufen haben, zeigen, schon immer gab es Schulhäuser oder sogar einzelne Klassen, die mit Wochenplänen, selbstständigem Lernen usw. andere Wege ausprobiert haben. Ich erinnere mich gerne an die spielzeugfreien Kindergärten, die vor vielen Jahren als zeitlich befristetes Projekt liefen. Das war eine grossartige Sache, oder an die Beurteilungsformen, die damals in der OS Usus waren. Geben wir den Schulen doch hier den Spielraum, den sie brauchen, um ihre eigenen Stärken zu nutzen, um auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Ich habe Sandra Bote aufmerksam zugehört, weil ich mich ein bisschen gewundert habe, dass sie diesen Anzug unterschrieben hat, und ich merke, dass offenbar das Verständnis über den Sinn und Zweck dieses Anzugs auseinandergeht. So wie ich den Anzugstext lese, geht es hier vornehmlich darum, dass die Idee einer Beurteilung ohne Noten nicht goutiert wird und damit ging meine Unterstützung um Einverständnis vollends verloren. Wir von BastA sind nämlich überzeugt, dass erfolgreiches Lernen nichts mit Notengebung zu tun hat. Im Gegenteil, eigentlich wünschen wir uns, dass die Testerei an den Schulen aufhört und die Noten an der Primarschule abgeschafft werden. Aber auch davon sind wir ja noch weit entfernt.

Es braucht, wenn überhaupt, alternative Formen der Leistungsbewertung, die individuell statt vergleichend sind und die die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigen. Dass erfolgreiches Lernen auch ohne Noten möglich ist, zeigen zahlreiche Schulen in ihrer täglichen Praxis. Hören wir doch auf, die Schüler:innen schon auf Primarschulstufe zu vergleichen und alle über einen Kamm zu scheren. Es ist zwar ein alter Spruch, aber ich sage es trotzdem noch einmal, das Gras wächst nicht schneller, wenn wir daran ziehen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe diesen Anzug auch unterschrieben, aber nicht als Ausdruck davon, dass ich gegenüber neuen Formen des Unterrichtens und Bewertens verschlossen wäre. Ich finde Schulentwicklung, Weiterentwicklung des Unterrichts, auch von Bewertungsformen sehr wichtig gerade auch Projekte, die Bottom up stattfinden, können sehr wertvoll sein. Meine Unterschrift ist auch nicht eine Bewertung des Beispiels, das im Anzug genannt wird der Primarschule Gotthelf. Ich bin selbst an einer Schule tätig, die mit dem System GB plus sehr innovativ neue Form gesucht hat und ein Sohn meiner Vorrednerin konnte ich da sogar zwei Jahre in diesem System miterleben. Ich finde das durchaus sehr wertvoll, solche Dinge auszuprobieren. Und als die Anzugsstelle mir ihren Text zu lesen gab, war meine erste Reaktion ein Verdacht, es ginge um Notengläubigkeit, um eine völlig falsche Einschätzung, was es bedeutet, mit Zahlen zu bewerten, es herrsche keine Offenheit für Entwicklung, sie würde wohl am liebsten noch mit der Wachstafel Unterricht haben. Manches habe ich auch geäussert,



und habe es dann trotzdem zu Ende gelesen und fand dann die Forderung trotz allem berechtigt, zu sagen, dass es doch ein relativ weitgehender Wechsel in der Bewertungsmethode darstellt.

Was mir wichtig scheint ist, dass die Eltern die Primarschule nicht wählen können, das heisst, das Kind kommt in eine Schule, die vom Wohnort her bestimmt ist und dort in eine Klasse, die sie auch nicht wählen können. Sie sind dann mit einem doch recht anderen für sie ungewohnten Konzept konfrontiert und erleben vielleicht, dass das andere Kind in einer anderen Klasse ist, die anders unterrichtet wird oder dass die Nachbarn an einem anderen Schulhaus ihr Kind im Unterricht haben, wo es wieder anders ist.

Es geht ja letztlich auch nicht nur um die Frage, ob man statt Noten Farben gibt, dass auch mit dem selbst organisierten Lernen eine Methodik angewendet wird, in der es schon einzelne Forschungsergebnisse gibt, die zeigen, dass sie neben vielem Guten vielleicht für schwache Schüler und Schülerinnen auch gewisse Dinge mit sich bringen, die zu bedenken sind.

Darum, wenn man ein solches Konzept einführt, dann scheint mir einfach die Frage wichtig, wie das genau geschieht, und das ist der Hintergrund, warum ich unterschrieben habe. Als wir an unserer Schule damals GB plus einführten, hat der Erziehungsrat ein Pilotprojekt bewilligt. Das wurde extern auch begleitet und es wurde evaluiert und dann definitiv bewilligt. Seither haben unzählige Schulen ein ähnliches Konzept übernommen, wir hatten schon Besuch aus der ganzen Schweiz und ich denke, das hat auch damit zu tun, dass es eben auch sorgfältig begleitet und evaluiert worden ist. Ich sehe darum auch eine Chance darin, wenn man sich überlegt, ob es nicht auch bei einem Konzept, das im Gotthelfschulhaus gemacht wird, nicht sinnvoll wäre, zu evaluieren, nicht um es abzuwerten, im Gegenteil, um es letztlich vielleicht sogar aufzuwerten.

Dass der Regierungsrat diesen Anzug gar nicht erst sich überweisen lassen möchte, verstehe ich darum nicht. Er könnte ja in seiner Antwort genau darauf hinweisen, wie solche neue Konzepte einzuordnen sind, wie man damit umgehen möchte, auch um zu gewährleisten, dass eben die verschiedenen Methoden und Bewertungsformen und so weiter nicht zu weit auseinanderdriften, so dass sie auch ein Vertrauen geniessen bei Eltern, die Kinder in einer solchen Klasse haben.

Aus diesem Grund möchte ich Sie doch bitten, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Damit hat die Anzugstellerin Jenny Schweizer das Wort.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke meinen Vorrednerinnen für ihre Worte, die waren wirklich sehr aufschlussreich. Ich muss an die Adresse von Sasha Mazzotti sagen, wenn Sie Verständnis haben für meine Zweifel, dann bin ich darüber sehr froh, aber stellen Sie sich auch einmal vor, wie es dann den Eltern geht, welche Zweifel die haben, die sie hier jetzt nicht in die Diskussion einbringen können. Und ich glaube gegenüber den Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen und zu zeigen, dass die Vergleichbarkeit ernstgenommen wird und dass man sich damit auseinandergesetzt hat, wäre mit einer Überweisung dann schon gegeben. Und Heidi Mück möchte ich eigentlich nur sagen, dass Sie mir unterstellen, dass ich diese neue Unterrichtsform ablehne. Das können Sie mir gerne unterstellen, aber es ist hier im Anzug nicht so beschrieben, und in diesem Sinn finde ich es wirklich wichtig, dass man die Unterrichtsformen gegeneinander abgewogen hat und eben auch verglichen hat.

Ich möchte betonen, dass die verschiedenen Beschulungsformen alle das gleiche Ziel erreichen müssen, dass wir die Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarschule erfolgreich in der Sek 1 zusammenführen können. Alle Unterrichtsformen müssen sich somit gegenseitig standhalten. Die Schülerinnen und Schüler müssen auf dem gleichen Wissensstand sein und kompetenzmässig immer innerhalb ihres Leistungszuges auf dem gleichen Niveau sein, in dem sie in einer Klasse zusammengeführt und eingeteilt werden. Das heisst, die in den Zeugnissen abgebildeten Leistungsbeurteilungen müssen so weit deckungsgleich sein, dass in einer Sek 1-Klasse ein Zusammenführen möglich ist, egal aus welchen verschiedenen Quartierstandorten die Schülerinnen und Schüler kommen.

Und wenn sich nun eine neue Unterrichtsform ausbreitet, muss doch das ED die Nachteile, die Vorteile, die Vergleichbarkeit kommentieren, begründen und ergründen. Und indem sie den Anzug nicht entgegennehmen will, heisst das für mich, dass sie sich entweder um die Vergleichbarkeit foutiert oder sie hat, bevor sie grünes Licht gegeben hat, vernünftigerweise eine Vergleichbarkeitsanalyse gemacht, aber sie lässt uns nicht daran teilhaben. Und das sollte Sie alle hier im Saal schon etwas misstrauisch stimmen. Ausgerechnet die Linken von SP, BastA und Grüne, die sich immer gebetsmühlenartig auf Studien, Statistiken und Analysen beziehen, um ihre Argumente zu untermauern, wollen hier bei der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler darauf verzichten.

Wenn Sie nicht mehr an der Unterrichtsform und deren Konsequenzen in unserem Bildungssystem interessiert sind, haben wir wahrlich ein noch grösseres Problem, als ich je angenommen habe. Also lassen wir doch die Regierung berichten, wie die verschiedenen Beschulungs- und Benotungs- und Unterrichtsformen sich gegenseitig standhalten können. Nur so



können nämlich die Erziehungsberechtigten darauf vertrauen, dass egal in welchem Quartier und egal welche Schulungsform ihre Kinder erhalten, dafür gesorgt würde, dass für niemanden ein Nachteil entsteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006186, 26.03.25 09:53:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 47 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

28. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg

[26.03.25 09:53:55, 25.5021.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigen den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

29. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

[26.03.25 09:54:24, 22.5335.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen sowie den Anzug Olivier Battaglia abzuschreiben. Für das Ratsbüro hat das Wort. Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Ich spreche hier für das Ratsbüro in der alten Besetzung, das diesen Bericht noch verabschiedet hat. Der Anzug Olivier Battaglia wurde vom Grossen Rat überwiesen und bereits einmal stehengelassen. Damit hat der Grosse Rat zum Ausdruck gebracht, dass er eine «richtige» BVG-Lösung wünscht und keine Pauschalabgeltung für die Altersvorsorge möchte. Der Anzug argumentiert, dass viele Ratsmitglieder aufgrund ihrer politischen Tätigkeit ihr Pensum am Arbeitsort reduzieren müssen, dort also weniger Verdienst haben, und weil das Einkommen aus der Tätigkeit im Grossen Rat nicht BVG-versichert ist entsprechend Einbussen bei der Altersvorsorge haben. Diese Problematik wollte der Anzugssteller



und wollten seine Unterstützerinnen und Unterstützer angehen und ich kann Ihnen auch berichten, dass sich diese Frage in den letzten Jahren und auch aktuell in verschiedenen Kantonsparlamenten gestellt hat. Es gibt auch verschiedene Studien zum Thema, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das Fazit: Es ist kompliziert und nicht ganz einfach, eine passende Lösung für die Altersvorsorge für Parlamente zu finden.

Wir haben uns dieser Aufgabe gewidmet in einer Subkommission mit Jo Vergeat, Joël Thüning und mir, und dabei ist deutlich geworden, die im Anzug geforderte Adaption der Bundeslösung, also der Lösung für die eidgenössischen Parlamente, ist für den Grossen Rat nicht ohne weiteres möglich. Zum einen gibt es rechtliche Vorbehalte und zum anderen war es schlicht so, dass der Versicherer der Bundesparlamente nicht bereit war, uns eine Offerte vorzulegen. Es haben sich aber andere Lösungen gegeben und wir haben verdankenswerterweise zwei Offerten erhalten und das mit dem Dank meine ich sehr ernst. Es ist so, dass wir als Parlament nur bedingt attraktiv sind für Versicherer, weil wir viele Fluktuationen haben und weil es von der Entschädigungshöhe her halt dann doch nicht so hoch ist, also relativ grosser administrativer Aufwand bei kleinen Beträgen. Entsprechend danke Pensionskasse Basel-Stadt, dass uns eine Lösung mit der gesetzlichen Eintrittsschwelle vorliegt und danke BVK aus Zürich, dass sie dem Grossen Rat die Vorsorgelösung anbietet, die für den Kantonsrat Zürich erarbeitet worden ist.

Die Subkommission und das Ratsbüro haben sich in einer Abwägung klar für die Lösung BVK entschieden, da sie mit der tieferen Eintrittsschwelle der Teilzeitalternativ hier im Grossen Rat besser gerecht wird. Für die PKBS hätte natürlich gesprochen, dass es unsere PK ist, bei der auch das Kantonspersonal versichert ist. Sie hätte aber nur für eine Minderheit der Bestverdienenden hier im Rat gegriffen. Mit dem Anschluss an die BVK ist es möglich, eine tatsächliche Altersvorsorge für deutlich mehr als die Hälfte der Mitglieder des Grossen Rats zu schaffen.

Da wir als Grossrätinnen und Grossräte, wie schon mehrfach auch von der Verwaltung festgehalten, keinen formellen Arbeitgeber haben, erachtete es das Ratsbüro und erachteten es auch alle Ansprechpartnerinnen und -partner als legitim, eine eigene Lösung zu wählen. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung wird dem Ratsbüro entsprechend die Kompetenz eingeräumt, einen Vorsorgeanschluss zu wählen. Wenn Sie der Beschlussvorlage also zustimmen, wird der Anschluss bei der BVK umgesetzt. Natürlich kann dieser Anschluss dann in der Folge auch regelmässig wieder überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Für alle, die im definierten Altersspektrum bis 70 Jahre liegen und die die Eintrittsschwelle nicht erreichen aber sieht die vorliegende Beschlussvorlage einen Vorsorgebeitrag in der Höhe des Arbeitgeberbeitrags vor, der als ordentliches Einkommen zu versteuern ist. Ausserdem werden von der Versicherungspflicht Selbstständigerwerbende mit der vorliegenden Beschlussvorlage ausgenommen, da ein Anschluss an die zweite Säule im Nebenverdienst für sie finanziell nachteilig sein kann.

Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich einleitend sagen, dass sie im Ratsbüro so nicht gestellt wurden, wir also dazu keine Position bezogen haben, weil wir keine Möglichkeit dazu hatten. Zum Antrag von Bruno Lötscher, der bezweckt, dass auch Ratsmitglieder über 70 Jahren einen Beitrag ausbezahlt erhalten, eben ein zusätzliches Einkommen kann ich sagen, dass im Ratsbüro ein Antrag gestellt wurde, die Alterslimite möglichst hoch zu halten. Wir haben dem entsprochen mit dem maximalen Versicherungsalter 70 Jahre. Mehr ist bei der BVK, und ich glaube bei fast allen Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz, gar nicht möglich. Für den Antrag spricht ein bisschen der Gestus möglichst alle mitzunehmen mit einer Lösung, dagegen würde sprechen, dass man hier nicht mehr von Altersvorsorge sprechen kann. Wir gehen mit dem Antrag schon über die geforderte Altersschwelle hinaus im Anzug mit den 70 Jahren. Aber ich gebe hier keine Abstimmungsempfehlung ab, das Ratsbüro hat darüber nicht beschlossen.

Was auch noch ein Thema ist, ist die Erhöhung der Entschädigungen. Ein Mal pro Legislatur muss das Ratsbüro die Entschädigungen prüfen. Es ist in der alten Besetzung natürlich auch in der alten Legislatur noch mit knapper Mehrheit zum Schluss gekommen, dass die Verbesserungen, die der Anschluss an die BVK bringt, die Teuerung mehr als aufwiegen und keine zusätzlichen Sitzungsgelderhöhungen vorzusehen sind. Die alte Besetzung des Ratsbüros empfiehlt aber dem neuen Ratsbüro, schon bald die Entschädigung an die Fraktionen und ans Präsidium zu überprüfen, da diese im schweizweiten Vergleich anders als die Sitzungsgelder eher tief angelegt sind. Für alles weitere verweise ich auf den Bericht des Ratsbüros und auf dessen Anhänge. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Vorweg, die Fraktion BastA unterstützt die erarbeiteten aus unserer Sicht umsichtige Variante des Ratsbüros des Grossen Rates und wird den zwei vorliegenden Grossratsbeschlüssen gemäss dem Bericht zustimmen.

Der Grosse Rat hat bereits zwei Mal klar seinen politischen Willen zum Ausdruck gebracht, dass für die Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt eine Lösung zur beruflichen Vorsorge umgesetzt werden soll. Ein politisches Amt ist vielleicht mehr als nur ein freiwilliges Hobby und obwohl die Lebensrealitäten der 100 Grossratsmitglieder mit Bestimmtheit sehr



unterschiedlich sind, ist es klar, dass sich bei vielen der hohe zeitliche Aufwand auch auf die berufliche Realität auswirkt und es deswegen zu Reduktionen, beispielsweise beim Pensum bei der Arbeit kommt. Auch gerade für jüngere Mitglieder des Grossen Rates, die neben der Ausbildung und Teilzeitarbeit ein politisches Mandat ausüben, wäre eine Pensionskassenlösung für die Altersvorsorge von sehr grossem Vorteil, und dies gilt natürlich genau so bei Elternpflichten, weil durch allfällige Reduktion des Arbeitspensum und dem Aufwand für ein politisches Mandat weniger in die Pensionskasse fliessen kann.

Es liegt auch auf der Hand, es gibt also gute soziale Gründe, um in Zukunft eine berufliche Vorsorgelösung für die Grossrätinnen und Grossräte unseres Kantons anzubieten. Gemäss vorliegendem Bericht hat sich das Ratsbüro umsichtig mit möglichen Varianten beschäftigt. Wir erachten die gewählte Variante mit der BVK als sehr sinnvoll und begrüssen auch die Ergänzung für diejenigen Mitglieder des Grossen Rats, welche die reduzierte Eintrittsschwelle nicht erreicht hat. Etwas schade ist, dass die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt nicht in der Lage war, ein ähnliches offenes Angebot zu offerieren. Es wirkt ein bisschen unflexibel und nicht so zeitgemäss.

Wir danken der Subkommission und dem Ratsbüro für seine Arbeit. werden beiden Grossratsbeschlüssen zustimmen und den Anzug von Kollege Battaglia abschreiben. Den Antrag der FDP lehnen wir ab, den Grundbetrag zu reduzieren, obwohl ja auch im Ratschlag vermerkt wurde, dass diese Thematik, ob jetzt mehr oder weniger, eben auch auf später verschoben werden sollte. Das irritiert ein wenig.

Den Antrag von Bruno Lötscher lehnen wir auch ab, nicht aufgrund einer Altersdiskriminierungs-idee, sondern weil das Risiko einer Einbusse bei der Pensionskasse ab dem Alter 70 Jahre nicht mehr so gegeben ist. Man ist ja auch nicht mehr gegen Arbeitslosigkeit versichert und deshalb lehnen wir diesen Antrag auch ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Wenn wir dieses Geschäft beraten, dann beraten wir unsere eigene Entschädigung, und wenn es darum geht, dann sollten wir moderat und zurückhaltend sein, wenn es um unser eigenes Portemonnaie geht, vor allem dann, wenn wir hier regelmässig darüber diskutieren, wie es um die Kaufkraft der Bevölkerung in unserem Kanton bestellt ist. Und wir sollten alle Ratsmitglieder, wenn es um solche Entschädigungen geht, möglichst gleich behandeln.

Wenn wir das heute so beschliessen, dann bedeutet das faktisch eine Erhöhung unserer Entschädigung um 10 Prozent. Und darum geht auch die Argumentation von Oliver Bolliger nicht auf, dass man das ja dann zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren kann. Wir diskutieren hier und heute um eine Erhöhung der Entschädigung von diesen 10 Prozent, wie es auch im Bericht des Büros dargestellt wird. Das halten wir für nicht angebracht und auch nicht für gerechtfertigt, genauso wenig, wie wir es für gerechtfertigt halten, dass wir die Kolleginnen und Kollegen, die älter sind als 70 Jahre, hier mit dieser Lösung schlechter stellt.

Die heutige Pauschalentschädigung, die sie und ich jedes Jahr erhalten, deckt den Vorsorgeaufwand bereits ab, das ist explizit erwähnt im § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Das Büro hat das auch entsprechend erkannt und will den Begriff Vorsorgeaufwand aus diesem entsprechenden Absatz entfernen.

Jetzt haben wir im Bericht des Büros gesehen, die Lösung, die hier heute beschlossen werden soll, soll in der Grössenordnung von rund 240'000 Franken kosten. Geteilt durch 100 Ratsmitglieder macht das 2'400 Franken. Deshalb haben Sie heute von uns einen Änderungsantrag auf dem Tisch, der unsere Grundpauschale von heute 6'000 Franken um genau diese 2'400 Franken reduzieren soll. Das würde bedeuten, wir erhöhen unsere Entschädigung nicht, wir bleiben quasi Netto Null, wenn Sie so wollen, und können dann zu einem späteren Zeitpunkt darüber entscheiden, ob es angemessen ist, unsere Entschädigung entsprechend zu erhöhen. Wir müssen die Kritik annehmen, da bin ich offen für die Kritik, dass dieser Antrag relativ kurzfristig hier verteilt und auf den Tisch gelegt wurde. Sie kennen das, wie es halt so ist, gewisse Ideen kommen einem erst relativ kurzfristig in der Vorbereitung. Dafür entschuldige ich mich, dass sie gar nicht Gelegenheit hatten, das vorzubereiten, aber nichts destotrotz sahen wir es als notwendig an, Ihnen diesen Antrag heute auf den Tisch zu legen.

Diese Lösung, das habe ich bereits gesagt, führt zu einer Ungleichbehandlung der Ratsmitglieder, die älter als 70 sind. Sie führt aber auch zu einer Ungleichbehandlung von Ratsmitgliedern bezüglich Steuern, denn je nachdem, in welcher Form man jetzt diesen Vorsorgebeitrag bezahlt bekommt unterliegt dieser Betrag nämlich der Einkommensteuerpflicht oder eben nicht. Wir haben jetzt eine einheitliche Lösung für alle Ratsmitglieder. die Grundpauschale, die Sitzungsgelder, die einkommensteuerpflichtig sind, und jetzt führen wir bei der Vorsorge verschiedene Varianten ein mit unterschiedlichen Steuerfolgen. Das führt auch zu einer weiteren Ungleichbehandlung der Ratsmitglieder. je nachdem, was die persönliche Situation ist, je nachdem, welche Lösung man entsprechend wählt. Wenn wir hier einen solchen Vorsorgebeitrag einführen, dann ist das keine Pauschale mehr, dann hat sie einen konkreten Zweck. Daher wird mit allergrösster Wahrscheinlichkeit dieser Betrag nicht steuerfrei sein.



Und dann erhalten wir hier keine Möglichkeit, die Offerte der BVK richtig einzuordnen, weil wie ausgeführt wurde, die PKBS nicht in der Lage war, hier eine konkret bezifferte Offerte vorzulegen. Im Bericht sehen wir keine anderen Offerten, also können jetzt nicht sagen, ob das eine teure oder eine günstige Offerte ist. Also wir glauben, da wäre es angebracht gewesen, noch weitere Offerten abzufragen, weil bei einem Betrag dieser Grössenordnung, glaube ich, wäre das den Aufwand wert gewesen.

Aus diesem Grund stellen wir Ihnen hier und heute drei Anträge. Erstens beantragen wir Ihnen, dieses Geschäft an das Büro zurückzuweisen, damit das Büro eben die Offerten, die nicht eingeholt wurden, noch nachholen kann, damit wir eben diesen Betrag, wenn wir das das nächste Mal diskutieren sollten, besser einordnen können. Zweitens, sollten Sie diesem Rückweisungsantrag nicht folgen, haben Sie einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf dem Tisch, dass man ebendiese 2'400 Franken bei uns von der Grundentschädigung wegnimmt, damit unsere Entschädigung gleich bleibt unter dem Strich, so wie das heute bereits der Fall ist. Und sollten Sie auch diesen Antrag ablehnen, beantragen wir Ihnen, dieses Geschäft abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dieses Geschäft abzulehnen, den Vorschlag des Ratsbüros also nicht umzusetzen. Wir können uns aber auch, ich werde das nachher noch ausführen, dem Antrag von Luca Urgese anschliessen, dieses Geschäft an das Ratsbüro zurückzuweisen. Claudio Miozzari: der Sprecher des alten Ratsbüros hat es erwähnt, ich war Teil dieser Subkommission. Sie haben aber auch festgestellt, dass im Ratsbüro eine Person diese Lösung abgelehnt hat. Ich kann das transparent machen, das war ich. Das ist insofern die konsequente Haltung, weil meine Fraktion schon von Anfang an gegen diesen Vorstoss von Olivier Battaglia war. Unsere Meinung hat sich nicht geändert, wir erachten diesen Vorschlag als nicht richtig. Er liegt ein Grundmissverständnis vor, wenn wir von einem Vorsorgebeitrag sprechen für eine Funktion, die kein Beruf ist. Grossratsmitglied zu sein, ich habe es schon damals gesagt, ist kein Beruf. Das ist eine Tätigkeit, die Sie im Milizsystem freiwillig ausüben, die wird Ihnen von niemandem aufgezwungen und soll auch nicht Bestandteil sein eines beruflichen Einkommens.

Und wenn wir uns die Historie des Anzug von Olivier Battaglia noch einmal genau anschauen, dann hat Olivier Battaglia auch nicht das gefordert, was wir hier heute diskutieren. Olivier Battaglia hat nämlich in seinem Anzug gefordert, dass nur für diejenigen Ratsmitglieder, die berufstätig sind und für die aufgrund dieses Grossratsmandats eine Reduktion der beruflichen Tätigkeit notwendig wird, was eine Folge bei der beruflichen Vorsorge hat, dass dafür eine Lösung gefunden wird. Das ist also weitaus weniger als das, was nun das Ratsbüro hier beantragt.

Das Ratsbüro geht jetzt mit der Giesskanne grosszügig durch diese Reihen und möchte alle Grossratsmitglieder, selbst diejenigen, die schon seit vielen Jahren pensioniert sind. Und ich wage zu behaupten, dass auch diejenigen, die heute die Anträge von Bruno Lötscher unterstützen, über 65 sind und pensioniert sind und nun wirklich nicht auf diesen zusätzlichen Beitrag angewiesen sind. Wenn ich ihre berufliche Laufbahn anschau, vermute ich, dass sie eine sehr gute Pensionskassenlösung in der Vergangenheit schon hatten. Jetzt sollen alle eine zusätzliche Entschädigung erhalten, die wird in der Grössenordnung von insgesamt etwa einer Viertelmillion Franken pro Jahr liegen. Und das, glauben wir, ist weit von dem, was der Anzug Battaglia ursprünglich gefordert hat. Und es ist auch in einer Zeit, in der viele Menschen auch in Basel-Stadt bei knapper Kasse sind, Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, ein falsches Signal, das wir hier nach aussen senden.

Luca Urgese hat mit seinem Antrag, die Ausführungsbestimmungen zu ändern und den Grundbetrag zu reduzieren, der tatsächlich sehr kurzfristig eingetroffen ist, versucht, einen Mittelweg einzuschlagen, dass zumindest die Summe am Schluss des Tages für die Staatskasse budgetneutral oder rechnungsneutral bleibt. Wir unterstützen diesen Antrag. Trotzdem erachten wir das System dieser Vorsorge ganz generell eben für falsch und für nicht korrekt. Luca Urgese hat kritisiert – und da muss ich jetzt als ehemaliges Mitglied des Ratsbüros das Ratsbüro auch ein bisschen in Schutz nehmen – dass zu wenig Offerten vorgelegt sind. Ganz offen gestanden, das ist ja auch für eine Pensionskasse kein sonderlich attraktives Angebot, dass hier unterbreitet werden soll. Das betrifft 100 Mitglieder, das sind Kleinstbeträge, das sind dann auch Mutationen, das sind sehr unterschiedlich hohe Beträge, das ändert von Jahr zu Jahr, von Person zu Person, das rentiert sich ja für eine Pensionskasse auch nicht sonderlich. Und deshalb war unter anderem auch die Begeisterung der PKBS, immerhin «unserer» kantonalen Staatspensionskasse nun nicht sonderlich gross. Deshalb glaube ich, dass wenn wir uns für eine solche Lösung entscheiden, dass die Variante, die hier ausgearbeitet wurde mit der BVK, zumindest die vernünftigste ist. Aber machen wir uns nichts vor, diese Variante ist auch für den Parlamentsdienst mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden. Sie generieren hier Kosten auch für die Verwaltung, für diese Mutationen, für die Meldungen. Das alles erscheint uns nicht verhältnismässig zu sein.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Antrag des Ratsbüros heute entsprechend abzulehnen. Verzichten Sie darauf, den Grossratsmitgliedern eine Pensionskasse auszubezahlen, zeigen Sie Haltung gegenüber der Bevölkerung, die



wahrscheinlich grossmehrheitlich kein Verständnis hat, wenn wir uns hier heute einen solchen Betrag selber sprechen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, dieses Geschäft an das Ratsbüro zurückzuweisen, dem Wahltag der FDP-Fraktion zu folgen und dann eventualiter das Geschäft komplett abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Es gibt leider niemand anderen, der über unsere Entschädigung diskutieren kann und das führt zu dieser Situation, ja auch geschätzte Bevölkerung, die zuhört, dass wir hier drin darüber entscheiden müssen, wie unser Engagement hier in diesem Saal und darüber hinaus entschädigt wird. Ich glaube auch nicht, dass das immer die ideale Lösung ist. Wir diskutieren ja oft über Ausstand und wen was betrifft und was wir diskutieren können, aber es ist nun mal unsere Ausgangslage.

Wir haben hier diese berufliche Vorsorgelösung für uns Mitglieder des Grossen Rates vor uns liegen, nicht, weil das ein Jux des Ratsbüros war, sondern weil wir als Grosser Rat in zweifacher Abstimmung mit einer klaren Mehrheit uns für eine berufliche Vorsorge ausgesprochen haben. Wir von der Fraktion Grüne/jgb haben dieses Anliegen von Beginn an unterstützt. Ich glaube, wir müssen der Realität ins Auge sehen, dass wir hier drin mit ganz unterschiedlichen Realitäten konfrontiert sind. Es gibt unterschiedlichste Ausgangslagen von Personen, die hier drin – und darüber sind wir froh – aus unterschiedlichsten Hintergründen Politik machen, sich engagieren, dieses Amt mit Verantwortung, aber auch mit Würde ausführen. Obwohl wir dieses Milizparlament hochhalten wollen, müssen wir die Veränderungen und die Zunahme der Arbeit für Grossratsmitglieder anerkennen. Wenn wir schauen, wie die Sitzungen zunehmen, wenn wir schauen, wie der Arbeitsaufwand zunimmt, dann braucht es entweder unglaublich grosszügige Arbeitgeber:innen, die diese Ausfälle mittragen, die mittragen, dass man weniger Zeit im Büro verbringen kann, die vielleicht sogar ausserordentlich stolz darauf sind, dass sie Mitglieder in ihren Reihen haben, die sich engagieren, und die das zahlen, oder es läuft darauf hinaus, dass man die Arbeit reduzieren muss, vor allem wenn man sich in Kommissionen noch grossartig engagiert und sich wirklich reinfuchsen möchte in die komplexen Geschäfte, oder dass man neben der Ausbildung und dem Grossratsamt nicht noch zusätzlich einem Beruf nachgehen kann. Und das ist eine Realität und ich glaube nicht, dass wir diese durch eine Pauschale decken. Es gibt durchaus Pensen oder Auszahlungen im Grossen Rat an Mitglieder, die eigentlich eine gesetzliche Vorsorge verlangen würden. Natürlich ist es nicht so geregelt, aber sie über überschreiten bei weitem diesen kleinen Nebenverdienst, den wir hier immer wieder diskutieren. Und ich glaube auch, unsere Bevölkerung schafft es, dafür ein Verständnis aufzubauen und mitzugehen, wenn wir gezielt darüber informieren, was hier eigentlich bezahlt wird, welche Leistungen wir entschädigt bekommen und in welchem Verhältnis diese stehen.

Also demnach sind wir klar für diese vorgeschlagene Lösung, weil sie die Milizpolitik auch zugänglich macht. Sie macht sie nicht abhängig von Arbeitgeber:innen, die eine grosse Chance geben oder vielleicht von dem Hintergrund des Partners, der Partnerin, die dann etwas mehr tragen kann, sondern sie macht dieses Milizparlament zugänglicher und gibt eine Absicherung. Und natürlich ist es immer Eigenverantwortung, dass eine Pauschale in die Altersvorsorge gezahlt wird. Das sehe ich. Ich glaube aber nicht, dass das der richtige Weg ist. Auch für das Verständnis der Altersvorsorge, der beruflichen Vorsorge, das wir immer so hochhalten, ist es am Schluss besser, wenn etwas zwingend in eine Vorsorge eingezahlt wird, je nach Situation, als dass es Teil dieser Entschädigung ist und man es selbst übernimmt. Man kann da unterschiedlicher Meinung sein. Ich bin da ganz klar der Meinung, dass das die Vorsorge stärkt und die Absicherung verbessert.

Wir sind für diese Lösung. Wir haben sehr viel diskutiert im Ratsbüro. Ich finde es auch sehr schade, kommen diese Anträge erst so spät in die Diskussion. Ich glaube, wir hatten unglaublich viel Zeit, auch Pauschallösungen haben wir diskutiert. Vielleicht ist es ein anderes Mitglied, das diese Idee plötzlich heute hatte, aber das erschwert es uns. Wir als Fraktion werden den Änderungsantrag der FDP ablehnen, weil ganz klar ist, dass das neu zusammengesetzte Ratsbüro diese ganze Diskussion um die Entschädigungen neu führen muss und da auch noch einmal über diese Grundpauschale diskutieren kann. Aber so steht diese Zahl nicht wirklich im Verhältnis. Mit dieser Grundpauschale würde nicht zugewiesen, welcher Betrag für was steht, diese Grundpauschale steht für ganz viel. Sie steht auch für Aktenlesen, es ist eine Reiseentschädigung, es sind Spesen dabei, sie deckt ganz viele Dinge ab und ich finde es schwierig, das jetzt einfach so ohne Diskussion durchzubringen. Wir müssen auch nicht ans Büro zurückweisen. Wir haben als Büro diese Lösungen unendlich durchgekaut, es gab sehr viel Widerstand, eine solche Lösung zu machen im Büro. Wir haben sie aber trotzdem vorgeschlagen, und ich glaube, diese Diskussion findet im Büro sowieso statt, wenn wir über diese Entschädigungen, unabhängig von dieser Erhöhung, diskutieren.

Für den Änderungsantrag der Mitte geben wir nichts vor. Ich finde, das können unsere Mitglieder selber entscheiden. Es geht dabei einfach darum, dass es ein wenig sachfremd ist, insofern es dann nicht mehr wirklich einer Altersvorsorge entspricht, aber wir geben da die Hand all den Personen über 70 Jahren, dass sie nicht benachteiligt werden.



In diesem Sinne glaube ich, haben wir hier eine gute Lösung. Wir hätten uns auch gewünscht, dass diese Lösung mit der PKBS zustandekommen könnte. Das hat so nicht funktioniert und wir bitten Sie, nicht zurückzuweisen, sondern den vorliegenden Vorschlag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

Bülent Pekerman (GLP): Heute haben wir die Gelegenheit, eine strukturelle Lücke zu schliessen, die viele von uns betrifft, nämlich die Altersvorsorge für die jetzigen und künftigen Mitglieder des Grossen Rates. Und das können nur wir. Mit dem vorliegenden Bericht des Ratsbüros liegt eine pragmatische und ausgewogene Lösung von, sie ermöglicht nämlich den Anschluss an die berufliche Vorsorge für die Mehrheit der Ratsmitglieder und bietet gleichzeitig eine faire Alternative für Ratsmitglieder und für jene, die unter der Eintrittsschwelle liegen oder selbstständig erwerbend sind.

Unsere Aufgabe im Parlament ist es, Verantwortung zu übernehmen für unseren Staat, für die Zukunft und auch für uns selbst. Unsere Ratsarbeit, Oliver Bolliger hat es auch schon erwähnt, ist nicht nur ein Ehrenamt, sondern mit einem erheblichen zeitlichen und finanziellen Engagement verbunden. Viele von uns reduzieren ihr berufliches Pensum und nehmen sogar Lohneinbussen in Kauf. Die Folge davon ist eine Lücke in der beruflichen Vorsorge, die nicht nur die finanzielle Absicherung unserer Zukunft betrifft, sondern auch eine strukturelle Ungleichbehandlung gegenüber anderen politischen Mandatsträgern darstellt. Der Bund kennt bereits eine solche Regelung und auch der Kanton Zürich hat für seine Kantonsrätinnen und -räte eine funktionierende Lösung. Es ist deshalb nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu notwendig, dass auch wir in Basel-Stadt diesen Schritt zu tun.

Das Ratsbüro hat gründliche Abklärungen vorgenommen und sich für die BVK entschieden, eine Lösung, die für die meisten Ratsmitglieder zugänglich ist und gleichzeitig finanziell tragbar bleibt. Wichtig ist, dass niemand ausgeschlossen wird, das war uns sehr wichtig im Büro. Wer die Eintrittsschwelle nicht erreicht oder selbstständig ist, erhält einen fairen Ausgleich. Durch die Festlegung des Pensionierungsalters auf 70 Jahre wird zudem sichergestellt, dass möglichst viele Ratsmitglieder von dieser Vorsorgungslösung auch profitieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier nicht um Privilegien, das möchte ich betonen, sondern um eine faire und zeitgemässe Anpassung an die Realität unserer parlamentarischen Arbeit. Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünliberalen Fraktion, dem Antrag des Ratsbüros zuzustimmen und wir lehnen diese Änderungsanträge aus den bekannten bereits erwähnten Gründen ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz für die SP.

Leoni Bolz (SP): In der heutigen Zeit ist Teilzeitarbeit bei weitem keine Seltenheit mehr. Einbussen bei der Rente sind jedoch gross, wenn Teilzeit gearbeitet wird und keine Vorsorgelösung existiert. Personen mit Anstellungen bei verschiedenen Arbeitgebern werden durch die hohe Eintrittsschwelle und die mehrfach geleisteten Koordinationsabzüge ebenfalls abgestraft. Die SP steht generell dafür ein, dass die Eintrittsschwelle bei Teilzeitarbeit gesenkt und so eine Vorsorgelösung für mehr Menschen ermöglicht wird. Entsprechend soll eine Senkung auch hier nicht nur für Grossratsmitglieder, sondern für alle Kantonsangestellten angestrebt werden. Diesbezüglich hat die SP auch vor, einen Vorstoss einzureichen. Andere Pensionskassen als die PKBS zeigen denn auch, dass tiefe Eintrittsschwellen und tiefere Koordinationsabzüge möglich sind.

Das Grossratsmandat soll für alle möglich sein, ohne Angst vor finanziellen Einbussen im Alter. Die politischen Ämter verlieren heutzutage immer mehr an Attraktivität. Die Hürden sollen also nicht erhöht, sondern gesenkt werden. Mit einer Vorsorgelösung können wir mindestens eine Hürde senken. Bezüglich der Haltung gegenüber der Bevölkerung, die Joël Thüringen erwähnt hat, möchte ich darauf hinweisen, dass wir als Grosser Rat erst kürzlich 500 Millionen den Unternehmen und nicht der Bevölkerung gesprochen haben. Soweit ich mich erinnere, haben Sie diesbezüglich keine Bedenken in diese Richtung geäussert.

Die SP bittet Sie, den Vorstoss zu überweisen und bedankt sich beim Ratsbüro für die geleistete Arbeit.

Zum Änderungsantrag von Bruno Lötscher sehen wir diesbezüglich eine Schwierigkeit, dass Menschen über 70 bereits im Pensionierungsalter sind und also nicht im Alter, wo eine Altersvorsorge angespart werden muss. Auch ist es so, dass bei den Pensionskassen keine Menschen versichert werden, die über 70 Jahre alt sind. Andersherum muss man sagen, dass diejenigen Grossrät:innen, die die Altersvorsorgelösung nicht wünschen, den Arbeitgeberbetrag ausbezahlt erhalten. Insofern entsteht hier womöglich eine Diskriminierung, wenn das Geld für beliebige Zwecke ausgegeben wird und nicht beispielsweise in eine dritte Säule einbezahlt wird. Dies ist dann aber nicht im Sinne der angedachten Verwendung und jeder Person selbst überlassen. Die SP sieht aber ein, dass in einer arbeitsrechtlich ähnlichen Frage via Geschäftsordnung eine



mögliche Altersdiskriminierung stossend ist und ist daher für offen. Den Antrag der FDP, den wir 20 Minuten vor der Behandlung erhalten haben, lehnen wir aufgrund der Kurzfristigkeit ab. Die Rückweisung lehnen wir ebenfalls ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia für die LDP.

Olivier Battaglia (LDP): Da habe ich ja einiges ausgelöst. Ich möchte einfach mal ganz kurz darauf zu zurückkommen, wieso ich das überhaupt aufgebracht habe. Auf der einen Seite war die Situation, dass wir als Gemeinderäte in Bettingen eine Entschädigung erhielten, und wir haben mit dieser Entschädigung und den Stunden, die wir dort leisteten, den Schwellwert von 21'000 Franken überschritten. Die Gemeinde Bettingen als Gesellschaft war beim Kanton Basel-Stadt Vertragnehmer und konnte dort in der Pensionskasse teilnehmen. Wir waren dort im Prinzip integriert wie alle anderen Gemeindeangestellten ebenfalls, so dass wir von den Beiträgen in den Genuss kamen. Das hat nach acht Jahren Gemeinderat dazu geführt, dass ich am Schluss einen Betrag von 30'000 Franken an meine angestammte Pensionskasse überweisen konnte.

Das klingt alles super und einfach, aber das Leben ist nicht ganz so schwarz-weiss und wir haben hier verschiedene Ausgangslagen. Das Thema ist enorm komplex. Einerseits haben wir Leute, die 100 Prozent arbeiten der Arbeitgeber unterstützen die Personen, andere Arbeitgeber verlangen, dass dies aus den eigenen Rippen gezogen wird, die Zeit aufgebracht werden muss, was Lohnneinbussen zur Folge hat. Die Faktoren, die für eine Pensionskasse zählen sind nicht nur, «Toll, ich habe eine Pensionskasse!». Früher mit dem Leistungsprimat war es einfach, da wurde man unmittelbar vor Ende der Karriere befördert, damit man bessere Pensionskassenleistungen hatte. Wir sind nun bei den Beitragsprimaten. Das Geld, das wir erwirtschaften, macht nachher die Pensionskasse aus.

Unsere Situationen hier sind sehr unterschiedlich, das wurde bereits angesprochen. Es gibt Personen, die arbeiten Teilzeit. Die werden wahrscheinlich keine grosse Pensionskasse erwirtschaften können. Es gibt andere, die haben ein sehr gutes Einkommen und haben dadurch ihre Pensionskasse recht gut bestückt und haben können von recht guten Beiträgen nach der Pensionierung leben. Ein weiteres Problem ist nicht nur, dass die einzelnen Personen auch in diesem Modell unterschiedliche Beiträge erhalten würden, sondern auch, dass wir als Grossrat eine unterschiedliche Lösung haben. Da der Grosse Rat nicht, wie Joël Turing gesagt hat, ein Beruf ist, sondern mehr eine Berufung, ist es so, dass wir dort nicht als eigenständige Gesellschaft auflaufen können. Das heisst, wir hätten jetzt hier im Kanton Basel-Stadt eine Lösung für die Angestellten im Kanton, Schwellenwert 21'000 Franken, dann hätten wir noch eine spezielle Lösung für dieses Grüppchen im Grossen Rat, wo der Schwellenwert bei 14'000 Franken liegen würde. Die ganzen Faktoren, die hier mit dazu zählen, wie man das ausrechnen muss, wie das kalkuliert wird, sind sehr komplex und ich möchte mich auch beim Ratsbüro bedanken, dass man sich diese Mühe gemacht hat, so intensiv sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Jetzt hat man diese Lösung, eine zusätzliche Pensionskassenlösung ausserhalb der Kantonslösung. Es wäre schön gewesen, wenn man es geschafft hätte, das in die Pensionskasse von Basel-Stadt zu integrieren.

Ich frage mich auch, was machen Staatsangestellte, die Teilzeit arbeiten und nie auf die 20'000 Schwellenwert kommen. Die wären auch froh, wenn sie einen Schwellenwert von 14'000 Franken hätten, wo sie dann wieder etwas beitragen könnten. Denn wir bewegen uns immer mehr und mehr in eine Richtung, wo viele Leute nicht den maximalen AHV-Wert bekommen und die Pensionskassen nicht geöffnet werden, sprich, wir haben da ein gesellschaftliches Problem, das auf uns zukommt in der Zukunft, das wir irgendwie finanzieren müssen.

Aber lange Rede kurzer Sinn, die LDP hat in der Kreuztabelle ein Offen eingegeben, weil wir uns wirklich mit diesem Themen auch dank unserer Fachexperten im Umfeld Versicherungswesen auseinandergesetzt haben und einfach gesagt haben, dass die Lösung, die jetzt vorliegt, nicht fertig gedacht ist. Das sieht man auch an den Anträgen, die wir hier vorliegen haben und die LDP würde gerne das Geschäft an das Ratsbüro zurückweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich war zuversichtlich und habe mit einem Mea culpa von Oliver Bolliger gerechnet. Er hat uns da sicherlich mit guten Intentionen eingebracht und vorneweg, die Rückweisung bringt wirklich überhaupt nichts. Oliver Bolliger und die Ratsmehrheit haben dem Ratsbüro eine Mission impossible eingebracht. Durch eine Rückweisung wird nichts besser. Der verunglückte Anzug von Olivier Battaglia wäre weiterhin umzusetzen, und der war nie umzusetzen. Er forderte einen bürokratischen Aufwand, den Nachweis, dass jemand wegen dem Mandat seine Erwerbstätigkeit reduziert, Detektivarbeit für den Parlamentsdienst. Er war von Anfang an altersdiskriminierend angelegt. Was wollen Sie aus einem solchem, nicht ganz durchgedachten, aber mit guten Intentionen gemachten Vorstoss tun?



Das Ratsbüro hat Ihnen im ersten Ablauf empfohlen abzuschreiben. Ich habe damals dargelegt und wahrscheinlich nicht verständlich genug, dass im 2007 sich dieses Parlament dafür entschlossen hat, den ursprünglich auf eine Erwerbersatzordnung angelegte Entschädigungsmechanismus aufzugeben zu einem einfachen System, wo jedes Mitglied dieses Parlamentes gleichbehandelt wird. Das ist sehr einfach handhabbar. Olivier Battaglia hat gefordert, das quasi partiell wieder aufzuheben, aber ich glaube, das kann man nur, wenn man das gesamthaft das System wieder ändert. Und meine, ich war nicht in dieser Subkommission, das Ratsbüro hat das Beste aus dieser Mission impossible gemacht. Es bleiben Sachen zurück, die nicht zu korrigieren sind. Wir können nicht eine eigene Pensionskasse machen, die jetzt noch einmal eine bessere Offerte macht. Ich glaube, es ist völlig illusorisch, mit nochmaligem Einholen von Offerten ein besseres Resultat zu erhalten.

Es bleiben Ungerechtigkeiten, es ist ein nicht durchdachter Systembruch, es gibt eine gewisse Altersdiskriminierung. Ich werde persönlich ablehnen, aber ich heute geht es nur darum, Ja oder Nein zu sagen, und eine weitere Runde im Ratsbüro ist wirklich für die Füchse. Und wenn man das sagt in der Hoffnung, dass es irgendwann dann selber stirbt, dann denke ich, dass wir bei unserem System bleiben sollte. Wenn Sie das nun in Würde beerdigen, kann das Ratsbüro mit einem Vorschlag kommen, wie unter Umständen eine Anpassung der Entschädigungen an die Inflation gemacht wird. Ich glaube, wenn das Staatspersonal eine Inflationsanpassung erhält, dann ist in dem gewissen Umfang auch legitim, dass die Tätigkeiten hier entsprechend angepasst entschädigt werden.

Andererseits das Argument, dass die Attraktivität der Mitgliedschaft in unserem Kantonsparlament nachgelassen hat, scheint mir weit hergeholt. Wir hatten sehr volle Listen. Das stimmt vielleicht für eine kleine Gemeinde. Ich glaube, im Kanton Genf werden die Wahllisten überflutet. Das ist also kein sehr valables Argument. Und zu sehen, was jetzt dieses Geschäft mit dem Standortförderungsgeschäft zu tun hat, dafür reicht meine Fantasie auch nicht aus.

Also ich glaube, heute muss man einfach Ja oder Nein sagen. Die Zwischenlösungen bringen relativ wenig und ich glaube, das Ratsbüro und vor allem die Subkommission haben gute Arbeit gemacht. Mehr lässt sich nicht herausholen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das Geschäft ist ein schwieriges, weil es halt irgendwie unpassend ist. Ich glaube, es passiert immer mehr, dass wir die Ratstätigkeit als Arbeit anschauen und sie ist es halt nicht. Es ist eine Tätigkeit in nicht dem Arbeitsvertrag angeglichen ist, sondern es ist das klassische *nobili officium*, und deshalb passen diese Dinge, die auf das Arbeitsrecht zugeschnitten sind, eigentlich nicht oder nur begrenzt auf uns. Und deshalb habe ich hier mit meinem Änderungsantrag den Finger darauf gelegt, um zu zeigen, dass so, wie wir das jetzt machen, so wie das jetzt vorgesehen ist, wir eigentlich eine verkappte Erhöhung der Sitzungsgelder vorsehen und die älteren Ratsmitglieder sind einfach das Feigenblatt gewesen, um das zu verstecken oder zu vertuschen, weil die sind ja dann davon ausgenommen, also ist es Vorsorge. Es ist Vorsorge und nicht Sitzungsgelderhöhung.

Wenn wir aber die Lösung, wie sie gemacht oder vorgeschlagen wird, genau anschauen, ist es eben so, dass es ganz viele verschiedene Varianten gibt. Es gibt die Mitglieder in diesem Rat, die darauf verzichten können, dieser Vorsorge beizutreten. Es gibt Mitglieder, aber die bekommen dann eine Art Sparbeitrag am Ende des Jahres. Es gibt Mitglieder im Rat, die die Eintrittsschwelle nicht erreichen, also auch nicht die Vorschriften erfüllen, die bekommen dann am Ende des Jahres einen Sparbeitrag ausbezahlt, ohne irgendwelche Auflagen, wie das Geld zu verwenden ist. Und dann gibt es noch die, die schon 70 Jahre alt und mehr sind, aber für die brauchen wir ja nichts mehr, selbstverständlich, da ist der Vorsorgefall eingetreten, die sind sowieso abgesichert. Also die lassen wir dann draussen und dann ist es eine Vorsorgelösung. Und genau die beiden Beispiele vorher zeigen, dass es eben eine massiv diskriminierende Lösung ist. Wie lässt sich denn rechtfertigen, dass wir hier in diesem Saal unterschiedliche Sitzungsgelder ausbezahlen?

Faktisch erhalten künftig die über 70-Jährigen einfach weniger Sitzungsgeld, sonst müsste man auch die anderen beiden Ausnahmen, nämlich diejenigen, die freiwillig darauf verzichten können, weil sie noch nicht 70 Jahre alt sind und diejenigen, die die Eintrittswelle nicht erreichen, weil sie also auch nicht unter die BVG-Pflicht fallen und einen bekommen können. Sonst müsste man die halt auch ausnehmen von dieser Vorsorgelösung. Wollen wir das, weil viele vielleicht profitieren können zu Lasten der älteren Mitglieder, einfach so durchgehen lassen? Mich stört das einfach.

Jetzt bin ich natürlich ein älteres Mitglied dieses Rates. Aber mich stört das, dass so locker Altersdiskriminierungen stattfinden. Immer mehr, an immer mehr Orten erlebe ich das, und ich bitte Sie einfach darum, hier ein Augenmerk darauf zu legen, dass wenn wir so, wie wir das jetzt geplant haben, weiterfahren, dann trifft das ja nur ein paar wenige. Wenn wir dann den Vorschlag von Luca Urgese noch nehmen, wird übrigens diese Altersdiskriminierung noch verdoppelt, weil nämlich dann noch der Beitrag gekürzt wird und dann bekommt man den gekürzten Beitrag als über 70-Jähriger gar nicht ausbezahlt. Also Sie sehen, die ganze Vorlage ist wirklich gut gemeint. Aber sie passt einfach nicht zu unserer Tätigkeit.



Wahrscheinlich hat David Jenny Recht, dass das Gescheiteste wäre zu sagen, sind wir doch ehrlich, wir sind Parlamentarier, wir müssen es über die Grundentschädigung lösen, über die Pauschale lösen und denken wir neu, und lehnen wir heute ab. Das ist aber wohl nicht realistisch. Vielleicht ist realistischer der Vorschlag von Luca Urgese, die Rückweisung zu unterstützen, um zu sagen, machen wir doch eine Lösung, mit der wir nicht Parlamentarier von zweiter Klasse kreieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Franz-Xaver Leonhardt und Sasha Mazzotti. Sie werden angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wenn ich deinem Votum zugehört habe, dann habe ich gemeint herauszuhören, dass das eher ein Rückzug von deinem Änderungsantrag ist und ein Abschreiben des Geschäfts und ein Neuanfang. Habe ich das so richtig verstanden?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Weil es so schwierig ist, sind wir ja immer leicht überfordert, weil es ja schnell gehen muss. Deshalb bin ich grundsätzlich für die Rückweisung.

Sasha Mazzotti (SP): Sie haben vorhin von Altersdiskriminierung gesprochen und das kann ich nachvollziehen in gewissen Dingen. Jetzt ist es so, dass es ja Ratsmitglieder gibt, die arbeiten und weniger Prozent arbeiten können, weil sie hier im Parlament sind. Betrifft es denn auch Leute über 70, die ein anderes Pensum fahren müssen, weil sie im Rat sind?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich glaube die Optik ist falsch. Wenn wir sagen, wir sind wie Arbeitnehmer, dann ist eigentlich auch der über 70-Jährige hier drin nicht pensioniert, sonst würde ich ja nicht hier stehen. Also die Optik, die Sie aufbringen, ist die der Arbeitnehmer draussen oder der Arbeitgeber draussen, aber für die Lösung hier ist es der Arbeitgeber Kanton für uns und da ist niemand pensioniert, sonst wäre er gar nicht hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben uns hier ein Thema ausgesucht, das fast alle hier überfordert. Das BVG-Gesetz gibt es seit 1985, mit ihm haben sich schon unzählige Professoren auseinandergesetzt. Das Stimmvolk hat schon 100 Mal zugestimmt und wieder abgelehnt. Wir benutzen jetzt genau das Produkt, genau diesen Weg, um allenfalls unsere Entschädigung zu erhöhen. Das scheint mir der komplett falschen Weg zu sein. Das Ratsbüro hat alles probiert, um etwas vorzulegen, wofür man einen Arbeitgeber bräuchte. Das ist nicht der Fall. Wir haben ja gar keinen Arbeitgeber. Folglich sind wir auch nicht Arbeitnehmer. Dann können wir eigentlich gar kein BVG anwenden, und doch sollten wir es irgendwie machen, weil wir eine Entschädigung brauchen, weil wir nicht mehr so viel arbeiten können.

Das hört nicht mehr auf, da können wir zehn Spezialisten fragen und wir werden zehn verschiedene Meinungen hören. Vielleicht sind es auch nur acht. Die 70-Jährigen sind natürlich ausgeschlossen. Die unter 25-Jährigen werden eigentlich auch ausgeschlossen, mindestens beim Sparbeitrag. Also müsste man da wieder eine separate Lösung finden. Dann gibt es den Koordinationsabzug, an dem wir auch herumschrauben, das sollen jetzt plötzlich nur noch 14'000 Franken sein. Aber dann müssten wir eigentlich alle Staatsangestellten auch auf 14'000 Franken heruntersetzen. Das könnten wir gar nicht mehr bezahlen.

Also Fragen über Fragen. Und wir sitzen hier und drücken am Schluss nach unserer politischen Gesinnung ein Knöpfchen links oder rechts. Alle denken, das ist doch lustig, wir erhalten im Durchschnitt 2'400 Franken mehr. Das ist doch nicht der Punkt. Wir können nicht so ein Produkt benutzen, um unsere Entschädigung zu erhöhen. Das ist wirklich total das falsche Produkt.

Und jetzt rede ich nicht einmal von den Folgen. Ein UVG haben wir wahrscheinlich auch nicht, also da kämen noch ganz andere Sachen hinzu. Darum, ich bin total dafür, auch wenn das von meinem Parteikollegen kommt, dass das Geschäft abgeschrieben wird und zurückweisen bringt überhaupt nichts. Entweder Ja oder Nein, oder es wird extrem kompliziert. Das kann ich Ihnen garantieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Olivier Battaglia gemeldet.



Olivier Battaglia (LDP): Ich möchte nur noch auf einen Punkt hinweisen aus dem Bericht. Im Kapitel 3.7 ist auch die Variante aufgezeigt, wenn dieses Geschäft abgelehnt wird, was das Ratsbüro dann als Alternative vorgesehen hat, dass man nämlich dann die Sitzensitzungsgelder analysiert. Einfach, dass man hier nicht einfach nur schwarz weiss sieht. Das Ratsbüro hat schon einen Plan B vorgeschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an den stellvertretender Sprecher des Ratsbüros.

Claudio Miozzari (SP): Besten Dank für die spannende Debatte und die Würdigung der Arbeit des Ratsbüros und der Subkommission.

Ich möchte nur Stellung nehmen zum «nicht fertig gedacht» und zu der ganzen Unklarheit. Natürlich ist das BVG komplex und auch diese Lösung bedeutet viel Rechnen, aber es ist nicht so, dass die Lösung, die Ihnen vorgeschlagen wird, nicht fertig gedacht ist. Es ist eine sehr konkrete Lösung, es ist ganz eine konkrete Offerte, da ist alles definiert. Da stellen sich dann keine rechtlichen Fragen, wie das umgesetzt werden muss.

Ich möchte auch sagen, dass wir relativ viel Arbeit investiert haben. Es gab auch eine Konferenz der Parlamentsleitung extra zum Thema BVG. Das war sehr interessant, dass das wirklich national ein Thema ist und wir haben alle aktuell vorliegenden Lösungen mit einbezogen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an das Ratsbüro wurde durch Luca Urgese und weitere beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an das Ratsbüro, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006189, 26.03.25 10:48:35]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 62 gegen 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Somit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, GO, Seite 9 des Berichts.

Titel und Ingress

I § 9 Abs. 3 geändert.

§ 9a neu

§ 9b neu. Hier liegt ein Änderungsantrag von Bruno Lötscher vor. Er möchte einen Teil in Absatz 1 durch eine neue Formulierung ersetzen. Der Antrag wurde Ihnen ausgeteilt. Ich eröffne dazu die Debatte. Das Wort hat Antragsteller Bruno Lötscher. Er verzichtet. Gibt es weitere Sprechende? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.



Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006191, 26.03.25 10:49:59]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Änderungsantrag ausgesprochen mit 61 gegen 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ich fahre weiter.

§ 18 Abs. 2 lit. m neu.

II Änderung anderer Erlasse.

III Aufhebung anderer Erlasse.

IV Schlussbestimmung.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 30 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006193, 26.03.25 10:50:50]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 9 Abs. 3 (geändert)

3 Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten zusätzlich einen jährlichen Grundbetrag. Mit dem jährlichen Grundbetrag werden die Aufwendungen für Aktenstudium, Partei- und Öffentlichkeitsarbeit, Verpflegung, Erwerbsausfall, Betreuungsaufgaben, sonstige Inkonvenienzen, Versicherung und dergleichen abgegolten.

§ 9a (neu)

Berufliche Vorsorge

1 Der Kanton versichert die Mitglieder des Grossen Rates bis zum vollendeten 70. Altersjahr gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität bei einer Vorsorgeeinrichtung. Die Versicherung ist freiwillig für Mitglieder des Grossen Rates, die einen selbstständigen Haupterwerb ausüben.

2 Der Kanton finanziert drei Fünftel der Spar- und Risikobeiträge und fünf Siebtel allfälliger Sanierungsbeiträge.

3 Ein Ausscheiden aus dem Grossen Rat vor der Vollendung des 70. Altersjahres hat keine besonderen Leistungen zur Folge.

4 Die Leistungen gemäss Abs. 2 beziehen sich auf die jährlichen Sitzungsgelder, sofern diese Sitzungsgelder mehr als die Hälfte der maximalen jährlichen AHV-Altersrente gemäss Bundesgesetzgebung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung betragen. Die Leistungen beziehen sich auch auf den Koordinationsabzug, der den pauschal bestimmten Zeitaufwand für das parlamentarische Mandat berücksichtigt.

5 Das Ratsbüro des Grossen Rates bestimmt die entsprechende Vorsorgeeinrichtung.



§ 9b (neu)

Ausnahmen von der beruflichen Vorsorge

1 Mitglieder des Grossen Rates, die der Versicherung nicht angehören, erhalten am Ende jedes Amtsjahres anstelle der Leistungen gemäss § 9a einen Vorsorgebeitrag in der Höhe des Arbeitgeberbeitrags gemäss § 9a Abs. 2 auf den jährlichen Sitzungsgelderbetrag gemäss § 9a Abs. 4.

2 Mitglieder des Grossen Rates, deren jährliche Sitzungsgelder die Hälfte der maximalen jährlichen AHV-Altersrente nicht übersteigen, die aber aufgrund einer anderen versicherten Tätigkeit der vom Ratsbüro bestimmten Vorsorgeeinrichtung angehören, werden gemäss § 9a versichert.

§ 18 Abs. 2

2 Es hat neben den sonst in diesem Gesetz genannten insbesondere die folgenden Aufgaben:

m) (neu) es ist für die Ausgestaltung und Wahl der Vorsorgeeinrichtung der beruflichen Vorsorge zuständig.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und das Ratsbüro bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Wir fahren fort in der Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Seite 11 des Berichts

Titel und Ingress.

I § 11: Hier liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Sie beantragen, den Grundbeitrag von 6'000 Franken auf 3'600 Franken zu reduzieren. Der Antrag wurde Ihnen verteilt. Ich eröffne auch hierzu die Debatte. Der Antragsteller verzichtet auf eine Begründung, der Sprecher des Ratsbüros ebenfalls. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit kommen wir schon zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 77 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006195, 26.03.25 10:52:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 77 gegen 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

§ 11a (neu)

§ 11b (neu).

II Änderung anderer Erlasse



III Aufhebung anderer Erlasse

IV Schlussbestimmung

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 29 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006197, 26.03.25 10:52:54]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006 [1] (Stand 1. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 11a (neu)

Zuständigkeiten berufliche Vorsorge

1 Das Ratsbüro des Grossen Rates erteilt der Vorsorgeeinrichtung die Auskünfte über die versicherungspflichtigen Mitglieder des Grossen Rates, die nötig sind für die Durchführung derer Vorsorge, insbesondere für die Führung der Alterskonten und die Berechnung der Beiträge.

2 Das Ratsbüro legt auf Beginn einer neuen Legislatur den Zeitaufwand für das parlamentarische Mandat fest.

§ 11b (neu)

Vorsorgebeitrag

1 Das Ratsbüro entscheidet über die Auszahlung eines Vorsorgebeitrags gemäss § 9b GO auf begründetes Gesuch hin.

2 Die Mitglieder des Grossen Rates informieren das Ratsbüro über Aufnahme oder Beendigung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit während der Legislatur.

3 Der Vorsorgebeitrag wird am Ende jedes Amtsjahres ausbezahlt.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; das Ratsbüro bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 61 gegen 29 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug Olivier Battaglia als erledigt abzuschreiben.

Das Ratsbüro verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug als erledigt abzuschreiben.



30. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK

[26.03.25 10:53:12, 16.5314.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für die JSSK hat das Wort deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK zu unserem Bericht zu diesem Anzug. Es ist etwas üblich, dass Anzüge vom Grossen Rat an eine Kommission überwiesen werden, um zu prüfen und zu berichten. Das ist in diesem Falle geschehen, weil er auch schon eine etwas längere Geschichte hinter sich hat und die Regierung auch immer eine etwas ablehnende Haltung hatte gegenüber diesem Anliegen. Er wurde uns zu einem anderen Geschäft, das einfach um die Missverständnisse zu verhindern. Wir haben ihn zu Beginn zusammen mit dem Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen behandelt. Zu diesem Anzug haben wir dem Grossen Rat bereits vor ein paar Monaten berichtet und haben beantragt, ihn stehen zu lassen. Dieses Anliegen wird dann von der Verwaltung aufgenommen in der anstehenden Teilrevision des Wahlgesetzes. Die Verwaltung wird das Anliegen auch in der Vernehmlassung abfragen, und wir als JSSK werden zu diesem Geschäft dann später wieder berichten, im Rahmen der Teilrevision des Wahlgesetzes. Dort konnten wir also klar aufgleisen, dass das Anliegen jetzt zeitnah auch gesetzlich umgesetzt wird.

Bei diesem vorliegenden Anzug ist es ein bisschen komplexer, auch weil es hier doch an demokratiepolitischen Grundfragen rüttelt, wobei auch wir in der JSSK jetzt auch durchaus Vor- und Nachteile geprüft haben, aber nicht eine ganz klare Haltung hatten, sondern es durchaus auch Stimmen gab, die eigentlich der Meinung sind, man sollte bei der jetzigen Gesetzeslage bleiben. Wir sind jetzt der Meinung, dass wir die Fragen geprüft haben und jetzt auch inhaltliches Futter mit unserem Bericht liefern, damit die politische Diskussion weitergeführt werden kann. Wir beantragen hier aber jetzt Abschreiben des Anzugs, eben weil ein Teil der Kommission dem Anliegen eher kritisch gegenübersteht, andererseits aber auch, weil wir der Ansicht sind, dass das wirklich eine ganz zentrale demokratiepolitische Grundfrage ist, die gut diskutiert werden muss und wir es deshalb besser finden, wenn Grossrät:innen, die das weiterverfolgen wollen, hier einen neuen Vorstoss machen, der Vorstoss stammt doch von 2016. Der neue Vorstoss könnte dann auch wirklich die Erkenntnisse aus unserem Bericht einbeziehen, beispielsweise sehr genau in einer neuen Motion von der Regierung fordern, wie das Gesetz gemacht werden soll oder auch noch mal die Vorlage an die JSSK überweisen, wenn dann der Grosse Rat möchte, dass die JSSK diese Vorlage ausarbeitet. Für uns war es einfach wichtig, dass das Anliegen doch noch einmal im Grossen Rat ganz grundsätzlich diskutiert wird.

Wenn heute der Regierungsrat die rechtliche Zulässigkeit einer Initiative abgeklärt hat und Stellung genommen hat zum weiteren Vorgehen, kann der Grosse Rat zwei Sachen machen kann. Einerseits können wir eine Initiative ihm direkt dem Volk vorlegen oder wir können sie dem Regierungsrat oder der Kommission zur Berichterstattung überweisen. Wenn wir den zweiten Weg wählen via Regierungsrat oder Grossratskommission, führen wir nach deren Berichterstattung hier eine ausführliche Debatte und der Grosse Rat kann dann auch Stellung nehmen und eine Abstimmungsempfehlung machen. Basierend auf diesen Berichten entsteht dann das Abstimmungsbüchlein als Produkt. Die Staatskanzlei oder der Regierungsrat machen eine kurze sachliche Erklärung der Vorlage, mit der die Argumente auch der gegnerischen Seite dargelegt sind, aber die auch vorwiegend auf der Berichterstattung des Regierungsrates beruht. Die andere Option, und um die geht es bei diesem Anzug, ist, dass wir eine Vorlage direkt vors Volk schicken können, ohne die Runde über Regierung oder Kommission zu machen. Und gemäss Stand heute dürfen wir dann aber nicht darüber diskutieren, ob wir die Initiative zur Annahme empfehlen oder nicht. Dieses Recht haben wir uns heute nicht gegeben und genau das will dieser Anzug ändern.

In diesem Fall stellt dann auch weiterhin der Regierungsrat das Abstimmungsbüchlein zusammen, er erläutert oder fasst die Argumente zusammen. Es gibt dann aber keine inhaltliche Stellungnahme der Regierung oder des Grossen Rates, keine Darstellung von Pro und Kontra aus Sicht von Behörden. Der Anzug möchten das ändern.

Wir haben dann auch beschlossen, wie so etwas aussehen könnte. Man müsste im Grossen Rat diese Diskussion führen. Der Ablauf der Debatte wäre anders, zuerst würden wir entscheiden, dass es keinen Bericht von der Regierung gibt, dass es direkt vors Volk geht, und dann in einem nächsten Schritt müssten wir diskutieren, ob wir die Initiative ablehnen oder die Annahme empfehlen wollen.

Wir haben auch diskutiert, dass das nachher im Abstimmungsbüchlein steht und dass dies beispielsweise mit dem Stimmverhältnis publiziert würde. Dann würde die Stimmbevölkerung auch sehen, mit welchem Stimmverhältnis diese



Empfehlung gemacht worden ist. Wir würden dann der Meinung sein, dass es einen Link braucht auf die Grossratsdebatte, aber es gäbe keine Zusammenfassung der Grossratsdebatte, da dies durchaus heikel wäre, eben weil die Grossratsdebatte nicht auf einem Bericht fungiert, sondern auf den verschiedenen Argumenten, die in dieser Zeit dann entstehen.

Die Verwaltung hat in der Kommissionsberatung weiterhin gesagt, dass sie eigentlich gegen dieses Anliegen ist. Aus ihrer Sicht, und das war vor allem eine juristische Argumentation, steht dies im Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung, die Behörden müssen zwar nicht neutral sein, sie müssen aber sachlich sein und eine Abstimmungsempfehlung ohne eine Berichtsgrundlage genüge diesem Punkt der Sachlichkeit nicht. Zweitens haben sie vor allem rechtsstaatliche Bedenken, also dass dann die politische Debatte weniger fundiert sei ohne eine Berichterstattung als Grundlage, was demokratiepolitisch schlecht sei.

Wir haben uns dann an vier Sitzungen mit der Vorlage auseinandergesetzt, die Staatskanzlei war vor allem vertreten. Wir haben dann sehr kontrovers diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir insbesondere diese juristische Argumentation, also dass eine Abstimmungsempfehlung ohne Bericht als Grundlage unsachlich und somit bundesrechtswidrig, genauer anschauen wollen. Und das haben wir dann auch gemacht und haben ein Hearing durchgeführt mit Dr. iur. Lukas Schaub, Dozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der ZAHW, den wir übrigens vor Kurzem als nebenamtlichen Richter ans Appellationsgericht gewählt haben. Er hat uns dann dargelegt, dass er die konträre Perspektive hat als die Verwaltung. Eine solche Empfehlung ist durchwegs mit der Bundesverfassung und der Rechtsprechung vereinbar. Es gibt keine verfassungsrechtliche Pflicht, überhaupt Abstimmungserläuterungen zu machen. Zudem sei eine Abstimmungsempfehlung halt ein politischer Akt und abzugrenzen ist von der Abstimmungsinformation, die wiederum einer rechtlichen Kontrolle durchaus zuzuführen ist. Wir sind dann eben auch mit dieser Expertise zum Schluss gekommen, dass das Anliegen klar rechtlich zulässig ist, aber die grosse Frage ist weiterhin, ob es demokratiepolitisch gewollt ist oder nicht. Die Verwaltung hat dann diese Unterscheidung des Experten zwischen dem politischen Akt der Abstimmungsempfehlung und dem sachlichen Akt der Abstimmungserläuterung kritisiert und steht weiterhin auf ihrer Position.

Wir haben dann verschiedene Aspekte diskutiert. Es ist ja weiterhin so, dass der Regierungsrat auch in einer Debatte, die ohne Bericht erfolgt, durchaus informieren darf, also eigentlich intervenieren darf in einer öffentlichen Diskussion, die mit falschen Zahlen zum Beispiel kursiert und dürfte auf die richtigen Zahlen hinweisen. Wir haben dann aber durchaus auch die Schwierigkeit der Verwaltung gesehen, dass wenn der Regierungsrat gar nie den Auftrag erhält, einen Bericht zu machen zu einer Vorlage, er dann möglicherweise diese richtigen Zahlen gar nicht erarbeitet hat. Wir haben dann die Verwaltung gefragt, wieso sie solche Abklärungen nicht einfach machen, auch wenn sie nicht den Auftrag zur Berichterstattung erhalten, sondern einfach weil es demokratiepolitisch wichtig ist, genau zu wissen, welche zum Beispiel die finanziellen Auswirkungen einer Vorlage sind. Die Verwaltung hat die Meinung vertreten, dass dafür die Zeit fehlt, sie haben drei Monate für die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und für Überlegungen, ob die Regierung berichten möchte zur Initiative oder nicht, und dass sie nicht die gleichen Abklärungen machen können, die sonst im Rahmen der Berichterstattung von sechs Monaten passieren. Wir haben weiter diskutiert, ob man das Anliegen auf Vorlagen einschränken könnte, die nicht komplex sind, haben das aber auch relativ schnell wieder verworfen, weil das letztlich nicht zu definieren ist und das Parlament vielleicht auch bei einer durchaus komplexen Vorlage eine schnelle Weichenstellung des Volkes zu einer Frage haben möchten.

Für die JSSK ist es klar, die Willensbildung der Stimmberechtigten in ihrer Komplexität und Ernsthaftigkeit stattfinden lassen zu können, ist wichtig. Da tragen wir eine Verantwortung. Die sachliche und ausgewogene Information durch die Behörden ist auch wichtig, dazu gehört auch der Grosse Rat, doch sieht die JSSK auch, ein Abstimmungsbüchlein bei einer Vorlage ohne Bericht durch die Regierung oder Kommission eine einfache Abstimmungsempfehlung mit Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses durchaus sehr hilfreich und eine Orientierungshilfe sein könnte für die Stimmberechtigten. Heute ist es so, dass es in keinem Kanton der Schweiz die Möglichkeit gibt, eine Initiative dem Volk vorzulegen, versehen mit einer Abstimmungsempfehlung durch das Parlament. Soll Basel hier vorausgehen und das einführen, weil es eben bedauerlich ist, wenn der Grosse Rat sich dann nicht äussern darf, oder gibt es berechnete rechtsstaatliche Gründe, wieso das andere Kantone nicht machen und Basel-Stadt das vielleicht auch nicht tun sollte.

Wir sind zur etwas ambivalenten Haltung gekommen, dass wir gewisse Vor- und Nachteile sehen. Schlussendlich ist es hier eine politische Frage, die wir zu beantworten haben, die auch ausführlich diskutiert werden soll. Deshalb sind wir dann eigentlich zum Schluss gekommen, dass wir unseren Auftrag erfüllt haben, wir haben die Inhalte geprüft, wir haben eine Abklärung vorgenommen über Vor- und Nachteile und sie hier vorgelegt, wir sind möchten jetzt aber beantragen, den Anzug als erledigt abzuschreiben, mit der Aufforderung, wenn die Grossrät:innen das wollen, das Anliegen mit einem neuen Vorstoss einzubringen, um eben auch sicherzustellen, dass unabhängig von den juristischen Aspekten auch diese demokratiepolitische Diskussion wirklich fundiert geführt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionsprecher ist Luca Urgese.



Luca Urgese (FDP): Ich möchte gerne eröffnen mit einem Dank an die JSSK und auch an die Präsidentin der JSSK, die diese Fragen sehr sorgfältig abgeklärt haben und jetzt auch hier begründet haben, wie die Kommission zu diesen Schlüssen gekommen ist.

Jetzt wissen wir nach nota bene neun Jahren der Abklärung, dass wir Abstimmungsempfehlungen abgeben dürfen, auch wenn wir nicht betreut werden durch den Regierungsrat. Wir dürfen das, wenn wir das wollen. Es gibt eigentlich zwei Fragen, die sich mit diesem Anzug stellen: Sind wir in der Lage, über eine Initiative ohne den Regierungsrat zu diskutieren? Ich war immer ein bisschen verwundert über diese etwas staatspaternalistische Haltung des Regierungsrates, dass wir, wenn wir keinen Bericht bekommen, der uns über die Folgen einer Initiative aufklärt, nicht richtig diskutieren und uns eine Meinung bilden können, die wir denn dann auch dem Volk entsprechend zukommen lassen. Und die zweite Frage ist: Kann dann der Regierungsrat eine Empfehlung im Abstimmungsbüchlein begründen, wenn er vorher nicht selber Bericht erstattet hat? Und auch das ist doch ziemlich offensichtlich, dass es möglich ist, dass wir hier drin eine Debatte führen, dass wir uns eine Meinung bilden. Das ist das, was wir ja an jeder Sitzung hier machen. Wir bilden uns im Vorfeld eine Meinung, tragen diese hier vor, und wieso der Regierungsrat nicht in der Lage sein sollte, aus dieser Diskussion eine sachliche Information an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu formulieren, hat sich mir ohnehin nie erschlossen.

Jetzt kann ich verstehen, dass die JSSK sagt, wir haben das jetzt sorgfältig abgeklärt, wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das hat uns jetzt gesagt, wir dürften das, aber wir bräuchten nochmals ein explizites Mandat des Parlamentes, wenn wir jetzt in die Gesetzgebungsarbeit steigen soll. Und da möchte ich einfach nochmals in Erinnerung rufen, es ist ja eher unüblich, dass man die Gesetzgebungsarbeit von Grund auf an eine Kommission überträgt, aber das hat jetzt von der Geschichte dieses Vorstosses her schon einen Grund, nämlich dass der Regierungsrat das einfach unbedingt nicht will. Und das hat dann letztendlich dazu geführt, dass wir diesen Anzug an die JSSK überwiesen haben, wenn Sie so wollen, ein bisschen am Regierungsrat vorbei.

Dieses Mandat des Parlaments kann das so behandeln, wie es die Kommissionspräsidentin begründet hat, man hätte das auch so tun können, dass man dem Grossen Rat den Entscheid unterbreitet, wenn der Grosse Rat diesen Anzug jetzt stehen lässt, dann verstehen wir das als Auftrag, in diese Gesetzgebungsarbeit einzusteigen und wenn der Grosse Rat diesen Anzug abschreibt, dann verstehen wir das so, dass das nicht entsprechend erwünscht ist. Das wäre aus meiner Sicht die effiziente Variante gewesen. Natürlich kann ich jetzt, sollten Sie diesen Vorstoss abschreiben, mit einem neuen Vorstoss kommen. Dann werden halt die politischen Mühlen nochmals mahlen. Das wird eine entsprechende Zeit in Anspruch nehmen, ich erinnere nochmals daran, dieser Vorstoss stammt aus dem Jahr 2016, wir diskutieren seit neun Jahren über diese Frage, ob wir das machen sollen oder nicht.

Ich glaube, jeder und jeder hier drin war inzwischen in der Lage, sich hierzu auch eine Meinung zu bilden. Der Regierungsrat traut uns das offensichtlich nicht zu und wir sollten jetzt meiner Meinung nach zum Ausdruck bringen, dass wir uns das eben durchaus schon entsprechend zutrauen. Hier sollten wir diesen Zeitverlust, der damit verbunden ist, vermeiden. Am Schluss landet es dann ja ohnehin wieder bei der JSSK, die sich dann mit diesem Geschäft wieder auseinandersetzen darf, vorausgesetzt natürlich, dass Sie uns diesen Vorstoss natürlich überweisen. Also lassen Sie uns die entsprechende Abkürzung nehmen. Da sind wir deutlich effizienter.

Und jetzt an die, die im Moment vielleicht noch ein bisschen unentschlossen und skeptisch sind. Sie haben ja, wenn Sie den Anzug stehenlassen, noch nicht präjudiziert. Damit ist das Gesetz ja da noch nicht beschlossen, sondern Sie können dann im Rahmen der Gesetzesberatung sich noch definitiv die Meinung bilden, ob Sie diese Abstimmungsempfehlung durch den Grossen Rat wollen oder nicht. Also ich bitte Sie lassen Sie uns nicht nochmals nach neun Jahren das ganze Prozedere von vorne durchlaufen lassen, seien wir effizient. Ich bitte Sie, lassen Sie diesen Anzug stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht die Sprecherin der JSSK das Wort? Sie hat es.

Barbara Heer (SP): Besten Dank auch für das Votum von Anzugssteller Luca Urgese. Vielleicht noch ganz kurz zu den Argumentationsebenen: Wir hatten durchaus die Wahrnehmung, dass es auch ein Stückweit um Befindlichkeiten ging und das Machtverhältnis zwischen dem Grossen Rat und dem Regierungsrat in die Diskussion hineingespielt hat. Der Anzugssteller hat es als staatspaternalistische Haltung des Regierungsrat bezeichnet. Wir haben das in unserer Diskussion auch bewusst bemüht, diesen Aspekt etwas beiseite zu lassen und es wirklich demokratiepolitisch anzuschauen.

Dann erlaube ich mir eine kleine formale Bemerkung. Tatsächlich hätte man jetzt auch den Weg wählen können, im Rahmen desselben Anzug hier weiterzuarbeiten. Wir hatten durchaus aber etwas die Befürchtung, dass die Diskussion vielleicht ein bisschen weniger ausführlich geführt wird mit einem neuen Geschäft, weil es eben doch ein etwas älteres ist, und dann ist es natürlich im Interesse einer effizienten Kommissionsberatung, ohne hier jemandem zu nahe treten zu wollen, wenn die Fraktionen sich untereinander bei diesem Anliegen auch ansprechen. Tatsächlich sind wir davon ausgegangen, dass dieser Weg, den wir beschreiten, mit dem Anzugsteller abgesprochen war. Das würde ich bei einem nächsten Anzug in meiner präsidialen Rolle wohl selber einfach machen, um sicher zu sein, dass das auch entsprechend aufgegleist ist.



Auch wenn Sie jetzt diesen Anzug abschreiben, positionieren Sie sich nicht für oder gegen das Anliegen, sondern für einen bestimmten Weg, nämlich dass wir jetzt diese Frage angeschaut haben, dass sie wichtig ist und wir als Grosser Rat es dann einfach nochmals diskutieren würden, falls ein neuer Vorstoss kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung. Luca Urgese beantragt, den Anzug stehen zu lassen und die JSSK beantragt, ihn abzuschreiben. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag JSSK, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Luca Urgese

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006200, 26.03.25 11:14:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 70 gegen 25 Stimmen.

31. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR

[26.03.25 11:14:17, 17.5209.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben und ich komme vielleicht kurz eingangs zu der Begründung, weshalb wir das beantragen. Wir haben seit der letzten Anzugsbeantwortung die Anzahl dieser Aufstellbereiche für Velofahrende unmittelbar vor einer Kreuzung mit einer Lichtsignalanlage um weitere zwölf auf jetzt insgesamt 46 Aufstellflächen erhöht. Darüber hinaus ist auch bei anstehenden Projekten mittlerweile standardmässig inkludiert die Prüfung, ob und wann solche Aufstellflächen für Velofahrende eingerichtet werden können.

Eine flächendeckende Einführung, so wie der Anzugsteller es fordert, ist allerdings nicht möglich. Denn es muss auch die Gegebenheit vorhanden sein, so etwa die Fahrstreifenbreite, um solche Vorhaben auch zu realisieren. Und wir wissen alle, wir sind in unserer Stadt in einer gebauten Stadt unterwegs. Wir optimieren, wo wir können durch Anzeichnen oder eben auch durch bauliche Massnahmen, aber flächendeckend wird nicht möglich sein auch aufgrund der Platzverhältnisse

Das ist eigentlich der Grund, weshalb wir der Meinung sind, wir könnten diesen Anzug abschreiben, aber natürlich in den Grundauftrag und in jede bauliche weitere Veränderung oder in jede Prüfung miteinbeziehen, wo wir doch noch weitere solche Aufstellflächen realisieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb und der BastA-Fraktion beantrage ich, diesen Vorstoss stehen zu lassen. Es wurde bereits gesagt von Regierungsrätin Stephanie Eymann, Dank des Anzugs hat sich einiges



bewegt. Es wurde auch einiges unternommen. Es wurden zahlreiche Aufstellflächen vor Lichtsignalanlagen, vor Ampeln markiert. Das bringt deutlich mehr Sicherheit. Die Velofahrenden spüren das alltäglich. Es würden auch Massnahmen gegen Dooring-Unfälle gemacht, zum Beispiel in der Allschwilerstrasse oder der Neuweilerstrasse. Es wurden auch die gefährlichen Parkplätze neben den Tramgleisen aufgehoben und auch in der Kannenfeldstrasse wurden Parkplätze um einen halben Meter verschoben, was sehr zu begrüssen ist, da diese sehr einfache Massnahme auch tatsächlich direkt eine Auswirkung hat und Velofahrende vor Dooring-Unfällen schützt.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass noch nicht alle Low Hanging Fruits geerntet wurden, beispielsweise alle die von Basel Westen hin zum Bahnhof fahren auf den Velostreifen, kennen die Situation dort, das Problem mit den sehr schmalen Velostreifen und den gerade nebenan sich befindenden Parkplätzen ist nicht nur in der Kannenfeldstrasse vorhanden, sondern auch weiter vorne. Deshalb könnte man dort durchaus noch mehr Sicherheit schaffen. Die Zahlen des Veloverkehrs, die auf dieser Route vorhanden sind, sprechen auch für sich. Das Velo ist im Aufschwung in unserem Kanton und deshalb bitte ich den Grossen Rat, den Anzug stehen zu lassen und die letzten Low Hanging Fruits noch zu ernten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wir debattieren diesen Anzug jetzt schon zum vierten Mal. Nach den Debatten vom 15. November 2017, 19. Februar 2020, 16. November 2022 könnte man den Eindruck haben, es sei in dieser Gelegenheit nichts geschehen. Aber nein, es braucht noch eine vierte Debatte und es geht ja weiss Gott nicht um etwas Weltbewegendes, sondern um Velo-Aufstellflächen vor Lichtsignalen und Velostreifen entlang von Parkplätzen. Man könnte meinen, der Regierungsrat würde sich nicht genügend mit dem Anliegen auseinandersetzen.

Liest man die Stellungnahmen der Regierung, hört man die Aussagen von Regierungsrätin Stephanie Eymann, dann ist dieser Eindruck ganz klar falsch. Im Schreiben vom 7. Januar 2020 geht der Regierungsrat sehr detailliert auf Radstreifen vor Kreuzungen mit Lichtsignalen und Radstreifen entlang von Parkfeldern ein. Es geht weiter, im Schreiben vom 17. August 2022 gibt der Regierungsrat sehr detailliert eine eindrückliche Zahl von seit der letzten Beantwortung des Anzugs neu angeordneten Aufstellbereichen für Velofahrer. Auch hier ist die klare Bereitschaft der Regierung deutlich sichtbar, sich des Anliegens anzunehmen, konkrete Schritte zu unternehmen. Daraus jetzt abzuleiten es würde nicht genügend getan, ist gelinde gesagt abenteuerlich. Kommt hinzu, dass seit dem 1. Januar 2021 das freie Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrer möglich ist, dies zu den bereits vorhandenen und weiter hinzugefügten Velo-Abstellflächen vor den Rotlichtern.

Jetzt zur Abtrennung von Radstreifen: Ja, diese Abtrennung entlang von Parkfeldern ist bei den beengten Platzverhältnissen in unserem Kanton halt einfach schlicht nicht überall möglich, so schlimm Türöffner-Unfälle sind, laut Anzugsbeantwortung nimmt die Anzahl dieser Art von Verkehrsunfällen ab, worüber wir natürlich sehr froh sind. Wenn wir handkehrum die in unserem Kanton rabiat vorangetriebene Parkplatzabbauschlacht zeitlich extrapolieren, dann sehen wir, dass sich dieses Problem leider von selbst lösen wird, nämlich dann, wenn Sie auch noch den hintersten und letzten Autofahrer aus unserem Kantonsgebiet verjagt haben.

Leider stellt sich ein Teil des Grossen Rates einer naheliegenden Lösung des Parkplatzproblems entgegen, nämlich den Parkings unter dem Boden, welche sich sehr gut als Quartierparkings verwenden lassen. Landhof und die Ablehnung der Tschudimatte sind traurige Beispiele. Die Verhinderung des Parkplatzes wurde von Teilen des Grossen Rates als Glanzleistung wahrgenommen. Wir von der SVP beurteilen das anders. Wir nennen es einen Pyrrhussieg.

Leider können wir auch weitere Begehrlichkeiten der Veloverbände nicht ausschliessen, nämlich dass der Kanton bei Sanierung von Strassenzügen Trottoir schmaler ausgestaltet, Parkplätze damit weiter von der Strassenmitte entfernt, um so grössere oder mehr abgesetzte Velostreifen zu ermöglichen. und das natürlich dann auf Kosten der Trottoirbreiten, mithin einmal mehr auf Kosten der Fussgänger. Diese Befürchtung ist leider nicht unbegründet, ist doch in unserem Kanton der Fussgänger gerne der Spielball der grossen Verkehrsträger, dessen Habitat man ohne schlechtes Gewissen einschränken kann.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Anzug aus dem Jahre 2017 nicht unbeantwortet geblieben ist, dass der Regierungsrat reagiert hat, weiter konkret daran arbeitet und die Anzugsforderungen umsetzt. Jetzt diesen Anzug noch einmal stehen zu lassen, das gemahnt doch sehr an das Wort Zwängerei. Ich bitte Sie, zeigen Sie Grösse, lassen Sie gut gut sein. Namens der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat das Wort Jean-Luc Perret.



Jean-Luc Perret (SP): Ich beantrage Ihnen wie Raffaella Hanauer zuvor, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen. Ich bin da auch ein bisschen wehmütig, weil das Raphael nicht selbst tun kann. Ich war immer beeindruckt, wie stabil seine Vorstösse argumentiert waren und wie sie Hand und Fuss hatten und es gibt auch sehr gute Argumente für ein Stehenlassen.

Wie gesagt, es geht um zwei Themen: Die Aufstellbereiche für Velos vor Rotlichtern sowie den Sicherheitsabstand entlang parkierter Autos zur Verhinderung von Dooring-Unfällen. In beiden Fällen sind wir mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden oder noch nicht zufrieden.

Zuerst zu den Aufstellflächen: Unseres Erachtens agiert die Verwaltung da zu vorsichtig und zu zurückhaltend. Es werden nationale Gesetze genannt, die offenbar an vielen Rotlichtern Aufstellbereiche verunmöglichen. Aber diese Gesetze gelten in anderen Schweizer Städten auch und dort sieht man viel mehr Aufstellbereiche, auch dann, wenn aufgrund der Breite kein Zuführen der Velostreifen Platz hat. Dies gilt explizit auch für Linksabbiegespuren. Aufstellbereiche bringen auf jeden Fall mehr Sicherheit, als sich zwischen wartenden Autos eingeklemmt aufzustellen. Die zurückhaltende Praxis in Basel ist eine kantonale Entscheidung und benachteiligt die Velofahrenden.

Das andere Thema, die Sicherheitsabstände entlang parkierter Autos: Die Antwort vertröstet uns auf Umbauprojekte. Dafür fehlt uns das Verständnis, denn um einen Parkplatz 75 cm der Strasse weg neu aufzumalen, braucht es kein Umbauprojekt. Und in den genannten Abschnitten wäre dies machbar, ohne Einschränkungen für den Fussverkehr.

Nun läuft ja gerade in der Kannenfeldstrasse ein Pilotversuch mit 50 cm Abstand. Abgesehen davon, dass es unserer Meinung nach keine Untersuchungen mehr dazu braucht, ist dies ein weiteres Argument, den Anzug bis zu dessen Auswertung stehen zu lassen. In vielen anderen Städten übrigens sind die Normen bereits entsprechend angepasst. Ich möchte zum Beispiel Zürich erwähnen, wo als Standard 75 cm gilt und die Dooring-Unfälle seither messbar zurückgehen. Deshalb stimmen wir dem Abschreiben des Vorstosses nicht zu und bitten Sie, ihn nochmals stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Die Sicherheit der Velofahrer ist auch für die LDP ein wichtiges Thema. Das Velofahren sollte auf allen Strassen, die für den Veloverkehr offen sind, sicher sein. Das ist so. Das Amt für Mobilität untersucht ja sämtliche Strecken mit engen Platzverhältnissen neben den Gleisen und auch die Abstandmöglichkeiten. Ich glaube, es ist auf der Reise und damit kann der Anzug abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher hat sich eingetragen Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon viel gehört zu diesem Thema. Velofahren ist im Aufschwung, und dann höre ich auch noch, dass der Regierungsrat vorsichtig und zurückhaltend ist. Jeder, der heute Morgen die die BZ gelesen hat und das neue Projekt, zu dem Kollege Beat Leuthard sich geäussert hat, wie der Riehenring umgestaltet werden soll sieht ein, dass da von Zurückhaltung nicht die Rede sein kann, was die Ansprüche den Velo-Lobby betrifft.

Ich habe eine kleine Grafik mitgebracht. Das Velofahren wächst in dieser Stadt. Es nimmt zu. Es ist sehr beliebt, das hören wir jeden Tag. Die aktuelle Unfallstatistik bei den Velos zeigt, dass diese seit Jahrzehnten kontinuierlich rückläufig ist, trotz grosser Zunahme an Velofahrenden. Den Leuten gefällt das Velofahren, das finde ich toll und mache es selber auch, aber wir müssen schon ein bisschen realistischer werden. Letztes Jahr gab es 22% weniger Unfälle. Wir müssen realistischer werden und versuchen, miteinander Verkehrspolitik zu machen und nicht gegeneinander.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaella Hanauer beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Raphaela Hanauer

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006202, 26.03.25 11:29:11]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 53 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung für Stehenlassen entschieden.

32. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:29:24, 22.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben. Auch hier möchte ich gerne begründen. Es ist natürlich so, dass der Regierungsrat sowohl die Cybersicherheit als auch die Bekämpfung der Cyberkriminalität als sehr wichtige Aufgaben, aber eben auch als grosse Herausforderungen anerkennt. Man sieht das auch aus der gestern veröffentlichten Kriminalstatistik, wie die digitale Kriminalität im letzten Jahr wiederum angestiegen ist.

Es ist aber auch in der Zwischenzeit einiges gegangen an Massnahmen, und ich denke, es ist auch wichtig zu wissen, dass wir an diesem Thema ganz eng dranbleiben müssen und Massnahmen weiterhin auch etablieren müssen, das ist auch sehr hoch auf der Agenda des Regierungsrats angekommen. Bei der Staatsanwaltschaft wurde beispielsweise im September 2020 das Dezernat Digitale Kriminalität geschaffen, seit dann ist es auch in Betrieb. Wir haben im Bereich Resilienzmanagement die Abhängigkeiten von Systemen und anderen Dienstleistenden erhoben und wir haben auch die wichtigen IKT-Anwendungen und Verbindungen definiert und die geforderte Verfügbarkeit ermittelt, um eben die Resilienz entsprechend auch erhöhen zu können. Wir haben in der kantonalen Verwaltung ein Projekt namens Sicherheitsmonitoring, bei dem auf Früherkennung gesetzt wird, auf konsequente Dokumentation und Sensibilisierung.

Punkto Sensibilisierung wurde im laufenden Jahr auch eine Awareness-Kampagne zu Cyberrisiken durchgeführt, um eben auch das Sicherheitsbewusstsein der kantonalen Mitarbeitenden weiter zu erhöhen und was auch geplant ist, ist eine übergeordnete koordinierende Zuständigkeit zu definieren, wo wir eben auch uns über Schnittstellen unterhalten und wo auch als Ansprechperson oder Ansprechpartner für nationale Behörden eine Anlaufstelle geschaffen wird.

Sie sehen, das Thema ist wichtig, die Massnahmen sind für die Regierung eine hohe Priorität in der Umsetzung, aber wir sind an einem Punkt, wo wir denken, wir können dennoch diesen Anzug abschreiben.

Balz Herter: Als erster Fraktionssprecher hat sich Oliver Thommen gemeldet.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, den Anzug stehen zu lassen. Die Ausführungen von Regierungsrätin Stephanie Eymann haben wir gehört. Ich glaube, es passiert sehr viel. Persönlich habe ich das Vertrauen in den Regierungsrat, was den ganzen Bereich Digitalisierung angeht, etwas verloren und dazu gehört von mir aus gesehen auch die Cybersicherheit.

Es wäre wünschenswert, wenn der Regierungsrat vielleicht in einem gesonderten Geschäft an den Grossen Rat gelangen kann, anstatt all die vielen kleinen Vorstösse, die vielen kleinen Beschaffungen oder grösseren Beschaffungen, die halt alle gebunden sind, zerstückelt über die Jahre zu haben. Und dann könnte dann auch dieser Anzug abgeschrieben werden in einem Gesamtpaket.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): In ihrer Antwort vom 18. Dezember 2024 auf meinen Anzug schreibt die Regierung, dass die Cyberangriffe an Häufigkeit und Komplexität zunehmen. Das haben einige Departemente bereits selber erfahren. Mit vielen Antworten auf diesen Anzug bin ich einverstanden mit den Aussagen, dass Cybercrime und Cybersecurity getrennt behandelt werden müssen, aber nicht. Das eine bedingt das andere und beides hängt miteinander zusammen. Wer Cybercrime bekämpft, tut automatisch etwas für die Cybersicherheit.

Eine Verbesserung der verwaltungsinternen Koordination ist dringend notwendig und ich hoffe, dass die Regierung diese auch im Sinne des Bundesrates und der KKJPD rasch vorantreibt. Gut ist, dass sich die Regierung der Verantwortung für den Schutz der Daten von Bürgerinnen und Bürgern in der kantonalen Verwaltung so wie für den Schutz der eigenen kritischen Infrastruktur bewusst ist.

Wichtig ist, dass es nicht bei einer einzigen WNS-Kampagne für Cyberrisiken bleibt. Solche Kampagnen müssen laufend wiederholt werden. Nur so bleibt das Thema aktuell. Wie die Regierung selber erkannt hat, fehlt eine übergeordnete koordinierte Zuständigkeit, welche diese Schnittstellen pflegt und als zentrale Anlaufstelle innerhalb des Kantons und für die nationalen Behörden fungiert. Ich bin zuversichtlich, dass diese Stelle rasch geschaffen wird. Es macht durchaus Sinn, wenn auf nationaler Ebene eine Gefahrenkarte erstellt wird und der Kanton Basel-Stadt ist anschliesst. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Regierung dafür einsetzt, dass diese Gefahrenkarte rasch erstellt wird.

Bei der zentralen Speicherung von sensiblen Daten, muss immer wieder neu definiert werden, was sensible ist, und das bleibt eine wichtige Aufgabe. Weiterhin erachte ich es als sehr wichtig, dass die Speicherung dieser Daten ausschliesslich durch den Kanton geschieht. Nur so hat der Kanton volle Kontrolle über diese. Alles in allem hat die Regierung plausibel dargelegt, dass sie das Thema Cybersicherheit und Cyberkriminalität ernst nimmt. Ich werde die Entwicklungen in den genannten Punkten weiter beobachten und bei Bedarf entsprechend reagieren. Ich bin, wie auch die Fraktion der LDP, damit einverstanden, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, wenn Sie den Saal betreten, diesen ruhig zu betreten und die persönlichen Gespräche draussen zu führen. Es wäre sehr nett und respektvoll auch gegenüber den Sprechenden.

Oliver Thommen beantragt Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Oliver Thommen

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006204, 26.03.25 11:37:17]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 74 gegen 21 Stimmen dafür entschieden, den Anzug abzuschreiben.

Auf der Tribüne begrüsse ich nun eine 10. Klasse des Zentrums für Brückenangebote des Clara-Schulhauses mit Lehrperson Astrid Bertschy. Schön, seid Ihr zu Besuch.

33. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz, Schreiben des RR

[26.03.25 11:37:54, 24.5468.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat vorher erklärt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist somit erledigt.

34. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:38:12, 24.5483.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Hier geht es um die personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft und um den Gesundheitsschutz vor allem. Sie sehen aus der Beantwortung, dass die Krankheitstage ab 2022 massiv angestiegen sind. Man halt etwa 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Langzeitkranke im 2021 33, im 2022 42 und im 2023 52. Das hat seine Gründe. Es fällt auf, dass die Kripo, gemäss einer Studie die am meisten belastete Abteilung von Krankheitstagen, zahlenmässig am grössten betroffen ist. Auch hat seine Gründe, auf die ich nur ganz kurz eingehen möchte. Wenn in der Beantwortung steht, dass die Geschäftsleitung der Gesundheitsschutz und die Fürsorgepflicht sehr ernst nimmt, so zweifle ich das an. Viele Kripomitarbeiterinnen und -mitarbeiter sprechen ihnen das dezidiert ab. Stellen Sie sich vor, Sie werden seit Jahren praktisch dazu gezwungen, zwölf Tage am Stück zu arbeiten, obwohl das das Arbeitsgesetz explizit aus Gesundheitsschutz verbietet. Es wird Ihnen gesagt, dass Sie ja Überzeit einziehen können, also die Zeit, die sie selber schon gearbeitet haben, anstatt Ihnen den gesetzlich vorgeschriebenen freien Tag nach sieben Arbeitstagen zu gewähren.

Dann wird erwähnt, dass festgestellt wurde, dass die Kriminalkommissäre besonders belastet sind und eine provisorische Übergangsregelung gefunden wurde. Ja, da kann man sagen, das ist ein kleiner Erfolg, Dank unserer Regierungsrätin Stephanie Eymann. Dabei vergisst man, dass die wirklich belastete Belegmannschaft die ist, welche auch in der Nacht aufstehen und an Tatorte ausdrücken muss, um Abklärungen und Befragungen zu tätigen, natürlich nach wenig oder gar keinem Schlaf muss man am nächsten Tag spätestens um 9 Uhr wieder am Arbeitsplatz sein. Natürlich fährt man auch übermüdet mit dem Pikettfahrzeug.

Da darf man sich nun wirklich die Frage stellen, weshalb nichts dagegen unternommen wird und was nachhaltig ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die Mitarbeitenden mussten vor zwei Jahren eine Anwältin damit beauftragen, ihre Rechte auf Gesundheitsschutz einzufordern. Die Leitung sperrt sich aber seit Jahren dagegen. Und nun hat die Leitung selber einen Anwalt damit beauftragt, gegen die Forderungen der Mitarbeitenden vorzugehen. Es wird so weit kommen, dass ein Gericht den Gesundheitsschutz einfordern muss oder darüber urteilen muss.

Sie können sich vorstellen, dass die Arbeitsmoral bei der Stawa und vor allem bei der Kripo nicht die Beste ist und die Krankheitstage weiter ansteigen werden. Selbst die Aufsichtskommission der Stawa kam zum Schluss, dass seit 2022 eine strukturelle Überbelastung vorhanden ist und sich diese auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirkt, was die vielen Krankheitstage und Kündigungen belegen.

Es gäbe noch viel dazu zu sagen, aber ich verzichte hier darauf, werde aber weiter an der Sache dranhängen. Ich kann aber sagen, ich und auch viele Mitarbeitende der Kripo sind mit der Beantwortung leider nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort auf die Interpellation nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyalere Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:04, 24.5497.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung wurde schriftlich zugestellt und der Interpellant hat heute Morgen erklärt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

36. Anzug Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:23, 22.5078.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

37. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung der Leinenpflicht während der Brut- und Setzzeit in den Langen Erlen, Schreiben des RR

[26.03.25 11:42:45, 18.5053.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Auch hier habe ich keine Sprechenden eingetragen. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

38. Interpellation Nr. 6 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kennzahlen zu nicht ausgeschafften Asylmigranten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[26.03.25 11:43:08, 25.5029.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Die Statistiken belegen es sehr deutlich, dass wir im Kanton Basel-Stadt weiterhin ein grosses Problem mit Ausländerkriminalität, besonders mit den von Asylmigranten begangenen Straftaten haben. 28% aller Straftaten nach Strafgesetzbuch wurden 2023 von Ausländern und Asylmigranten begangen. Dies belegt die Antwort auf meine Interpellation. Doch viel mehr will oder kann der Regierungsrat nicht preisgeben.

Es ist doch sehr speziell, dass er in Bezug auf Statistiken zu häuslicher Gewalt nicht nach Aufenthaltsstatus differenzieren kann, wodurch sonst in diesem Kanton über alles eine Statistik geführt wird. Auch kann er nicht detailliert mitteilen, welche straffälligen Asylmigranten ausgeschafft wurden, sondern liefert nur eine Pauschalzahl. Auch hier stellt sich mir die Frage: Warum geht das nicht? Und weiter kann der Regierungsrat auch nicht darüber informieren, wie viele Asylmigranten nicht zurückgeführt werden konnten. Angeblich sei der administrative Aufwand dafür zu gross.

So bleibt bei mir ein ungutes Gefühl. Es zeigt sich eine gewisse Inflexibilität des Regierungsrates, in diesem Bereich Fragen zu beantworten. Man muss sich deshalb die Frage stellen, was will der Regierungsrat eventuell verschweigen? Vor welchen konkreten Zahlen und Statistiken fürchtet er sich? Ist das Asylchaos noch viel schlimmer? All diese Fragen bleiben nun offen. Sicher ist einzig, ich bin mit der Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation nicht zufrieden und die SVP wird sich in diesem Zusammenhang weitere Vorstösse überlegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



39. Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR

[26.03.25 11:45:19, 20.5185.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Somit hat Beat K. Schaller als erster Fraktionssprecher das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug nimmt das wichtige Thema der Transformation der Verwaltung in eine digitale Welt auf. Er moniert, es fehle offensichtlich eine klare Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung, wer diese Transformation des Kantons überhaupt überblickt, vorantreibt und einheitliche Standards vorgibt. Für den Laien ist die IT ein einziger monolithischer Block und sie meinen, eine einzige Stelle solle dafür verantwortlich sein. Und diese Sichtweise greift zu kurz. Wir müssen unterscheiden zwischen Fachanwendungen und Basisdiensten. Fachanwendungen sind zum Beispiel eine Anwendung zur Verwaltung von Baugesuchen, welche für das Design, die Implementierung und den Einsatz spezifisches Fachwissen benötigen. Im Unterschied dazu sind die Basisdienste Anwendungen, welche für eine gesamte Installation inklusive aller Fachanwendungen zum Tragen kommen, und Beispiele dafür sind Systeme für die Sicherheit, die Kommunikation im Innern, nach aussen, das interne Netzwerk und die dazugehörigen Standards und Normen. Es gibt jetzt in Basel-Stadt bereits die Fachstelle E-Government, es gibt die zentralen Informatikdienste, die Arbeitsgruppe Smart City. Der Regierungsrat hat eine Geschäftsstelle Digitale Verwaltung und die Position des Chief Digital Officers geschaffen. Er dient als kantonale Anlauf- und Koordinationsstelle für die digitale Transformation.

Und mehr ist nicht immer besser. Der Regierungsrat zitiert hier eine Aussage aus Bern, es bearbeiten zu viele Akteure zu kleine Aufgabenfelder in diesem Themenkomplex, was zu einer gegenseitigen Behinderung führt. Wir dürfen hier nicht der Versuchung erliegen, die bestehenden Organisationen mit einer weiteren Struktur namens Dienstabteilung digital zu erweitern, so wie es den Anzug fordert.

Nun was die Fachanwendungen anbelangt, fährt der Regierungsrat eine interessante Strategie. Er hat sich für einen Basler Weg der digitalen Transformation namens duales System entschieden. Neben dem Kernteam der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung stehen freiwillige Mitarbeiter von kantonsinternen motivierten Fachkräften zur Verfügung und diese Mitarbeiter sind bereit, bis 20% ihrer Arbeitszeit einzubringen. Dadurch, so der Regierungsrat, entstünde nicht nur kein zusätzlicher finanzieller Aufwand, es fiese auch vielseitiges Fachwissen und wertvolle Erfahrung.

Also 20% ihrer Arbeitszeit investieren Teile der Kantonsangestellten für diese Transformation. Das ist ja spannend. Es gibt also Mitarbeiter in der Verwaltung, die 20% ihrer Kernarbeit aufgeben können, ohne dass scheinbar ihre Gesamtleistung darunter leiden würde. Ja, wieso Arbeiten sie nicht bereits jetzt schon 80%? Es ist bemerkenswert, wie offen der Regierungsrat hier kundig macht, dass Teile der Verwaltung problemlos auf 20% ihrer Kernaufgabe verzichten können. Ja, und was machen diese Leute dann, wenn sie dereinst nicht mehr mit der digitalen Transformation beschäftigt sind? Machen sie dann wieder die 20% Arbeit mehr, die sie ja jetzt nicht erledigen? Oder reduzieren sie dann ihr Arbeitspensum? Das wäre mal eine Möglichkeit der Eindämmung der Verwaltungsexplosion.

Trotzdem, diese duale Strategie ist interessant und es ist nicht an uns, sie zu hinterfragen. Wir beurteilen nur die Resultate und die sind ja nach Regierungsrat auf gutem Kurs. Eine andere Aussage des Regierungsrats wäre ja auch zu viel erwartet. Lassen wir ihn diesen Kurs weiterverfolgen. Er erwähnt zum Beispiel sein E-Portal als Herzstück des Service Public. Ich persönlich finde, es gibt vom Aussehen her sicher Schöneres, aber dieses Portal ist funktional. Ich finde mich gut zurecht darin und auch die Anmeldungsauthentifizierung mittels AGOV stellt jetzt wirklich keine unüberwindbare Hürde dar, und dass hier Unkenrufe von ein paar Leuten kommen ist ja kaum zu vermeiden.

Mit der Einführung einer Dienststelle Digital, wie es der Anzug fordert, vergrössern wir die Anzahl der Akteure, was aber keine Garantie für bessere Ergebnisse ist, siehe dazu die obige Aussage des Bundes. Kommt hinzu, dass die GPK ja auch eine Motion eingebracht hat, mit welcher sie eine zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik verlangt. Also nicht weitere Stellen per se, sondern Weisungsbefugnisse, welche die Basisdienste stärken, wie ich es eingangs ausgeführt habe.

Alles in allem sehen wir von der SVP eine zusätzliche Organisation für die digitale Transformation nicht als sinnvoll an. Ergo bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, den Anzug abzuschreiben.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprechender ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP würde gerne dieses Geschäft stehenlassen. Wir befinden uns momentan in einer Umbruchsituation, in der das Projekt Pharos auch noch ins Spiel kommt, welches sicher einen Einfluss hat auf die ganzen Digitalisierungsvorhaben. In diesem Sinne würden wir gerne dieses Geschäft stehenlassen, um später wieder darauf eingehen zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich danke Beat K. Schaller für sein Votum. Wir sind uns fast in allem einig. Ich gebe Ihnen recht, es klingt etwas seltsam, wenn wir schreiben, die Mitarbeitenden könnten zu 20% diese zusätzliche Arbeit einfach so übernehmen. Da haben Sie recht, das klingt etwas seltsam. Aber es ist schon so, wir haben ja immer neue Aufgaben in der Verwaltung. Ich verlange nicht für jede neue Aufgabe mehr Ressourcen, weil ich erwarte von den Mitarbeitenden, dass sie einmal eine alte Aufgabe aufgeben, dass sie irgendwo effizienter werden, und das ist etwas, was wir ja auch in der Verwaltung machen. Das heisst die 20% schaufelt man sich frei. Man gibt eine andere Aufgabe ab oder verteilt sie über mehr Schultern oder kann sie beenden oder man ist auch bereits in diesem Bereich tätig. Da haben wir eben sehr viele, darum das duale System. Es ist bei uns sehr weit verbreitet in allen Departementen, Personen, die auch nicht als IT-Mitarbeitende gelten, mit Digitalisierungsprojekten vertraut zu machen, weil Sie brauchen da nicht nur IT-Menschen, sondern Sie brauchen vor allem auch Personen, die Prozesse anschauen oder überarbeiten. Daher haben wir dieses System angewandt, um auch gleich das Fachwissen zu haben. Daher gehe ich mit Beat K. Schaller einig und bin froh, dass zumindest die SVP das auch so sieht.

Und ja, Olivier Battaglia, eir können Ihnen auch anders berichten und das machen wir auch gerne. Sie sehen, ich bin froh, wenn ich auch mal einen Anzug wieder abschreiben darf. Ich sehe Ihren Wunsch nach Information und wir werden Ihnen selbstverständlich berichten, wie es weitergeht. Es wird jetzt sowieso in den nächsten Monaten viel passieren und wir können Ihnen gerne auch auf anderem Weg berichten. Daher bin ich froh, wenn Sie diesen Anzug abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Olivier Battaglia beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Battaglia.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 21 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006213, 26.03.25 11:55:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 65 gegen 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 7. Sitzung

11:55 Uhr



Protokoll

der 8. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 26. März 2025, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** *Lydia Isler-Christ (LDP), Pascal Messerli (SVP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuereffuss, Stellungnahme des RR 2
42. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR 9
43. Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR..... 14
44. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR 19
45. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR 21
46. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR 26
47. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend verbesserten Begleitung vulnerabler Menschen durch das ABES, Schreiben des RR 27
48. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR 27
49. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR 27
50. Motion Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund, Stellungnahme des RR 29
51. Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR 29
52. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR 32



Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 26. März 2025, 15:01 Uhr

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss, Stellungnahme des RR

[26.03.25 15:01:13, 24.5275.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe nur eine Mitteilung zu machen:

Genesungswunschkarte

Auf dem Tisch des Hauses liegt die Genesungswunschkarte für unsere Weibelin Raymonde Morf Lange, die Sie bitte unterschreiben, wenn Sie das möchten.

Wir fahren mit der Traktandenliste fort.

Traktandum 40. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Vertrauen durch Transparenz über Einwohnerdaten – Einführung des "Reversed BigBrother Principle"

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Traktandum 41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend «Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss»; Stellungnahme

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Bestritten wird dies von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Wir sprechen nun zu den beiden Steuerreduktionsmotionen, also der Motion von Luca Urgese zum jährlichen Basar eines kantonalen Einkommenssteuerfusses sowie auch für die darauffolgende Steuersenkungsmotion von Lorenz Amiet. Es wird Sie nicht erstaunen, beide Motionen werden von der Fraktion BastA, und ich spreche auch, soweit ich das noch weiss, für die Fraktion Grüne/jgb, bekämpft und wir legen es Ihnen wirklich ans Herz, beide Motionen nicht dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen von den bürgerlichen Parteien, nun spielen Sie wirklich mit dem Feuer. Es ist äusserst verantwortungslos, den finanziellen Spielraum des Kantons Basel-Stadt von Grossratssitzung zu Grossratssitzung zu verkleinern und damit in der Zukunft und im Nachgang grössere Sparmassnahmen zu provozieren. Vor einem Monat haben Sie bis zu 500 Millionen Franken an Steuereinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer mittels eines sehr spendablen Standortpakets den Konzernen geschenkt und dies jedes Jahr. Und jetzt wollen Sie den Staatshaushalt weiter aushöhlen und die finanzielle Kapazität und die Steuereinnahmen weiter abbauen. Ich frage Sie, mit welchem Ziel eigentlich, welches politische neoliberale Programm verfolgen Sie damit und kommen Sie mir nicht mit dem Ammenmärchen von Trickle-Down-Effekte, die uns allen zugutekommen würden und die ganze Gesellschaft glücklich und zufrieden machen, wenn wir den freien Markt nur spielen lassen und die gesellschaftlichen Aufgaben aufs Minimum reduzieren. Sie wissen ganz genau, dass dies einfach nicht stimmt und noch nie gestimmt hat. Zugegeben, es passt ja irgendwie gerade ideal zum Zeitgeist in den USA, die die Demokratie aushöhlt, und ihr wirtschaftslibertärer Haufen von Regierung und Tech-Oligarchen bauen die Gesetze schamlos zu ihren Gunsten um und wichtige und grundlegende globale Unterstützungsmassnahmen ab.



Nach uns die Sintflut, so heisst das Konzept der neuen Rechten weltweit, sei es in den USA oder in Europa. Es ist an den Linken und der politischen Mitte-Parteien, diesen Irrsinn, der den Zusammenhalt in der Gesellschaft zerstört, zu stoppen. Nun, es ist mir bewusst, dass wir hier in Basel glücklicherweise noch nicht amerikanische Verhältnisse haben und ich glaube auch nicht wirklich, dass die Kollegen Urgese und Amiet eine solche libertäre Politik verfolgen. Trotzdem stehen diese beiden Motionen unter Berücksichtigung des politischen Gesamtkontextes genau in diesem Geist und reduzieren die staatlichen Aufgaben auf ein Minimum. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dabei ist gerade das Gegenteil gefordert. Wir stehen vor grossen zukünftigen Herausforderungen, das heisst, das Voranbringen und die Umsetzung unserer Klimastrategie 2037, eine Riesenaufgabe, sowie die Sicherstellung unserer Infrastruktur an den Schulen, Spitälern und Kliniken, Sportanlagen, Universitäten, Schulen, aber auch sicherheitspolitische Massnahmen.

Gemäss der Antwort von Regierungsrätin Tanja Soland auf eine Interpellation ist der Kanton Basel-Stadt vom Sparpaket des Bundes überdurchschnittlich betroffen. Somit ist also noch völlig unklar, wie hoch die finanziellen Ausfälle in Zukunft sein werden und wir haben nichts Besseres vor, nach dem 500-Millionen-Paket an die Konzerne, unsere Steuereinnahmen nochmals weiter zu senken. Ich möchte Sie erinnern, dass Sie die Einkommens- und Vermögenssteuer erst vor zwei Jahren gesenkt haben und so auf rund 112 Millionen Franken an Steuereinnahmen verzichtet. Wir verteilen das Geld gerade sehr grosszügig an die Konzerne und an die Menschen, die aufgrund ihres Einkommens oder Vermögens eh schon privilegiert sind und so vergrössern wir die soziale Ungleichheit, anstatt sie zu verkleinern. Zudem wurde die Motion Christian Moesch zur Erfüllung überwiesen und nun ausgearbeitet, was eine Teilrückzahlung von Steuern bei Überschussjahren ermöglicht.

Spannend ist auch, dass die Gemeinden Riehen und Bettingen beide Motionen jetzt ablehnen. Dies zeigt doch deutlich auf, wenn zwei bürgerlich dominierte Gemeinden die Vorstösse ablehnen, wie gefährlich diese eben sind. Zu denken gibt mir aber schon, dass wir nur bei realer negativer Auswirkung hier im Kleinen Steuersenkungen ablehnen, kaum sind die Auswirkungen woanders, ist es uns nicht mehr wichtig, was die Auswirkungen uns Politik sind, am Beispiel des Basler Standortpakets, ja, ich bringe es jetzt immer wieder mal, zeigte sich dies eindrücklich. Was geht uns schon ein ärmerer Kanton oder gar der globale Süden an.

Nun, ich bin froh, dass der Regierungsrat die beiden Motionen ablehnt. Nicht nur die unsichere Finanzlage in den Gemeinden Riehen und Bettingen sprechen gegen eine Überweisung, auch die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind geprägt von zunehmender Unsicherheit und der Kanton ist angewiesen auf einen finanzpolitischen Handlungsspielraum, um seine infrastrukturellen Herausforderungen für die Bevölkerung sicherzustellen. Dies ist, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, attraktive Standortpolitik, die den Menschen zugutekommt.

Ich bitte Sie für die Fraktion BastA und Grüne/jgb, beide Motionen dem Regierungsrat nicht zu überweisen und auf die Umsetzung der Motion Moesch «Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Personen» abzuwarten, ansonsten kann es sehr gut sein, dass Sie selber die Motion Moesch hinfällig machen, denn dann wird es in Zukunft nichts mehr zum Rückverteilen in der Kasse haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Zum besseren Verständnis Ihres Schenkungsbegriffes. Ich nehme Ihnen jetzt 70 Franken aus der Tasche und gebe Ihnen 50 zurück, haben Sie eine Schenkung von mir erhalten?

Oliver Bolliger (BastA): Ja, wenn ich davon ausgehe, dass ich die 70 gar nicht zugute hätte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): In dieser Motion wird nichts Aussergewöhnliches gefordert, auch wenn Kollege Bolliger das jetzt alles in die libertäre oder in die Rechtsaussenecke stellen will, was ich persönlich jetzt eher unanständig finde. Und auch dieses Märchen, da wird jetzt der Kanton auf ein Minimum zurückgestutzt, also wenn man sich anschaut, was wir für ein Ausgabenwachstum hatten und haben und jedes Mal auch wieder beschliessen, tut mir leid, das so zu sagen, aber es ist einfach nur noch lächerlich als Argumentation. Also diese Kluft, die hier dargestellt wird, wir würden da jetzt nur noch für die Reichen und so, also schauen Sie sich doch an, wie wir die Sozialausgaben in den letzten Monaten noch und nöcher erhöht haben, also wir schauen durchaus auf diejenigen hier im Kanton, die Unterstützung nötig haben. Aber gut, zurück zur Sache.

Ich habe mir nicht alle 26 Parlamente unseres Landes angeschaut, aber die, die ich angeschaut habe, haben alle einen jährlichen Beschluss über einen kantonalen Steuerfuss. Ob Sie jetzt den Landrat im Kanton Baselland anschauen, den



Kantonsrat in Zürich, den Grossen Rat des Kantons Bern, den Grossen Rat Kanton Aargau, Kantonsrat Luzern, um hier nur ein paar Beispiele zu nennen, die kennen das alle, die entscheiden jedes Jahr darüber.

Und unabhängig von der Frage, ob man jetzt Steuersenkungen gut oder schlecht findet, was ja hier gar nicht Gegenstand der Motion ist, finde ich, wir sollten grundsätzlich darüber diskutieren, was dieses Parlament entscheiden können soll. Und wir finden, es muss doch möglich sein, dass wir als Stadt Basel, deren Vertretung wir ja bekanntlich auch sind, wir sind nicht nur Kantonsparlament, wir sind auch Stadtparlament, dass wir unabhängig von den Landgemeinden über unsere Steuerbelastung entscheiden können sollten. Und es muss doch möglich sein, dass wir als Kantonsparlament den kantonalen Teil der Einkommenssteuern, also die sogenannten Kantonssteuerquote, anpassen können. Wenn der Regierungsrat nun argumentiert, dass der Steuerfuss in Basel-Stadt keine Bedeutung hat, weil im Gesetz fix 100 Prozent steht, dann ist es ja gerade die Absicht dieser Motion, dies zu ändern. Also das ist irgendwo ein Zirkelargument. Der Steuerfuss wurde sogar ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben und nicht ganz weggelassen für den Fall, dass man auf diese Frage wieder einmal zurückkommen möchte. Ich habe das entsprechende Zitat aus den Materialien, aus dem damaligen Bericht in der Motion aufgeführt. Sie können es dort nachlesen.

Der Regierungsrat hat sich durchaus geschickt verhalten, indem er die Gemeinden nach ihrer Haltung gefragt hat. Ein Vorgehen, das ich bisher bei Motionen nicht allzu oft gesehen habe, auch dann, wenn Gemeindeinteressen betroffen waren. Hier hat er es getan und wir haben die entsprechende Stellungnahme gesehen. Nun, wir verstehen, dass Gemeinden eine kurzfristige Senkung befürchten, die bei ihnen direkt zu wenig Einnahmen führen und sich entsprechend auf ihre Finanzen auswirken. Wobei man anmerken muss, dass die finanziellen Herausforderungen, insbesondere der Gemeinde Riehen, nichts mit Steuersenkung zu tun haben, sondern mit Beschlüssen dieses Parlaments, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit, welche zu einer massiven Kostensteigerung bei den Gemeinden geführt haben. Aber wir nehmen diese Bedenken ernst und möchten deshalb insbesondere den Vertreterinnen und Vertretern aus Riehen eine Brücke bauen und deshalb beantrage ich Ihnen heute eine Umwandlung meiner Motion in einen Anzug. Damit öffnen wir für den Regierungsrat den Fächer, damit er auch weitere Varianten prüfen kann.

Die Ursprungsforderung wäre, dass der kantonale Steuerfuss auf die Steuersätze angewendet wird, davon wären die Gemeinden natürlich betroffen, das hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ausgeführt. Eine weitere Variante ist, dass der Grossratsbeschluss sich ausschliesslich auf die Kantonssteuerquote auswirken soll. Dies würde sich nicht auf die Gemeindefinanzen auswirken, würde aber dennoch alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten. Das konnte man auch in einer Interpellationsantwort nachlesen, die im Einwohnerrat Riehen beantwortet wurde. Und eine dritte Variante wäre, dass der Grossratsbeschluss sich auf den Gemeindesteuerfuss der Stadt Basel auswirken soll. Davon wären dann natürlich nur die Steuerzahlenden in Basel betroffen. Das bedingt einen kleinen Umbau, das ist klar, aber das erschliesst sich mir bis heute nicht, warum die Gemeinde Riehen und die Gemeinde Bettingen ihren Steuerfuss anpassen können, die Stadt Basel aber nicht. Dies könnte man so korrigieren. Wir sind überzeugt, dass sich eine Lösung finden lässt, die auch den berechtigten Interessen unserer Landgemeinden Rechnung trägt, und wir sind überzeugt, dass eine solche Lösung auch im Interesse der Bevölkerung ist. Wenn der Kanton einen höheren Überschuss budgetiert, warum sollten wir dann die Bevölkerung nicht direkt entlasten und eine schwarze Null anvisieren können?

Dann hat der Regierungsrat argumentiert, er könne nicht nachvollziehen, wieso dass jetzt behauptet wird, das bedinge mehrjährige Gesetzgebungsverfahren, wenn man den ordentlichen Gesetzgebungsprozess einleitet, währenddem das beim Steuerfuss nicht der Fall wäre. Nun, die beiden genannten Steuerpakete hatten eine mehrjährige Vorgeschichte, auch mit parlamentarischen Vorstössen, die notwendig waren, um entsprechend den Druck aufzusetzen. Dem gegenüber stünde ein Beschluss über den Steuerfuss im Rahmen der Budgetdebatte. Diese bräuchte nicht, wie behauptet, einen eigenen Ratschlag, sondern man würde das eben gemeinsam mit dem Budget beraten und beschliessen. Der Regierungsrat kann ja mal bei unserem Nachbarkanton nachsehen, wie das gemacht werden könnte. Vom Prozedere her wäre das ziemlich einfach. Es wäre natürlich unsere Aufgabe als Parlament, verantwortungsvoll mit diesem Instrument umzugehen, so wie dies ja die anderen Kantone ebenfalls schaffen. Und, falls man da nicht einverstanden ist, gäbe es ja immer noch das Veto-Recht des Volkes mit dem Referendum.

Sie sehen also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir betreten hier kein Neuland. Wir wollen hier etwas, was, wie ich gesagt habe, die anderen Kantone auch haben, auch können, ich bin überzeugt, wir schaffen das auch. Deshalb bitten wir Sie, wie gesagt, diesen Vorstoss in einen Anzug umzuwandeln und als solchen zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Ja, diese beiden Motionen, auch ich werde gerade auf beide Motionen eingehen im Namen der SP-Fraktion, also die Motion von Luca Urgese sowie auch die nachfolgende von Lorenz Amiet. Luca Urgese hat vorhin sehr lang und breit verschiedene Technikalitäten ausgeführt und in einem Nebensatz auch erwähnt, es geht uns gut, wir sollten das eben auch wieder an die Steuerzahlenden zurückgeben. Doch wir haben in den letzten Jahren sehr viel Steuern auch



eingenommen, es geht uns gut, wir haben weniger ausgegeben, wir hatten einen Überschuss, das stimmt selbstverständlich hier für diese Aussagen, doch es geht uns eben nicht per se allen gut. Es geht einem Teil gut, aber wirklich vielen Menschen hier in Basel geht es nicht gut. Das betrifft natürlich nicht diejenigen Menschen, die in der Motion von Lorenz Amiet angesprochen werden, die gut qualifizierten Arbeitskräfte, die steuerlich noch weiter entlastet werden sollen, aber es geht eben sehr vielen Leuten nicht gut hier in Basel und auf diese Menschen sollten wir auch genau in diesen Momenten schauen.

Es gibt diejenigen Menschen, denen es nicht gut geht hier in Basel in der reichen Schweiz, die trotz vielem Arbeiten nicht über die Runden kommen, diese Menschen sollten wir entlasten. Und dann gibt es auch noch Menschen auf der ganzen Welt, denen es nicht gut geht und auch für diese Menschen haben wir eine Verantwortung, gerade in der aktuellen Zeit mit menschengemachtem Klimawandel, Krisen, Konflikten und sehr viel Leid. Verantwortung übernehmen heisst auch, dass wir nicht nur weltweit, nicht nur mit den Menschen hier in Basel, sondern eben auch mit unseren Finanzen verantwortungsvoll umgehen. Und da ist es nun sicherlich nicht der richtige Zeitpunkt, notabene erst nachdem im letzten Jahr die letzte Steuersenkung in Kraft getreten ist, dass wir erneut bei Steuereinsparungen vorwärtsmachen.

Neben dieser ganz grundsätzlichen Ablehnung der Motionen Luca Urgese und Lorenz Amiet sowie Konsorten gibt es aber auch konkrete Aspekte, die gegen eine Überweisung der beiden Motionen sprechen.

Zur Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend eine Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss sind es die folgenden: Mit der Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses zur Festlegung des kantonalen Einkommenssteuerfusses würde der aktuell sehr gut funktionierende und effiziente Steuermechanismus in Basel aufgehoben. Die langfristigen und stabilen Prinzipien unserer bisherigen Steuerpolitik würden durch die neue Regelung auch Verunsicherung und Planungsunsicherheit, beispielsweise bei Bürgerinnen und Bürger, verursachen können und zu Mehraufwänden hier im Parlament führen. Und es ist so, dass ein jährlich ändernder Steuerfuss nicht nur die Steuerpflichtigen, sondern auch die Gemeinden vor Herausforderungen stellen würde, wir haben das ja vorhin auch schon in den Ausführungen der beiden Vorredner gehört.

Dann komme ich noch zu einigen Aspekten, die ich hinsichtlich der Motion von Lorenz Amiet anmerken möchte. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme sehr überzeugend aus, wie unklug und verantwortungslos eine erneute Steuersenkung zum aktuellen Zeitpunkt ist. Zum einen, da der Kanton in den letzten Jahren durch ausserordentliche Steuereinnahmen von Unternehmen Haushaltsüberschüsse erzielt hat und diese sehr schwankend sind, also nicht als Grundlage für eine langfristige Finanzpolitik dienen sollten. Und zum anderen, da hohe Ausgaben und Investitionen anstehen, die während den prognostizierten Steuereinnahmen stagnieren, und der Finanzausgleich würde sich erhöhen. Die erneute Steuersenkung würde also die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons erheblich einschränken, wodurch wichtige Investitionen unter Druck geraten oder der Kanton Schulden machen muss, was wir nicht möchten. Eine Steuersenkung würde die finanzielle Handlungsfähigkeit einschränken und dann, das wurde auch letztes Mal schon genannt, gibt es eben noch die Mitnahmeeffekte bei Steuersenkungen, die in der Forschung weitverbreitet und dokumentiert sind. In vielen Fällen profitieren also wohlhabende Haushalte aufgrund der Steuersatzlogik überproportional von den Steuersenkungen und dadurch wird die Einkommensungleichheit weiter verstärkt. Zudem ist Basel auch im Vergleich zu den Vorortgemeinden steuerlich sehr attraktiv, weshalb es nicht weitere Steuersenkungen braucht.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, die Motionen nicht zu überweisen und den Fokus auf eine nachhaltige sozialgerechte und langfristige Finanzpolitik zu legen. Auf eine Finanzpolitik, die den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung trägt und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons erhält. Denken Sie an die Menschen, denen es eben nicht so gut geht und verhindern sie unnötige Unsicherheiten und Komplikationen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Sie wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Melanie Eberhard, Sie haben aber schon gesehen, wenn wir von den Leuten sprechen, bei denen es nicht so gut geht, dass die Einkommensklammer von null bis 100'000 Franken steuerliches Einkommen prozentual am stärksten entlastet wird durch meine Motion?

Melanie Eberhard (SP): Ja, selbstverständlich habe ich das gesehen und da möchte ich aber auf diesen Punkt, den ich vorhin gerade ausgeführt habe, verweisen, dass durch die Mitnahmeeffekte am Schluss trotzdem überproportional die Leute profitieren, die hohe Einkommen bereits haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ für die GLP.



Tobias Christ (GLP): Ich werde zur zweiten Motion nachher von Lorenz Amiet ausführlicher sprechen für die Fraktion der GLP. Hier nur ganz kurz, wir können uns weitgehend dem Votum von Luca Urgese anschliessen. Wir befürworten diesen Vorstoss. Wir sind auch damit einverstanden, das in einen Anzug umzuwandeln und so direkt weiter zu behandeln und wollen einfach nochmal daran erinnern, dass es hier jetzt nicht um Steuersenkungen geht bei diesem Vorschlag, sondern es geht hier um eine Systemänderung, um weitere Flexibilisierung, die kann in beide Richtungen gehen und die halten wir grundsätzlich für richtig und sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Eigentlich bin ich Oliver Bolliger sehr dankbar für diese Brandrede mit all diesen Kampfbegriffen aus der Mottenkiste des Sozialismus, welche mir zeigt, weshalb ich linker oder ideologischer Fiskalpolitik so wenig abgewinnen kann. Er nennt die Einrichtung eines Steuerfusses einen Basar, wenn man das jährlich festlegen muss, und es sei ein Spiel mit dem Feuer. Da muss ich Ihnen sagen, da spielen diverse Kantone schon seit Jahren und Jahrzehnten mit dem Feuer, auch die Gemeinde Riehen hat einen Steuerfuss, der jährlich festgelegt wird, wir spielen jährlich mit dem Feuer. Es ist wirklich eine unglaubliche Übertreibung, es ist nichts anderes als gesunde Finanzpolitik. Wenn Sie einen Verein haben oder ein Staatswesen, das gewisse Einnahmen und gewisse Ausgaben hat, dann müssen Sie schauen, dass diese im Lot bleiben. Und wenn halt ein Verein feststellt, dass immer am Ende des Jahres Geld fehlt, dann wird er die Mitgliederbeiträge massvoll erhöhen, wenn er sieht, dass über Jahre Vermögen angesammelt wird, dann soll es einige gegeben haben, die auch dann die Beiträge senken für die Mitglieder und nichts anderes soll für ein Staatswesen gelten.

Anderes erleben wir zum Beispiel Monat für Monat in diesem hohen Hause. Da bewilligen wir Ausgaben, bei denen zum Ausdruck kommt, dass in unserem Kanton offensichtlich zu viel Geld vorhanden ist. Sie können mal unsere Traktandenliste der heutigen Sitzung, also der Sitzung dieses Monats durchforsten und sich fragen, welche Vorstösse sind darauf zurückzuführen, dass wir schlicht zu viele Mittel haben seit Jahren. Seit Jahren schreibt dieser Kanton Überschüsse und es ist eben die vernunftgemässe Ansicht, dass wenn zu viel Geld reinkommt, dass man es vielleicht auch denen teilweise zurückgeben kann, die zu viel einbezahlt haben oder für die Zukunft weniger verlangen. Das ist einfach ein ganz normaler Vorgang, der für jeden Haushalt spielt und gilt.

Leider verlegt sich das Parlament tendenziell aufs erste, nämlich immer neue Ausgaben zu erfinden, das Geld auszugeben, immer wieder neue Aufgaben auch zu erfinden und das bedeutet auch, dass die Verwaltung im entsprechenden Masse wächst und immer schwerfälliger wird. Ich habe eine tiefe Überzeugung, dass man ein Staatswesen in der Grösse nur disziplinieren kann, wenn man ihm die Mittel entzieht, die es nicht braucht. Das heisst, die Verknappung von Mitteln ist die mächtigste Massnahme für Augenmass und Effizienz. Sie kennen das von Ihrem eigenen Körper. Wenn Sie ihm zu viel zuführen und er weniger quasi verbraucht, dann setzen Sie Fett an und dann werden Sie schwerfällig und man beginnt irgendwo, sich ungesund zu bewegen und träge zu werden. Und dasselbe gilt auch für ein Staatswesen, es kann zu gross werden und zu träge.

Mittlerweile sind wir so weit, das habe ich jüngst in der Zeitung gelesen, dass 19 Personen der Verwaltung sich mit einem Pflanzloch beschäftigen im Rahmen einer Baubewilligung. Das kann sich nur ein Staatswesen leisten, dass so viele Personen überhaupt beschäftigt. Und dreifach Stellen, habe ich mir sagen lassen, sind mit der Planung von Erschliessungsstrassen beschäftigt, die dann umso länger dauern. Es ist das Amt für Mobilität, das eine Erschliessungsstrasse plant, dann das Planungsamt, dann das Tiefbauamt. Drei Mal werden Strassen gezeichnet, werden Pläne aufgelegt, können Einsprachen erhoben werden, es ist unglaublich und das passiert, wenn wir zu viel Geld haben. Es gibt böse Zungen, die behaupten, man könne eines dieser Ämter ersatzlos streichen und niemand würde es bemerken. Das ist eine gefährliche Hypothese, wir können es ja mal ausprobieren. Solange dieser Zustand anhält und verwaltungsseitig keine gesunde Einsicht einkehrt, werde ich mich für jegliche Steuersenkung in diesem Kanton einsetzen.

Jetzt ist da noch die Frage mit den Landgemeinden. Wir haben gelesen, dass die diesen Senkungen kritisch gegenüberstehen. Mich überraschen die Einwände einerseits, die die Gemeinden gemacht haben, aber auch, dass gewisse Grossratsmitglieder aus demselben Wahlkreis wie ich, diesen Einwänden folgen. Und jetzt rede ich als jemand, der 12 Jahre lang dem Gemeinderat Riehen angehörte, vier Jahre davon als Verantwortlicher für die Finanzen. Riehen hat sich während langer Jahre eine gewisse Steuerautonomie erkämpft, indem der Steuerfuss in Riehen, wieder dieser Steuerfuss, selber festgelegt werden kann. Und mit diesem Steuerfuss kann man auch reagieren, wenn im Kanton die Kantonssteuer verändert wird. Das heisst, wenn sie erhöht wird, kann die Gemeinde sagen, wir haben immer noch genügend Geld, wir senken den Steuerfuss, wenn sie gesenkt wird, kann die Gemeinde auf die andere Seite reagieren. Und jetzt ist es so, in diesen 12 Jahren, in denen ich im Gemeinderat war, hat die Gemeinde Riehen 12 Jahre lang schwarze Zahlen geschrieben. Seit ich gegangen bin, ich sehe hier keinen zwingenden Zusammenhang, sind sie in die roten Zahlen gefallen. Aber es ist doch so, wenn Sie 12 Jahre Überschuss schreiben, dann erträgt es doch auch einige Jahre mit Unterdeckung. Das ist auch ein



normaler Vorgang. Wenn Sie 12 Jahre lang Vorräte anhäufen konnten, dann kann man auch einige Jahre schauen, wie sich das entwickelt und vielleicht stabilisiert sich das ja in drei bis vier Jahren und da muss man gar nichts unternehmen, weil man vorher Jahre lang auch Überschüsse geschrieben hat.

Jetzt ist es aber so, dass Riehen sogar reagieren könnte, wenn Riehen findet, wir wollen reagieren auf diese Steuersenkung, Riehen kann den eigenen Steuerfuss anpassen. Und hier werden offenbar Nachteile befürchtet und darum bin ich froh, dass diese Interpellation von David Moor eingereicht wurde beim Einwohnerrat, in der er gefragt hat, was würde passieren, wenn Riehen aufgrund dieser Steuersenkungen im Kanton den eigenen Steuerfuss der Vermögens- und Einkommenssteuern um 3 Prozent erhöhen würde. Die Antwort war, man würde zwar mehr Gemeindesteuern bezahlen, aber mit der gesenkten Kantonssteuer zusammen würden auch die Riehener am Ende unter dem Strich weniger Steuern zahlen. Also wer sich gegen diese Motion wehrt, der wehrt sich de facto gegen eine Steuersenkung auch für die Riehener Bürger. Ich bitte Sie, das zu beherzigen, wenn Sie über diese Motionen entscheiden.

Aus diesem Grund bin ich sehr dafür, dass wir beide Motionen überweisen, die erste von Luca Urgese, weil wir dann jährlich auf Entwicklungen steuerlicher Art reagieren können. Wir können den Steuerfuss erhöhen, wenn wir finden, wir haben zu wenig Einnahmen, wir können ihn senken als Parlament, es stärkt das Parlament in seiner Fiskalverantwortung, wir können ihn senken, wenn wir finden, es ist im Moment genug Geld vorhanden. Und wie schon erwähnt, die Motion Amiet wird dazu führen, dass im ganzen Kanton Menschen, die Jahr für Jahr Geld einzahlen für die Aufgaben, die dieser Kanton hat, entlastet werden. Und wie man da dagegen sein kann, das ist mir ein Rätsel.

Oliver Bolliger (BastA): Unabhängig davon, ob Sie den Sozialismus gut finden oder nicht, ich hätte einige Fragen, aber jetzt nur eine. Hätte das Riehener Finanz-Debakel, Budget-Debakel verhindert werden können, hätte man vielleicht keinen Basar des jährlichen Steuerfusses gehabt?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Abgesehen davon, dass ich nicht mehr in der Verantwortung bin, es hat miteinander nichts zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit hat Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Als Regierungsrätin des Kantons Basel-Stadt erlaube ich mir, hier auch ein wenig für die Gemeinde Riehen und Bettingen zu reden, die mir nicht nur in meinem Job als Regierungsrätin, sondern auch persönlich am Herzen liegen. Und ich kann Ihnen sagen, ich habe wirklich null Interesse, dass die Gemeinde Riehen ihre Steuern erhöhen muss, das ist für unseren Standort nicht sinnvoll. Wir haben das letzte Mal auch sehr viel über Standortpolitik geredet und für uns macht es keinen Sinn, eine Gemeinde zu haben, die aufgrund gewisser Entscheide am Ende ihre Steuern erhöhen muss. Natürlich können Sie das, Herr Albietz, aber das macht doch keinen Sinn. Es macht Sinn, dass wir verschiedene Gemeinden haben, auch wenn hier die Stadtgemeinde zum Kanton gehört, dass wir verschiedene Voraussetzungen haben. Das macht unseren Kanton aus und ich schätze das persönlich sehr und ich schätze es auch als Regierungsrätin. Ich glaube auch nicht unbedingt, dass es mit Ihrem Abgang zusammenhängt oder mit der neuen Person, die nun die Finanzen leitet in Riehen, dass es dort Schwierigkeiten gegeben hat, das glaube ich auch nicht. Wir sind in einem engen Austausch, ich kenne auch gewisse Probleme, die sich jetzt ergeben haben in Riehen. Die Situation ist immer schwierig, wenn der Kanton eine Stadtgemeinde gleichzeitig hat und Entscheidungen trifft, die Sie nicht selber entscheiden können. Wir haben im Finanzausgleich ein Gespräch untereinander und ich glaube auch, dass wir dieses Jahr hier, hoffe ich sehr, gewisse Entscheide treffen könnte, die die Situation für Riehen verbessert. Aber ich möchte wirklich nicht, dass Riehen die Steuern erhöhen muss.

Ich erlaube mir, zu beiden Vorstössen zu reden, weil es für mich nicht das gleiche ist. Wenn Sie Steuern senken wollen, dann besprechen wir das bei Amiet. Was Sie hier wollen, ist den Steuerfuss einführen bzw. dass wir jedes Jahr diesen verändern können. Diese Systemänderung, es tut mir einfach leid, für einen Kanton mit einem 5-Milliarden-Budget halte ich für absurd. Für eine Gemeinde, einen Verein macht das Sinn. Je kleiner das Budget ist, je sinnvoller ist das, wenn Sie die Finanzen überblicken können. Bei uns wird das schon schwieriger. Und dann jedes Jahr wollen Sie im Dezember beschliessen, wie der Steuerfuss wird und erst irgendwie zwei Jahre später sehen Sie das oder sogar drei Jahre später. Wir sind nicht ein kleines Schiff, wir sind ein Riesentanker und hier macht es wirklich mehr Sinn, wenn Sie die Steuern senken wollen, dann machen Sie das. Diskutieren wir das beim Vorstoss Amiet.

Mit dem Steuerfuss ist das nicht clever für unseren Tanker. Da haben Sie andere Möglichkeiten. Und wenn wir das jedes Jahr beschliessen müssen, hü, hott, nein, ich möchte auch nicht, dass Sie die Steuern so schnell erhöhen, das möchte ich auch nicht, in beide Richtungen nicht, das ist hü, hott auf einem grossen Tanker. Dieses System erachte ich nicht als



sinnvoll. Das ist auch der Grund, warum die meisten Kantone das nicht machen. Sie könnten es zwar, aber das ist nirgendwo Praxis. Es ist eher für die kleineren Gemeinden, da müssen Sie schneller reagieren. In Bettingen kippt das Budget schneller, das ist kleiner, da muss man reagieren können. Bei uns, wir haben eine längerfristige Planung, da geht das wirklich problemlos mit den Steuersätzen.

Und nein, wir haben nicht nur jetzt Riehen und Bettingen gefragt. Ja, ich habe es auch schon vergessen, das tut mir leid, aber wir bemühen uns sehr bei allen Änderungen, die wir machen, mit Riehen und Bettingen im Austausch zu sein. Da geben wir uns wirklich Mühe und sie waren frei, ihre Antwort zu geben. Sie haben jetzt gesagt, machen Sie einen Anzug, führen Sie eine Gemeinde Basel ein. Ich wäre Ihnen also wirklich sehr dankbar, wenn ich das nicht muss und wenn Sie Steuern senken wollen, dann bitte diskutieren wir das nachher beim Vorstoss Amiet. Wir brauchen nicht einen neuen Weg, nochmal einen neuen Weg.

Wir sind jetzt bei der Motion Moesch am Prüfen, das ist ein System, da geht das schnell. Die Rückvergütung kann man wirklich im Dezember beschliessen, zack, nächstes Jahr ausschütten. Da haben wir den Überblick, das können wir mit dem Tanker, aber diesen Steuerfuss hier, das wissen Sie nachher drei Jahre später, ob das was gebracht hat oder nicht oder ob es einen Sturm gibt und wie wir mit dem Tanker im Sturm sind. Das ist nicht sinnvoll für unseren Kanton. Wir haben Moesch, da werden wir bald diskutieren, wir haben nachher den üblichen Weg für die Steuersenkungen, den können wir auch diskutieren, aber hier wäre ich wirklich sehr dankbar, wenn wir diese Hü-/Hott-Lösung klar umgehen würden. Und wenn jetzt Herr Amiet mir die Zwischenfrage stellt, ob ich seine Motion unterstütze – nein, das ist sie nicht, gut, dann hätte ich sie gleich beantworten können.

Also ich bitte Sie hier wirklich sehr, diese Motion, diesen neuen Weg auch als Anzug, ich muss Ihnen wirklich sagen, viele neue Wege zu prüfen, ich wäre froh, ich müsste jetzt nur den Moesch prüfen, den würden wir bringen, da können wir diskutieren – nein, Entschuldigung, nicht ihn selber natürlich, nein, das wäre wahrscheinlich auch sehr kompliziert, nein, nur den Vorstoss von Moesch – da haben wir schon genug zu diskutieren. Lassen Sie uns doch diesen Weg gehen, sonst weiss ich nicht genau, haben wir am Schluss irgendwann dann mal Chaos.

Daher besten Dank für Ablehnung Motion und Anzug. Und die Frage nehme ich an.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Regierungsrätin, wenn wir ein Tanker sind, was ist dann der fast zehnmal so grosse Kanton Zürich, der den Staatssteuerfuss schon lange kennt?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, aber wann hat er das das letzte Mal gemacht? Es wird dort auch nicht gemacht mit dem Steuerfuss rauf und runter. In welcher Geschichte? Ja, aber es ist kein so sinnvolles System, es bringt uns nicht um, aber es macht unsere kleine Welt auch nicht besser.

Balz Herter, Grossratspräsident: Luca Urgese möchte Ihnen auch noch eine Zwischenfrage stellen.

Luca Urgese (FDP): Trifft es zu, dass der Kanton Zürich das letzte Mal im Jahr 2022 den kantonalen Steuerfuss gesenkt hat?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Was wollen Sie von mir, ob das stimmt? Ja, ich weiss es nicht. Ich traue Ihnen, Sie wissen das.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird darüber abgestimmt, ob wir den Anzug überweisen oder nicht. Der Regierungsrat und Weitere beantragen Nichtüberweisung. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006217, 26.03.25 15:40:02]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe meinen ersten Stichentscheid und ich stimme Ja.

42. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR

[26.03.25 15:40:06, 24.5276.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Die Finanzdirektorin verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an die Fraktionssprecherin der LDP, Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir haben in der Diskussion vorher schon mitbekommen, dass es eigentlich immer wieder ein Ausspielen verschiedener Aspekte ist, wenn es um die Steuerfrage geht. Einerseits sind das die Familien, die bereits Senkungen erlebt haben mit dem letzten Steuerpaket gegenüber den Alleinstehenden, die nicht viel profitiert haben mit der letzten Steuersenkung. Es werden Einzelpersonen gegen Unternehmen und die Unternehmenssteuern und die Höhe davon und die Flexibilität für den Kanton ausgespielt, was man in der Stellungnahme des Regierungsrats lesen kann. Und neu hat der Regierungsrat ja offenbar unsere Gemeinden entdeckt, es wird auch der Kanton oder die Stadt Basel die kantonalen Steuern gegenüber unseren beiden weiteren Gemeinden ausgespielt. Das finde ich eine schlechte Grundlage für die Debatte, denn schlussendlich sind die Steuern die Einnahmen, aber wir haben auch die Ausgabenseite und für diese sind wir Herrschaften hier drin massgeblich mitverantwortlich und da gilt es wirklich und auch an der Nase zu nehmen, wenn es um diese Ausgaben geht.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber ich werde immer wieder konfrontiert in meinem Umfeld, wo ich mich sonst befinde neben der Politik, was genau wir denn alles noch uns leisten möchten hier drin und das gilt auch für uns Bürgerliche. Wir haben auch immer wieder Vorstösse, wo es wirklich um eher exklusivere Dinge geht als um das Grundlegende, worum wir uns kümmern sollten. Und wenn wir da einmal eine Aussortierung machen mit all diesen Vorstössen, die wir in diese Pipeline reingeben, dann wird unter dem Strich auch mehr hängenbleiben, auch wenn wir die Steuern senken. Das haben wir definitiv in der Hand und daran sollten wir immer auch denken, wenn wir diese Diskussion führen. Das hat Herr Albiets vorher schon gesagt, was ich sehr unterstreiche.

Dann auch dazu grundsätzlich, die Steuersenkungen, die gehen schnell, wir können schnell Steuern senken, das ginge zack gemäss Zitats-Frau Soland, ich habe den Eindruck, bei der Steuerverwaltung geht das wenigste nach dem Prinzip zack, wenn ich denke, wie lange ich schon auf meine Veranlagung 2023 warte, das ist nicht zack, das ist eher sehr langsam.

Und dann möchte ich noch die Situation mit Riehen ansprechen. Ich habe den Eindruck, auch da gibt es Probleme, zum Beispiel beim Leseverständnis, wenn man die genannte Interpellation anschaut, das kann man offenbar sehr verschieden interpretieren und ich möchte auch daran erinnern, dass man als Gemeinderat nicht gleichzeitig Grossrat ist, sondern dass das zwei Ämter sind, wo es definitiv auch ein Rollenbewusstsein braucht. Ich bedaure es sehr, dass wir hier von bürgerlicher Seite nun Friendly Fire erleben, denn wir müssen zusammenarbeiten, wir haben auch bewiesen, dass wir das können in der Vergangenheit. Wir arbeiten weiter daran und ich hoffe, dass wenn das heute zu Bruch geht, wenn wir diesen nächsten Schritt nicht gemeinsam gehen können, dass wir immerhin in Zukunft daran arbeiten, gemeinsam weitere Steuersenkungen hervorzubringen, denn wir können das durchaus schaffen. Vielleicht nicht in diesem Jahr, weil es vielleicht auch damit zu tun hat, dass es ein Wahljahr ist in Riehen, aber wir müssen da weiter daran zusammenarbeiten. Die Basis ist da, vielleicht klappt es jetzt nicht, hoffentlich klappt es in Zukunft.

Deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen und sich alles, was ich vorher gesagt habe, auch nochmal durch den Kopf gehen zu lassen, weil ich denke, da ist das eine oder andere gut gemeinte bisschen mit dabei, das wir uns alle immer wieder vor Augen führen müssen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen stehen geschlossen hinter der Motion und empfehlen die Überweisung. Wir sind fest überzeugt, dass die Steuereinnahmen des Kantons und der Stadt Basel bei den natürlichen Personen aktuell höher sind als notwendig und dass weiter auch eine Anpassung der Tarifstufen insbesondere zur Entlastung der Einkommen im tieferen Bereich angezeigt ist. Dabei geht es uns nicht nur um die Verbesserung der Standortattraktivität, sondern vor allem auch um eine nachhaltige Finanzpolitik. Wenn die Einnahmen über Jahre hinweg zu hoch sind, so ist das zwar für die Regierung verständlicherweise erfreulich und erhöht ihren Spielraum, aber für die fiskalische Disziplin ist es leider schädlich. Wenn das Geld mal im Fiskus ist, dann ist die Versuchung, es auszugeben, gross.

Natürlich stünde es uns, dem Grossen Rat, offen, mehr fiskalische Disziplin auf Ausgabenseite zu üben, ohne die Einnahmenseite anzufassen. Natürlich ist es sinnvoll, die Überschüsse für Investitionen und die Reduktion der Fremdfinanzierung einzusetzen, doch leider zeigt die Erfahrung, dass es ohne einen gewissen Druck auf der Einnahmenseite sehr schwierig ist. Dabei geht es ja gar nicht darum, Sparmassnahmen durchzusetzen, auch wenn wir Grünliberalen durchaus offen sind, die Notwendigkeit gewisser Ausgaben und Leistungen zu hinterfragen. Es geht vor allem um den Druck, effizienter zu werden. Nur wenn eine gewisse gesunde Knappheit der Ressourcen gegeben ist, arbeiten wir alle, vom Souverän über die Legislative hin zu Regierung und Verwaltung, konsequent daran, die Ressourcen auch wirklich effizient einzusetzen.

Letztlich geht es um die politische Frage, welche Staatsquote wir für richtig halten. Wir Grünliberalen sind der Ansicht, dass eine tiefere Staatsquote grundsätzlich wünschenswert ist und vor allem aber, dass sie nicht erhöht werden sollte. Konkrete Zahlen liegen mir nicht vor, aber ich wage hier die Behauptung, dass die Staatsquote in Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich hoch ist und in den letzten Jahren auch gestiegen ist. So viel zu den grundsätzlichen Überlegungen.

Hier noch unsere Stellungnahme zu einigen Punkten, die in der Debatte zum vorherigen Agendapunkt aufgekommen sind, die in den letzten Monaten diskutiert worden sind.

Erstens; ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung? Für die Befürworter von Steuersenkungen, und dazu zählt die GLP ganz entschieden, ist es immer der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung, je früher, desto besser. Für die Gegner ist der Zeitpunkt nie der richtige, denn es bestehen immer Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung der Steuereinnahmen und der Staatsausgaben. Seien wir also ehrlich, entweder wir sind dafür oder dagegen und streiten wir nicht über den Zeitpunkt. Darüber hinaus wissen wir alle, dass es nach der Überweisung dieser Motion auch im allerschnellsten Fall noch eine gute Weile dauert, bis eine Steuersenkung dann wirklich in Kraft tritt.

Zweitens; ist die geforderte Höhe der Steuersenkung und die Detailausgestaltung die richtige? Ich muss mich ein bisschen korrigieren, das wurde, glaube ich, jetzt gar nicht gross diskutiert heute. Die konkrete Ausgestaltung ist für die GLP jedenfalls überhaupt nicht in Stein gemeisselt. Wir behalten uns natürlich vor, bei der Detailberatung eines Ratschlags dann Änderungen vorzunehmen und wir können als Fraktion schon jetzt versprechen, dass wir uns, wie man das von uns kennt, pragmatisch und vernünftig zeigen werden, also nicht auf Teufel komm heraus eine Steuersenkung in einem nicht vertretbaren Umfang durchboxen werden. Ausserdem verweisen wir an der Stelle gerne auf die Schwester-Motion Urgese, die wir vorhin behandelt haben, mittlerweile ein Anzug, die uns das nötige Instrument gibt, flexibel zu reagieren, sollte sich herausstellen, dass wir bei diesem Steuerpaket zu steil gegangen sind.

Drittens, was ist mit der Auswirkung auf die Gemeinde Riehen? Wir sind uns bewusst, dass eine Anpassung der kantonalen Steuertarife direkte Auswirkungen auf die Gemeinde Riehen hat. Die geschätzten Mindereinnahmen von 14 Millionen Franken ab 2027 sind eine Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Einbussen durch frühere Steuerreformen. Auch verstehen wir, dass eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses politisch schwierig durchzusetzen ist. Trotzdem will ich hier aber nochmal meiner Vorrednerin, Regierungsrätin Soland, widersprechen. Die Gemeinde Riehen müsste nicht ihre Steuern erhöhen, sie müsste den Gemeindesteuerfuss erhöhen. Sie könnte das durchaus so machen, dass die Steuern ungefähr gleichbleiben. Damit das auch nochmal in aller Deutlichkeit gesagt ist. Es ist jedoch klar, dass die finanzielle Lage Riehens bei der Detailausgestaltung der Steuersenkung ernsthaft berücksichtigt werden muss. In diesem Sinne sehen wir die Motion auch als Ausgangspunkt für eine ausgewogene Lösung, die sowohl kantonale als auch kommunale Interessen einbezieht. Insbesondere wären wir als GLP auch hier offen, natürlich dann im Detail auf Interessen der Gemeinde einzugehen.

Ich komme zum Schluss. Wenn unsere linken Kolleginnen und Kollegen die Motionen nicht mittragen, so können wir das verstehen, denn es entspricht deren politischer Überzeugung, was wir respektieren. Wenn die Überweisung aber jetzt an unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen scheitert, so haben wir dafür nur grosses Unverständnis. Die GLP empfiehlt jedenfalls die Motion zur definitiven Überweisung.



Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, aber habe ich Sie richtig verstanden, die GLP begrüsst weitere Steuersenkungen zur jetzigen Zeit in der Gemeinde Riehen? Ist das so richtig, korrekt?

Tobias Christ (GLP): Ich habe gesagt, dass die Gemeinde Riehen keine Steuersenkung machen muss, die kann den Gemeindesteuerfuss anpassen, so dass im Endresultat keine Steuersenkung resultiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Die finanzielle Lage unseres Kantons, und ich glaube, man kann sagen, das ist ein grosses Glück für uns, die ist wirklich auch weiterhin ausgezeichnet und das trotz massivem Ausgabenwachstum in den letzten Jahren. Immer noch schreiben wir hohe Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe. Das war über die letzten Jahre eigentlich ziemlich konsequent der Fall, mindestens im Durchschnitt. Wenn wir uns also nun die Frage stellen, können wir uns das leisten, jetzt hier die Steuern zu senken, dann ist die Antwort, ja, bei weitem können wir uns das leisten.

Was ist jetzt mit den Menschen, denen es nicht so gut geht, die beim letzten Traktandum angesprochen wurden? Was haben wir denn in den letzten Monaten und Jahren nicht alles beschlossen, um genau diese Menschen finanziell zu unterstützen? Wichtig ist es, die Balance zu halten. Wichtig ist es, auch auf die zu schauen, die das alles finanzieren. Es sind relativ wenige Haushalte und wenige Unternehmen, die den wesentlichen Teil des Finanzhaushaltes beitragen. Lassen Sie mich das ein bisschen konkretisieren. Es sind 3 Prozent der höchsten Einkommen, die 40 Prozent aller Einkommenssteuern bezahlen oder noch etwas bildhafter, dank weniger als 5 Prozent der Privatpersonen und der Unternehmen können wir alle Staatsangestellten des Kantons Basel-Stadt finanzieren. So viele Steuern bezahlen diese.

Wenn jetzt also beklagt wird, dass der Spielraum des Kantons beschränkt wird, wenn wir diese Motion überweisen, muss man sich vor Augen führen, dass unsere Investitionen sich seit Jahren auf Rekordniveau befinden. Unsere Pro-Kopf-Ausgaben wachsen jedes Jahr. Von da her ist die Tatsache einfach, Sie wollen weiterhin Jahr um Jahr das Geld mit vollen Händen ausgeben können und wir wollen, dass das Geld im Portemonnaie der Bevölkerung bleibt. Das ist der wesentliche Unterschied, den wir hier haben und den wir hier auszumehren haben.

Die finanzielle Lage unseres Kantons, ich habe es gesagt, lässt das ohne weiteres zu, wir tun gut daran, nicht nur den Sozialstaat laufend auszubauen, sondern auch denen Sorge zu tragen, die diesen im Wesentlichen finanzieren und deshalb bitte ich Sie, überweisen Sie diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Vor ziemlich genau zwei Monaten haben Sie alle, auch Frau Regierungsrätin Soland, auch ich, den gleichen Brief bekommen mit der Aufforderung zur Einreichung der Steuererklärung, wo sich Frau Regierungsrätin Soland namens des Regierungsrates dafür bedankt, dass man Steuern zahlt, auch schreibt, dass der Regierungsrat sorgsam mit dem Geld umgeht, das er eintreibt. Was er aber nicht schreibt, ist, dass er in den letzten zehn Jahren Jahr für Jahr zwischen 5 und 10 Prozent zu viel Geld den Bürgerinnen und Bürgern zum Sack herausgeholt hat. So viel etwa ist Jahr für Jahr im Kanton Basel-Stadt Überschuss angefallen. Steuern müssen nach dem Prinzip funktionieren, so viel wie nötig, und ja, so viel wie nötig, Oliver Bolliger, nicht weniger als nötig, so viel wie nötig, aber auch so wenig wie möglich. Gewinnmaximierung darf nicht Prämisse staatlichen Handelns sein, weil das Geld wird nicht verdient, sondern das Geld wird per Zwang von der Bürgerin und vom Bürger eingefordert, damit man das staatliche Arbeiten sicherstellen kann, das selbstverständlich wieder den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.

434 Millionen Franken Gewinn hat der Kanton Basel-Stadt im Jahr 2023 erwirtschaftet. Ich werde einen Besen fressen, wenn Frau Regierungsrätin Soland nicht in wenigen Tagen für das 2024 wieder einen saftigen Gewinn verkünden wird. Es ist das Luxusproblem dieses Kantons, dass wir im Schnitt etwa 200 Millionen Franken besser abschneiden als budgetiert. Es ist ein Luxusproblem, ich bin froh, dass es so ist und nicht umgekehrt, das sage ich in aller Deutlichkeit. Wenn man jetzt den Teufel an die Wand malt und davon spricht, dass wir unseren Spielraum nicht einengen dürfen, ja, meine Damen und Herren, welchen Spielraum wollen wir einengen, wenn wir hunderte von Millionen Gewinn machen Jahr für Jahr? Wir haben jeden erdenklichen Spielraum, es wurde mehrfach gesagt, wir leisten uns sehr, sehr vieles, wo andere in der Schweiz froh wären, sie könnten sich nur einen kleinen Teil davon leisten. Und das verrückte ist, und da gebe ich Daniel Albietz nicht recht, selbst



wenn diese Motion überwiesen wird, können wir uns das alles weiterhin leisten. Wir müssten uns kein bisschen einschränken, nirgendwo. Wir können weiterhin das Geld mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen oder investieren, je nachdem, wo Sie stehen, sehen Sie das wahrscheinlich ein bisschen anders. Es steht nach wie vor genügend Geld zur Verfügung. Und falls dann in einigen Jahren irgendwann mal tatsächlich nicht mehr genügend Geld zur Verfügung steht, dann sagt niemand, man kann den Steuerfuss nicht wieder anpassen, sei es via Anzug Urgese per System oder sei es, indem man halt wieder einen Vorstoss einreicht.

Es wurde der Vergleich gemacht mit den USA. Der amerikanische Staat macht gigantische Defizite Jahr für Jahr und spricht von Steuersenkungen. Wie machen gigantische Überschüsse und sprechen von Steuersenkungen. Das ist doch meines Erachtens ein sehr grosser Unterschied. Es ist klar, dass wir uns, dass der Kanton Basel-Stadt sich eine Steuersenkung auch im geforderten Umfang leisten kann und wir sind auch überzeugt, dass die Lösung, wie sie vorgeschlagen wird, vom System her sozialverträglich ist. Insbesondere tiefe Einkommen profitieren von dieser Lösung. Es ist also, gestatten Sie mir, das so zu formulieren, eine Steuersenkung für alle statt für wenige.

Jetzt haben wir das Problem Riehen. Es ist natürlich bedauerlich, dass Riehen de facto den Kanton jetzt da in Geiselhaft nimmt und sein Veto ausspielen lässt. Es wurde schon in aller Deutlichkeit von Vorrednern gesagt, dass Riehen diese Situation auch anders lösen könnte. Es ist aber nicht so, dass ich kein Verständnis hätte für Riehen, weil wir, der Grosse Rat hat auch Riehen in Geiselhaft genommen in den vergangenen Jahren, indem wir Ausgaben beschlossen haben, welche das Budget von Riehen überdurchschnittlich belasten. Insofern habe ich ein gewisses Verständnis für die Haltung von Riehen, hätte mir aber natürlich gewünscht, dass man das auf anderem Weg löst. Ich nehme zur Kenntnis, dass voraussichtlich die Motion jetzt am Problem Riehen scheitern wird. Da meine Erwartung aber ist, dass wir weiterhin massive Überschüsse schreiben werden, wird eine allfällige Ablehnung meiner Motion jetzt nicht das Ende dieser Diskussion bedeuten, sondern es wird einfach bedeuten, dass man die Diskussion um eine Lösung für Riehen ergänzt weiterführen muss.

Trotzdem bitte ich Sie selbstverständlich um Unterstützung dieser Motion, weil wir können es uns leisten, es ist vom System her eine sehr soziale Lösung und für den Kanton Basel-Stadt und unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine gute Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprechender ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich habe der Erstüberweisung mit Überzeugung zugestimmt und ich möchte eigentlich auch heute mit Überzeugung zustimmen. Das ist aber nicht möglich, es ist bereits angetönt worden. Der Gemeinderat von Riehen hat eine ganz spezielle und wichtige Verantwortung wahrzunehmen für die Gemeinde und natürlich insbesondere für die Finanzen. Und dieser Beschluss, so gut er auch ist, die ganze Idee und das ganze Konzept, hat eben Millionen-Ausfälle in Riehen zur Folge und das können wir nebst den anderen Defizit-Millionen im Moment nicht stemmen und deswegen kann ich nicht zustimmen. Ich habe mit Freude von Frau Regierungsrätin Soland gehört, dass man dabei ist, dieses Problem anzupacken, diese Belastung von Riehen, die ständig durch Beschlüsse des Grossen Rates zunehmen, insbesondere im Schulbereich. Wir freuen uns, wenn wir dort diskutieren können und eine Lösung finden.

Aufgrund der Verantwortung als Gemeinderat kann ich leider nicht zustimmen, lieber Lorenz Amiet. Es ist auch keine Geiselhaft, es ist eine Verantwortung, Sie können mir glauben, eine sehr, sehr schwierige Verantwortung, hier dies wahrzunehmen. Ich kann nicht zustimmen und danke Ihnen vielmals für das Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Sie wird entgegengenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Sie wissen aber, dass einer der Gemeinderäte auch in der WAK sitzt und dieses Geschäft, nachdem es überwiesen wird, auch irgendwann in der WAK landet und dort eine bürgerliche Mehrheit ist, sofern dieser Gemeinderat auch mitstimmt mit den Bürgerlichen?

Stefan Suter (SVP): In der WAK könnten Beschlüsse gefasst werden, ja, das wäre gut, aber heute kann ich einfach nicht zustimmen, dass hier eine Steuererhöhung in Riehen die Folge wäre, das wäre fatal und ich bitte nochmals um Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.



Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von der EVP her haben wir im letzten September die Erstüberweisung der Motion zur Steuersenkung unterstützt, nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus sachlichen Gründen, denn der Kanton hat über Jahre mehr Geld eingenommen, als er für seine Aufgaben braucht. Andererseits hatte ich bei meinem Votum vor einem halben Jahr gesagt, dass wir bei der Zweitüberweisung die Überlegungen des Riehener Gemeinderats für unsere Entscheidungsfindung berücksichtigen werden. Der Riehener Gemeinderat schätzt in seiner bereits schon auch erwähnten Interpellationsantwort an den Einwohnerrat Ende Januar die Mindereinnahmen für die Steuerperiode 2026 grob auf 12 Millionen Franken.

Ja, Riehen könnte mit einer gemeindeinternen Steuererhöhung die Ausfälle kompensieren, aber, nun folgt mein aber, das wird in Riehen über Jahre intensive Debatten über die Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern zur Folge haben. Es wäre ein grosser Aufwand, ein Krampf und weil Steuererhöhungen auch in der Riehen nicht beliebt sind, würde die Mehrheit im Einwohnerrat vermutlich versuchen, das jährliche Budget noch stärker zu beschneiden, als es kürzlich geschehen ist. Ein Beispiel für die Streichung von nicht gebundenen Ausgaben war in der Januarsitzung im Einwohnerrat die substanzielle Budgetkürzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Gegen die Stimmen von SP, EVP, Grünen und BastA strich die bürgerliche Mehrheit des Einwohnerrates 350'000 Franken für Entwicklungsprojekte im In- und Ausland. Diese Kürzung ist eine einschneidende Abkehr von der bisherigen Regelung, 1 Prozent der Einkommensteuern solidarisch für Entwicklungsprojekte einzusetzen. Dazu kann ich nur den Kopf schütteln. Es geht mir aber nicht nur um einzelne solche Sachfragen, Riehen hat wichtigere Themen als jahrelang über Kürzungsanträge und Steuerfragen zu debattieren.

Die vorliegende Motion betrifft zudem die Gemeindeautonomie der beiden Landgemeinden. Das ist eigentlich der wichtigere Aspekt noch. Riehen will nicht gezwungen werden, die Gemeindesteuern zu erhöhen. Der aktuelle Kurs wird heute keine Mehrheit finden, für uns meines Erachtens eine Chance, bessere Lösungen zu entwickeln. Unabhängig, wie man politisch zu Steuerfragen steht, geht es darum, die Anliegen des Kantons Basel-Stadt mit der Autonomie der beiden Landgemeinden in Einklang zu bringen. Es braucht eine Regelung, mit welcher die Steuern des Kantons angepasst werden können, ohne dass Riehen und Bettingen in ihrer Gemeindeautonomie beeinträchtigt werden. Weil es eine bessere Lösung braucht, bin ich am Vorbereiten eines Vorstosses dazu und bringe ihn auch mit anderen im Gespräch dann später ein und zusammen mit anderen plane ich einen zweiten Vorstoss zu weiteren Themen im Miteinander von Kanton und Landsgemeinden, etwa zur Situation, das wurde auch schon angesprochen, dass Beschlüsse im Grossen Rat sich in finanzieller Hinsicht direkt auf die Jahresrechnung der Landgemeinden auswirken. Auch hier braucht es künftig neue Lösungen.

Die vorliegende Motion werden wir von der EVP her nicht unterstützen, ich bin aber grundsätzlich offen, auch künftig über Steuersenkungen nachzudenken, wenn der Kanton mehr Geld einnimmt, als er braucht, und wenn die Anliegen der Gemeinden Riehen und Bettingen frühzeitig angemessen einbezogen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wie gesagt, finde ich dieses System hier sinnvoller, wenn Sie über Steuersenkungen diskutieren wollen und ja, man sagen kann, entweder ist der Zeitpunkt immer gut oder ist immer schlecht. Der Kanton wird morgen die Rechnung präsentieren. Ich darf Ihnen sagen, Baselland hat uns übertroffen, also von dem her, die Steuersenkungen werden jetzt das erste Mal in der Rechnung sichtbar. Das ist in Ordnung und wir verkraften das, das haben wir auch immer gesagt, machen wir.

Es könnte auch sein, dass man über das Paket diskutieren kann, nur, Sie machen hier jetzt immer wie mehr Bedingungen. Sie haben genau ausformuliert, was es sein muss, Sie sagen, in einem Jahr muss es vorliegen, ja, das muss es dann, das heisst, es soll dann auf 2027 bereits zählen, dann wollen Sie noch den Steuerfuss, den Sie dann immer erhöhen oder wieder senken können, und dann wollen Sie noch die Motion Moesch, Sie wollen die Überschüsse auch noch verteilen. Und gleichzeitig, und das ist das, was ich einfach nicht verstehe, auch gerade bei den Bürgerlichen und der GLP, gleichzeitig sehe ich keine Ausgabe, die Sie nicht tätigen wollen, die Sie nicht erhöhen wollen.

Ich meine, Herr Albietz, Sie haben hier ein Riesenvotum gehalten und was Sie für Entlastung sind und haben schon fast die Verwaltung ins Lächerliche gezogen. Ich glaube, wir haben nachher noch eine Motion Daniel Albietz betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger. Für die Wohnbauträger, die gemeinnützigen, ist es dann wieder in Ordnung. Haben Sie nicht einen Vorstoss unterschrieben für 260 Millionen, die ich bereitstellen soll für die gemeinnützigen Wohnbauträger? Da ist es dann wieder in Ordnung, dieses Geld sollen wir auf der Seite haben, das ist okay. Bei allem, wenn auch der Regierungsrat mal vorschlägt, nicht so viel Geld auszugeben, eine Aufgabe nicht zu machen, da höre ich leider sehr wenig von Ihnen. Sie sagen, Sie brauchen dieses enge Korsett. Also das heisst, Sie möchten Defizite. Sie brauchen Defizite, damit Sie aufhören mit dem Ausgabenwachstum? Geht das bei Ihnen zu Hause auch so? Gut, das war jetzt vielleicht etwas böse, okay, nehme ich zurück. Aber ja, wenn Sie uns schon vergleichen mit einem normalen Haushalt, ich finde es nicht schön, wenn man zuerst Defizite machen muss und dann, ah, jetzt, Baselland hat das gemacht ein Jahr lang, Drama. Und was lese ich heute in der Zeitung, was, 157 Millionen Überschuss, okay, gut, vielleicht nützt es,



vielleicht muss ich wirklich ein Defizit budgetieren, aber dann weisen Sie das Budget zurück und dann sind wir auch nicht weiter. Ich muss ein Defizit in der Rechnung kriegen. Schauen wir mal 2025, ESC, es ist ja geplant, schauen wir morgen nicht, diese Überraschung kann ich vorwegnehmen.

Also ich wünsche mir, dass Sie die Motion nicht überweisen, obwohl ich an sich finde, dass das System freundlicher wäre, aber innerhalb eines Jahres ist es auch sehr knapp und ich glaube, es macht jetzt auch Sinn, der letzten Steuersenkung ein wenig Zeit zu geben. Wir haben Steuern gesenkt, wir haben nicht einfach nichts gemacht. Wir haben ein grosses Standortpaket, von dem ich sehr, sehr, sehr, sehr hoffe, dass die Bevölkerung auch hinter dem Standortpaket steht. Wenn sie das nämlich nicht macht, haben wir grössere Probleme als diese Vorstösse, die Sie überwiesen haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Frau Soland, haben Sie den Besen griffbereit, den Herr Amiet gerade jetzt verzehren wird?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, leider gerade nicht.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Regierungsrätin, die Regierung schreibt, dass eine Steuersenkung jetzt verfrüht sei. Wie viel Überschuss müsste man im 2025 machen, dass Sie das nicht mehr für verfrüht halten würden?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, man muss einen strukturellen Überschuss haben. Der Überschuss misst das strukturell über ein paar Jahre, aber wir könnten dies übergangsmässig auch mit der Motion Moesch, mit der Rückvergütung könnten wir dies ausgleichen und die Bevölkerung sofort entlasten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tobias Christ beantragt die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Der Regierungsrat und Weitere beantragen die Nichtüberweisung der Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion zur Umsetzung innert eines Jahres, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006219, 26.03.25 16:11:40]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisung entschieden mit 57 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen.

43. Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR

[26.03.25 16:11:47, 24.5261.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Tanja Soland verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP will, dass diese Motion definitiv überwiesen wird. Stellen Sie sich vor, Sie wären Firmeninhaber, Sie hätten sieben Abteilungen, jede Abteilung hat einen eigenen IT-Verantwortlichen und eigene IT-Applikationen. Das Chaos ist perfekt. Was würden Sie tun als Firmeninhaber? Ich bin sicher, jeder hier drin würde sofort die IT zentralisieren, eine Stabsstelle machen und diese weit mit Weisungsbefugnis ausrüsten. Das ist eigentlich der Kern, warum die GPK schon seit Jahren dies fordert und das wurde nicht gemacht. Der Kanton, der böckelt und warum böckelt er, weil jedes Departement seine Hoheit und sein Gärtli selber behalten will.

Nachdem in den letzten Jahren die GPK regelmässig die IT-Mängel und -Schwachstellen in der kantonalen Verwaltung moniert hat und auch die Finanzkontrolle regelmässig Mängel festgestellt hat, ist es an der Zeit, klare departementsübergreifende Verantwortlichkeiten zu schaffen. Es braucht dringend eine klar definierte IT-Governance, ein gesamtkantonales IT-Portfolio, Zentralisierung der IT-Dienste und Informationssicherheit. Der Regierungsrat, wenn er selbst ausführt, dass die aktuellen IT-Strukturen den Ansprüchen nicht vollständig gerecht werden, dann sagt er ja einiges. Angesichts der gravierenden Missstände beschönigt der Regierungsrat mit dieser Formulierung die tatsächliche Situation aber massiv. Ich zähle, einfach ohne Vollständigkeit, ein paar IT-Themen des Kantons auf, die zentral gelöst werden müssen. Sie sind alle im Rechenschaftsbericht der GPK oder im Jahresbericht der Regierung zu lesen oder auch in den Berichten der Finanzkontrolle.

Es braucht eine zentrale IT-Sicherheit. Es braucht zentrale einheitliche Lösungen für Verschlüsselung heikler Mails, wie wir das jetzt gerade in Amerika gesehen haben. Es braucht ein einheitliches Konzept für den Gang des Kantons in eine iCloud. Der Kanton blockiert sich selbst mit hunderten von dezentralen IT-Projekten. Es braucht ein einheitliches Konzept für den Umgang mit der riesigen Datenmenge bzw. durch Prüfung veralteter oder sogar teils unzulässiger Einträge und Autorisierungen. Und es braucht eine zentrale Regelung von KI-Einsatz und zentrale Registrierungspflicht für die KI-Anwendung.

Wenn auch zuzugeben ist, dass mit dem Projekt Pharos endlich etwas in dieser richtigen Richtung unternommen wird, kommt das sehr spät und vermutlich unter dem nun entstandenen parlamentarischen Druck. Mit dieser Motion fördern wir dieses Projekt und halten den Druck aufrecht, bevor dieses Pulverfass explodieren kann. Und wieso soll Pharos nicht möglich sein, wenn statt sieben Departemente nur eines federführend ist? Auch kennt niemand von uns den wirklichen Inhalt dieser Pharos-Projekte und wenn Pharos wirklich alle Anliegen der Motion erfüllt, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, sehe ich keinen Grund, warum man diese Motion nicht überweisen sollte. Gegen eine allfällige Verlängerung der Frist auf 2 Jahre hat die LDP überhaupt nichts einzuwenden, falls die Regierung mehr Zeit beanspruchen sollte.

Ich bitte Sie, diese Motion definitiv zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Ich muss leider meinem Vorredner Lukas Faesch widersprechen. Wir, die SVP-Fraktion sieht das nicht so, wir beantragen Ihnen die Überweisung als Anzug an den Regierungsrat. Die Motion hat im Kern einen Punkt getroffen, den wir natürlich auch sehen. Die IT im Kanton Basel-Stadt ist, was die Struktur anbelangt, sicherlich nicht optimal. Das haben die verschiedenen Vorfälle, die auch in der Motion erwähnt worden sind, die wir aber auch alle aus den Jahresberichten der GPK und aus vielen anderen Berichten kennen, in den vergangenen Jahren gezeigt. Hier gibt es sicherlich ein Verbesserungspotenzial, welches auch ergriffen werden sollte. Und ich würde behaupten, dass auch Frau Regierungsrätin Soland sagen würde, dass die IT im Kanton Basel-Stadt nicht optimal aufgestellt ist. Das ist aber auch tatsächlich teilweise historisch bedingt.

Wir haben die Situation, dass wir nicht nur einen einzigen quasi Strang der Informatik im Kanton haben, sondern dass es eben auch noch Nebenstränge gibt mit der Infrastruktur beim Erziehungsdepartement oder/aber auch beispielsweise bei der Kantonspolizei. Diese verschiedenen Departemente haben anders als vielleicht einen Grosskonzern, Herr Faesch, eben auch ganz unterschiedliche Bedürfnisse, was die IT-Infrastruktur anbelangt. Es geht nicht darum, das ist heute schon zentralisiert, dass alle über Microsoft arbeiten, sondern es geht auch um die Fachapplikationen, die in den jeweiligen Departementen verwendet werden. Ob dort im Zweifel eine Weisungsbefugnis seitens der kantonalen IT, also der IT BS, tatsächlich der richtige Weg ist, um dann auch entsprechend die Abläufe in den Departementen möglichst speditiv zu halten, das wage ich zumindest zu bezweifeln. In meiner Zeit, als ich in der Verwaltung gearbeitet habe, das ist jetzt auch schon 20



Jahre her, war es zumindest so, dass meistens diejenigen IT-Projekte, die dezentral gelaufen sind, die sehr fachspezifisch waren, und in einer Dienststelle wie dem kantonalen Labor gibt es zum Beispiel eben auch sehr viele Applikationen, die sehr fachspezifisch sind, wäre es nicht von Vorteil gewesen, wenn die IT BS eine zu starke Weisungsbefugnis gehabt hätte. Und hier auf diesem schmalen Grad zwischen was ist sinnvoll, dass es zentral geregelt und auch zentral gesteuert wird, und was macht mehr Sinn, dass es weithin in einem gewissen Teil auch dezentral bleibt, befinden wir uns.

Und das von der Regierung nun auch in der Antwort auf die Motion der GPK erwähnte Projekt Pharos scheint uns zumindest nun vernünftig aufgegleist zu sein. Wir müssen es selbstverständlich im Auge behalten. Dafür gibt es Oberaufsichtskommissionen, die sich dieser Sache annehmen können. Das heisst nicht, dass es eine Begleitgruppe dazu geben muss, aber das Projekt kann auch gegenüber dem Parlament dargelegt werden, die Regierung kann Rechenschaft über dieses Projekt ablegen und nun auf diesem Weg, auf dem sich die Verwaltung befindet mit dem Projekt Pharos, quasi eine Umkehr zu verlangen und die Motion, so wie es der Text vorsieht, wie jetzt auch Herr Faesch gesagt hat, so strikt innerhalb eines Jahres oder vielleicht dann auch zwei Jahren, wenn man es verlängern würde, alles zu zentralisieren, würde aus unserer Sicht dieses Projekt Pharos obsolet machen. Wir hätten also einen Zustand, dass wir ein jetzt aufgegleist Projekt, das vielleicht zweifelsohne an der einen oder anderen Stelle dann auch im Laufe des Prozesses noch verbessert oder nachjustiert werden muss, ein Projekt abgebrochen werden muss, sistiert werden muss, es müsste etwas Neues aufgegleist werden und ich bezweifle, dass diese dann Neuauflage der zentralen Verantwortlichkeiten und der dezentralen Verantwortlichkeiten der kantonalen IT mit einem solchen neuen Projekt dann besser, schneller und günstiger wäre.

Deshalb bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, hier dem Regierungsrat zu folgen, ihm diese Motion als Anzug zu überweisen und ansonsten dieses Projekt Pharos jetzt sich entfalten zu lassen und dem Regierungsrat Zeit zu geben, hier gemeinsam mit den Fachverantwortlichen eine möglichst gute, zukunftsfähige IT-Infrastruktur für den gesamten Kanton zu schaffen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Michela Seggiani für die SP.

Michela Seggiani (SP): Tatsächlich muss ich ausnahmsweise meinem Vorredner recht geben in Teilen und die SP-Fraktion ist auch für Anzug, allerdings sind die Gründe doch nicht deckungsgleich, sondern sie sind anders. Eine klare und funktionierende Organisation im Bereich der Informatik ist notwendig, dem stimmen wir auch zu. Wir anerkennen aber auch, dass der Regierungsrat bereits Massnahmen ergriffen hat und wir sind auch froh, dass die aktuelle Struktur allgemein, wie in der Stellungnahme der Regierung ja auch beschrieben wird, als problematisch gesehen wird. Ob das Projekt Pharos die Situation vollständig lösen kann, das weiss ich nicht, da muss ich oder da müssen wir halt auch zugeben, dass wir diese Kompetenzen nicht haben, auch wenn wir in einer Oberaufsichtskommission sitzen. Also das weiss ich nicht, aber es ist sicher eine gute Massnahme und es weist auch in eine gute Richtung.

Deshalb denken wir, dass der Antrag der Regierung, hier auf Anzug umzuwandeln, sicher zu unterstützen ist. So müssen wir auch nicht alles, das schon aufgebaut wurde, wieder abrechnen und bei Neuem beginnen. Deshalb sind wir von der SP für Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler für die Grünen/jgb.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Digitalisierung und die damit verbundenen Herausforderungen machen deutlich, dass die Organisation unserer kantonalen Informatik eine strategische Schlüsselrolle spielt. Deshalb ist es wichtig, dass wir die vorliegende Motion weiterhin als Motion behandeln und sie umgesetzt wird. Die bisherigen Berichte der Finanzkontrolle und die Erkenntnisse der Jahresberichte der letzten Jahre von der GPK zeigen klar auf, dass die aktuelle Struktur der Informatik in unserem Kanton nicht ausreichend ist. Die IT ist viel zu stark fragmentiert, es fehlt an zentraler Steuerung und klaren Verantwortlichkeiten. Die Folge davon ist, dass die Effizienz leidet und Sicherheitslücken entstehen. All das können wir uns in einer Welt voller Cyberrisiken und zunehmender Digitalisierung einfach nicht leisten, denn diese Cyberrisiken nehmen zu und sie werden zukünftig zur Realität dazu gehören.

Die Motion ist im Grunde sehr klar. Sie fordert eine zentrale departementsübergreifende Instanz, die weisungsbefugt ist und eine klare Struktur schafft. Das ist unseres Erachtens eine notwendige Anpassung, um den Betrieb zu stabilisieren und die Sicherheit zu gewährleisten. Die bisherigen Prozesse zeigen, solange wir nicht eine zentrale Stelle schaffen, die effektiv handeln kann, werden wir weiterhin mit den gleichen Problemen kämpfen. Ein Kulturwandel alleine reicht nicht aus, wenn er nicht von strukturellen Anpassungen begleitet wird.

Die Frist von einem Jahr ist sehr sportlich, das gebe ich zu. Ich denke, es ist aber bei dieser Motion wichtig, dass man sich motivierte Ziele steckt, um auch wirklich ein bisschen den Druck aufrechtzuerhalten, dass diese Ziele auch wirklich



umgesetzt werden und dass nicht weiterhin dieses Thema einfach so schleppend über Jahre hinweg mitgezogen wird. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten in der heutigen Zeit.

Deshalb ist unsere Fraktion Grüne/jgb der Überzeugung, dass wir das nochmals als Motion überweisen sollen und bitten Sie, das ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich spreche hier als Einzelsprecher und erlaube mir ein paar differenzierende Bemerkungen. Es gibt auf der einen Seite die Befürchtung, dass wenn diese Motion nicht angenommen wird, nichts läuft, die unnötigen Doppelspurigkeiten weiter vorhanden sind, Sicherheitsstandards im Kanton weiterhin nicht erfüllt werden, die unhaltbaren Zustände gerade im Sicherheitsbereich nach wie vor vorhanden sind und auch Anschaffungen ineffizient sind, usw. Und es gibt auf der anderen Seite die Befürchtung, dass man Initiative und Innovation in gewissen Abteilungen, usw. abwürgt durch zu viel Zentralisierung. Ich glaube, egal, wie es heute herauskommt, und ich persönlich bin in Übereinstimmung mit der GPK dafür, dass man einen Schritt Richtung mehr Zentralisierung wagt, aber egal, wie es herauskommt, es braucht weitere Gespräche und vielleicht auch einen Austausch zwischen Regierung und Oberaufsicht und insbesondere der GPK.

Aus der vorliegenden Antwort ist noch ein bisschen zu wenig klar, ob uns Pharos Licht in der Dunkelheit bringt, also ob das jetzt wirklich der ersehnte Leuchtturm ist oder nicht, das lässt sich, und das hat auch meine Fraktionspräsidentin vorher betont, im gegenwärtigen Zeitpunkt zu wenig klar beurteilen. Ich denke, egal, wie man sich heute entscheidet, und ich bin für den Schritt zur Zentralisierung, man muss sich auf jeden Fall die Risiken bewusst sein, die einhergehen, wenn man entweder die nötigen Schritte nicht unternimmt in der Zentralisierung oder wenn man dann vielleicht auch so weit geht, dass man riskiert, die Initiative in der Abteilung abzuwürgen. Aber was völlig unstrittig ist und auch von der Regierung nicht bestritten wird, ist, dass es Schritte braucht, um sicherzustellen, dass die Sicherheit an vielen Orten gewährleistet werden kann und die Frage ist, wie stark man dem Nachdruck verleihen möchte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat im Dezember 2024 entschieden, die Basisdienste bei der IT BS zu zentralisieren. Das scheint hier vollkommen untergegangen zu sein. Wir haben eine Entscheidung schon getroffen. Ich weiss nicht, Sie sagen mir, es passiert nichts, ich mache nichts, ich höre nicht auf Sie, ich würde überhaupt nichts machen. Das stimmt einfach nicht. Der Regierungsrat hat entschieden, das ist Vergangenheit, das haben wir gemacht. Wir sind daran, die Basisdienste bei der IT BS zu zentralisieren. Das ist eine grosse Entscheidung. Die Mitarbeitenden sind sehr beunruhigt, es wird Verschiebungen geben von den Departementen zur IT BS, da ist jetzt viel Dynamik drin, viel Angst, viel Unsicherheit, aber wir haben das gemacht. Die Regierung hat jetzt quasi endlich gesagt, das geht nicht mehr. Basisdienstleistungen ist die Basis der Digitalisierung. Das sind die Dinge, die laufen müssen, damit die Mitarbeitenden arbeiten können, damit wir digitalisieren können. Und das zentralisieren wir, da sind wir daran, das machen wir, das ist ein Muss, das muss gehen. Einfach nur ganz nebenbei, die Gerichte, die sind dann bei Ihnen. Also wir sind auf diesem Weg.

Wir sind auch auf dem Weg selbstverständlich, dass die Fragen zur KI, die Fragen zur Sicherheit, die müssen gesamtkantonal gelöst werden und umgesetzt und eingehalten. Die Einhaltung, ja, da kann man eine neue Governance machen, da sind wir daran. Dass es am Ende immer Personen geben wird, die das nicht machen das ist so, das wissen wir alle. Wir haben mehrere 1000 Mitarbeitende, dass es da immer einmal einen Mitarbeiter gibt, der ein Mail öffnet, das er nicht sollte, oder der etwas macht, das er so nicht machen sollte, das wird es immer geben, das können wir nicht verhindern, aber wir können diese Basisdienstleistungen zentralisieren.

Was einfach wenig Sinn macht und was wir auch nicht wollen, ist alle Fachapplikationen auch noch zentralisieren. Da gibt es Kantone, die das machen, aber der Regierungsrat hat sich überzeugen lassen, dass Fachapplikationen, die wirklich nur ein oder zwei Departemente betreffen, dort gemacht werden sollen. Weil die Kantonspolizei wird sich sonst bei Ihnen bedanken, wenn unsere IT ihre Fachapplikationen macht. Da sind die Wege zu lange, das macht keinen Sinn, da müssen Fachspezialisten dabei sein, die wirklich dann auch bei der Kapo nahe, kurze Wege haben.

Was genau zu was gehört, da sind wir dabei, das aufzuschlüsseln. Gerne komme ich in die GPK, es wurde einfach bisher abgelehnt, ich habe es angeboten. Ich durfte dann aber in die Finanzkommission gehen. Wir haben es vorgestellt mit Pascal Bettendorf, der Experte, der externe, der dabei ist, Pharos in den Departementen auch umzusetzen. Wir sind hier wirklich am Arbeiten. Ich werde Ihnen, davon gehe ich aus, der Regierungsrat auf meinen Vorschlag hin auch noch vor den Sommerferien vorstellen, wie die IT-Leitung neu besetzt wird. Der IT-Leiter hat gekündigt, der wird Ende Mai aufhören. Wir brauchen eine neue IT-Leitung, wir brauchen eine neue Struktur, wir sind hier wirklich fest am Arbeiten.



Das ist auch der Grund, warum ich das nicht als Motion möchte. Wenn das kommt, dann müssen wir alles zentralisieren, dann wären die jetzigen Entscheidungen falsch, müssen wir irgendwie rückgängig machen, die Mitarbeitenden wissen nicht, was mit ihnen passiert. Ich glaube auch, dass es nicht sinnvoll ist, alles wirklich zu zentralisieren. Ich glaube, der Weg, den wir einschlagen, ist gut. Daher bitte ich Sie, einen Anzug zu überweisen und wir kommen gerne in die Kommissionen und berichten regelmässig, weil wir sind am Arbeiten. Es ist nicht so, dass wir nichts machen. Es passiert einiges im Moment und in den nächsten Monaten und das stellen wir Ihnen gerne vor. Der Entscheid vom letzten Jahr haben wir auch in einer Medienmitteilung kommuniziert, das mag vielleicht beim einen oder anderen untergegangen zu sein.

Daher bitte ich Sie sehr, die Motion als Anzug zu überweisen und uns einzuladen in die Kommissionen, wenn Sie wissen möchten, wo das Projekt gerade steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, auch hier wieder zwei Fragen. Sie werden entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie sind ja immer wieder bei uns in der Kommission und Sie haben im Dezember anscheinend entschieden, dass Sie das so machen wollen, wie wir das angeblich wollen. Die Motion wurde im Juni eingereicht. Warum ist es Ihnen dann erst über Neujahr in den Sinn gekommen, auf die GPK zuzukommen zu diesem Geschäft?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich musste den Regierungsentscheid abwarten.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich bin seit vier Jahren in der GPK und seit vier Jahren monieren wir in den Jahresberichten genau das Thema und Sie sagen, Sie hätten noch nie dazu reden können in der GPK?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nein, tut mir leid, das ist ein Missverständnis, das habe ich nicht gesagt, nein. Nur jetzt gerade nach dem Entscheid des Regierungsrats im Dezember, der etwas spät kann, den musste ich einfach abwarten, weil unklar war, das ist ein etwas historischer Entscheid, ob der Regierungsrat dahinter steht oder nicht. Ich habe nur das gemeint, tut mir leid.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Faesch und Laurin Hoppler beantragen die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006221, 26.03.25 16:35:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.



44. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR

[26.03.25 16:35:40, 22.5522.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Soland verzichtet. Somit geht das Wort an Melanie Nussbaumer als Fraktionssprecherin der SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Ehrlich gesagt war die Beantwortung ziemlich enttäuschend. Für die, die den Anzug jetzt nicht gerade nochmals gelesen haben, es geht darum, dass Verwaltungsmitarbeitende, die in Kontakt sind mit Bürgerinnen und Bürgern, dass die besser sensibilisiert sind im Bereich der psychischen Gesundheit respektive psychische Krankheiten. Das heisst, alle, die in der Verwaltung arbeiten, die Kontakt haben mit Bürger*innen sollten ein gewisses Grundwissen haben, wie mit Leuten umgegangen werden muss, die psychisch erkrankt sind. Das wäre eigentlich das Ziel dieses Vorstosses. Jetzt wurden verschiedene Massnahmen aufgezählt in der Beantwortung, dass es schon verschiedene Gefässe gibt, die mit diesem Thema zu tun haben, aber eigentlich wurde das Ziel dieses Vorstosses nicht in Betracht gezogen, dass man das wirklich auch umsetzt.

Es war auch enttäuschend, dass vor allem diejenigen Departemente in den Fokus gerückt wurden, das Gesundheitsdepartement und das WSU, wo es sowieso schon eher Menschen hat, die eine sozialarbeiterische Ausbildung haben oder sonstige Ausbildung haben, die Kenntnisse haben im Bereich psychischer Gesundheit. Also wenn in einer Auflistung steht, dass es in der Sozialhilfe ein Gefäss gibt für Supervision, dann hat das nichts damit zu tun mit diesem Anzug, das ist einfach sehr weit hergeholt respektive hat nichts mit diesem Ziel zu tun. Wie gesagt, das sind Departemente, wo es auch schon bereits Kompetenzen wahrscheinlich gibt, die man vielleicht noch weiter vergrössern könnte, aber da besteht schon etwas.

Aber es gibt natürlich auch andere Departemente, wo man Kontakt hat mit Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel das JSD. Sie wissen alle, da gibt es viele Leute, viele Angestellte, die Kontakt haben mit Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel Polizistinnen und Polizisten, oder es gibt das Finanzdepartement, die Steuerverwaltung, auch da hat man Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern und da ist es umso wichtiger, dass diese Grundlagenkenntnisse zum Umgang mit psychisch erkrankten Personen, dass das verbessert wird. Denn wenn dort sensibel mit diesen Leuten umgegangen wird im Kontakt, dann kann man einiges auffangen respektive man verstärkt die Krankheiten, die eh schon bestehen, mit schlechten Reaktionen nicht.

Von dem her ist es wichtig, dass hier weitergegangen wird als das, was im Anzug steht, dass wirklich dieses Ziel nochmals überprüft wird, wie kann man das verbessern, wie kann man die Kompetenzen in der ganzen Verwaltung, in allen Departementen vergrössern und verteilen auf alle Mitarbeitenden, die Kontakt haben mit Bürgerinnen und Bürgern. Ich glaube, das hätte einen sehr guten Multiplikatoreffekt und ich wäre sehr dankbar, wenn wir das nochmals stehen lassen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Auch im Namen der Fraktion BastA beantrage ich Ihnen, diesen Anzug von Kollegin Nussbaumer stehen zu lassen, denn es gibt noch so viel zu tun und zu verbessern. Ein Abschreiben dieses Anzugs wäre zurzeit viel zu früh und auch noch nicht angezeigt. Weil früher war das überhaupt nicht so ein Thema, psychische Gesundheit auf der Verwaltung, das war eigentlich fremd. Und erst in den letzten Jahren, da ist auch etwas passiert, da hat die Verwaltung auch Massnahmen eingeleitet und auch individuelle Weiterbildungen umgesetzt, um bei Mitarbeitenden, gerade vor allem die, die mehr vielleicht auch Kontakt mit Menschen haben, die eine psychische Erkrankung haben könnten, auf eine Sensibilisierung hinzuarbeiten.

Dies ist lobenswert, doch wir befinden uns in diesem Prozess erst in den Anfängen. Andere Verwaltungsbereiche, Kollegin Nussbaumer hat es gerade erwähnt, wie zum Beispiel die Einwohnerdienste, wo jeden morgen früh doch ein Mix aus Menschen hinkommen und auch ab und zu warten müssen und vielleicht auch gestresst sind, weil sie sich nicht registrieren konnten, das Betreibungsamt, die Polizei, die Universitäten, Schulen, aber auch die Spitäler stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Das hat auch zugenommen im Umgang mit psychisch belasteten Kund*innen oder aber auch mit psychischen belasteten Mitarbeitenden. Und das ist in der Tat auch nicht so einfach, das erreicht auch nicht einfach eine einmalige Sensibilisierungskampagne, ich glaube, da müssen wir länger dranbleiben, um in Zukunft da gute Lösungen hinzubekommen.



Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne Mitarbeitende im Umgang geschult werden, sondern die Behörden und Abteilungen mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen sie von Amtes wegen auf dieses Thema sensibilisieren und Massnahmen auf struktureller Ebene und nicht nur auf individueller Ebene wiederholt einleiten. Besonders die Führungskräfte sind entsprechend gefordert, um das Bewusstsein zur Problematik in den Abteilungen hochzuhalten. Ich bin überzeugt, dass gezielte Sensibilisierungskampagnen in den spezifischen Ämtern sich positiv auf die Kultur und auf den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen auswirken werden. Da hat es noch viel Luft nach oben und es würde sich lohnen, hier weiterzudenken und nochmals zu berichten in zwei Jahren.

Deshalb wollen wir den Anzug stehen lassen, damit weitere Massnahmen entwickelt werden können, die auch vor allem vermehrt auf struktureller Ebene ansetzen. Für die kommende Beantwortung des Anzugs wäre es deshalb wünschenswert aufzuzeigen, welche Ziele, Massnahmen und Sensibilisierungen auf struktureller Ebene für die Verwaltung skizziert und umgesetzt werden können. Besten Dank für das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Rednerinnen und Rednern ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich finde, Herr Bolliger und Frau Nussbaumer haben nicht genau das Gleiche gesagt und ich gehe eher mit Herrn Bolliger einig. Also wenn Sie, Frau Nussbaumer, möchten, dass wir alle individuell schulen, und Sie sprechen jetzt vor allem die Mitarbeitenden bei mir an, Steuerverwaltung, Polizei, nehme ich an, dass die das haben, da gehe ich davon aus, die haben ja eine sehr intensive und lange Schulung in Hitzkirch, aber jetzt bei mir, bei der Steuerverwaltung, da müssen Sie schon sehen, wir reden hier von sehr tiefen Lohnklassen. Also Sie reden hier von Personen, die sowieso schon unter Druck stehen, die bereits viele Weiterbildungen in ihrem Bereich machen müssen und da gibt es vielleicht noch Weiterbildungen, die vielleicht noch wichtiger wären, bevor diese kommt. Und da sollen sie geschult werden in psychischen Krankheiten. Ich muss Ihnen sagen, ich bin Pflegefachfrau Psychiatrie, ich war drei Jahre in Ausbildung, ich habe zehn Jahre in der Psychiatrie gearbeitet. Das ist nicht ganz so einfach und nimmt viel Zeit in Anspruch und man erwartet dann auch viel von den Personen.

Ich gehe eher mit Herrn Bolliger einig, dass es eine strukturelle Frage ist, dass es auch eine Frage der Führungskräfte ist, dass man eher sich dort überlegen soll, wie geht man um. Und tatsächlich ist das bei der Steuerverwaltung ein Thema. Es gibt eine Person, sagen wir, die wahrscheinlich auch psychisch erkrankt ist, die ich ab und zu aus dem Gebäude begleiten muss, weil meine Mitarbeitenden Angst haben. Aber dies jemanden in einem Weiterbildungskurs oder mit einer Kampagne kurz beizubringen, ist ein hoher Anspruch. Dass man Kampagnen macht, und das macht auch das Gesundheitsdepartement immer wieder über Depressionen oder gewisse Themen, bei Psychotikern wird das etwas schwieriger, hier Verständnis zu kriegen, ist auch wirklich nicht ganz so einfach, da glaube ich, da gibt es Kampagnen, aber wirklich alle einzeln zu schulen, ich glaube, dieser Anspruch ist einfach zu hoch.

Ich würde eher das Votum von Herrn Bolliger aufnehmen, ich denke, das ist auch bei mir immer ein Thema. Wir haben das auch, das machen wir, dass wir eher strukturell überlegen, was kann man verbessern, auch die Sicherheit der Mitarbeitenden beim Schalter, dass sie sich wohlfühlen. Hier wäre wahrscheinlich eine Supervision noch zielführender als eine Weiterbildungsmassnahme. Aber wir gehen die Themen an, wir sind dabei, aber wenn wir jetzt wirklich alle einzeln schulen müssen, ich glaube nicht, dass das für diese Mitarbeitenden das Zielführende ist, die auch schon sonst sehr unter Druck stehen. Ich glaube, dass wir hier eher quasi die Führungspersonen ansprechen müssen.

Aus diesem Grund wäre ich Ihnen dankbar, den Vorstoss abzuschreiben, auch wenn ich das Thema wirklich wichtig finde, und dass wir das auch weiterhin mit HR BS in diesem Sinn bearbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Vorstoss abschreiben. Für Stehenlassen plädieren Melanie Nussbaumer und Oliver Bolliger.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung



39 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006223, 26.03.25 16:45:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 55 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

45. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

[26.03.25 16:46:07, 24.5424.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Die gemeinnützigen Wohnbauträger haben eine wichtige Funktion zu erfüllen und das anerkennt auch die LDP-Fraktion, insbesondere beim grossen Kompromiss zu Basel baut Zukunft, wo man die Bauträgerneutralität auch festgelegt hat, oder bei der Hafeniinitiative, wo man 100 Prozent Kostenmiete festgelegt hat. Es gibt bereits viele Instrumente und Mechanismen, die gemeinnützige Wohnbauträger auch privilegieren gegenüber anderen Wohnbauträgern. Das steht auch in der Beantwortung der Regierung. Uns ist in diesem Sinne nicht klar, weshalb noch ein zusätzliches Mittel nun hier gegeben werden soll über diese Restfinanzierungsdarlehen, um diese gemeinnützigen Wohnbauträger noch weiter zu fördern. Die Statistik heute hat gezeigt, dass vor allem Genossenschaften hier in Basel umbauen und auch neu bauen. Es gab erst gerade einen Zeitungsartikel, der auch zeigt, dass die Genossenschaften mitursächlich sind für viele Abbrüche, wenn man die Schweizer Optik einnimmt.

Wie ich schon gesagt habe, wer sind eigentlich die gemeinnützigen Wohnbauträger? Es gibt die Wohnbaugenossenschaften, es gibt Stiftungen für den sozialen Wohnungsbau, es gibt aber auch Wohnbauträger, die durchaus soziale, wohnpolitische Anliegen unterstützen, aber die hier nicht darunter fallen. Ich habe erst gerade ein Gespräch gehabt mit jemandem, der vertritt eine Aktiengesellschaft, die schon seit den 70er-Jahren sozialen Wohnraum bereitstellt. Die können von diesen Massnahmen nicht profitieren, was mich doch sehr stört, dass man hier so einfach nur vor allem die Genossenschaften unterstützt. Weshalb braucht es noch mehr? Wie wir schon gehört haben, gibt es schon Darlehen und Subventionen an Wohnbauträger. Es gibt Bürgschaften, die über das Wohnraumfördergesetz gemacht werden können, auch bei der Basler Kantonalbank. Die Wohnbauträger sind ausgenommen vom Wohnschutz im Vergleich zu anderen Formen. Weshalb braucht es also noch mehr?

Zudem möchte ich mir einen Seitenhieb hier nicht verkneifen, dass die Genossenschaften nicht das Allheilmittel sind, um alle Probleme zu lösen. Genossenschaften, und das sieht man in der Berichtserstattung, national auch haben strukturelle Probleme. In vielen Wohnbaugenossenschaften ist es zum Beispiel so, dass junge Familien, Studierende oder Ausländerinnen und Ausländer einen schwierigen Zugang finden, weil sie nicht aufgenommen werden. Auch für die Genossenschaft ist es so, dass sie lieber jemanden haben, der regelmässig zahlen kann und keine Wechsel stattfinden.

Das ist schon ein grosses Thema, das ich finde, sollten wir einmal besprechen. Und nochmal, wenn wir so eine Förderung noch weiter ausbauen wollen, dann finde ich es fair, wenn der Begriff des gemeinnützigen Wohnbauträgers weiter gefasst werden würde und vielleicht können wir dann ins Gespräch finden, aber zu diesem Zeitpunkt ist die LDP-Fraktion nicht bereit, dieses Anliegen weiter zu unterstützen und spricht sich darum für eine Nichtüberweisung aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Daniel Seiler.



Daniel Seiler (FDP): Kollege Hug hat die Analyse schon angesprochen. Ich weiss nicht, wer es gesehen hat heute, die Medienmitteilung, es ging um die Wohnraumproduktion vom Kanton. Wir haben im letzten Jahr noch 151 neue Wohnungen geschaffen, das ist im Vergleich zum Höchstwert im 2022, wo es 900 waren, noch 15 Prozent. Natürlich geht es hier nicht genau um das gleiche, aber es zeigt eigentlich, dass halt trotzdem auch hier wieder ein Zusammenhang besteht. Wir brauchen eigentlich hier Deregulierung und nicht mehr Regulierung. Und da bei diesen Zahlen, die heute veröffentlicht wurden, müssten doch die Alarmzeichen bei allen Fraktionen, die Lampen müssten leuchten und ich staune schon, dass hier nur die FDP und die LDP für Abschreiben sind.

Mit diesen Restfinanzierungsdarlehen, die führen natürlich dazu, dass die Immobilienpreise steigen. Für das muss man kein Wirtschaftswissenschaftsstudium absolvieren, da reicht auch die Migros-Klubschule. Ich glaube, das ist offensichtlich, der Regierungsrat führt das auch aus in seinem Bericht. Daher müssen wir wirklich da aufpassen, was wir machen, und nicht zusätzlich neue Staatsinterventionen machen. Ich weiss, die Frau Regierungsrätin hat das nicht gerne, wenn ich von Planwirtschaft rede in diesem Kontext, aber wir laufen halt leider langsam immer mehr in diese Richtung und statt wir eben deregulieren, regulieren wir in diesem Wohnungsbaumarkt immer mehr und schaffen keinen attraktiven Standort für die Wohnbauinvestoren.

Daher bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ivo Balmer für die SP.

Ivo Balmer (SP): Heute verhandeln wir ja wirklich jetzt zum zweiten Mal diese Überweisung, die wir als SP-Fraktion sogar als Motion ein zweites Mal überweisen wollen zu diesen Restfinanzierungsdarlehen. Ich bitte diesen Titel nochmals zu lesen, es ist Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger*innen. Lieber Kollege Hug, bitte lassen Sie doch uns jetzt nicht nochmals diese Diskussion eröffnen. Wir haben das bei der Kostenmiete gehabt. Gemeinnützige Wohnbauträger*innen ist viel weiter gefasst, als dass die Genossenschaften sind. Das heisst, alle die, die sich zu dem bekennen, die können natürlich dann auch entsprechend, wenn dieses Instrument eingeführt würde in unserem Kanton, davon profitieren und die entsprechenden Restfinanzierungsdarlehen bekommen. Ich denke, das ist klar und es ist auch klar, dass wir hier eben nicht nur von diesen Genossenschaften reden.

Sie können sich vorstellen, eigentlich bin ich sehr erfreut, wie das letzte Mal, nochmals über diesen Vorstoss hier mit Ihnen debattieren zu können und heute bin ich auch sehr erfreut über die Beantwortung des Regierungsrats, weil er macht hier klar, dass einerseits dieser Vorstoss rechtlich zulässig ist und vor allem, und da möchte ich schon Kollege Seiler bitten, er stuft das Anliegen preisgünstiger Wohnraum und das auch zu fördern als inhaltlich bedeutsam ein. Das ist ja genau den Rahmen, den wir haben, die Bundesgesetzgebung macht das klar mit Artikel 108 und wir nehmen es explizit auf mit dem Recht auf Wohnen und wir haben die Zielsetzung bis 2050, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum, und da zählen jetzt sogar noch mehr dazu, da gehört nämlich das ganze Wohnbauprogramm der öffentlichen Hand dazu, da gehört auch die kantonseigene Stiftung dazu, diesen Anteil, der heute je nach Statistik bei 13 Prozent dümpelt, diesen zu erhöhen bis 2050 auf 25 Prozent.

Und diese Motion bietet jetzt die Gelegenheit, das sehr gezielt und vor allem schneller zu machen. Und da ist der Vergleich mit dieser Wohnbauproduktion, hier reden wir nicht primär über eine direkte Neubauförderung, sondern es sind Restfinanzierungsdarlehen, dass die gemeinnützigen Bauträger*innen auf dem Immobilienmarkt Grundstücke erwerben können. Herr Hug hat es ja ausgeführt, die verdichten dann auf ihren Flächen, die machen Aufstockungen, die schauen dann in einem zweiten Schritt, dass es preisgünstigen Neubau gibt, und das ist das, was fehlt in diesem Kanton. Es ist der preisgünstige Wohnungsbau, der angekurbelt werden muss.

Und doch eine Bemerkung, weshalb Motion. Ja, weil eben auf dem Immobilienmarkt die Zeit das entscheidende ist und deshalb müssten wir jetzt hier vorwärts machen. Ich meine, es ist ein Jahr drin, dann reden wir in einem Jahr nochmals darüber, da sind wir kulant und es ist wichtig, dass es vorwärts geht, weil jede Immobilie, die nochmals kommt, die ist dann teurer und deshalb müssen wir hier jetzt vorwärts machen. Und ich glaube, das ist Spekulation, das ist nicht Preistreiberei. Ich weiss nicht, ob Sie das Mal sich vor Augen geführt haben, wie viele Handänderungen es überhaupt in unserem Kanton gibt und dieser Anteil, der dann mit diesen Restfinanzierungen gefördert würde, der ist verschwindend klein bzw. wären dann diese Rahmenfinanzierungen sofort aufgebraucht, wenn wir irgendwie da überborden würden und diese Restfinanzierungsdarlehen so eine grosse Nachfrage finden.

Statistisch ist es super relevant, weil dem Ziel kommen wir natürlich mit einer Wohnung, die wir überführen in den gemeinnützigen Wohnungsbau, dieser Quotenzielsetzung viel näher. Das ist einfach diese statistische Grösse, weil das 100 Prozent gleichbleibt. Und dort, weshalb ist die Gemeinnützigkeit hier entscheidend, ist wirklich, weil das einmal geschieht und dann bleibt es auch. Dann ist das eben nicht eine Wohnung, die dann jedes Mal, wenn sie neu vermietet wird, in ihrem Preis steigt, sondern sie bleibt in diesem Segment. Und ich möchte hier wirklich bitten, dass wir uns auf diese Gemeinnützigkeit einigen können. Wir haben beim Basel baut Zukunft explizit die Eigentümer*innenneutralität eingeführt. Also das heisst,



sobald sich eine Körperschaft zu diesem Prinzip bekennt, dann kann sie für die Liegenschaft, die sie erwerben möchte, von diesen Restfinanzierungen profitieren.

Deshalb bitte ich Sie jetzt wirklich, machen wir vorwärts, bremsen wir die Spekulation, überweisen wir das als zweites Mal als Motion und dann schauen wir weiter. Ich glaube, es würde unserem Kanton gut anstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Balmer, es gibt eine Zwischenfrage von Michael Hug. Sie wird entgegengenommen.

Michael Hug (LDP): Sie, der sich immer gegen die Spekulation ausspricht, wie stellen Sie sich dazu, wenn ein Privateigentümer dann weiss mit diesem Restfinanzierungsdarlehen, dass er die Liegenschaft teurer verkaufen kann als ohne?

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, wenn ein Privater wirklich nachhaltig das einem Gemeinnützigen zuführen wird, dann kann er den Preis eben genau ein bisschen höher machen, weil wenn er es auf dem Markt verkauft, dann kriegt er es so oder so, den höheren Preis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat Lea Wirz das Wort.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Mit der vorliegenden Motion wird das Ziel verfolgt, den gemeinnützigen Wohnungsbau im Kanton Basel-Stadt zu fördern, indem mit dem Restfinanzierungsdarlehen ein neues Instrument geschaffen wird. Angesichts der Wohnungslage, unserer politischen Zielsetzung im Bereich des bezahlbaren Wohnraums, möchte die Fraktion Grüne/jgb die Motion als solche an die Regierung überweisen. Ich glaube, die Zahlen, die veröffentlicht wurden zu den Neubauten und zu den Sanierungen, sprechen eigentlich auch für sich, dass es hier weitere Bestrebungen braucht.

Die kantonale Verfassung, aber auch das Wohnraumförderungsgesetz geben klar vor, dass der Erhalt und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum aktiv unterstützt werden soll. Wir haben uns hier im Kanton das Ziel gesetzt, dass der Anteil an preisgünstigem Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent steigen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es geeignete Instrumente, die den Erwerb und die Sanierung von Liegenschaften und auch den Bau durch gemeinnützige Wohnbauträger*innen erleichtern. Die Motion bietet hier Hand, indem sie eine gesetzliche Grundlage für die Restfinanzierungsdarlehen fordert. Diese Massnahmen stärkt somit direkt die Umsetzung bestehender politischer Ziele und ist ein logischer und notwendiger Schritt zur Erfüllung der gesetzten Zielwerte und diese Ziele sind richtig und wichtig.

Wir haben in der letzten Session hier über die Ausweitung der Mietzinsbeiträge beschlossen, dass wir ein solches Instrument brauchen, und dies nun auch auf weitere Personengruppen ausgeweitet haben, zeigt doch deutlich, dass wir im Bereich des bezahlbaren Wohnens vorwärtsmachen müssen und das günstige Wohnen grundsätzlich stärken müssen. Das vorgeschlagene Instrument ist ein Schritt in die richtige Richtung und die geforderte Rahmenausgabenbewilligung von 40 Millionen Franken ist sinnvoll investiertes Geld, das nicht verloren geht, sondern verzinst in den Kantonshaushalt zurückfliesst. Es verunmöglicht zudem auch nicht, dass andere Bauträgerschaften Immobilien und Grundstücke erwerben können, sondern stärkt diejenigen, die es im Bietverfahren eher schwer haben. Die Hebelwirkung dieser Massnahme scheint uns daher gross. Durch die Restfinanzierungsdarlehen wird es gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen und -Trägern überhaupt erst ermöglicht, bei Liegenschaftsverkäufen realistisch mitzuhalten.

Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion Grüne/jgb, den Vorstoss als Motion an die Regierung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass auch die Fraktion Mitte-EVP für die Weiterbehandlung als Motion ist und Ihnen daher dies auch empfiehlt.

Es war interessant vorher, die kleine Spitze von Frau Regierungsrätin Soland zu vernehmen, die einen Widerspruch empfunden hat zwischen meiner Unterstützung von Steuersenkungen und der Einreichung einer solchen Motion. Und ich bin wirklich ein bisschen überrascht, weil ich davon ausgehe, dass die Vorstösse, die ich einreiche, sowohl von der zuständigen Regierungsrätin wie auch von der Verwaltung gelesen werden, verstanden werden und dass unsere Regierungsrätin den Unterschied zwischen einer Finanzanlage und einer Ausgabe respektive Aufwand in einer Erfolgsrechnung kennt. Denn was hier vorgeschlagen wird, ist eigentlich ein Finanzprodukt für den Kanton, das seine Kosten nicht erhöht, sondern das Geld



wird angelegt, es muss zurückbezahlt werden, es wird verzinst, wir reden von einer Anlage. Aber Frau Regierungsrätin Soland war auch schon überrascht, als ich sie fragte, ob der Kanton eine Anlagestrategie hat, für das muss er ja Anlagen haben und die hat er, das kann ich Ihnen versprechen.

Es geht nochmals zur Klärung nicht um staatlichen Wohnungsbau, es geht nicht um A-fonds-perdu-Beiträge, sondern es geht um die Förderung gemeinnützigen Wohnungsbaus durch private Bauträger. Und die sind eben nicht beschränkt auf Genossenschaften, sondern es können Stiftungen sein, es können sogar Aktiengesellschaften sein, die sich dem Prinzip der Kostenmiete verschrieben haben. Und auch hier, zur Kostenmiete gehören auch Finanzierungskosten, das heisst, wenn Hypothekarzinsen steigen, was sie auch schon mal waren, viel höher, dann muss das in der Kostenmiete einberechnet werden und führt halt auch dort zu entsprechenden Korrekturen, aber uns scheint eben, dass das vorrangige Ziel, auf das der Regierungsrat auch verweist, wichtig ist, nämlich die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus als Verfassungsauftrag in der Bundesverfassung. Es ist ein Ziel der Wohnungspolitik des Bundes gemäss Artikel 108 Bundesverfassung.

Demselben Ziel hat sich auch die Mitte verschrieben in ihrem Parteiprogramm, das habe ich letztes Mal dargelegt. Es geht um gemeinnützigen Wohnungsbau von privaten Wohnbauträgern, der gefördert werden soll. Wir sprechen von einem Markt, der überhitzt ist, der ein knappes Angebot hat. Wir reden von einer sehr tiefen Leerstandsquote, wir müssten grössere Leerstände haben, damit hier ein Markt spielen würde und darum braucht es für die zur Verfügungstellung preisgünstigen Wohnraums auch für Familien solche Werkzeuge.

Die Motion verlangt die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage. Mir ist auch nicht klar, weshalb der Regierungsrat jetzt findet, man soll das nur als Anzug überweisen. Selbst wenn es als Motion weiterginge, und wir möchten das gerne, dann kann man ja über den Betrag immer noch bei dieser Vorlage, wenn sie denn kommt, verhandeln oder über den Mechanismus, aber es geht um den verbindlichen Auftrag, hier ein Finanzierungsinstrument im gewünschten Sinne zu schaffen.

Die Argumente für oder gegen die Motion, die wurden ja schon bei der Erstüberweisung diskutiert, ich werde darauf nicht mehr allzu gross eingehen. Wir sehen auch den Vorwurf der Preistreiberei als Vorwand. Ich möchte Ihnen folgendes Beispiel nennen: Es gibt Situationen, da möchte ein privater Eigentümer sein Mehrfamilienhaus verkaufen. Er hat ein Angebot eines Privaten, aber findet, eigentlich würde ich gerne gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Der Private würde aber einen geringfügigen Betrag, und wir reden hier von 20'000 Franken pro Wohnung, nicht von Beiträgen in beliebiger Höhe, die Genossenschaft erhält so ein Mittel, den Privaten einen etwas höheren Preis zu zahlen, der bei der Finanzierung berücksichtigt werden muss. Aber dadurch wird Wohnraum in gemeinnützigen Wohnraum umgewandelt, der auf lange Zeit eben als gemeinnütziger Wohnraum gesichert ist.

Aus der Beantwortung des Regierungsrates vermute ich, dass ihn vor allem die Jahresfrist gestört hat. Hier hätte die Möglichkeit bestanden, eine längere Frist zu beantragen, das war nicht der Fall. Für mich ist auch das ein Vorwand, denn natürlich will sich die Verwaltung möglichst lange Zeit nehmen. Aber es zeigt sich, Fortschritt wird oft nur mit knappen Zeitverhältnissen und Fristen erreicht. Dass es möglich ist, zeigt die Umsetzung des ESC, es gibt auch weitere Beispiele, wo eben knappe Fristen auch zu entsprechender Bewegung führen. Und die Dauerüberlastung von Amtsstellen halte ich noch immer für eine widerlegbare Vermutung.

Wie schon bei der Erstüberweisung erwähnt, wurde ich wiederholt auf die Frage angesprochen, was denn unter gemeinnützigem Wohnungsbau zu verstehen sei und sogar institutionelle Anleger haben mich gefragt, ja, wenn wir jetzt als AG uns der Kostenmiete verschreiben müssen, zum Beispiel bei Basel baut Zukunft oder bei anderen Arealen, die genannt wurden, können wir da dann profitieren? Und es ist eben so, Bauträger, egal, welche Trägerschaft sie haben, können diese Beiträge beanspruchen, wenn sie nach dem Prinzip der Kostenmiete arbeiten.

Aus bürgerlicher Sicht abschliessend nochmals zu betonen ist, dass es sich nicht um A-fonds-perdu-Beiträge handelt, sondern um rückzahlbare und verzinsliche Darlehen, also um eine Anlage nochmals des Kantons. Zudem Wohnbaugenossenschaften investieren immer, bei hohen und bei tiefen Zinsen, bei Konjunktur und Inflation. Sie sind damit ein konjunkturunabhängiger Motor der regionalen Wirtschaft. Das wird viel zu wenig beachtet und in diesem Sinne empfehle ich Ihnen Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der heikle Punkt ist nicht Punkt 1, mit dem Sie jetzt immer argumentiert haben mit den Darlehen. Die Darlehen sind nicht der heikle Punkt, der heikle Punkt ist Punkt 2. Es tut mir leid, aber da steht: Diese durch den Grossen Rat bereits beschlossene Rahmenausgabenbewilligung finanziert dabei eine allfällige Differenz. Beim zweiten Punkt geht es um die Finanzierung. Ich habe in diesem ganzen Punkt nichts von einem Darlehen gelesen und ja, wir haben das schon, diese 20 Millionen, und ich kann Ihnen sagen, das ist eine schwierige Voraussetzung. Weil was Sie wollen, ist,



dass wir einen Teil finanzieren, und zwar zwischen einem Marktpreis und quasi einem etwas überhöhten Preis an einen gemeinnützigen Wohnbauträger, also quasi nicht an eine staatliche Organisation, sondern an einen Privaten. Das ist eine Subvention, ich verstehe das nicht anders. Das sind Subventionen und dann noch in einer Rahmenausgabenbewilligung. Das ist Verwaltungsvermögen, da brauche ich eine rechtliche Grundlage, um diese Subvention zu geben. Das wird dann nicht ganz so einfach, das wird ein schwieriges Unterfangen.

Punkt 1 bin ich mit Ihnen einverstanden, das hat mir auch Immobilien Basel-Stadt gesagt, das könnte man machen, das macht einen gewissen Sinn mit diesem Darlehen für diesen Bereich, da ist es wirklich ein Darlehen. Aber da geht es um eine Finanzierung beim Punkt 2 und das ist eine Subventionierung, das wäre dann ein Staatsbeitrag. Ja, wir werden schauen, wie wir das machen und das wird nicht so einfach, da brauchen wir eine rechtliche Grundlage und der Grosse Rat muss diese dann zuerst beschliessen. Ja, innerhalb eines Jahres ist etwas knapp, aber wenn Sie das möchten, dann machen wir das.

Wir sind vor allem da kritisch, wenn Sie uns einen Anzug geben, dann könnte man prüfen, was wäre allenfalls noch möglich, was nicht im Verwaltungsvermögen ist. Verwaltungsvermögen ist eine Staatsaufgabe und ob es eine Staatsaufgabe ist, privaten Wohnbauträgern, auch wenn sie gemeinnützig sind, ihre Wohnungen zu finanzieren, darüber kann man sich streiten. Wenn der Kanton das macht, wäre ich noch einverstanden, nachher wird es einfach schwierig, dann werden wir auch Bedingungen haben müssen. Dann wird sich auch die Frage stellen, wer darf in die Wohnungen. Das kann ich dann wahrscheinlich nicht mehr Ihnen überlassen, da müssen wir ein ganzes Konzept haben, weil das sind dann wirklich subventionierte Wohnungen. Das gibt schon ein wenig einen Unterschied zu heute, das wäre ein Systemwechsel.

Darum haben wir Sie gebeten, einen Anzug zu machen, dass wir diese Schwierigkeit vielleicht umgehen könnten. Ich hoffe jetzt noch und bitte Sie, das in einen Anzug umzuwandeln, ansonsten werden wir uns dann in einem Jahr über das Subventionsverhältnis unterhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ivo Balmer und Weitere beantragen die Überweisung als Motion.

Wir kommen zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006225, 26.03.25 17:12:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 55 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen.

Michael Hug beantragt Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006234, 26.03.25 17:14:30]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion überweisen mit 56 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

46. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR

[26.03.25 17:14:39, 22.5570.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Frau Soland verzichtet in einer ersten Runde. Somit hat das Wort die Fraktionssprecherin für die SP, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion möchte meinen Vorstoss stehen lassen, denn es wird hier aufgezeigt, dass wenn möglich den Mindestanforderungen entsprochen wird. Das reicht mir aber bei weitem nicht. Es kann nicht sein, dass wir in Basel im Thema Behinderung ein Minimum erfüllen und davon ausgehen, dass das reicht. Diese Ausgangslage ohne weitere Erklärung ist mir zu dürftig. Die Intention, wenn immer möglich, hindernisfrei zu bauen und aus Fehlern, zum Beispiel beim kHaus, zu lernen, fehlt mir oder lese ich zumindest nicht aus dem vorliegenden Bericht.

Menschen mit Behinderung empfinden nicht einfach etwas als nicht barrierefrei. Für sie hat ein Bau je nachdem so viele Barrieren, dass ihnen der Zugang eben verwehrt bleibt. Das Bestreben, hier etwas zu ändern, fehlt mir. So wird zum Beispiel erwähnt, dass jeweils Expert*innen zuzuteilen seien, aber ob das dann wirklich gemacht wird, wie, wann, wo, etc., das wird nicht erläutert. Ehrlich gesagt bin ich über die Beantwortung etwas enttäuscht. Ich habe die Form des Anzuges gewählt, weil ich ja möchte, dass geprüft und berichtet wird, nicht nur geantwortet, sonst hätte ich eine schriftliche Anfrage gemacht.

Es wird uns auch hier immer wieder gesagt, es brauche nicht immer Motionen, wenn wir etwas erreichen wollen mit unseren Vorstössen und ich möchte jetzt deshalb stehen lassen, um wirklich noch einmal anzustossen, dass hier eine Wirkung erzielt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Michela Seggiani

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006236, 26.03.25 17:17:59]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 53 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

47. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend verbesserten Begleitung vulnerabler Menschen durch das ABES, Schreiben des RR

[26.03.25 17:18:09, 22.5370.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

48. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose, Schreiben des RR

[26.03.25 17:18:40, 18.5240.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

49. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR

[26.03.25 17:19:04, 22.5247.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Sutter verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an die erste Fraktionssprecherin für die Grünen/jgb, Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich stelle den Antrag im Namen meiner Fraktion Grüne/jgb, dies stehen zu lassen.

In der Beantwortung wird auf das Standortpaket verwiesen. Wie wir in diesem Saal ja alle wissen, wird es mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu einer Abstimmung kommen und daher ist es nur gerechtfertigt, diesen Anzug jetzt auch stehen zu lassen und die Abstimmung abzuwarten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Laut Anzug soll die Regierung eine sinnvolle gesetzliche Grundlage und anteilige Finanzierung eines kantonalen KMU-Klimafonds vorschlagen. Ja, wen überrascht es, aber einmal mehr muss das Klima erhalten, um



Steuergelder ausgeben zu können. Und willst du eine Abstimmung gewinnen, dann hänge das Wort Klima daran. Eine neuzeitliche Politikstrategie, die uralt ist. Mit Angst lässt sich noch immer hervorragend politisieren. Es reicht scheinbar nicht, die Förderung der für uns tatsächlich enorm wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen voranzutreiben, die Unternehmen, die sehr viele Arbeitsplätze bereitstellen, sehr viele Ausbildungsplätze, es braucht da noch das Klima, es muss ein KMU-Klimafonds sein.

Erhellend ist einmal mehr, welche Ideen die baslerischen Geldschwämme produziert. Die Anzugssteller schreiben, mit seinem strukturellen Überschuss verfügt der Kanton über die nötigen Mittel, um einen entsprechenden KMU-Klimafonds zu öffnen. Ja, ich bitte Sie, wie kurzsichtig ist denn das? Hier wird einfach angenommen, dass dieser strukturelle Überschuss in Stein gemeisselt sei und auf ewig garantiert. Eine Denkweise, welcher wir leider immer wieder begegnen. Das sind hehre Ideen, welche spätestens dann in die Hosen gehen, wenn Basel aus irgendwelchem Grund auch immer einmal nicht mehr einen strukturellen Überschuss hat. Je mehr Ausgaben wir machen, je mehr Dinge wir unterstützen, desto mehr Begehrlichkeiten provozieren wir, und zwar langfristig. Die Leute gewöhnen sich dann daran, dass der Staat dieses Geld ausgibt. Sollte es dann einmal nicht mehr hier sein, wird es umso bitterer, nachhaltig ist anders.

In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, welche Fördertöpfe auf Ebene Bund und Kanton bereits bestehen. Ich erspare Ihnen eine Aufzählung, Sie haben ja sicher die Antwort der Regierung selbst genau gelesen. Laut Antwort werden die Anliegen des Anzugs bereits abgedeckt, auch für die KMU. Deshalb folgt die SVP der Regierung bei diesem Anzug und ich bitte Sie namens Fraktion der SVP, den Anzug abzuschreiben. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Klimaschutz ist notwendig, und zwar für die Zukunft und vor allem das Leben der zukünftigen Generationen. Da haben wir auch einen klaren Auftrag unserer Stimmbevölkerung, sie haben mit deutlichem Mehr Netto-Null 2037 vorgeben. Das ist ein ambitioniertes Ziel, ein wichtiges Ziel und wir brauchen dazu auch die Wirtschaft und wir brauchen die KMUs zur Erreichung dieser Ziele. Und wir möchten dies gemeinsam mit der Wirtschaft und den KMUs tun, um gleichzeitig auch sicherzustellen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit darunter nicht leidet, sondern im Gegenteil sogar gestärkt wird.

Sie haben im Innovationsprogramm 67 Millionen gesprochen, also für die Innovationsförderung, die wir etwa vor einem Jahr im Januar hier als Rahmenausgabenbewilligung bewilligt oder Sie bewilligt haben. Wir haben dort explizit die Innovationsförderung smart diversifiziert, indem die nachhaltige Innovation neu auch ein wichtiger Innovationsförderschwerpunkt ist in diesem Programm. In der Zwischenzeit sind die beiden Programme in diesem Bereich vom Regierungsrat bewilligt und auch, wie es das Gesetz vorsieht, durch die WAK zur Kenntnis genommen worden. Das eine, BaselCircular, eine wichtige Initiative, die wir gemeinsam mit der Eckenstein-Geigy Stiftung machen, der Kanton und die Stiftung zusammen paritätisch finanziert mit jeweils einer Million pro Jahr. Dieser Verein steht und dieses Programm ist am Laufen und unterstützt genau KMUs, sowohl KMUs, die in der Kreislaufwirtschaft direkt tätig sind, aber auch alle anderen KMUs in ihrer Art des Produzierens von einer linearen Produktionsform und Erstellungsform hin zu einem zirkulären Weg, um Ressourcen zu schonen, damit das Klima zu schonen und auch unsere Abhängigkeit aus dem Ausland zu reduzieren.

Wir haben mit Basel2037 das zweite Programm, das KMUs ganz direkt unterstützen soll auf ihrem Weg zu Netto-Null, eben gemeinsam mit viel Innovation verknüpft, damit wir auf diesem Weg vorwärtsgehen.

Das Wichtigste aber, vor allem auch auf finanzieller Ebene, über das stimmen wir im Mai ab, das ist das Basler Standortpaket. Ein ganz wichtiges Instrument zur Unterstützung unserer Klimaschutzziele. Wir haben da bis zu 100 Millionen, also es wird nicht immer 100 Millionen sein, da auch der Gesamtbetrag nicht immer 500 sein wird, sondern auch tiefer liegen kann, aber wir haben da ein wichtiges Gefäss, wo wir ganz direkt CO₂-Reduktion im Scope 1 der Firmen finanziell unterstützen können und damit auch die Anreize noch weiter so stellen, dass CO₂ im Klimaschutz effektiv vollzogen wird durch die Firmen in Basel.

Von dem her, ich denke, da wurde, seit dieser Anzug überwiesen wurde, sehr, sehr viel gemacht, sehr viel Gutes, sehr viel Wichtiges. Jetzt ist wichtig, dass dieses Basler Standortpaket mit diesem Teil auch noch kommt und aus diesem Grund, weil all diese Arbeit gemacht wurde und wir riesige Schritte gemacht haben für die KMUs im Bereich Klimaschutz, bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006246, 26.03.25 17:27:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Motion Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund, Stellungnahme des RR

[26.03.25 17:27:31, 24.5184.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

51. Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR

[26.03.25 17:28:05, 20.5020.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Sutter verzichtet auf ein Votum. Somit geht das Wort an den Fraktionsprechenden der Grünen/jgb, Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Motion von Jürg Stöcklin und Konsorten, die 2021 notabene auf Antrag des Regierungsrates zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage überwiesen wurde, harrt auch nach bald fünf Jahren auf seine Umsetzung. Die Motion verlangte und verlangt immer noch, dass für alle Wärmeverbände bezüglich CO₂-Neutralität die gleichen Anforderungen gelten wie für das Fernwärmegesetz der IWB, das einen 80 Prozent erneuerbaren Energieanteil vorgibt. Die Motion wurde vor dem Hintergrund eingereicht, dass im § 7 des Energiegesetzes für Wärmeverbände nur ein Anteil von 20 Prozent CO₂-Neutralität gefordert wird. Wie kann der Regierungsrat für die Abschreibung der Motion mit der Behauptung,



das Anliegen sei erfüllt, eintreten, obwohl dieser Paragraph des Energiegesetzes bis heute nicht geändert wurde und das Gesetz für neue oder bestehende Wärmeverbände nach wie vor nur einen erneuerbaren Anteil von 20 Prozent verlangt?

Der Regierungsrat will uns weismachen, dass die Motion überholt sei, weil seit ihrer Überweisung in der Verfassung das Netto-Null-Ziel bis 2037 verankert wurde und im September 2023 die Klimaschutzstrategie verabschiedet wurde, welche beschreibt, wie das festgelegte Ziel Netto-Null erreicht werden kann. Der Regierungsrat schreibt dann weiter, dass das aktuelle Energiegesetz nicht nur bezüglich Wärmeverbänden, sondern auch in mancherlei anderer Hinsicht nicht kompatibel mit dem Verfassungsziel Netto-Null bis 2037 sei und er deshalb plane, eine Teilrevision des Energiegesetzes zu erarbeiten, um das Gesetz mit der Verfassung kompatibel zu machen.

Dieses Anliegen ist sicher sehr löblich und wie ja die Motion zeigt auch dringend nötig, weil ohne verbindliche Vorgabe des Verfassungsziels und die Klimaschutzstrategie Gefahr laufen, nicht rechtzeitig umgesetzt zu werden. Gerade heute erleben wir auf nationaler Ebene, wie einst beschlossene Strategien und Bereiche beispielsweise in der Landwirtschaft von einem Moment auf den anderen zur Makulatur werden. In seiner Argumentation unterschlägt der Regierungsrat, dass eine Verfassungsbestimmung eben nichts mehr als eine Absichtserklärung ist, genauso wie die Klimaschutzstrategie, sofern diese Absichten nicht in Gesetzen oder Verordnungen umgesetzt wurden, die im Unterschied zu einer Verfassung oder einer Strategie verbindlichen Charakter haben.

Damit ist diese Aussage, dass das Anliegen der Motion bereits umgesetzt sei, eher irreführend, da ja der § 7 des Energiegesetzes bis heute eben nicht in Kraft ist und es eben immer noch möglich ist, dass Wärmeverbände mit einem weitaus kleineren Anteil erneuerbarer Energie auf den Markt kommen und ihre Dienste anpreisen. Wenn der Regierungsrat es nicht schafft, die Forderung einer Motion während über vier Jahren umzusetzen, so lässt das für die versprochenen weitergehenden Anpassungen des Energiegesetzes nichts Gutes erahnen und realistisch muss man davon ausgehen, dass diese Gesetzesanpassung noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Gemäss dem Sprichwort; lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, möchten wir mit dem Stehenlassen der Motion und deren Forderung, dass der Regierungsrat in einem ersten Schritt die dringend notwendige Gesetzesanpassung vornimmt, damit keine Wärmeverbände mit lediglich einem Anteil von 20 Prozent erneuerbare Energie weiterhin erlaubt sind. Wir fordern daher die Regierung gleichzeitig auf, sein sehr zögerliches Agieren in dieser Sache endlich aufzugeben und erste Pflöcke im Energiegesetz einzuschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir haben jetzt schon eine relativ interessante Situation mit dieser Motion hier. Zum einen wird uns nach der Zweitüberweisung der Motion keine Umsetzung präsentiert, wie es eigentlich gefordert ist, also nach der Zweitüberweisung einer Motion hat der Regierungsrat den Auftrag, diese Motion zu erfüllen, statt sie zu erfüllen, wird einfach behauptet, sie sei schon erfüllt. Mein Vorredner hat sehr klar ausgeführt, dass es das nicht ist, dass ein Verfassungsziel halt eben nicht das gleiche ist wie ein Gesetz, das etwas Konkretes regelt. Gleichzeitig haben wir es aber auch mit einer Motion zu tun, die tatsächlich so unambitioniert formuliert wurde, dass sie mit leichter Verzögerung bei der Umsetzung durch den Regierungsrat tatsächlich überholt ist. Das heisst aber nicht, dass man sie nicht umsetzen kann einfach entsprechend der jetzigen Verfassung.

Also ich finde das Vorgehen des Regierungsrats hier ziemlich befremdlich und nicht wirklich nachvollziehbar, auch wie das so mit den Grundregeln dieses Parlaments funktionieren soll, dass hier einfach nicht ein Auftrag des Parlaments umgesetzt wird. Und ja, so unambitioniert diese Motion schon von Anfang an war, noch unambitionierter verhält sich der Regierungsrat. Wir haben jetzt dieses Verfassungsziel doch auch schon ein Moment und es wäre durchaus möglich gewesen, diesen Auftrag, der jetzt hier vorliegt für die Anpassung der Fernwärmenetze, so anzupassen, dass er verfassungskonform wäre und jetzt dieses Gesetz vorzulegen.

Also ich bitte Sie, diese Motion hier nochmals als Motion zu überweisen oder stehen zu lassen, oder wie das auch immer heisst in dieser Form, das habe ich nämlich noch nie erlebt, dass man eine Motion nochmals überweisen muss, damit sie dann tatsächlich umgesetzt wird, aber dafür zu sorgen, dass es hier wirklich endlich vorwärtsgeht und wir nicht noch Jahre warten müssen, bis die Verfassung und die Klimaneutralität darin vielleicht tatsächlich irgendwann einmal umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Sutter hat das Wort.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ehrlich gesagt, staune ich schon ein bisschen. Diese Motion, sie ist noch nicht alt, aber sie hat noch Ziele, die nicht übereinstimmen mit den mittlerweile beschlossenen Zielen. Sie wollte das Ziel 2050, sie wollte nur 80 Prozent erneuerbar, ich weiss nicht, wie man an diesen Forderungen festhalten kann, ehrlich gesagt. Insbesondere wenn man den Text unten schaut, die Besitzstandregelung, ich lese das nochmals vor: «Für Wärmeverbände, die dieses Ziel nicht erreichen, soll eine Besitzstandregelung eingeführt werden, bis die getätigten Investitionen abgeschrieben sind und die Anlagen erneuert werden müssen». Dann laufen die aber fossil noch sehr, sehr lange weiter, ich weiss jetzt nicht, ob das die Absicht ist der beiden Vorredner*innen, ehrlich gesagt. Von dem her staune ich, insbesondere dass jetzt von diesen Fraktionen dieser Antrag kommt, dass man an dieser Motion mit diesen unambitionierten Zielen und mit dieser Besitzstandregelung festhalten möchte.

Für den Regierungsrat gilt die Verfassung, die ist klar gesetzt, die setzt Netto-Null 2037, entsprechend sind auch die Vorgaben für die Fernwärme der IWB, der den allergrössten Teil ausmacht, ziemlich klar gesetzt. Wir sprechen da von 2035 auf wirklich keine fossilen Brennstoffe mehr, aber der Weg wird jetzt natürlich schon gemacht mit dem Holzschnitzelkraftwerk am Bahnhof, mit den Erweiterungen der erneuerbaren Wärmequellen, sei es bei der ARA, sei es mit Rheinwasserwärme, da ist der Weg am Laufen. Und es ist so, es braucht noch eine Energiegesetzrevision, aber da gibt es noch ganz viele andere Punkte, die gebündelt kommen sollen, damit Sie dann einen Überblick haben über all die Massnahmen, die im Energiegesetz vollzogen werden. Da sprechen wir dann auch vom Verbot von Erdölheizungen auf 2037 zum Beispiel und dann können Sie das insgesamt anschauen.

Diese Motion, die ist überholt, die Verfassung geht deutlich weiter und setzt deutlich ambitioniertere Ziele, die selbstverständlich gelten für das Handeln des Regierungsrates und auch für Sie. Von dem her möchte ich Sie jetzt bitten, diese Motion, die noch von der Zeit vorher kommt, abzuschreiben und auf die neue Zeit, auf Basel 2037 umzuschwenken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird entgegengenommen.

Tonja Zürcher (BastA): Bis wann wird denn diese gebündelte Revision des Energiegesetzes vorliegen und wie stellt der Regierungsrat sicher, dass bis dann das Verfassungsziel nicht weiter missachtet wird?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Verfassungsziel wird nicht missachtet, ich weiss nicht, von wo diese Aussage kommt, und ein genaues Datum kann ich Ihnen hier jetzt spontan nicht nennen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 18 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006249, 26.03.25 17:38:59]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen.



52. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

[26.03.25 17:39:07, 24.5277.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese Motion als Anzug zu überweisen und nicht als Motion. Ich möchte gerne beginnen mit der Frage, wo überhaupt die Deckungslücke ist und wo überhaupt das Problem ist in dieser Frage. Heute aus der Betrachtung eines jungen Menschen, der in Ausbildung ist, bekommen seine Eltern, bis er 25 oder sie 25 wird, 325 Franken pro Monat. Das bekommen die Eltern. Finanziert wird das Ganze durch die Arbeitgeber, also von dem Ort, wo die Eltern arbeiten und via ihre Familienkasse, der der Arbeitgeber abgeschlossen ist, finanziert durch die Firmen, dass Eltern von jungen Menschen in Ausbildung diesen Beitrag bekommen.

Was geschieht, wenn diese Person 25 wird. Dann bekommen die Eltern diese 325 Franken nicht mehr, das stimmt, aber diese junge Person bekommt deutlich mehr Geld als diese 325 Franken in den allermeisten Fällen, weil mit diesem Alter tritt aus den Sozialleistungen quasi endlich die Volljährigkeit ein und man betrachtet die Person als Individuum. Wenn diese Person studiert und nicht viel Geld verdient, dann gibt es plötzlich neue Prämienverbilligungen, die gibt es vorher in den meistens Fällen nicht, da ja diese Person den Eltern zugerechnet wird und dieser Haushalt mit den Eltern in den meisten Fällen genug Einkommen hat. Dann kann also die Prämienverbilligung kommen, das ist ein bisschen abhängig davon, wie viel die Person arbeitet, aber das sind etwa dann 461 Franken pro Monat. Und dann haben Sie ja vor zwei Monaten oder Anfang des Jahres entschieden, dass es auch noch Mietzinsbeiträge gibt für Alleinstehende. Also diese junge Person, die noch studiert, bekommt auch Mietzinsbeiträge, auch wenn sie zu Hause wohnt. Anteilsmässig, natürlich nicht für das ganze Familienhaus, aber anteilmässig für die Kosten, die verursacht werden. Abhängig von Mietkosten und Einkommen können das nochmal 390 Franken sein. Unter dem Strich jetzt in diesem Fall, das ist, wie gesagt, nicht bei allen ganz genau gleich, aber bei den Fällen, wo diese studierenden Personen wenig verdienen oder fast nichts verdienen, sind das 851 Franken. Diese Person ist also, wenn man es auch gesamthaft anschaut, besser dran als vorher.

Und jetzt möchte dieser Vorstoss dann auf diese 851 Franken nochmals diese 325 Franken draufsetzen. Ehrlich gesagt, ich verstehe das nicht. Wir verstehen nicht, wo hier die Lücke ist, wo hier ein Handlungsbedarf besteht für unser Staatswesen, da abzuweichen von der Bundesregelung. Wir sind ja dann betragsmässig höher, aber von dem Alter, das ist durch den Bund gesetzt, diese 25. Also Sie sehen, es gibt keine Lücke, der Familie geht es finanziell besser, wenn die Person 26 wird, also gesamthaft betrachtet, es geht ihr besser. Deshalb können wir als Regierungsrat das nicht nachvollziehen, wo hier die Notwendigkeit ist für ein neues Finanzierungssystem oder eine Erweiterung der ganzen Geschichte.

Bei der Umsetzung, das ist dann die andere Möglichkeit, es gibt zwei Varianten, das umzusetzen. Die Motion weist das nicht aus. Die eine Möglichkeit ist, wir lassen diese Individuen bei ihren Familienkassen, wo sie schon sind, und das wird dann weiterhin finanziert durch die Arbeitgeber, entsprechend werden diese Kosten dann durch erhöhte Beiträge der Arbeitgeber finanziert. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit, die die Motion auch offenlässt, ist, dass wir das steuerfinanziert machen. Dann müssen wir aber all diese Fälle transferieren, höchstwahrscheinlich dann zur AKBS und dann wird das steuerfinanziert, dann fängt das ganze System an, nochmals quasi von neu für dann die verbleibenden ein oder zwei Jahre. Eine Bürokratie, die ich, ehrlich gesagt, nicht möchte.

Die Verteilungsfrage stellt sich auch noch. Es ist leider so, dass Eltern von Menschen, die studieren, besser verdienen als der Durchschnitt. Das zeigen auch die Zahlen, das heisst, hier gibt es Geld und das sieht man auch, wenn man schaut bei der Ausgleichskasse, die Haushalte mit Kindern, die 24 sind und noch in Ausbildung sind, die haben ein höheres Einkommen als die Familien als Gesamtmenge. Das heisst, auch das Geld, das man ja auszahlt, geht eher an Haushalte, die mehr verdienen als der Durchschnitt. Das wäre dann noch die Verteilungsfrage.

Sie sehen, wir können nicht nachvollziehen, dass es hier einen Handlungsbedarf braucht. Wo es vielleicht Handlungsbedarf gibt, und deshalb beantragen wir Ihnen auch den Anzug, bei der Überprüfung, ob wirklich die Stipendien und diese Beiträge richtig eingestellt sind und ob wir dort nicht ein Problem haben. Weil wenn eine Chancengleichheit besteht, dann beginnt die deutlich früher als bei den Jugendlichen oder den jungen Erwachsenen, die 25 werden, und deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, uns das als Anzug zu überweisen, dass wir diesen spezifischen Bereich, weil die Chancengleichheit ist ein sehr wichtiges Anliegen, aber diese erreichen wir nicht, indem wir die Ausbildungsbeiträge jetzt erhöhen bis 27, sondern erreichen wir beim Stipendium.



Zum Schluss, Sie kennen dieses Votum bereits von mir, es ist auch Zeit, dass die Menschen dann wirklich mal selbstständige Individuen werden. Sie haben bei den Mietzinsbeiträgen das Alter runtergesetzt, jetzt soll es hier hoch, ich glaube wirklich, es macht Sinn, dass mit 25 man dann ein Individuum ist und auch so betrachtet wird von uns, vom Kanton her. Und eigentlich, wenn man dann das Ausbildungsalter hochsetzt, müssten wir auch beim SoHaG, also bei den Sozialleistungen, das Alter hochsetzen und diese Jugendlichen, diese jungen Erwachsenen weiterhin zur Familie dazu rechnen, bis sie 27 sind. Das wäre eigentlich die logische Konsequenz, die Ihnen dann der Regierungsrat höchstwahrscheinlich auch beantragen würde, wenn Sie uns diese Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich weiss nicht, ob ich Sie wirklich überzeugen kann mit meinem Anliegen, aber ich versuche es mal. Die Fraktion BastA wird diese Motion erneut als Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung überweisen, weil wir diese Motion sehr wohl als sinnvoll erachten. Bevor ich dies begründen werde, möchte ich Sie aber auf eine ein wenig eigenwillige Interpretation von Familie in der Beantwortung des Regierungsrats hinweisen. Irgendwie kann ich nicht ganz glauben, dass der Regierungsrat wirklich dieser Meinung ist, aber vielleicht ist er es eben doch. Auf Seite 9 unter Punkt 3 im zweiten Absatz schreibt der Regierungsrat, dass er grundsätzlich der Meinung ist, dass Einwohner und Einwohnerinnen sozialpolitisch ab dem 26. Altersjahr als Individuen und nicht mehr als Familienmitglieder betrachtet werden sollen. Also das ist mir irgendwie neu. Das heisst also, meine älteste Tochter ist somit gerade vor zwei Tagen sozialpolitisch aus der Familie ausgetreten und ich habe sozusagen nur noch zwei Kinder. Nun, eine doch sehr eigenartige Interpretation, was zudem dazu führen würde, dass die Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen nur noch bis zum 25. Altersjahr steuerbefreit wäre, weil dann ja eine andere Kategorie zum Zuge käme. Dies müsste im Gesetz übrigens dann noch entsprechend angepasst werden.

Nun gut, wie auch immer Familie definiert wird, Fakt ist, dass das Anliegen von Christine Keller vielleicht schwierig bei der Umsetzung, aber trotzdem sehr berechtigt und zeitgemäss ist und die gesellschaftlichen Realitäten betreffend dem Alter bei Beendigung einer Ausbildung berücksichtigt. Und dies betrifft bei weitem nicht nur akademische Laufbahnen, nicht von ungefähr spricht man generell auch davon, dass 25 das neue 18 ist und somit ist es ja auch nachvollziehbar, dass es halt durchaus so ist, dass junge Erwachsene heute mit 25 sich noch voll oder gegen Ende in der Ausbildung befinden und Eltern für den Lebensunterhalt, Krankenkassen, Schulkosten, etc. halt noch verantwortlich sind.

Der Regierungsrat behauptet, dass eine neue kantonale Leistung für Menschen in Ausbildung im Alter von 26 oder 27 nicht zielführend sei, weil sie einem Grundsatz von gezielter Mittelverwendung widerspricht. Das verstehe ich nicht ganz, auch heute schon muss der Anspruch auf die Ausbildungszulagen ab dem 18. Altersjahr mittels Schul-, Lehr- oder Studienbestätigung belegt werden, sonst wird nichts ausbezahlt. Es ist also mitnichten eine Giessskanne und wehe ihr Kind kommt auf die abwegige Idee eines Zwischenjahres mit ein wenig Jobben, Praktikum oder Reisen, schon ist die monatliche Ausbildungszulage futsch.

Nein, die Realität vieler Familien sieht so aus, dass sich junge Erwachsene mit 25 noch in der Erstausbildung oder in einer weiterführenden Ausbildung befinden. Ich denke, es ist wichtig, dass man einfach verstehen muss, dass das heute mit 25 nicht mehr so ist wie damals, als ich noch eine KV-Lehre gemacht habe, die in der Regel mit 25 fertig ist. Das hat sich gesellschaftlich verschoben. Auch die Erfahrung aus der Jugendhilfe bestätigen diesen Trend. Es ist durchaus verbreitet, dass Jugendliche ihre Erstausbildung später als mit 17 beginnen oder 16, umso mehr, wenn ein Brückenangebot oder gar eine vierjährige FMS abgeschlossen wird und dann noch Praktika absolviert werden müssen. Bei männlichen Jugendlichen kommt zudem noch die Militärflicht oder Zivildienst dazwischen, dies kann Ausbildungsbiografien zwangsweise in die Länge ziehen und darauf müsste zeitgemäss reagiert werden und nicht mit einer technokratischen Antwort.

Auch die Berechnungen von Regierungsrat Sutter, die sind mir in der Praxis, vielleicht stimmen sie technisch schon, aber in der Praxis sieht es einfach anders aus. Auch bei uns gerade in der sozialen Arbeit, auch bei mir in der Stelle, wir haben ein Pilotprojekt für ein Übergangswohnen für junge Erwachsene lanciert, gerade für junge Erwachsene aus prekären Wohnsituationen, aber in Ausbildung und oft reichen die Einnahmen aus Stipendien, Ausbildungszulagen eventuell Lohneinnahmen aus und es ist gar keine Sozialhilfe notwendig. Ich kann Ihnen aber sagen, auch in diesem Pilot werden die wenigsten jungen Menschen mit 25 Jahren bereits ihre Ausbildung beendet haben. Also sie sind noch dann in der Ausbildung. Der Wegfall von Ausbildungszulagen wirkt sich in solch einer eher prekären Wohn- und Ausbildungssituation also negativ aus und allenfalls, nicht unbedingt zwingend, aber könnte sein, muss Sozialhilfe dann wieder greifen.

Eine Überweisung als Anzug wünscht sich einzig und allein der Regierungsrat und ich bin auch der Meinung, dass wir auf einen Anzug verzichten können. Entweder sind wir der Meinung, und da bin ich jetzt ein bisschen vielleicht polemisch, dass in dieser Frage aufgrund der Ausbildungsrealität eine Anpassung beim Alter notwendig ist oder wir finden, dass wer es nicht schafft, mit 25 Jahren fertig ausgebildet zu sein, es zu gemütlich genommen hat und somit selber Schuld ist.

Damit wir das soziale Basel auch weiterhin an die Zukunft ausrichten können, beantrage ich, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und auch, wenn das dann so wäre, dass der Regierungsrat beim Sozialhilfegesetz Anpassungen



macht, dann würde ich wirklich davon abraten, weil das hat in der Realität ganz schwierige Auswirkungen in der Sozialhilfe bei der Unterstützung von 25-Jährigen, da muss man immer dauernd Ausnahmeregelungen finden bei der Sozialhilfe, damit man das überhaupt gescheit durchbringen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich möchte dieses Geschäft heute noch fertigmachen und wäre daher froh um kurze Voten.

David Jenny (FDP): Ich verzichte auf die Anrede und sage, in einem Punkt kann ich Herrn Bolliger folgen, abschreiben ist besser als Anzug, daher stelle ich formell den Antrag auf Abschreiben. Ich glaube, unser Sozialdirektor hat wirklich mit Fachkompetenz dargelegt, warum dieser Vorstoss nicht gerade das Gelbe vom Ei ist und das hat, glaube ich, auch Herr Bolliger erkannt, darum hat er sich in Absurditäten geflüchtet. Also 25 ist das neue 18, dann ist 18 das neue 11, dann bitte ich um Entzug des Stimm- und Wahlrechts für alle 18-Jährigen. Das ist genauso logisch wie die Ausführungen von Herrn Bolliger.

Wir haben dieses System mit 25 und ich meine, Sie sind für den vormundschaftlichen Staat und wollen eben nie jemand aus der Vormundschaft, das heisst, der Familie oder des Staates entlassen. Herr Sutter hat dargelegt, man kann mit 25 auf eigenen Beinen stehen. Und dann das Argument noch, ja, das ist kein Familienmitglied, etc., das will ich also nicht näher würdigen, da wurde es wirklich absolut absurd. Ich glaube, die Regierung hat wirklich sehr gut dargelegt, warum dieser Vorstoss eben nicht taugt, und ich glaube, wenn jemand noch ganz schlaue Ideen hat, kann man dann eine weitere Motion oder Anzug einreichen, aber wir müssen jetzt nicht die Regierung weiter beschäftigen und in diesem Sinne, bitte abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Auch die LDP ist für Abschreiben. Auch ich möchte mich kurzhalten, wir sind wie der Vorredner dieser Meinung und sehen auch, dass der Bund mit 25 Jahren das so verankert und auch das Ausscheren hier in Basel schon von daher das Falsche ist. Danke, wenn Sie es abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Auch die SVP spricht sich für Abschreiben aus. Einige Argumente, die noch nicht gesagt wurden, ich halte mich kurz, möchte ich doch noch kurz erwähnen. Ich meine, die Statistik zeigt, es ist ein gutes Alter, das im Gesetz festgelegt ist. 25 Jahre, das ist etwa der Median, wann statistisch die Ausbildung abschliesst, Bachelor, Uni ist im Moment das statistische Alter 24, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule 25. Es stimmt also, wir brauchen hier also nicht noch einen Basel Finish, wo wir noch etwas Eigenes einführen hier wieder, indem wir eine eigene Leistung mit einem eigenen Namen einführen müssen. Und auch in Zeiten des Fachkräftemangels, denke ich, ist es nicht sinnvoll, ich provoziere jetzt das mit meiner Formulierung, die Ausbildung etwas hinaus zu «stüdelen», das auch noch zu unterstützen. Es wäre auch eine Durchbrechung der ganzen Systematik, wir haben es gehört, verschiedene Gesetze haben die Alterslimite 25. Es ist also sinnvoll, hier bei dem zu bleiben oder bzw. diesen Anzug hier wirklich abzuschreiben, ganz zu schweigen von den Kosten und der Bürokratie, das eine eigene Zulage hier in Basel wieder auslösen würde. In dem Sinne, die SVP spricht sich für Abschreiben aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich werde mich ebenfalls um Kürze bemühen. Man verzeihe mir, wenn es nicht in drei Minuten geht. Der erste Irrtum, den der geschätzte Vorredner Kaspar Sutter begeht, oder Irrtum, eine Einschätzung, die jedenfalls von der Fraktion abweicht, ist, dass er die bedarfsabhängigen im SoHaG geregelten Leistungen mit den Kinderzulagen vermischt. Die Kinderzulagen sind die einzige Transferleistung direkt einkommensunabhängig an alle Eltern, die allen, ob arm oder reich, zusteht. Das ist wirklich nicht viel, aber es ist wichtig, dass das nicht mit den bedarfsabhängigen Leistungen vermischt wird und es ist darum auch kein Widerspruch zur gezielten Mittelverwendung. Das Beispiel von Herrn Sutter krankt auch daran, dass nicht das Kind, sondern die Eltern, die unterhaltspflichtig sind, Anspruch auf diese Zulage haben. Nur in seltenen Fällen, wenn das Geld nicht bestimmungsgemäss verwendet wird, kann es direkt an die Kinder ausbezahlt werden. Zudem ist lange nicht in allen Fällen ein Anspruch gegeben auf Zulagen in dieser Höhe gemäss bedarfsabhängigen Leistungen, wie



es Herr Sutter gesagt hat. In einem mir bekannten Beispiel würde die Ausbildungszulage höher liegen als das, was käme an bedarfsabhängigen Leistungen. Wichtig ist aber, dass wir das nicht vermischen, dass wir sehen, dass das eine Sozialversicherungsleistung ist und eben keine bedarfsabhängige Leistung.

Und ja, es ist so, dass die AHV leider dieses Alter auch hat, aber man kann nicht immer das eine Unrecht gegen das andere ausspielen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass auch die Halbweisenrente länger als 25 ausbezahlt werden soll. Warum, Oliver Bolliger hat es klar gesagt, es ist nicht mehr wie früher, Frau Block, ich weiss nicht, was Sie für Zahlen haben. Nach den mir vorliegenden Zahlen des statistischen Bundesamtes wird praktisch keine Masterausbildung mehr abgeschlossen mit 25, das hat seit Bologna geändert. Ausserdem, das wurde auch gesagt, kommt noch der Zivildienst dazu, die Situation ist nicht mehr dieselbe. Warum sollen wir in Basel vorangehen? Ja, wir hätten hier eine Pionierrolle, das ist aber nichts Neues, dass Basel in gewissen Dingen eine Pionierrolle spielt. Zum Beispiel in Sachen Kinderzulagen war es sogar unser Nachbarkanton Baselland, der als erster für Selbstständige eine Kinderzulage eingeführt hat. Das war nämlich früher nicht so und siehe da, der Bund ist gefolgt. Manchmal kann das Sinn machen.

Die Kosten sind überschaubar, weil wir ja bescheiden ein bis zwei Jahre verlangt haben. Diese Kosten decken selbstverständlich weiterhin nicht die ganzen Ausbildungskosten eines Jugendlichen und deshalb wird sich der von uns errechnete Betrag auch in Grenzen zwischen ein bis zwei Millionen pro Jahr halten. Auch der administrative Aufwand ist begrenzt, weil man es bei der Familienausgleichskasse anhängen kann, die schon jetzt diese Leistung administriert, die nicht von den Arbeitgebern kommt, nämlich diejenige für die Nichterwerbstätigen. Die kommt schon jetzt über diese kantonale Familienausgleichskasse und diese könnte dann auch diese Zusatzleistung administrieren. Also ich denke, es ist eine Geste, die den Kanton nichts kostet, aber für die Betroffenen eine wichtige Geste ist. Auch eine Frage der Gerechtigkeit, ich habe wirklich auch Leute, die mir sagen, warum habe ich zum Beispiel als Mutter von zwei Söhnen, die nicht die Chance haben, rechtzeitig abzuschliessen wegen des Zivildienstes, warum bekomme ich keine Ausbildungszulage mehr.

Ich finde, das ist eine wichtige soziale Folge und schliesse mich im Weiteren Vielem, was Herr Bolliger gesagt hat, jetzt aus Zeitgründen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als letzte Fraktionssprecherin gemeldet hat sich Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich möchte kurz begründen, weshalb die GLP von Motion auf Anzug wechseln wird. Unsere Entscheidung basierte auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung von jungen Frauen und Männern in der Erstausbildung auf Tertiärstufe. Mit der schweizweiten Verlängerung der Schulzeit bis zum Abschluss der Sekundarstufe 2 auf 13 Jahre sind junge Menschen heute beim Schulabschluss im Schnitt 20 Jahre alt, früher war das mit 19 der Fall. Alle jungen Männer sind danach verpflichtet, Militär oder Zivildienst zu leisten. In der Folge beginnen sie ihr Studium meist erst mit 21. Ein Studium bis zum Master dauert in der Regel fünf Jahre, das heisst, im letzten Studienjahr entfällt für viele Eltern die Ausbildungszulage, obwohl ihr Sohn die Ausbildung ohne Verzögerung und in Mindestzeit absolviert hat.

Daraus schlossen wir eine klare Ungleichbehandlung. Während Erziehungsberechtigte von jungen Frauen fünf Jahre lang Ausbildungszulagen erhalten, sind es bei jungen Männern de facto nur vier Jahre. Diese Ungleichbehandlung basiert einzig auf dem Geschlecht, das ist mit dem Gleichstellungsgrundsatz nicht vereinbar. Auf den ersten Blick war diese Situation für uns nicht akzeptabel. Der Regierungsrat konnte jedoch überzeugend darlegen, dass daraus keine finanzielle Benachteiligung für Eltern von jungen Männern entsteht respektive im Endeffekt für die jungen Menschen, die noch in der Ausbildung sind.

Hingegen unterstützen wir den Vorstoss in Form eines Anzugs. Wir finden es sinnvoll, die Finanzierung von Aus- und Weiterbildungen im Erwachsenenalter im Rahmen einer Gesamtstrategie zu prüfen und auch weil entsprechender Vorstoss der GLP diesbezüglich bereits vorliegt. Das kann man zusammen betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger beantragt die Überweisung als Motion.

Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006251, 26.03.25 18:03:13]



Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen.

David Jenny und Weitere beantragen die Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 38 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0006253, 26.03.25 18:03:56*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 55 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Schluss der 8. Sitzung

18:04 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
25.5122

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:06:50

Geschäft

Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	24	13	12	11	10	4	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	13	12	11	10	4	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	0	1	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	12	11	10	5	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
25.5122

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:07:51

Geschäft

Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	24	11	12	11	9	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	12	12	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	12	11	10	6	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
25.5123

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:08:59

Geschäft

Wahl von 7 Mitgliedern der IGPK Universität

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	24	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	3	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
25.5124

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:10:10

Geschäft

Wahl von 5 Mitgliedern der IGPK Schweizerische Rheinhäfen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	26	13	12	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	13	12	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
25.5125

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:11:09

Geschäft

Wahl von 5 Mitgliedern der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	25	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	4	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5126

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:12:00

Geschäft

Wahl von 2 Mitgliedern der IGPK Polizeischule Hitzkirch

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	13	11	12	10	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	13	11	12	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
25.5127

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:13:08

Geschäft

Wahl von 3 Mitgliedern und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	13	11	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
25.5128

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:14:09

Geschäft

Wahl von 7 Mitgliedern des Districtsrates

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	27	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
25.5118

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:15:21

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Nicole Strahm-Lavanchy)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	28	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
22.0933

Abstimmungsdatum

19. März 2025 09:31:57

Geschäft

Campus Gesundheit – Änderung des Bebauungsplanes Nr. 215 vom 20. Mai 2015 im Bereich Petersgraben, Spitalstrasse, Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Hebelstrasse (Areal Universitätsspital) und Abweisung der Einsprache, Bericht der BRK / Mitbericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	13	12	10	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	10	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
22.0834

Abstimmungsdatum

19. März 2025 10:26:24

Geschäft

Gesetz betreffend Lohnvergleichsanalysen (Lohnvergleichsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK zur zweiten Lesung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	30	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	50	0	13	12	1	10	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
24.0684

Abstimmungsdatum

19. März 2025 10:41:05

Geschäft

Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	11	10	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
24.0684

Abstimmungsdatum

19. März 2025 10:41:43

Geschäft

Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	29	11	12	10	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
24.0684

Abstimmungsdatum

19. März 2025 10:42:25

Geschäft

Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Baloise Session für die Jahre 2025–2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	28	12	12	7	9	7	7	3	0	0
Nein	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Ent	5	0	0	0	2	1	0	0	2	0	0
Abgestimmt	92	28	12	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	0	3	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
24.1627

Abstimmungsdatum

19. März 2025 10:58:34

Geschäft

Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG), Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	27	13	12	9	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	13	12	9	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	0	2	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	10	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.1772

Abstimmungsdatum

19. März 2025 11:05:45

Geschäft

Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	27	13	10	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	13	10	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	10	2	0	2	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.1772

Abstimmungsdatum

19. März 2025 11:06:25

Geschäft

Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	13	12	10	10	6	7	4	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	13	12	10	10	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	11	4	0	0	2	0	1	0	2	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.1772

Abstimmungsdatum

19. März 2025 11:07:04

Geschäft

Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	0	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.1772

Abstimmungsdatum

19. März 2025 11:07:40

Geschäft

Übertragung von zwei Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung) und von zwei Liegenschaften vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	0	2	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
25.5003

Abstimmungsdatum

19. März 2025 11:58:59

Geschäft

Motion Joël Thüring und Konsorten für mehr Sicherheit im Kleinbasel: Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	13	12	0	10	0	3	0	1	0
Nein	56	30	0	0	12	0	6	2	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
25.5009

Abstimmungsdatum

19. März 2025 16:47:41

Geschäft

Motion Roger Stalder und Konsorten betreffend Stopp gefährliche Gummiprofile in Tramgeleisen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	11	12	0	7	0	6	0	0	0
Nein	57	28	2	0	10	3	7	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	10	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
25.5010

Abstimmungsdatum

19. März 2025 16:52:59

Geschäft

Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	29	13	10	10	10	6	1	6	0	0
Nein	7	0	0	2	0	0	0	4	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	10	6	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
25.5016

Abstimmungsdatum

19. März 2025 17:23:35

Geschäft

Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Pilotversuch mit Abfall-Unterflurcontainern, der den Namen "Versuch" verdient

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	26	0	11	12	0	2	0	1	0	0	0
Nein	62	29	0	0	10	6	7	5	5	0	0
Ent	3	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	10	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
25.5002

Abstimmungsdatum

19. März 2025 17:48:28

Geschäft

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Arbeitszeitverkürzung für KMUs in einem Pilot ermöglichen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	29	0	0	10	0	3	0	6	0	0
Nein	44	0	13	12	0	9	3	6	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	12	10	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	10	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
25.5017

Abstimmungsdatum

19. März 2025 18:05:37

Geschäft

Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	29	9	0	10	8	7	6	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	6	0	4	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	2	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	13	12	10	8	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
25.5018

Abstimmungsdatum

26. März 2025 09:29:13

Geschäft

Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Förderung der Baslertrummel und des Basler Piccolos im schulischen Kontext

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	29	12	4	12	8	7	1	2	0	0
Nein	17	0	0	8	0	1	0	5	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
25.5019

Abstimmungsdatum

26. März 2025 09:53:20

Geschäft

Anzug Jenny Schweizer und Konsorten betreffend einheitliche Beschulung und Benotung an den Primarschulstandorten Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	12	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
22.5335

Abstimmungsdatum

26. März 2025 10:48:12

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	0	12	11	0	4	0	5	0	0	0
Nein	62	30	0	1	12	6	7	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
22.5335

Abstimmungsdatum

26. März 2025 10:49:36

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	19	12	5	12	6	0	7	0	0	0
Nein	32	10	0	6	0	3	7	0	6	0	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
22.5335

Abstimmungsdatum

26. März 2025 10:50:28

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	30	0	1	12	6	7	0	6	0	0
Nein	30	0	12	11	0	0	0	7	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
22.5335

Abstimmungsdatum

26. März 2025 10:51:43

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder,
Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	9	0	1	0	6	0	0	0
Nein	77	30	12	3	12	7	7	0	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
22.5335

Abstimmungsdatum

26. März 2025 10:52:31

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder,
Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	30	0	1	12	7	7	0	6	0	0
Nein	29	0	11	11	0	0	0	7	0	0	0
Ent	4	0	1	0	0	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 30
16.5314

Abstimmungsdatum

26. März 2025 11:13:41

Geschäft

Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	30	4	12	10	1	7	0	6	0	0
Nein	25	0	8	0	1	9	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	11	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31
17.5209

Abstimmungsdatum

26. März 2025 11:28:48

Geschäft

Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	12	12	0	9	0	6	0	0	0
Nein	53	28	0	0	12	1	6	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32
22.5216

Abstimmungsdatum

26. März 2025 11:36:54

Geschäft

Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	74	30	12	12	0	9	7	4	0	0	0
Nein	21	0	0	0	12	0	0	3	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	12	12	12	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39
20.5185

Abstimmungsdatum

26. März 2025 11:55:04

Geschäft

Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	26	1	12	7	8	7	0	4	0	0
Nein	21	0	11	0	3	0	0	7	0	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	26	12	12	11	8	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	0	0	0	2	0	0	2	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	11	10	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41
24.5275

Abstimmungsdatum

26. März 2025 15:39:34

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	12	12	0	10	7	7	0	0	1
Nein	48	30	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 42
24.5276

Abstimmungsdatum

26. März 2025 16:11:19

Geschäft

Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	11	9	0	6	7	6	0	0	0
Nein	57	30	1	3	12	4	0	1	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	10	7	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
24.5261

Abstimmungsdatum

26. März 2025 16:35:12

Geschäft

Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	27	1	10	0	3	6	1	0	0	0
Nein	44	1	11	2	12	5	1	6	6	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
22.5522

Abstimmungsdatum

26. März 2025 16:45:37

Geschäft

Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit psychisch Erkrankten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	12	12	0	9	0	6	0	0	0
Nein	55	30	0	0	12	0	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 45
24.5424

Abstimmungsdatum

26. März 2025 17:12:34

Geschäft

Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	11	12	0	2	7	7	0	1	0
Nein	55	30	0	0	12	7	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 45
24.5424

Abstimmungsdatum

26. März 2025 17:14:09

Geschäft

Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	30	0	0	12	8	0	0	6	0	0
Nein	39	0	12	12	0	1	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
22.5570

Abstimmungsdatum

26. März 2025 17:17:37

Geschäft

Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	35	5	11	9	0	2	2	6	0	0	0
Nein	53	24	1	0	12	5	5	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	29	12	9	12	7	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	0	2	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 49
22.5247

Abstimmungsdatum

26. März 2025 17:27:04

Geschäft

Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend eines kantonalen KMU-Klimafonds für Basel-Stadt - juristische Grundlage und Planungssicherheit schaffen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	30	12	12	0	7	7	7	0	0	0
Nein	17	0	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	7	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	30	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 51
20.5020

Abstimmungsdatum

26. März 2025 17:38:38

Geschäft

Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Anpassung von § 7 Energiegesetz, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	28	12	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	18	0	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	12	9	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
24.5277

Abstimmungsdatum

26. März 2025 18:02:51

Geschäft

Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	12	12	0	9	6	7	0	1	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	12	9	6	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
24.5277

Abstimmungsdatum

26. März 2025 18:03:35

Geschäft

Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	28	1	0	12	2	6	0	6	0	0
Nein	38	0	11	12	0	7	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	12	9	6	7	6	1	1